ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 4 (92) APRIL 2022 / Adar – Nissan 5782 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,90 €

Jüdische Waisenkinder aus Odessa

Chabad-Gemeinde Berlin nimmt über 100 Kinder auf

SEITE 14

Amnesty International lehnt die Idee eines „jüdischen Staates“ ab

Der jüdische Charakter Israels ist den Judenfeinden ein Dorn im Auge

SEITE 15

Israelische Raketen-Abwehrsysteme für Deutschland?

„Arrow3“ soll Deutschland vor feindlichen Angriffen schützen

SEITE 23

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser, mit dem Erscheinen dieser Ausgabe währt das schreckliche Geschehen in der Ukraine mittlerweile mehr als sechs Wochen. Das sind vor allem für die zivile Bevölkerung sechs unendliche Wochen traumatischen Erlebens und großen Leids. Urplötzlich herausgerissen aus ihrem normalen Leben, stellen die tägliche Lebensgefahr, der nicht seltene Verlust der Wohnung, zerrissene Familien, Entwurzelung und die Flucht in eine ungewisse Zukunft, in der nicht immer wohlwollenden Fremde, ein für uns nahezu unvorstellbares Trauma dar, besonders für alte und kranke Menschen und zuallererst für alleinstehende Mütter und ihre kleinen traumatisierten Kinder.

Auch wenn es nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, stellt es einen wirklichen Lichtblick in dieser dunklen Zeit dar, dass die jüdische Chabad-Gemeinde Berlin mit Hilfe der großen Spendenbereitschaft jüdischer Menschen, über 100 jüdischen Waisenkindern aus Odessa Schutz und neue Geborgenheit geben konnte.

Insgesamt ist die Hilfsbereitschaft der Menschen für die Flüchtlinge aus der Ukraine besonders auch in Polen sehr zum Erstaunen unserer linken Gutmenschen gewaltig. War doch die Aufnahmebereitschaft der Polen aber auch die vieler andere vernünftig und nicht suizidal denkender Menschen für den Merkelschen Immigrations-Tsunami an vielfach Demokratie-aversen, gewaltbereiten und Integrations-unwilligen Islam-sozialisierten jungen männlichen Muslimen eher gering.

So ist beispielsweise die SPD-Politikerin und vielbeschäftigte muslimische Influencerin Rameza Monir voller Neid auf das Mitgefühl mit den ukrainischen Flüchtlingen. Sie vermisst die Solidarität ausgerechnet mit der

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

Genaue Erscheinungstermine unter https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €

4 198807 003907 04

Kniefall für die grüne Ideologie

Im Ukraine-Krieg wird die Zivilbevölkerung zum Spielball geopolitischer Machtinteressen. Neben der Wahrheit, die stets das erste Opfer von Kriegen ist, sterben zahlreiche unschuldige Menschen. Kriegsrhetorik heizt Kriege an, buhlt stets um Sympathie der eigenen Agenda und verhindert keine Zerstörung und kein Elend. Die Ampelregierung benutzt den Windschatten des Krieges für weitere unbewiesene Behauptungen ihrer irrwitzigen Klima-Geisterfahrt. Dabei wirft sie ohne Bedenken ihre ethischen Grundsätze über Bord und verneigt sich gleichzeitig vor berüchtigten Terror-Finanzierern und judenfeindlichen autokratischen Despoten. (JR)

Ina Fassbender, KARIM JAAFAR / AFP

Von Vera Lengsfeld

Dieses Foto, das jüngst aus Katar um die Welt ging, ist ein Abbild des Zeitgeistes: Vizepräsident Robert Habecks Haltung gegenüber dem Terrorscheich zeigt, wie er gleichzeitig sich beugen und über sich hinauswachsen will.

Der Katzbuckel als verrutschtes Symbol für die Augenhöhe, mit der der Bittsteller zu verhandeln glaubt. Am Ende dieses peinlichen Auftritts wird sich Habeck bescheinigen, Erfolg gehabt zu haben. „Großartig“ findet der Minister seinen Deal: Katar wird künftig Flüssiggas liefern. Damit will Habeck so etwas wie die Pest mit der Cholera austreiben, denn er findet die Cholera weniger tödlich.

Er gab der FAS zu Protokoll: zwischen einem „nicht demokratischen Staat, bei dem die Situation der Menschenrechte problematisch ist, und einem autoritären Staat, der einen aggressiven, völkerrechtswidrigen Krieg vor unserer Haustür führt, gibt es noch mal einen Unterschied“.

Auf das „Wording“ kommt bei den Grünen alles an. Wie mächtig Worte sind, wusste schon der alte Goethe, auch wenn er es seinen Faust „mit Worten ein System bereiten“ nennen lässt.

Was Habeck als „nicht demokratisch“ verharmlost bedeutet, dass in Katar die Menschenrechte nicht mit Füßen getreten werden, man benutzt hier die Peitsche.

Katar führt zwar aktuell keinen Krieg, empfängt dennoch aus Deutschland und den USA Waffen, obwohl sich das Land als den eigentlichen Vertreter des Wahhabismus, einer im Kern totalitären Variante des radikalen Islamismus versteht.

Katar finanziert Terrorbewegungen im Iran, Bündnispartner des Scheichtums, finanziert die Hamas, die Israel aus der Landkarte bomben will. Katar ist außerdem ein enger Partner Chinas und um das Maß der Peinlichkeit voll zu machen – strategisch auch ein Partner Putins, der in der Ukraine jenen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führt.

Und das alles, weil die Grünen ums Verrecken nicht einen Fehler eingestehen, geschweige denn korrigieren können. Der Europäische Weg führt längst zurück zur Kernenergie. Belgien hat die Laufzeit seiner AKWs um zehn Jahre verlängert, was unsere grüne Umweltministerin kritisiert hat. Emmanuel Macron hat dafür gesorgt, dass Atomkraft von der EU als klimaneutrale Energie eingestuft wurde. Nur deutsche Politiker machen lieber Bücklinge vor Terror finanzierenden Ölscheichs, als das Scheiterten ihres großen Plans anzuerkennen. Woran erinnert das? Richtig, dass die deutsche Politik nichts aus der Historie gelernt hat.

Im Land, das hervorragende Mathematiker wie Carl Friedrich Gauß hervorgebracht hat, können die Politiker nicht mehr rechnen, oder rechnen lassen.

Gegenwärtig sind 20 Gastanker mit einer Kapazität von 140 000 Kubikmetern aus den USA nach Europa unterwegs. Sie gehören mit Sicherheit zu den CO_2- intensivsten Transporten. Man brauchte um die 2000 solcher Tankladungen jährlich, um das russische Gas zu ersetzen. Wo sollen die Tanker herkommen? Wo soll die Ladung gelöscht werden, da in Deutschland die Häfen, in denen solche Tanker anlegen können, bisher nur auf dem Papier stehen?

Das sind nur einige der vielen Fragen, denen Habeck und die Grünen ausweichen. Zwar werden sie schmerzhaft von der Realität eingeholt, sind aber immer noch auf der Flucht vor ihr.

Habeck ist mit seinem Bückling tief gesunken, aber nicht über sich hinausgewachsen.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

„Raketenterror gegen Juden"-Brutstätte Gaza, als ob es nicht offensichtlich wäre, dass nicht wenige der dort sozialisierten Migranten gewaltbereit auch hierzulande die Vernichtung der Juden und Israels fordern.

In der Ukraine selbst wird die Zivilbevölkerung mit fortschreitender Dauer der Auseinandersetzungen zum Spielball geopolitischer Machtinteressen, wobei – wie unter anderem die devote Kotau-Reise ausgerechnet des grünen deutschen Vizekanzlers Habeck zu den Menschenrechts-Verletzern, Terrorfinanzierern und Israelfeinden in Katar belegt - allen voran der Islam und seine diversen Unrechtsregime die wirklichen Gewinner und Nutznießer des Ukraine-Konflikts sein dürften.

Ein besonderer Profiteur des Ukraine-Konflikts ist auch der Iran. Ganz im Sinne der ehemaligen Initiatoren des suizidalen Atomabkommens mit dem Iran Obama, Kerry und Steinmeier, erleichtert der Vorwand der wegen des möglichen Ausfalls Russlands angeführte Vorwand der Energiesicherheit, die die USA von außen eigentlich gar nicht brauchen, Zugeständnisse für ein neues, nicht weniger fahrlässiges und gefährliches von der EU und von Biden gewolltes Atomabkommen mit den Mord-Mullahs in Teheran.

Die Jüdische Rundschau und ich selbst hatten bereits beim Abschluss des Abkommens, das 2015 gegen jede Einsicht und Vernunft vorangetrieben wurde, die Schwachpunkte des Vertrages kritisiert. Nun steht der Iran wie zu befürchten war kurz davor, waffenfähiges Uran anzureichern und könnte sehr bald als ruchlose und unberechenbare Atommacht erhebliches Erpressungspotential erhalten und zu einer echten Gefahr nicht nur für Israel, sondern im Zuge seiner Expansionspolitik für viele weitere Staaten werden.

Energiesicherheit als Vorwand für den grün-befohlenen gesellschaftlichen Wandel

Dabei ist es sehr wahrscheinlich, dass gerade amerikanische und europäische Umweltschützer die russische Invasion in der Ukraine überhaupt erst attraktiv und wahrscheinlich gemacht haben. Unter Präsident Trump wurden die USA energieunabhängig und waren sogar in der Lage, Europa mit Energie zu versorgen. Aber die Grünen, die Democrats und besonders Deutschland mit seinem Gretaesken Klimairrsinn, haben Russland nach Abschaltung der Atomwerke und diversen Ausstiegsszenarien zum Hauptlieferanten von Erdgas für Europas zentrales und wichtigstes Land gemacht.

Die Linken und die Grünen nutzen den Klimawandel auf unserem sich seit seiner Entstehung ohne menschliche Komponente ständig klimatisch und geologisch verändernden Planeten, um ihre wirklichen Ziele zu erreichen: die Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen des Westens, den Systemchange und damit die Umgestaltung der westlichen Lebensweise, die Demontage unserer liberalen Marktwirtschaft und die Verlagerung des Wohlstands in die dritte Welt. Sie sind die wirklichen und gefährlichsten Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Lebensart und werden ihre Umbauziele um jeden Preis verfolgen, seien es nun Inflation, Stromausfälle oder sogar das Erstarken anderer autokratischer Systeme, besonders in der islamischen und übrigen Dritten Welt.

Begünstigt werden die Linken und die Grünen bei der Vernichtung unserer bisherigen westlichen Lebensweise vor allem auch dadurch, dass ausgerechnet in der Führungsnation des Westens, den USA, nach dem Weggang des Präsidenten Trump unter seinem sichtbar unbefähigten Amtsnachfolger, eine neue, sich immer weiter nach links und grün radikalisierende Administration der Democrats, gemeinsam mit der durch und durch antiweiß und judenfeindlich rassistischen BLM den freiheitlichen westlichen American Way of Life nach Kräften sabotiert und an einem großen Systemchange in Richtung Sozialismus arbeitet.

Führungsschwäche der USA

Betrachtet man den Ukraine-Konflikt, so war es vor allem Trump, der den Mut hatte – damals verspottet und verlacht vor allem von unseren SPD-Außenministern und der präsidialen Fehlbesetzung im Schloss Bellevue – von uns und unseren Nato-Verbündeten zu verlangen, dass sie ihren Verpflichtungen in Bezug auf die Militärausgaben nachkommen. Ironischerweise sind die Nato-Länder wegen Putins Angriff auf die Ukraine zwischenzeitlich bereit, dies zu tun, selbstverständlich, ohne auf die Idee zu kommen, die damalige hämische und politisch falsche Kritik an Trump richtig zu stellen.

Es war auch Präsident Trump, der die tiefe Korruption in fast allen großen amerikanischen Regierungsinstitutionen aufgedeckt hat. Es war außerdem Trump der es mit den Mainstream-Medien aufnahm, die von der Hälfte der Amerikaner bezüglich ihres Wahrheitsgehaltes als kaum besser angesehen werden, als die viel gescholtene ehemals sowjetische Zeitung Prawda. Last, not least war es auch Trump der den Mut hatte, das zu tun, was ein US-Präsident nach dem anderen und ein Kongress nach dem anderen versprach aber nie umsetzte: die amerikanische Botschaft in Israel in die israelische Hauptstadt Jerusalem zu verlegen. Er tat dies vor allem gegen den Widerstand fast aller führenden Politiker der Welt und seines eigenen Außenministeriums - selbstverständlich auch gegen den Widerstand der Democrats.

Betrachtet man den Ukraine-Konflikt, so ist neben der größtes Leid erfahrenden zivilen Bevölkerung, nicht zuletzt auch dank unserer westlichen Medien, vor allem die Wahrheit eines der vorrangigsten Opfer des Krieges.

Eskalation und Kriegsrhetorik sind in jedem Falle ein Übel. Deeskalation und schnellste Beendigung des Krieges müssen das erklärte Ziel aller verantwortungsbewussten Menschen sein. Mit jedem Tag der Aggression und der martialischen Durchhalteparolen, die nur zum Ziel haben, die Nato und damit uns alle in einen gefährlichen globalen Krieg hineinzuziehen, wird nur noch mehr Zerstörung und Elend auf dem Rücken unschuldiger Frauen und Kinder verursacht.

Zudem dürfte das gegenwärtige furchtbare Geschehen in der Ukraine auch eine Zäsur für die künftige jüdische Präsenz in der Region darstellen. Die Landkarte jüdischen Lebens in Osteuropa wird sich unweigerlich dramatisch verändern, da Juden gegenwärtig verstärkt aus der Ukraine fliehen und dies, um bei der Wahrheit zu bleiben, nicht nur wegen des russischen Angriffs.

Das Pessachfest – Einleitung der Eigenstaatlichkeit Israels

Dies sollte uns vor allem auch in den Zeiten des im April anstehenden großen Pessachfestes bewusst sein. 2022 ist wieder eines dieser Jahre, in denen das jüdische Pessachfest und das christliche Ostern kalendarisch zusammenfallen, was unfraglich eine gute Gelegenheit für Christen sein dürfte, sich zu verinnerlichen, dass trotz der bis heute anhaltenden, bereits weit über ein Jahrtausend bestehenden christlichen Anfeindung der Juden, das Christentum in seiner Gesamtheit ohne das jüdische Volk und seiner Religion weder entstanden wäre noch existieren würde.

Während die Christen als Einleitung des Osterzyklus am 15. April dieses Jahres den Karfreitag begehen, beginnt für die Juden am Abend dieses Tages mit der traditionellen Seder-Tafel, die auch die Grundlage für das christliche Abendmahl darstellt, das einwöchige Pessachfest, das an das Ende der pharaonischen Unterdrückung der Juden im alten Ägypten erinnert.

Nach dem, unter Führung Moses vom Pharao abgetrotzten Auszug des jüdischen Volkes aus ägyptischer Knechtschaft und der nach 40 Jahren Wanderschaft am Ende dieses Exodus stehenden Ankunft im gelobten Land, markiert Pessach vor bereits mehr als drei Jahrtausenden die Einleitung der den Juden bis heute von seinen zahlreichen islamischen aber auch hiesigen besonders auf linker und grüner Seite verorteten Feinden, nicht wirklich zugestandenen oder sogar vollends abgesprochenen jüdischen Eigenstaatlichkeit.

Das vor 74 Jahren auf altem, dem jüdischen Volk durch diverse Fremdherrschaften nahezu zwei Jahrtausende lang geraubte Gebiet wiedergegründete, demokratische Israel mit seiner ungeteilten ewigen Hauptstadt Jerusalem ist somit – allen anderslautenden Behauptungen und Ansprüchen seiner Feinde zum Trotz – einer der am längsten auf seinem Territorium legitimierten Staaten der Welt.

Neben der Gestalt des im Königreich Judäa geborenen Juden Jesus und sehr vielen anderen Bezügen zu seiner jüdischen Heimat, hat auch das am Vorabend des Pessachfestes mit der Verlesung der Geschichte des jüdischen Auszugs aus Ägypten seit alter Zeit jährlich zelebrierte Seder-Mahl, dem auch der Religionsstifter des Christentums Jesus beigewohnt hat, als Heiliges Abendmahl, Eingang in die christliche Lehre gefunden.

Ethisches Erbe für die gesamte Menschheit

Die nach dem Exodus der Juden aus Ägypten im weiteren Verlauf des Pessachgeschehens entstandenen 10 Gebote bilden eine erste frühe Formulierung der Menschenrechte und stellen einen unverzichtbaren, bis heute allgemeingültigen ethischen Verhaltenskodex für die gesamte Menschheit dar. Als großes jüdisches Erbe haben die 10 Gebote in kaum zu überschätzender Weise in wachsendem Maße bis in die Gegenwart ein Unrechtsbewusstsein für die Verletzung zwischenmenschlicher Normen geschaffen.

Obwohl – wie das historische und zeitgeschichtliche Geschehen sowie nicht zuletzt der gegenwärtige Krieg in der Ukraine belegen – von der Menschheit nie wirklich erreicht, haben sie maßgeblich nicht nur die Rechtsgrundlagen und die Verhaltensethik das jüdisch-christlichen Abendlandes geprägt, sondern ausgehend von dort die zivilisatorische Entwicklung der gesamten Menschheit im Sinne einer zu lebenden Humanität beeinflusst.

Unschätzbar sind die Verdienste, die sich das zahlenmäßig kleine jüdische Volk im Laufe seiner häufig und besonders im letzten Jahrhundert von unendlichem Leid begleiteten Geschichte um die Humanität, Ethik und Zivilisation unseres Planeten erworben hat. Unschätzbar ist auch der überproportionale kulturelle, wissenschaftliche und technologische Beitrag jüdischer Menschen und des winzigen Staates Israel auf dem Gebiet der Medizin, der Naturwissenschaft, der Technologie, der heutigen digitalen Revolution und auf nahezu allen anderen Bereichen des menschlichen Lebens.

Angriffe auf die jüdische Identität Israels

Trotz dieses Sachverhalts und des zweifelsfrei belegten historisch legitimen Anspruchs auf sein jahrtausendealtes Staatsgebiet und seine ungeteilte Hauptstadt Jerusalem, die Delegitimierung Israels und die gemeinsam mit den brutalen muslimischen Land Usurpatoren praktizierte Leugnung der geschichtlichen Bezüge des jüdischen Volkes zu seinem rechtmäßigen Stammland in Judäa, Samaria und Galiläa, bestimmen auch heute wieder die Richtlinien der kaum erträglichen deutschen Ampelregierung und der Politik der EU.

Statt sich entschlossen und beherzt dem fortdauernden unkontrollierten Einlass islamischer Rechts- und Demokratieverachtung und dem verantwortungslos in unserem Lande geschaffenen Sicherheitsdesaster entgegenzustellen, kennzeichnen verlogene Einzelfall-Bagatellisierung der in unserem Land wieder verstärkt auftretenden islamischen Angriffe auf Juden und der unter der neuen, keinerlei Berührungsängste zur Linksextremisten zeitigenden Innenministerin, weitgehende Verzicht auf adäquate Strafsanktionen, das Versagen unserer ideologisch gegen unser aller Wohl fehlgeleiteten Bevormundungspolitik von links und Grün.

Während in unserem Lande auch weiterhin bevorzugt Preise an bestens bekannte Feinde Israels und der Juden vergeben werden, tun auch die Medien ein Übriges zur Delegitimierung, Diffamierung und Dämonisierung des jüdischen Staates. Relativierungen und Bagatellisierungen des Terrors gegen Israel und die Täter-Opfer-Umkehrungen sind in den deutschen Medien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an der Tagesordnung.

Selbst Organisationen wie Amnesty International sind zwischenzeitlich derart linkslastig und Islam-affin, dass sie nur noch schwer bestreiten können, dass sie die Existenz des gesamten Staates Israel als Übel betrachten.

Während in Deutschland die Verunmöglichung jüdischen Lebens vor allem wegen der zunehmenden Ausweitung Islam-dominierter No-go-Areas in unseren Städten schnell voranschreitet, hat zumindest die sehr zum Missfallen der EU-Repräsentanten erfolgte Wiederwahl des bisherigen ungarischen Ministerpräsidenten durch das ungarische Volk ein positives Signal für die dortigen Juden gesetzt. Im Gegensatz zu Deutschland können Budapester Juden ohne entwürdigendes Identitäts-Mimikry zur Verschleierung ihre Identität mit Kippa und anderen jüdischen Erkennungsmerkmalen unbeschwert im Stadtbild erscheinen und Cafés ohne Gefahr für Leib und Leben besuchen.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 13

Im Auge des Sturms – die NatCon Conference in Brüssel

Unter der Leitung des israelischen Publizisten und Präsidenten des Herzl-Instituts Yoram Hazoni, trafen in Brüssel - angesichts des fortschrittfeindlichen grün-ideologischen Klima- und Migrationswahnsinns - Protagonisten des internationalen Konservatismus zusammen, um dessen Herausforderungen und Lösungsansätze zu diskutieren. (JR)

Von Silke Schröder

Der Zeitpunkt der diesjährigen National Conservatism Conference, die in Brüssel stattfand, war prägnant. Die Stadt war für den Besuch von US-Präsident Joe Biden zum NATO-Sondergipfel teilweise komplett abgeriegelt. Brüssel, eine Stadt nah am Ausnahmezustand, wie der Kontinent aktuell durch den Ukraine Krieg selbst. Tausendschaften an Polizisten setzen teilweise selbst Fußgänger auf den Straßen fest.

„C'est ridicule!" (französisch für „lächerlich", Anmerkung der Redaktion) kommentierte das der belgische Taxifahrer, der bemüht war, uns trotzdem pünktlich zur Konferenz zu bringen, aufgebracht. Man konnte ihm nur zustimmen.

Die NatCon im Epizentrum des Brüsseler Eurozentrismus wirkte da mit Blick auf den Zeitpunkt und den Ort als Veranstaltung gleichzeitig wie ein Anachronismus und wie ein Antidot zu den Geschehnissen im Außen.

Unter Leitung des israelischen Publizisten Yoram Hazoni, Autor des auf dem deutschen Markt originär kaum vorstellbaren Titels „Nationalismus als Tugend", Philosoph und Präsident des israelischen Herzl-Instituts, trafen hier zwei Tage lang Protagonisten des europäischen, wie internationalen Konservatismus zusammen, um dessen Herausforderungen und Lösungsansätze zu diskutieren.

In verschiedenen Panels präsentierten Persönlichkeiten aus Forschung, Lehre, Politik und Wirtschaft meinungsbildende Ansätze zu Fragen europäischer Werte, der Beibehaltung nationaler Unabhängigkeit, Übergriffigkeiten durch die EU-Institutionen und die Zukunft von Familie, christlich-jüdischen Werten, unabhängiger Wissenschaft und Meinungsfreiheit.

Meinungszensur spürbar

Wie weit der Meinungspluralismus und damit auch Konservative in Europa bereits Einschränkungen erfahren, wurde exemplarisch an einem Beitrag der finnischen Abgeordneten Päivi Räsänen deutlich, die sich aktuell in ihrer Heimat für die Veröffentlichung eines Bibelzitats auf Twitter vor Gericht wegen ‚Hate Speech' verantworten muss.

Vorfälle wie diese werfen die Frage auf, wie zukunftsfähig der Konservatismus in einer Zeit überhaupt noch wird sein können, in der in atemberaubender Geschwindigkeit Rede- und Denkverbote durch entsprechendes Framing und EU-Gesetze dafür sorgen, missliebige Meinungen regelrecht zu kriminalisieren.

Und dabei scheint ein Gegengewicht in Zeiten woken Werteimperialismus so dringend wie nötig, wenn wir der europäischen Idee geeinter Vaterländer und dem einst angestrebten Subsidiaritätsprinzip in Europa weiter Rechnung tragen wollen.

Die Realität - das zeigen die Vorträge von Werner Patzelt, MEP Rob Roos, Gregor Puppnick und vielen anderen, die die europäische Idee, jedoch nicht die Übergriffigkeiten der EU verteidigen - ist bereits weit davon entfernt.

Die Krisen der letzten Jahre, Finanzkrise, Massenmigration, Covid und jetzt der Ukraine-Krieg versuchte die EU, zur eigenen Machterweiterung zu nutzen. Statt Realpolitik erleben die Bürger Europas die EU als Vorreiter eines ideologischen Totalitarismus, der ihre bürgerlichen Freiheiten zunehmend beschneidet und ihnen gleichzeitig vorschreiben möchte, wieviel CO2 sie ausstoßen dürfen, um dem im wahrsten Sinne ‚fantastischen' Green Deal Rechnung zu tragen.

Solidarität mit dem Rest der Welt, grenzenlose Humanität, Umweltschutz und uneingeschränkte Gleichberechtigung statt wirtschaftlicher Stärke und Prosperität. Dazu, wie Baroness Foster, britische Politikerin der Conservative Party es auf den Punkt bringt, eine Gleichschaltung der Kommunikation, so dass „Nobody is allowed to challenge the Narrative."

National Conservatism Conference

Der israelische Publizist Yoram Hazoni, Autor des Buches „Nationalismus als Tugend" bei der NatCon Conference in Brüssel

Wie kann es daraus einen Ausweg, ja eine Perspektive für all die geben, denen Freiheit, Bürgerrechte und Nationalstaat ein profundes Anliegen sind?

Im Gegensatz zur Linken ist die Rechte wenig geeint. Und übt sich eher in vornehmer Zurückhaltung.

Wo sind die lauten Rufe nach Energiesouveränität, in Zeiten, in denen sich Länder wie Deutschland anschicken, die letzten eigenen Atomkraftwerke abstellen und gleichzeitig aus der Kohleverstromung aussteigen zu wollen?

Wo wird die Agenda der Linken, unter dem Deckmantel von ‚Human Rights' überall in Europa gewachsene Gesellschaften durch Massenmigration zu zerstören, großflächig angeprangert?

Wer redet wie Rodrigo Ballester, Leiter des Centre for European Studies am MCC in Budapest darüber, dass immer mehr Institutionen wie der Europarat von privaten Geldgebern infiltriert werden?

Wie sehr die Agenda der EU bereits unser Denken beeinflusst, wird einem selbst bewusst, wenn man bei Begriffen wie Vaterland, Treue und nationalstaatlicher Identität unsicher um sich blickt. Sind wir alle nicht bereits jetzt schon durch das entsprechende Framing eher uniform auf sogenannte Werte wie Diversität, Gleichberechtigung, Teilhabe und individuelle Selbstbestimmung gepolt?

Sind die hier bei der NatCon Conference propagierten Werte überhaupt noch zeitgemäß und können sie dies in immer diverseren Gesellschaften überhaupt sein?

Insbesondere der Vortrag Werner Patzelts, einem der wenigen deutschen Vertreter auf der Konferenz zeigt auf: gerade Deutschland forciert außenpolitisch die Position, dass die Abschaffung der eigenen Nationalstaatlichkeit zu Gunsten einer Auflösung innerhalb eines United States of Europe Gebildes unabdingbar ist. Die historische Schuld durch Selbstauflösung zu tilgen, scheint partiell als Beweggrund dahinter zu stehen. Doch vielleicht bestätigt grade diese Idee den Wahn Deutschlands nur ein erneutes Mal…

Autoritärer Führungsstil Brüssels

Der unter deutscher Führung in Brüssel immer stärkere Formen annehmende autokratische Führungsansatz spielt jedenfalls sehr effektiv auf der Klaviatur von Einschüchterung und Angstmache, in dem Versuch, die Mitgliedsstaaten auf die neue Linie einzuschwören.

Ob Klimakatastrophe, Wohlstand als angeblicher Beleg für die Ausbeutung von Drittländern und das Schüren von Corona-Angst: souveräne Sachpolitik sieht anders aus.

Vielleicht ist es aber auch einfach ein Zeichen postfaktischer Zeiten, dass Bevölkerungen durch emotionale Ansprache statt durch Fakten geführt werden können. In einer Welt des Informationsüberflusses kapitulieren Viele offenbar vor mühseliger Faktenrecherche und ergeben sich lieber dem links-globalistischen Zeitgeist.

Die Beiträge der Referenten jedenfalls können unisono als flammender Appel für den Nationalstaat, die Souveränität europäischer Völker und die individuelle Freiheit seiner Bürger verstanden werden.

Am Beispiel der sich tapfer wehrenden ukrainischen Bevölkerung reflektieren einige der Beitragenden, dass sich die Wichtigkeit des Nationalstaats eben besonders in Zeiten von Not und Krise zeigt. Ein interessanter Gedanke, glauben doch auch in Deutschland noch viele, dass der Status-Quo einem garantiert zur Verfügung stehenden Lebensstandard gleiche und es eigentlich nur um dessen Verteilung an mehr Menschen ginge…

„It's never too late to grow up, though.", konstatiert Menschenrechtsanwalt Lorcan Price in seiner Rede. Wenn Europa unter Beweis stellt, dass es seine Bevölkerungen vergessen zu haben scheint, müssen diese es wieder aktiv an seine Aufgabe erinnern.

Das geht eben nur durch die Wahrnehmung eigener Bürgerrechte, wie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, bevor diese möglicherweise dauerhaft eliminiert werden.

Denn die Frage, wie weit es zukünftig überhaupt noch möglich sein wird, Konferenzen wie diese in Europa durchzuführen, scheint angesichts der derzeitigen Geschwindigkeit der Entwicklungen keine rein theoretische.

Für den langsamen Marsch durch die Institutionen, den die Linke seinerzeit erfolgreich absolviert hat, fehlt die Zeit. Vernetzung, praktische Unterstützung und wechselseitige Förderung hingegen können einen wichtigen Beitrag leisten, wie auf der National Conservatism Conference hier in Brüssel.

Die gute Nachricht, die auch im Saal augenscheinlich wird, ist, dass die konservative Szene durchaus über interessierten wie fähigen Nachwuchs verfügt. Bemerkenswert war die große Anzahl an jungen Teilnehmern und Studenten, die für die Teilnahme an der Konferenz finanzielle Förderung in Anspruch nehmen konnten. Daran könnte sich so manches Event ähnlicher Art in Deutschland ein Beispiel nehmen.

Die Weltengemeinschaft wird zukünftig nur dann erfolgreich sein, wenn Nationalstaaten verantwortlich geführt werden und das Wohl ihrer Bürger nicht aus den Augen verlieren.

Yoram Hazony ist mit dieser Konferenz dafür ein wichtiges Stück internationaler Vernetzung gelungen.

Präsident Macron: „Antisemitismus und Antizionismus sind die Feinde der Republik“

Anlässlich des zehnten Jahrestages gedachte Emmanuel Macron gemeinsam mit Israels Präsidenten Isaac Herzog der Terroranschläge von Toulouse und Montauban vom März 2012. An der Gedenkveranstaltung nahmen auch die beiden früheren französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und François Hollande teil. Der muslimische Terrorist Mohamed Merah hatte sieben Menschen heimtückisch ermordet, unter ihnen auch einen Rabbiner und dessen zwei kleine Kinder. (JR)

Von Stefan Frank

„Der Antisemitismus und der Antizionismus sind die Feinde unserer Republik“, sagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am Sonntag bei einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung mit dem israelischen Präsidenten Isaac Herzog, die in der südwestfranzösischen Stadt Toulouse aus Anlass des zehnten Jahrestages der Morde von Toulouse und Montauban stattfand.

Zwischen dem 11. und 19. März 2012 hatte der radikalislamische Terrorist Mohamed Merah – der nach Aussage seines Bruders Abdelghani von seinen Eltern dazu erzogen wurde, Juden zu hassen – sieben Menschen ermordet: drei Soldaten, einen jüdischen Lehrer und drei jüdische Kinder.

An der Gedenkveranstaltung nahmen außer Isaac Herzog und seiner Ehefrau Michal Herzog auch Brigitte Macron, die Ehefrau des französischen Präsidenten, Vertreter jüdischer Organisationen und die beiden früheren französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und François Hollande teil.

RONALDO SCHEMIDT / AFP

Macron erinnerte in seiner Rede an jedes einzelne der Opfer

„Frankreich legt sich vor niemand auf den Boden“

Macron erinnerte in seiner Rede an jedes einzelne der Opfer. Über Imad Ibn Ziaten, Soldat mit dem Dienstgrad des Maréchal des logis-chef (stellvertretender Zugführer), sagte Macron:

„An jenem Sonntag [dem 11. März 2012] traf er am späten Nachmittag ein paar hundert Meter von hier in einfacher Zivilkleidung denjenigen, von dem er glaubte, er sei daran interessiert, sein Motorrad zu kaufen. In Wirklichkeit war es ein Terrorist, der ihn nur tot sehen wollte.

Imad bedeutet auf Arabisch 'Säule'. Dieser Unteroffizier des 1. Regiments des Francazal-Fallschirmzuges unterstützte sein Land mit aller Kraft, bereit, sein Blut zu vergießen, sein Leben zu geben, um andere zu schützen und unsere Nation zu verteidigen.

Der Terrorist forderte ihn vergeblich auf, sich auf den Boden zu legen, Imad entschied sich dafür, im Stehen zu sterben. Genau in diesem Moment, auf dem Höhepunkt seines 30. Lebensjahres, erinnerte uns Imad Ibn Ziaten daran, dass Frankreich sich vor niemandem hinlegt, nicht einmal im Angesicht des Terrors, nicht einmal im Angesicht des Todes.“

„Aus Abenteuerlust und Liebe zu Frankreich“

Macron schilderte dann, wie der Mörder vier Tage später auf die Unteroffiziere Abel Chennouf, Loïc Liber und Mohamed Legouad vom 17. Fallschirmjägerregiment traf. Er tötete Legouad und Chennouf, Liber wurde schwer verletzt.

„Mohammed [Legouad] war 23 Jahre alt. Er liebte Fußball, Videospiele und das Abhängen mit Freunden. Er liebte Mut und Freiheit, er diente ihnen jeden Tag, weil er das Militärleben angenommen hatte.

Er war auch ein Gläubiger und lebte seinen Glauben voll und ganz, denn die Republik erlaubt jedem, zu glauben oder nicht zu glauben, seine Religion frei auszuüben. Indem er ihn ermordete, tötete der Terrorist genau das Modell dessen, was er hätte werden können.“

Dann sprach Macron über Abel Chennouf, damals 25 Jahre alt. Der gelernte Elektriker sei „aus Abenteuerlust und Liebe zu Frankreich“ zu den Fallschirmjägern nach Montauban gekommen.

> Dieser Sohn, dieser Ehemann, dieser Vater, Lehrer und Rabbi, wurde kaltblütig getötet, als er seine beiden bloßen Hände hob. Diese beiden Hände, die, Tag für Tag segneten, mit Kreide schrieben, erklärten, seine Schüler beruhigten.

Anderthalb Monate nach dem Tag, an dem ihn drei Kugeln in den Rücken trafen, so Macron, hätte Abdel Chennouf Vater werden sollen. Sein Sohn Eden sei jetzt zehn Jahre alt.

Danach kam Macron auf Loïc Liber zu sprechen. Er habe überlebt, werde aber nie wieder laufen können. An der Tür seines Zimmers hänge der Text der Marseillaise, so Macron.

„Vier Männer wurden ins Visier genommen, weil sie nicht einfach Männer waren, sondern weil hinter ihnen Frankreich Gestalt annahm, weil sie ihr Schicksal an das seine [d. h. Frankreichs] gebunden hatten, weil sie an seine Werte glaubten, seine Farben trugen, seine Ehre verkörperten.“

„Wir sind für Sie da, die Sie verletzt wurden“

Anschließend sprach Macron über die drei jüdischen Kinder und den Lehrer und Rabbi, die am 19. März 2012 Merah zum Opfer fielen.

„Vor der jüdischen Ozar-Hatorah-Schule traf Jonathan Rabbi Sandler der Tod. 'Rabbi', ein Wort des Respekts gegenüber denen, die nichts so sehr lieben wie die Weitergabe ihrer Religion, ihres Wissens, ihrer Liebe. Dieser Sohn, dieser Ehemann, dieser Vater, Lehrer und Rabbi, wurde kaltblütig getötet, als er seine beiden bloßen Hände hob.

Diese beiden Hände, die, Tag für Tag segneten, mit Kreide schrieben, erklärten, seine Schüler beruhigten.

Seine beiden Hände, die er immer allen entgegenstreckte, waren das letzte und vergebliche Bollwerk gegen die Hasslawine, die auf ihn und seine beiden kleinen Söhne niederging, auf Gabriel Sandler, drei Jahre alt, der noch seinen Schnuller in der Hand hatte, und Arié Sandler, fünf Jahre alt, die sorglos und fröhlich auf den Bus zum Kindergarten gewartet hatten.“

Dann, so Macron, tötete Merah „die kleine Myriam Monsonego, ein achtjähriges Kind mit lachenden Augen, ein achtjähriges Kind voller Freude und Zärtlichkeit, das still darauf wartete, zur Grundschule gebracht zu werden, ein paar Blocks entfernt.

Und zehn Jahre später stehen wir alle drei [die Präsidenten Sarkozy, Hollande und Macron] Seite an Seite mit Ihnen, Herr Präsident Herzog, vereint in der Prüfung und vereint in der Erinnerung.

Wir sind für Imad, für Abel, für Mohamed da, wir sind für Gabriel, Arié, Jonathan, Myriam da, um ihr Andenken zu bewahren. Wir sind für Sie da, die Sie verletzt, in Trauer gestürzt, traumatisiert wurden, um Sie zu unterstützen und bei Ihnen zu sein.“

„Entschlossen. den Terrorismus zu besiegen“

Macron bedankte sich bei dem israelischen Präsidenten – den er auch „lieber Isaac“ nannte – dafür, seiner Einladung gefolgt zu sein.

„Wir sind zusammen hier, um denen, die von der Barbarei heimgesucht wurden, zu sagen, dass wir Sie unterstützen.

Aber wir sind auch hier, um gemeinsam daran zu erinnern, dass Frankreich und Israel, Israel und Frankreich gemeinsam entschlossen sind, den Terrorismus in all seinen Formen und an allen Fronten zu besiegen, und dass wir gemeinsam entschlossen sind, den Antisemitismus zu vernichten, einschließlich desjenigen, der sich unter der Maske des Antizionismus verbirgt.“

Aus diesem Grund habe das französische Parlament Ende 2019 die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) angenommen. Aus demselben Grund habe seine Regierung am 9. März zwei militante Anti-Israel-Organisationen verboten, „zwei antisemitische Kollektive, darunter das Toulouser Collectif Palestine Vaincra“.

Frankreich, versprach Macron, stelle den Kampf gegen Antisemitismus in den Mittelpunkt seiner EU-Ratspräsidentschaft, „den Kampf gegen Antisemitismus in all seinen heimtückischsten, bösartigsten und hemmungslosesten Formen“.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Der Islam ist der wirkliche Gewinner im Ukraine-Krieg

Während Putin auf Landgewinn in der Ukraine aus ist, wird Russland durch die sinkende Geburtenrate der Christen immer mehr vom muslimischen Bevölkerungsteil, der sich zunehmend radikalisiert, kolonialisiert. In absehbarer Zeit wird es eher darum gehen, welcher islamische Block, das muslimische Großrussland oder das muslimische Großeuropa, die Ukraine kontrolliert. (JR)

Von Daniel Greenfield

Russland, mit einer Geburtenrate von 1,5 Kindern pro Frau, ist in die Ukraine einmarschiert, wo die Geburtenrate 1,2 Kinder pro Frau beträgt, um zu bestimmen, welche Nation mit einer Geburtenrate unter der Erhaltungsrate am schnellsten aussterben wird. Auf lange Sicht werden die kämpfenden tschetschenischen und andere muslimischen Soldaten die einzigen Gewinner des Krieges sein, da sie bestimmen, ob die Ukraine zum 1,2er oder dem 1,5er Volk gehören wird.

Die Tschetschenen haben eine Geburtenrate von 2,5. Es ist wahrscheinlicher, dass ihre Religion und ihre Moscheen die Gebiete erben, um die sie kämpfen, als die russisch- oder ukrainisch-orthodoxen Kirchen.

Das mittelalterliche Europa konnte sich aufgrund der hohen Geburtenraten von verheerenden Kriegen und Seuchen und einer Lebenserwartung von etwa dem Alter eines postmodernen Doktoranden erholen. Aber just dann, als die Europäer entdeckten, wie man wirklich katastrophale Kriege führt, gingen die Geburtenraten zurück. Der Zweite Weltkrieg hat Europa zerbrochen, was der vorherige Weltkrieg nicht getan hatte, weil jetzt die Toten nicht ersetzt wurden.

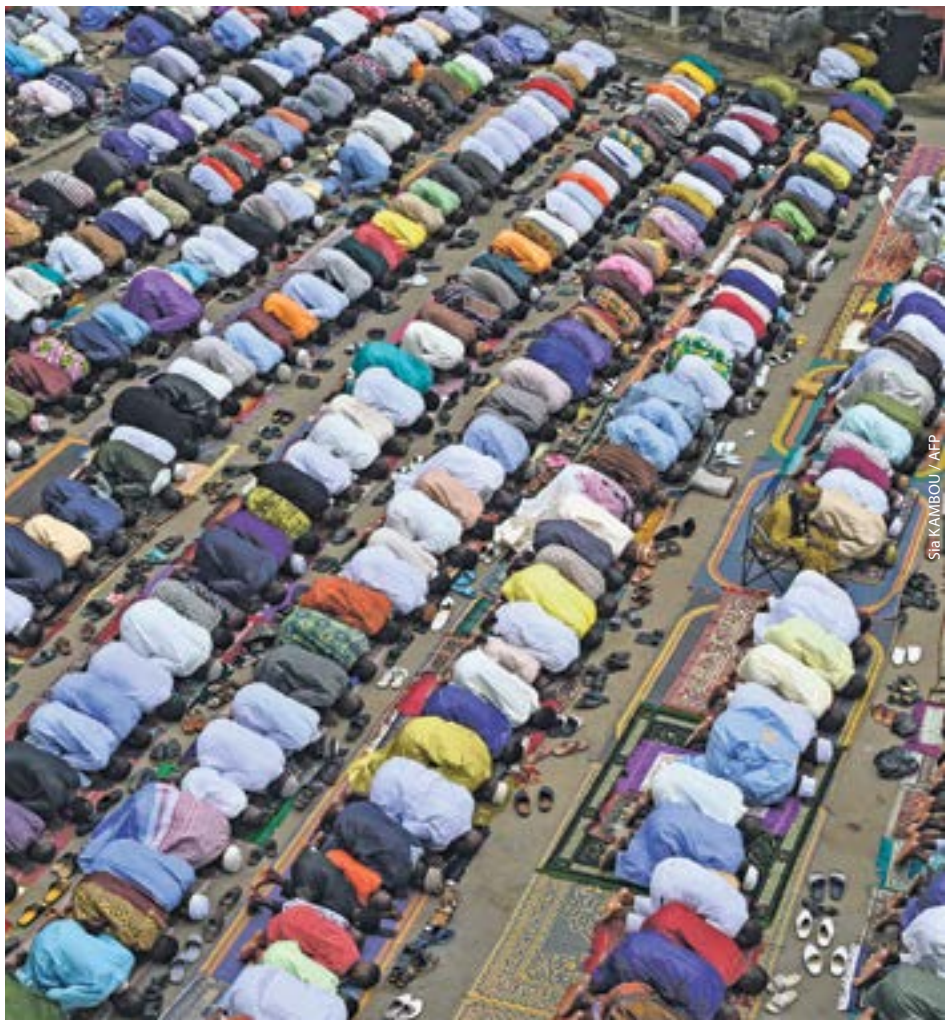
Die britische Geburtenrate während des Ersten Weltkriegs ähnelte der tschetschenischen Geburtenrate. Bis zum Zweiten Weltkrieg fiel sie unter die Erhaltungsrate. Heute wird sie, wie so viele Teile Europas, künstlich durch die britische Version der Tschetschenen, durch Pakistanis und andere muslimische Einwanderer, gestärkt. Deutschland ging in den Ersten Weltkrieg, angetrieben von einer aggressiven Geburtenrate von 3,5. Am Ende war sie trotz verzweifelter Nazi-Eugenik unter die Erhaltungsrate gefallen. Es sah aus wie in der Ukraine, bis die muslimische Geburtenrate zu Tragen kam.

Russland ging mit einer Geburtenrate von etwa 7 in den Ersten Weltkrieg, und als die Sowjetunion zusammenbrach, war sie auch unter die Erhaltungsrate gefallen. Wie bei den Europäern wird die Geburtenrate künstlich durch eine wachsende muslimische Bevölkerung, legal oder illegal, selbst in Großstädten wie Moskau, in die Höhe getrieben.

Jeder ukrainische und russische Tod ist ein weiterer Verlust, der demografisch niemals ersetzt werden wird.

Westeuropa und Russland haben duellierende Visionen für die Ukraine und die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion. Europa möchte, dass sie einer wunderbaren Union beitreten, die auf Frieden, Toleranz und dem Import von Millionen von Muslimen basiert, um all die friedlichen, toleranten Europäer auszugleichen. Putin möchte sie in Großrussland aufnehmen, das Islam und Christentum vereinen wird.

Die Europäer denken, dass sie eine tolerante Gesellschaft haben können, die um das demografische Wachstum einer Religion herum aufgebaut ist, die Ungläubige ermordet. Putin denkt, dass ein neues christliches russisches Reich auf einem multireligiösen Bündnis mit einer Religion aufgebaut wird, die Jahrhunderte damit verbracht hat, christliche Reiche zu zerstören.



Der demographische Wandel spricht für eine zukünftige muslimische Mehrheit in Europa und Russland

Putin ist der Meinung, dass „wir das östliche Christentum haben und bestimmte Theoretiker sagen, dass es dem Islam viel näher steht als dem Katholizismus“. Die kommunistische Ära hinterließ in Russland mehr „bestimmte Theoretiker“ als tote Hunde. Historiker könnten darauf hinweisen, dass der Islam weit mehr vom östlichen Christentum als von der katholischen Welt zerstört hat. Aber ähnlich wie die Europäer muss sich ein kinderloses Russland dem Islam zuwenden, um die Proletarier und das Kanonenfutter zu bekommen, um die Lichter und die Kriege am Laufen zu halten.

Wladimir Putin spielt gerne den Verteidiger des Christentums. Ein Verteidiger des Christentums würde keine muslimischen Soldaten schicken, um in ein christliches Land einzufallen. Aber andererseits geben die Europäer vor, Verteidiger der Toleranz zu sein, und doch haben sie den Kontinent mit einer Religion der Intoleranz geflutet. Es gibt also eine Menge selbstmörderischer Heuchelei, die von London und Berlin bis nach Moskau reicht.

Putin argumentiert, dass „Russland als multinationaler und multikonfessioneller Staat aufgebaut wurde“. Dasselbe behauptet die Europäische Union von ihrem eigenen Völkergulasch. Das Problem ist, dass die „Multis“ am Ende nur noch einer Union weichen werden. Oder genauer gesagt, einer Umma.

Deutschland heißt eine Million muslimische Migranten willkommen und Putins Marionette in Weißrussland importiert irakische Migranten zu Tausenden und befiehlt ihnen, in Polen einzufallen. Es ist, als würden die Tore von Wien von Wahnsinnigen nachgebaut, die darum wetteifern, ihre eigene Zivilisation am schnellsten niederzubrennen.

Vor drei Jahren sagte der Obermufti des Rates der Muftis Russlands auf einer im russischen Parlament abgehaltenen Konferenz zum Thema „Geschichte des Islam in Russland: Verständigung mit Blick in die Zukunft“, dass die muslimische „Bevölkerung“ in anderthalb Jahrzehnten auf 30 Prozent steigen werde."

Dimitry Smirnov, Vorsitzender der Patriarchischen Kommission für Familienangelegenheiten, Schutz von Mutterschaft und Kindheit der Russisch-Orthodoxen Kirche, stimmte dem Obermufti zu. „Muslime haben mehr Kinder. Nicht Tataren, sondern Kaukasier. Die Tschetschenen und die Inguschen haben acht Kinder. Die Russen werden bis 2050 ausgehen. Andere Nationen werden hier leben: Tschetschenen, Inguschen, Araber.“

Auf die Frage, ob es noch Hoffnung gebe, sagte der Erzpriester, es sei „schon zu spät“.

Dann ist es an der Zeit, in die Ukraine einzumarschieren. Und dann können die Europäer und die Russen darüber streiten, welcher zukünftige islamische Block, das muslimische Großrussland oder das muslimische Großeuropa, die Ukraine kontrollieren soll.

Wettlauf um die Selbstvernichtung

Welche Opfer der aktuelle Krieg auch bringen wird, die Russen und Ukrainer bringen sich selber viel schneller um als einander, mit über 600.000 Abtreibungen pro Jahr in Russland und knapp 75.000 in der Ukraine. Beide Länder haben auch einige der höchsten Selbstmordraten der Welt.

Russland hat die dritthöchste Selbstmordrate der Welt und die Ukraine hat die siebthöchste Selbstmordrate bei Männern. Das sind nicht die Charakteristika von Menschen, die an die Zukunft glauben.

Hinter den sich duellierenden Propagandakampagnen, der totalen Sättigung mit Lügen, stehen diese düsteren Realitäten von Verzweiflung und Tod. Der falsche Nationalismus ist eine Fassade für die harte Realität, dass ukrainische und russische Jungen in einem sinnlosen Krieg sterben, dessen einzige Gewinner die Migrantenhorden sein werden, die aus den „-istans“ und aus den asiatischen und muslimischen Ländern des Nahen Ostens strömen, um sie zu ersetzen.

Kurzfristig erwarten die europäischen und russischen Führer und Oligarchen einen vorübergehenden Nutzen aus dieser jüngsten Episode im Todeskampf unserer Zivilisation. Langfristig schicken sie uns alle in den Untergang.

Wofür auch immer die verschiedenen Seiten zu kämpfen vorgeben, ein Großrussland, Demokratie oder Nationalismus, das Einzige, was sie wirklich tun, ist, ihren eigenen Niedergang zu beschleunigen.

China und die islamische Umma müssen nur zusehen und beide Seiten abwechselnd anfeuern.

Ein Großteil des Territorium Russlands wurde, wie das Territorium Amerikas, bereits an China verpachtet. Während Putin ukrainisches Territorium jagt, gehört Russland selbst China und wird von muslimischen Migranten kolonialisiert. Die Übernahme der Krim durch Russland spornte chinesische Investitionen in der Region an. Welches ukrainische Territorium auch immer Putin einnimmt, es wird letztendlich der chinesischen Industrie und ihren russischen Mittelsmännern zugutekommen.

Aber es wird dort wahrscheinlich irgendwo einen Vorstandsposten für Hunter Biden oder Neil Bush geben. Amerika, wie Europa, Russland und der Rest dessen, was einst als zivilisierte Welt galt, sind zutiefst unseriös geworden, drängen sich in Echokammern der sozialen Medien, schreiben trendige Hashtags und weigern sich in Zeitspannen zu denken, die länger als ihre Aufmerksamkeitsstörungen sind.

Es gibt immer Ablenkungen, um sich die Zeit zu vertreiben, unsere Empörung auf die Dinge zu lenken, die unwichtig sind, um nicht an die wirklich großen Dinge denken zu müssen, die tatsächlich sehr wichtig sind. Kriege sind wunderbare Ablenkungen. Vor allem Kriege, an denen wir nicht beteiligt sind und bei denen unser einziger Einsatz ein Hashtag und eine Haltung ist.

Doch wenn wir nicht anfangen, ernsthaft über die Zukunft nachzudenken, werden wir nicht nur verlieren, wir werden aufhören zu existieren.

Daniel Greenfield ist Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel erschien zuvor im Front Page Magazine des Centers.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Das Atomabkommen mit dem Iran - Eine Farce

Die Jüdische Rundschau hat bereits beim Abschluss des Atomabkommens mit dem Iran, das 2015 besonders von Steinmeier, Kerry und Obama gegen jede Einsicht und Vernunft vorangetrieben wurde, die Schwachpunkte des Vertrags kritisiert und vor einem Katz und Maus Spiel mit den Mullahs gewarnt. Nun steht der Iran, wie zu befürchten war, kurz davor, waffenfähiges Uran anzureichern und damit als unberechenbare Atommacht auf die Weltbühne zu treten. Traditionell stehen sich Russland und das Mullah-Regime politisch und wirtschaftlich sehr nahe. Besonders vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges steht der Westen vor einem zusätzlichen Dilemma - unterzeichnet man das Atomabkommen, werden auch die Sanktionen gegen Russland aufgeweicht. (JR)

Von Vincent Steinkohl

Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian (erster von links) bei einem Treffen mit dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Rafael Grossi (erster von rechts).

Überschattet durch den dieser Tage im globalen Rampenlicht stehenden russischen Angriffskrieg in der Ukraine, gärt ein weiterer ungelöster geopolitischer Konflikt mit westlicher Beteiligung: Das Atomabkommen zwischen dem Iran und dem Westen.

In diesen Wochen treffen sich in Wien Vertreter des Iran, der USA, Russlands, Chinas, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands, um das Atomabkommen zwischen der iranischen Regierung und der internationalen Staatengemeinschaft neu zu verhandeln.

Die USA hatten 2018 unter dem damals amtierenden US- Präsidenten Trump das internationale Abkommen, welches 2015 von seinem Vorgänger Barack Obama unterzeichnet worden war, einseitig aufgekündigt und stattdessen erneut auf harte Wirtschaftssanktionen gesetzt.

Der Iran hatte im darauffolgenden Jahr erneut begonnen, wie angekündigt seine Uran-Anreicherung hochzufahren und damit gegen die Auflagen des Abkommens von 2015 zu verstoßen.

Der aktuelle US- Präsident Joe Biden hält indes sein Wahlversprechen, zurück zu Obamas entgegenkommender Diplomatie zu kehren und die Gespräche mit Teheran wieder aufzunehmen.

Bei den Verhandlungen geht es um eine Wiederaufnahme der Vereinbarung von 2015, welche den Iran einer strikteren Begrenzung und Überwachung seines Atomprogramms unterwarf und im Austausch die Aufhebung der drastischen Wirtschaftssanktionen gegen das Mullah- Regime garantieren sollte.

Da diese Vereinbarung von der Trump- Administration aufgekündigt worden war, hatte auch der Iran fortan keinen Grund mehr, seinen Teil des Deals zu erfüllen und so begann Teheran mit zunehmend erheblichen Verstößen gegen die Auflagen, erneut für Unruhe im Nahen Osten zu sorgen.

Mittlerweile ist davon auszugehen, dass es dem Iran gelungen ist, Uran auf bis zu 60 Prozent anzureichern. Das ist deutlich mehr als für die zivile Nutzung notwendig ist, technisch ist es nur noch ein kleiner Schritt zu waffenfähigen 90 Prozent und damit einer weiteren Atommacht auf der Weltbühne.

Russlands Strategie

Als wären diese Vorgänge allein nicht bereits beunruhigend genug, steht die internationale Staatengemeinschaft vor einem neuen Problem, welches 2015 in derartiger Intensität noch nicht existiert hatte: Russland ist ein enger strategischer Partner des Iran und dieser Tage weniger denn je daran interessiert, dem Ausland bei der Abwicklung internationaler Diplomatie zu helfen.

Es ist schwer, das aktuelle Vorgehen Moskaus nicht als destruktiv zu begreifen. Außenminister Lawrow ließ sich wie folgt zitieren: „Die Vereinbarung mit dem Iran steht vor dem Abschluss“. Allerdings seien "in letzter Zeit Probleme aus der Sicht der Interessen Russlands aufgetreten". Lawrow sprach über die "Lawine aggressiver Sanktionen, die der Westen wegen des Ukraine-Konflikts losgetreten hat". Dementsprechend verlangt Russland "schriftliche Garantien" der USA. Das bedeutet, dass die Sanktionen aufgrund des Ukraine- Krieges die Interessen des Kremls hinsichtlich des Atomabkommens nicht beeinflussen dürfen.

Laut dem russischen Außenministerium geht es um "uneingeschränkten Handel, wirtschaftliche und investive Zusammenarbeit, sowie militärisch-technische Kooperation mit dem Iran". Russland ist sowohl wirtschaftlich als auch militärisch seit Langem ein wichtiger Partner des Iran und zudem ein wichtiger Investor des iranische Atomprogramms.

Westliche Kuschel-Diplomatie gerät schnell an ihre Grenzen, wenn die Verhandlungspartner aus Teheran und Moskau den Ton verschärfen. Die zuletzt beschlossenen harten Wirtschaftssanktionen gegen Russland könnten ausgerechnet durch das Atomabkommen mit dem Iran torpediert werden. Der Kreml weiß das und spielt die Situation taktisch klug aus.

Angenommen, der Iran ließe sich auf die Wiederaufnahme des Atomabkommens ein, müssten die erheblichen Überbestände an angereichertem Uran abgebaut und exportiert werden, mutmaßlich nach Russland. Die Beziehungen zwischen Moskau und Teheran sind traditionell eng und Russland muss sich dieser Tage dringend nach Handelspartnern umsehen.

Lawrow geht über diese Forderung hinaus und verlangt die internationale Garantie eines „ungehinderten Handels“ zwischen dem Iran und Russland.

Zudem fordert Teheran die Streichung der iranischen Revolutionsgarden von der US-Terrorliste. Ned Price, Sprecher des US- Außenministeriums erklärte daraufhin recht kleinlaut, die USA werden nicht auf spezielle Bedingungen reagieren oder öffentlich bekanntgeben, welche Sanktionen gelockert werden könnten. Ein klares „Nein“ ist das nicht.

Der Westen steht vor der Wahl zwischen Pest und Cholera: Kündigt man die Verträge mit dem Iran endgültig auf, lässt man sehenden Auges zu, dass das islamistische Regime genug Uran für eine Atombombe anreichert, unterzeichnet man das Abkommen, ist man gezwungen, Russland entgegenzukommen und die erst kürzlich verhängten Sanktionen aufzuweichen.

Zwar hatten Die EU und die USA Moskaus Forderung nach garantiertem Freihandel mit dem Iran mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass die Sanktionen gegen Russland nichts mit den Atomgesprächen zu tun hätten und daher kein Thema bei den Verhandlungen seien, doch handelt es sich hierbei um Wunschdenken.

Es scheint, als käme die Globalisierung dieser Tage in die Bredouille: Mächte, deren jeweilige Eigeninteressen absolut unvereinbar mit den Interessen der anderen Konfliktparteien sind, müssen Einigungen erzielen, selbst dann, wenn man in anderen Erdregionen bereits die Waffen sprechen lässt.

Stillstand kann verheerende Folgen haben

Der größte Profiteur der aktuellen Patt- Situation ist derweil die iranische Regierung. Zuletzt war es Teheran gelungen, so viel Uran hoch anzureichern, dass nach Einschätzung von Wissenschaftlern innerhalb weniger Wochen das Material für zwei Atombomben vorliegen könnte. Das Washingtoner Institut ISIS verkündete kürzlich in einer Analyse, der Iran habe inzwischen genug Material, um mit einer Abkehr von allen Beschränkungen durch weitere Anreicherung „in nur zwei oder drei Wochen, einschließlich einer Vorbereitungszeit“, genug waffenfähiges Uran für eine erste Bombe zur Verfügung zu haben, bis Ende des betreffenden Monats sogar genug für eine zweite.

Je länger sich die Verhandlungen über eine Neubelebung des Atomabkommens also hinziehen, umso größer die Gefahr, dass das Mullah- Regime die Weltgemeinschaft vor vollendete Tatsachen stellt. Grünen-Chef Omid Nouripour sagte dazu: "Seit Donald Trump das Atomabkommen ohne Not gekündigt hat, haben die Iraner sehr viel Uran hoch angereichert und damit einen signifikanten Weg auf dem Weg zur Bombe zurückgelegt. Es ist gut, wenn das Abkommen nun wieder zu Stande kommt, damit Iran auf diesem Weg gestoppt wird."

Derart eindeutig gestaltet sich die Sachlage jedoch nicht: Trump hatte, entgegen der Darstellung der meisten westlichen Medien, gute Gründe, das Abkommen aufzukündigen. Selbst wenn der Iran sich an den derzeit ausgesetzten Deal von 2015 gehalten

hätte – vom Mossad gewonnene Daten legen indes nah, dass der Iran die internationale Gemeinschaft mehrfach belogen hatte - spätestens 2030 wäre der Deal sowieso ausgelaufen und das Regime in Teheran hätte einfach dort weitermachen können, wo es aufgehört hat. Das ist das große Problem des Iran-Deals und aller neuen Abkommen, die den gleichen Weg verfolgen: Es beendet die für den Iran schmerzhaften Sanktionen, ohne dass ein künftiges Atomprogramm sicher ausgeschlossen werden kann. Im schlimmstmöglichen Szenario stünde am Ende ein nuklear bewaffneter Iran mit deutlich mehr Geld als zuvor.

Teherans Optionen

Weil eine atomwaffenfreie Welt nichts als ein utopischer Fiebertraum realitätsferner Romantiker ist, tut jede Nation im Sinne macchiavellischen Eigeninteresses gut daran, nicht die einzige unbewaffnete Konfliktpartei sein zu wollen. Die jüngere Zeitgeschichte ist voll mit Beispielen hierfür und in Teheran weiß man das.

Gaddafi verzichtete 2003/04 bereitwillig auf die Atomisierung des libyschen Militärs. Zudem war er, ähnlich wie der heutige Iran, dem Westen gegenüber feindlich gesinnt und ein engagierter Financier des internationalen Terrorismus. Im Jahr 2011 wurde er durch eine militärische Allianz von innen und außen nicht nur militärisch besiegt – er wurde ermordet. Ohne seinen vorangegangenen Verzicht auf Atomwaffen in der Vergangenheit hätten Gaddafis innenpolitische Gegner keine Hilfe von Großbritannien, Frankreich und Friedensnobelpreisträger Barack Obama bekommen. In einem atomar bewaffneten Libyen hieße der Präsident wohl heute noch Muammar al-Gaddafi.

Hätte die Ukraine im Zuge der NATO/Russland Verhandlungen nach dem Untergang der Sowjetunion nicht auf nukleare Abrüstung gesetzt, wäre sie wohl kaum dreißig Jahre später von Russland überfallen worden, ob mit NATO oder ohne. Weder die iranischen Raketensysteme noch die Ausbildung und Aufrüstung von Terrororganisationen wie Hamas und Hisbollah wurden im Atomabkommen von 2015 als sofort abzuschaffende Übel betrachtet, sie blieben völlig unangetastet.

Trumps Nachfolger Joe Biden will nun im Sinne seines ehemaligen Chefs Barack Obama zusammen mit den europäischen Regierungen, die immer noch an den gescheiterten Deal glauben, ein neues Abkommen mit Irans neuem Präsidenten Ebrahim Raisi schließen. Raisi ist als „Schlächter von Teheran“ bekannt und war Mitglied der Todeskommission Teherans.

Oppositionelle jeglicher Couleur wurden unter seinem Kommando zu tausenden ermordet – oft öffentlich aufgehängt an Baukränen. Er macht daraus keinen Hehl, im Gegenteil. Als „eine der stolzesten Errungenschaften“ des iranischen Staates bezeichnet er diese barbarischen Praktiken.

„Wir werden in den Wiener Gesprächen bleiben", twitterte Ali Schamchani, Vorsitzender des Obersten Nationalen Sicherheitsrates. Es sollten jedoch die „rechtlichen und logischen" Forderungen des Iran erfüllt und eine "starke Einigung" erzielt werden.

An dieser Stelle sei obligatorisch darauf hingewiesen, dass Ali Schamchani im Gegensatz zu Ex-Präsident der USA Donald Trump unbehelligt auf Twitter aktiv ist. Die Mark Zuckerbergs und Jack Dorseys dieser Welt zeigen uns tagtäglich, wo ihre Loyalitäten liegen. Pro- westlicher Konservatismus ist allem Anschein nach ein größeres Vergehen als islamistischer Faschismus, ginge es nach der US-amerikanischen Tech-Elite.

Fazit

„Sanktionen gegen den Iran dürfen nicht aufgehoben werden. Die Sanktionen müssen verschärft werden, der Iran muss glaubwürdig militärisch bedroht werden, denn nur dies wird ihn daran hindern, seinen Wettlauf um eine Nuklearwaffe fortzusetzen. Dieses Rennen hörte hier nicht auf, und es hörte nicht auf mit den Gesprächen in Wien.“, ließ sich Israels Außenminister Jair Lapid zitieren. Im jüdischen Staat blickt man mit Sorge auf die neuesten iranischen Umtriebe.

Nachdem der Iran erst kürzlich Raketen auf die irakische Stadt Erbil abgefeuert hat, erscheint die Anspannung in Jerusalem als gerechtfertigt. Erbil ist die Hauptstadt der autonomen irakischen Kurdenregion.

Der Iran erklärte dazu, von irakischem Gebiet aus hätten in der Vergangenheit kurdische Terroristen, die USA und Israel die Islamische Republik attackiert, demnach habe man völkerrechtskonform im Sinne der Selbstverteidigung gehandelt. Das Verhältnis des Iran zu dem regionalen Gegenspieler Saudi-Arabien hat sich im Zuge dessen definitiv erneut verschlechtert.

Angesichts solcher Ereignisse wünscht man sich als Zivilist, ob im Orient oder Okzident ansässig, doch glatt den orangenen Mann mit den gemeinen Tweets wieder, war doch der Nahe Osten zwischen 2016 und 2020 so friedlich wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Deutschland erhofft sich von der ganzen Angelegenheit Frieden im Nahen Osten und natürlich Öl.

Als Belohnung, so hört man es dieser Tage immer öfter, sollen die iranischen Revolutionsgarden tatsächlich von der Terrorliste gestrichen werden. Zur Erinnerung: Bei den Revolutionsgarden handelt es sich um die Speerspitze des iranischen Terrorismus im Libanon, Jemen, Irak, Gazastreifen und Syrien. Blut für Öl. Wie passt das mit Baerbocks Proklamation einer „feministischen Außenpolitik“ zusammen? Macht man sich nicht, gelinde gesagt, unglaubwürdig, wenn man Russland hart sanktioniert, jedoch dem Iran entgegenkommt? Sollte Außenpolitik nicht mehr sein als das stets nur als Reaktion stattfindende Modifizieren von Verträgen, sobald die Augen der Öffentlichkeit sich auf eine bestimme Region richten?

Im Sinne des Weltfriedens bleibt zu hoffen, dass alle Parteien einen Kompromiss herausarbeiten, der den Iran an atomarer Bewaffnung hindert und den Mullahs gleichzeitig glaubwürdig versichert, keinen Regime-Change voranzutreiben. Wie sich das konkret gestalten soll, weiß ich leider nicht. Außenministerin Baerbock steht definitiv in der Pflicht. Es bleibt zu hoffen, dass sie gute Pläne im Lastenrad verstaut hat, wenn sie demnächst wieder zu den Verhandlungen nach Wien reist. Es bleibt spannend.

Palästinensischer Funktionär: „Zionisten sind die neuen Nazis“ – Der deutsche EU-Vertreter von Burgsdorff hat kein Problem damit

Sogar wenn Araber dazu aufrufen, die Juden aus ihrem eigenen Land zu vertreiben und sie als „Nazis“ beschimpfen, schaut u.a. der von der EU eigens für die „Palästinensische Autonomiebehörde“ entsandte deutsche EU-Repräsentant Sven Kühn von Burgsdorff ohne Widerspruch zu. Dies ist ein weiteres, deutliches Symptom für die unverändert judenfeindliche, Israel-averse und linke Politik Deutschlands und der EU. (JR)

Von Redaktion Audiatur

In einem Einkaufszentrum bei Be’er Sheva hat ein arabischer Terrorist am Dienstagnachmittag vier Menschen getötet, bevor er von einem bewaffneten Busfahrer zur Strecke gebracht wurde. Wenige Tage zuvor gastiert der EU-Vertreter Sven Kühn von Burgsdorff bei einem Event, auf dem Israelis „Nazis“ genannt werden und zu ihrer Vertreibung aufgerufen wird.

Bei dem Anschlag am 22. März wurden vier Menschen ermordet. Der Terrorist überfuhr mit seinem Auto einen Radfahrer, bevor er das Fahrzeug verließ und weitere Opfer erstach. Der Terrorist, ein arabischer Israeli aus dem Beduinensektor, wohnte in Hura im Negev und hatte zuvor seine Unterstützung für die Terrororganisation Islamischer Staat bekundet.

Am 18. März, gastierte der „Hohe Vertreter“ der EU Sven Kühn von Burgsdorff beim „Palästina Marathon“ in Bethlehem, wo der Vertreter der Palästinensischen Autonomiebehörde Jibril Rajoub Israelis als „Nazis“ beschimpfte:

„Das internationale Recht muss gegen das hässliche Gesicht des Nazismus verteidigt werden, d.h. gegen den Zionismus. Sie sind die neuen Nazis, die das Palästinensische Volk eliminieren wollen. Die Zeit ist gekommen, sie zu vertreiben und sich ihnen zu widersetzen.“

Auf dem Video ist zu sehen, wie der EU-Vertreter Kühn von Burgsdorff lächelnd daneben steht und Anwesenden freudig die Hand schüttelt.

EU-Vertreter solidarisiert sich mit Terroristen

Auf der offiziellen Seite der EU heißt es dazu, „über 500 Menschen aus Palästina und Europa“ hätten am „Palästina Marathon“ teilgenommen, um „Solidarität mit der Sache der Palästinenser zu demonstrieren.“

„Die EU solidarisiert sich mit den Terroristen und macht sich mit schuldig an den Morden in Israel“, sagte dazu der EU-Abgeordnete im Haushaltsausschuss Joachim Kuhs. „Sven Kühn von Burgsdorff fällt immer wieder durch einseitige Parteinahme für die Feinde Israels auf, und unterstützt den illegalen Landraub durch Araber in israelischen Gebieten. Es ist höchste Zeit, dass Sven Kühn von Burgsdorff seinen Hut nimmt.“

Der Botschafter Israels bei den Vereinten Nationen, Gilad Erdan schrieb auf Twitter:

Wie verlässlich ist die Partnerschaft zwischen der EU und Israel?

„Jibril Rajoub, ein hoher Beamter der Palästinensischen Autonomiebehörde, eröffnete am Wochenende einen Marathon in Bethlehem und bezeichnete Israel vor einem Vertreter der EU als die neuen Nazis. An die palästinensischen Unterstützer in der UN, dies ist ihr wahres Gesicht: Sie haben kein Interesse daran, Partner für den Frieden zu sein.“

Guter Jude – böser Jude: Verspielt Frankreich die Chance auf eine konservative Wende?

In Frankreich wird in Kürze gewählt, als Präsidentschaftskandidat tritt auch Èric Zemmour an, ein Sohn algerischer Juden. Für die einen ist er ein „juif de service“, also ein „Quoten-Jude“, für einige selbsternannte und bestens domestizierte Vertreter der Jüdischen Gemeinde in Frankreich ein Schreckgespenst, das die ungeliebte Wahrheit über das Erstarken des muslimischen Antisemitismus ausspricht. (JR)

Von Filip Gašpar

EMMANUEL DUNAND / AFP

Der Jude Èric Zemmour wird als „Nazi“ diskreditiert

Im April beginnt in Frankreich die zwölfte Präsidentschaftswahl der fünften französischen Republik. Am 10. April beginnt der erste Wahlgang und sollte im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit bekommen, findet am 24. April ein zweiter Wahlgang statt. In der letzten Ausgabe haben wir einige der Kandidaten und ihre Chancen kurz vorgestellt. Unter ihnen auch Éric Zemmour, Sohn algerischer Juden, der erst kurz vor Schluss die benötigten 500 Unterschriften vorlegen könnte. Zemmour wird in den Mainstream-Medien oft als Rechtsextremer, Verbreiter von Verschwörungstheorien, islamophober Rassist, Sexist oder was immer gerade in den Kram passt, bezeichnet. Manche sprechen gar von einem „juif de service“, also einem Quotenjuden, der den ganz Rechtsaußen gelegen kommt, da Marine Le Pen versucht hat, durch eine moderate Herangehensweise in die bürgerliche Mitte zu rücken. Doch Zemmour hat nicht nur Marine Le Pen durch seine Kandidatur Alpträume beschert, sondern ist auch zum Schreckgespenst einiger selbsternannter Vertreter der Jüdischen Gemeinde in Frankreich avanciert. Darunter sind der CRIF (Conseil représentatif des institutions juives de France, dt.: Repräsentativer Rat der Jüdischen Institutionen in Frankreich), der Oberrabbiner von Frankreich, die Union der jüdischen Studenten von Frankreich und noch weitere Juden, meist aus dem linken Spektrum, die sich für intelligenter als den Rest halten. Hier sind die üblichen Verdächtigen zu nennen wie Alain Minc, Jaques Attali und natürlich darf Bernard Henri-Lévi in so einer Aufzählung nicht fehlen. Diesem war es sogar nicht peinlich Éric Zemmour auf die Titelseite der kommunistischen Zeitung „L'Humanité“ mit der Bildunterschrift „bestialische Thesen wie die Nazis zu fördern“ zu packen. Einen Nazivergleich, darunter geht es anscheinend nicht. Gerade in Frankreich, dessen jüdische Gemeinde in den letzten Jahren einen nie dagewesenen Exodus erlebt hat und es Morde und Terroranschläge auf Juden und jüdische Einrichtungen gab, und die Täter waren keine Rechten. Warum also haben sich die oben Genannten auf Zemmour eingeschossen und geraten beim Gedanken, dass dieser es in die zweite Runde schaffen könnte, in Panik? Dabei haben Zemmours Umfragewerte in den letzten Wochen gelitten und Marine Le Pen ist wieder an ihm vorbeigezogen und alles deutet auf eine Stichwahl zwischen ihr und dem Amtsinhaber Emmanuel Macron wie bei der letzten Wahl hin. Die Gründe für Zemmours sinkende Werte bedürfen einer gesonderten Analyse nach der Wahl. Kommen wir zurück zur Frage, warum der französische Jude Zemmour von anderen französischen Juden so verteufelt wird? Wahrscheinlich haben Sie Angst, dass ihre über 40 Jahre aufgebaute Illusion in sich zusammenbricht.

Stattdessen wird man ein alljährliches Dinner veranstalten und statt Zemmour wieder Leute wie Fabien Roussel einladen. Roussel ist der Vertreter der Kommunistischen Partei und hat der arabischen Terroristen verteidigt, die seit Jahrzehnten Juden töteten. Auch Yannick Jadot wird mit von der Partie sein, der Eric Zemmour als einen „Quotenjuden“ bezeichnete.

All dies begann unter der Amtszeit von François Mitterrand, als die Sozialisten es sich auf die Fahnen geschrieben hatten, die muslimische Masseneinwanderung nicht bloß zu tolerieren, sondern gar zu fördern, um somit ihre potenzielle Wählerschaft auszubauen. Etwas ähnliches lässt sich auch in Deutschland beobachten, man beobachte nur diese Tage, wie die führenden und nicht führenden deutschen Politiker fleißig auf ihren Social-Media-Kanälen zum Beginn des Fastenmonats Ramadan gratulierten.

Buhlen um muslimische Wähler

In Frankreich wurden von „SOS Racisme“, einer der sozialistischen Partei nahestehenden Organisation, große antirassistischen Rockkonzerte veranstaltet und jedes Mittel war recht, um die Einwanderung zu fördern und Muslime als Wähler für die Sozialistische Partei zu gewinnen. Um jede Kritik an diesem demografischen Wandel im Keim zu ersticken, wurden den potenziellen Kritikern Maulkörbe verpasst. Die Verleger der großen französischen Verlagshäuser stellten Autoren, die zumindest intellektuell in der Lage gewesen wären, den Franzosen in Bezug auf den Islam auf die Sprünge zu helfen, unter ihre Scheffel. Karikaturisten oder solche die sich für solche hielten, stellten den einfachen Franzosen als einen rassistischen Hinterwäldler dar. Und Vorzeigeintellektuelle wie Bernard Henri-Lévi diagnostizierten Frankreich von Natur aus ein Volk von Pétainisten, also Verharmloser oder gar Befürworter des Vichy-Regime, zu sein.

Der „Front National“ (heute „Rassemblement National“) wirkte in diesem Spiel wie ein nützlicher Mitspieler, denn Jean-Marie Le Pen fiel durch seine teils rassistischen und offen antisemitischen Äußerungen auf und erwies jedem Kritiker an der Migrationspolitik einen Bärendienst. Denn jede Kritik an einer starken islamischen Migrationsströmung wurde sofort mit dem Vorwurf ein Nazi oder „nahe am Front National“ zu sein, abgetan.

„Muslime sind die neuen Juden“-Framing

Die Vernichtung der Juden durch die Nazis wurde in Frankreich instrumentalisiert, um eine Einwanderung von Muslimen zu erleichtern.

Jüdische Institutionen verbreiten in vorauseilendem Gehorsam, zusammen mit Medien und den üblichen Intellektuellen, dass Muslime das Ziel des neuen Nazismus in Frankreich seien. Man kann sagen, dass sie die Gleichung aufstellten „muslimischer Einwanderer = verfolgter Jude“. Die Folgen dieser infamen Politik waren und sind weiterhin verheerend für Frankreich und für Frankreichs Juden. Man zerschmetterte die politische Rechte, kriminalisierte jegliche Kritik an der verfehlten Einwanderungspolitik und jedes kleine Anzeichen von Patriotismus wurde als rassistisch eingestuft. Den Preis zahlten die Juden selbst, denn die Gesellschaft wurde blind gegenüber der von Muslimen verübten Gewalt an Juden. In bestimmten Viertel ist es mittlerweile gefährlich, sich offen als Jude erkennen zu geben und der islamische Antisemitismus wurde marginalisiert.

Man hätte all dies rechtzeitig bekämpfen und Zemmour nicht als das wahre Übel der französischen Rechten darstellen können, doch man entschied sich lieber den alten Trick anzuwenden und davon zu sprechen, dass „Muslime werden wie die Juden verfolgt“ würden und jede Kritik an der Einwanderung als eine Form von Rassismus darzustellen. Dies geht so weit, dass die führenden Köpfe der jüdischen Gemeinden in Frankreich ihn einen Antisemiten nennen und ihn am liebsten exkommunizieren würden. Den Éric Zemmour, einen Sohn algerischer Juden, der eine jüdische Schule besucht hat, Hebräisch spricht, die Synagoge besucht und seinen Glauben nie in den Vordergrund gestellt hat, aber fest zu seinem Judentum steht, ist entweder ein „Quoten-Jude“ oder ein Antisemit, und dass nur, weil er sich weigert in den Chor der die Gefahr leugnenden Befürworter einer islamischen Migration einzustimmen.

Doch unabhängig vom Ausgang der Wahlen und ob es Zemmour in die zweite Runde schaffen wird, ist es sein Verdienst, dass das Illusionstheater nicht mehr verfangen wird und die Leute erkennen werden, dass der CRIF nicht mehr ihre vitalen Interessen vertritt, sondern sie lieber zum Schweigen bringt, wenn es der vorherrschenden Meinung nicht dient. Einen Schweigemarsch zu organisieren, wenn ein Islamist ein jüdisches Mädchen oder eine jüdische Großmutter ermordet hat, ist gewünscht, aber bloß keine Kritik an der Einwanderungspolitik. Es ist als Durchbruch zu werten, dass französische Juden ihre Stimme Éric Zemmour geben wollen oder zumindest damit liebäugeln.

Zemmour muss in den restlichen Tagen bis zum Urnengang noch die Unentschlossenen überzeugen. Außerdem könnten auch noch diejenigen für ihn stimmen, die sich nicht trauen bei den Umfragen anzugeben, dass sie für ihn stimmen. Um auch nach der Wahl die Politik in Frankreich mitbestimmen zu können, muss er seine Basis seiner „Reconquête“ ausbauen. Sollte es also nicht für die zweite Runde reichen, so könnte er ein gutes Ergebnis bei den Parlamentswahlen im Juni einfahren. Dafür muss er die Rechte hinter sich vereinen. Mit Marion Maréchal, der Nichte von Marine Le Pen hat er bereits eine prominente Mitstreiterin für sich gewinnen können. Einen ersten Schritt in die richtige Richtung hat er mit seiner Kandidatur schon gemacht.

Der Westen kann es sich nicht leisten, gegenüber der iranischen Bedrohung gleichgültig zu sein

Die europäischen Länder könnten bald zur Zielscheibe, der immer stärker werdenden iranischen Raketenstreitkräfte werden. Seit 2015 hat die Zahl der militanten schiitischen Milizen rapide zugenommen. Nach einem gezielten Raketenangriff auf das US-Konsulat in der nordirakischen Stadt Erbil wird deutlich, dass Teheran zu jedem Schurkenstreich entschlossen ist. (JR)

Von Dore Gold/ Redaktion Audiatur

Während die iranischen und westlichen Unterhändler Berichten zufolge einer Einigung über die nukleare Zukunft des Irans immer näherkommen, stellen sich viele Kommentatoren die gleiche Frage. Wird ein neues Abkommen Bestand haben und für Stabilität im Nahen Osten und in der Welt sorgen?

Wie immer ist der Schlüsselfaktor bei der Entscheidung, ob ein Rüstungskontrollvertrag tatsächlich funktionieren wird, die Bereitschaft beider Parteien, sich an seine Bedingungen zu halten. Die jüngste Geschichte verheißt hier nichts Gutes.

Im März 2004 entdeckten Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO), dass in einer iranischen Nuklearanlage namens Lavizan-Shian sechs Gebäude demontiert und die Erde in dem Gebiet bis zu einer Tiefe von etwa zwei Metern ausgehoben worden war.

Teheran hatte sich verpflichtet, Inspektionen im Rahmen eines IAEO-Sicherheitsabkommens zuzulassen. Der offensichtliche Zweck der Beseitigung dieser Erde bestand darin, die Entnahme radioaktiver Proben zu erschweren, wenn nicht gar zu verunmöglichen. Seit 2004 hat sich viel verändert, allerdings nicht zum Besseren. Zwar schlossen die P-5-plus-eins-Mächte (China, Frankreich, Russland, das Vereinigte Königreich und die USA sowie Deutschland) 2015 ein Atomabkommen mit dem Iran, das JCPOA, das jedoch nicht unterzeichnet wurde. Dieses Abkommen wies eine Reihe bemerkenswerter Schwachstellen auf – insbesondere das Versäumnis, iranische Raketen oder andere Trägersysteme zu erfassen.

Als die Vereinten Nationen in der Vergangenheit Resolutionen zu Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen im Irak ausarbeiteten, verlangten sie, dass ballistische Raketen mit einer Reichweite von mehr als 150 Kilometern unter internationaler Aufsicht entfernt oder zerstört werden müssen. Raketen mit dieser Reichweite waren gänzlich verboten; sie durften weder hergestellt noch an Stellvertreter wie die Hisbollah geliefert werden.

Ein Jahrzehnt später wurden im Rahmen des JCPOA keine derartigen Bestimmungen für den Iran erlassen. Infolgedessen wuchs Irans Kapazität an ballistischen Raketen, sowohl in Bezug auf die Anzahl als auch auf die Qualität, einschließlich der Reichweite und Genauigkeit seiner Raketenstreitkräfte.

Schon heute, noch bevor der Iran eine einsatzfähige Atomwaffe entwickelt hat, verändert er das Kräfteverhältnis in der Region, wie der iranische Angriff auf die US-Truppen auf dem Luftwaffenstützpunkt Ayn al-Assad im West Irak im Januar 2020 zeigte, bei dem 110 amerikanische Soldaten schwere Kopfverletzungen erlitten. Stellvertretende iranische Streitkräfte, wie die jemenitische Houthi-Bewegung, haben in den letzten drei Jahren wiederholt das Zentrum der saudischen Hauptstadt Riad mit ballistischen Raketen und Drohnen angegriffen.

Der scheidende Befehlshaber des US-Zentralkommandos, General Kenneth McKenzie, gab Mitte März eine Erklärung ab, in der er feststellte, dass der Iran inzwischen über 3.000 ballistische Raketen verfüge. Diese seien zur größten Bedrohung für die Sicherheit im Nahen Osten geworden. Außerdem habe Irans Stellvertreter, die Hisbollah, fast 150.000 Raketen angeschafft.

Die Befürworter des Abkommens argumentierten, dass eine gewisse Einigung über die nuklearen Fähigkeiten des Landes dazu beitragen würde, das Verhalten des Irans insgesamt zu mäßigen. Diese Behauptung wurde jedoch bald mit dem Abschluss des JCPOA im Jahr 2015 auf die Probe gestellt. Im Endeffekt trat genau das Gegenteil ein.

Einer britischen Studie zufolge hat die Zahl der militanten schiitischen Milizen nach 2015 rapide zugenommen. Der Nahe Osten wurde weitaus gefährlicher. Die Aufhebung der westlichen Wirtschaftssanktionen bereitete den Boden für die Finanzierung von Milizen in der gesamten Region, insbesondere in Irak, Syrien und Jemen. Das Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) war das von Iran gewählte Instrument zur Verbreitung der neuen Militanz. Dem IRGC das Etikett „terroristisch" abzuerkennen, wie es das JCPOA getan hat, ist nicht nur moralisch und faktisch falsch, sondern wird dieses Netzwerk wahrscheinlich auch dazu ermutigen, mehr Anschläge zu verüben, da es wieder eine gewisse Straffreiheit für Aktionen der Revolutionsgarden ermöglicht, selbst wenn es sich dabei unbestreitbar um Terrorakte handelt.

Zu Beginn dieses Jahres bekannten sich die Revolutionsgarden zu einem Raketenangriff auf das US-Konsulat in der nordirakischen Stadt Erbil, bei dem ein Dutzend iranische Raketen eingesetzt wurden. Die Rolle der Revolutionsgarden sollte eigentlich niemanden überraschen. Seit ihrer Gründung kurz nach der Islamischen Revolution 1979 war sie an einigen der schlimmsten vom Iran unterstützten Anschlägen beteiligt. Die iranischen Revolutionsgarden spielten eine Rolle bei dem Angriff schiitischer Kämpfer in Beirut 1983, bei dem die Kaserne des US-Marine Corps bombardiert wurde und 241 US-Soldaten ihr Leben verloren. Sie waren auch maßgeblich an der Organisation des Anschlags auf die Khobar Towers in Saudi-Arabien 1996 beteiligt, bei dem Angehörige der US-Luftwaffe getötet wurden. Die Rolle der Organisation ist inzwischen global und reicht weit über den Nahen Osten hinaus. Im Jahr 2015 wurde ihre Partnerorganisation Hisbollah dabei erwischt, wie sie am Stadtrand von London Sprengstoff lagerte.

Eines der Vermächtnisse der Anschläge vom 11. September 2001 bestand darin, den Westen vor den Gefahren zu warnen, die von sunnitischen Organisationen wie al-Qaida ausgehen. Doch durch die Arbeit der Revolutionsgarden breitet sich auch eine starke schiitische Militanz aus, die vom Iran gefördert wird. Dies darf nicht übersehen werden. Die laufenden Verhandlungen zwischen dem Westen und dem Iran werden zweifellos Teherans Fähigkeiten zur Machtausweitung in der Zukunft beeinflussen. Wenn sich die iranischen Absichten gegenüber den westlichen Staaten nicht grundlegend ändern, werden die europäischen Länder wahrscheinlich nicht nur politische Rivalen bleiben. Sie könnten schon bald zu realen Zielen der zunehmend stärkeren iranischen Raketenstreitkräfte werden.

Dore Gold ist der ehemalige israelische Botschafter bei den Vereinten Nationen und derzeitiger Präsident des Jerusalem Center for Public Affairs. Dieser Artikel erschien ursprünglich im Sunday Telegraph Großbritannien. Übersetzung Audiatur-Online.

Madeleine Albright verstorben: Die ehemalige amerikanische Außenministerin unter Bill Clinton war eine Kritikerin Israels und der arabischen Seite

Sie war die erste Frau an der Spitze des US-Außenministeriums und setzte sich auch für Vermittlung in Nahost ein. Von ihren jüdischen Wurzeln erfuhr sie erst spät, obwohl drei ihrer Großeltern im Holocaust umgekommen waren. Nun ist sie mit 88 Jahren an Krebs verstorben. (JR)

Von Daniel Frick/Israelnetz

Zum Tod der früheren amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright hat der israelische Präsident Jitzchak Herzog den USA kondoliert. Er nannte Albright eine „wegweisende Diplomatin, feministische Ikone und herausragende Führerin. … Sie war eine wahre Freundin Israels." Albright war am 23.März im Alter von 84 Jahren in Washington an Krebs gestorben.

Die Politikerin und Universitätslehrerin war von 1997 bis 2001 amerikanische Außenministerin, also während der zweiten Amtszeit von US-Präsident Bill Clinton. Sie war damals höchstrangige Frau der USA. Mit Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt musste sie mit einem stockenden Friedensprozess umgehen. Darüber echauffierte sie sich auch Anfang 1998 gegenüber dem damaligen israelischen Premier Benjamin Netanjahu und gegenüber dem damaligen Palästinenserführer Jasser Arafat. Keine der Seiten sei zu „harten Entscheidungen" bereit. In diesem Jahr beschrieb sie sich auch als „ewige Optimistin", eine Haltung, die bei Vermittlungen in Nahost wohl nötig war.

Verhandlungen im Oktober jenes Jahres sollten den Friedensprozess dann weiter voranbringen. Bekannt wurden sie als Wye-Memorandum. Demzufolge sollte Israel seine Truppen aus Teilen des Westjordanlandes abziehen, auch eine Freilassung palästinensischer Terroristen aus israelischen Gefängnissen gehörte zu den Vereinbarungen. Da Netanjahu Widerstand in seiner eigenen Likud-Partei erfuhr, zögerte er die volle Umsetzung heraus. Das Abkommen hatte aber in der Bevölkerung Zuspruch gefunden. Netanjahus Zögern führte zu einem Misstrauensvotum in der Knesset. Als Premier folgte ihm 1999 Ehud Barak.

Neue biographische Erkenntnisse

Kurz vor Albrights Amtsantritt als Außenministerin im Januar 1997 veröffentlichte die „Washington Post" einen Artikel über ihre jüdischen Wurzeln. Albright selbst habe zuvor davon nichts gewusst, wie sie selbst sagte. Sie sei römisch-katholisch erzogen worden, ihre Eltern hätten nie erwähnt, dass Verwandte im Holocaust umgekommen sind. Das Bekanntwerden ihrer jüdischen Wurzeln führte zu Spekulationen, dass sie bei ihren Vermittlungsversuchen voreingenommen sein könnte, also „pro-israelisch".

Die erste Frau an der Spitze des US-Außenministeriums Madeleine Albright

Bedenken dieser Art wurden auch mit Blick auf die Vermittlungen zwischen Israel und Syrien laut, um die sich Albright in ihren vier Amtsjahren ebenfalls bemühte. Bekanntlich verliefen diese ergebnislos, aber der jüdische Hintergrund der amerikanischen Außenministerin dürfte dabei die geringste Rolle gespielt haben.

Vorbild für Frauen

Sie selbst hielt derartige Unterscheidungen wohl nicht für sonderlich wichtig. Als sie im September 1997 die Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem besuchte, beließ sie es bei einer sehr allgemein formulierten Stellungnahme. Es wäre eine Gelegenheit für eine persönliche Note gewesen, immerhin waren drei ihrer Großeltern im Holocaust umgekommen, wie sie inzwischen wusste.

Am Ende wurde Albright für etwas geschätzt, bei dem sie selbst keine Einwände gehabt haben dürfte, und was auch bei den Worten des israelischen Präsidenten Herzog anklang: Als Inspiration für viele Frauen, mit Arbeitsdrang und Eifer auch in die höchsten Ämter vorzustoßen.

Exodus der Juden aus der Ukraine

Eine Zäsur in der Geschichte des Judentums: Die Landkarte jüdischen Lebens in Osteuropa wird sich unweigerlich dramatisch verändern, da Juden aus der Ukraine fliehen und dies nicht nur wegen des russischen Angriffs.

Von Simone Schermann

un ir shteyt un kukt azoy sikh, mit ferleygte hent, un ir shteyt un kukt azoy sikh – undzer shtetl brennt
und ihr steht und guckt nur, mit verschränkten händen, und ihr steht und guckt nur – unser städtchen brennt

Mordechai Gebirtigs jiddisches Lied, im Kampf für Freiheit und Gleichberechtigung geschrieben, ist heute brandaktuell.

Sergei SUPINSKY / AFP

70. Gedenkfeier zu Ehren der Opfer des NS-Massakers an Juden von 1941 in der Schlucht von Babi Jar

Zu wenigen Ländern hat das jüdische Volk eine so intensive und gleichsam zwiespältige Beziehung wie zur Ukraine. Während des 1. Weltkriegs, im Holocaust und unter Stalin wurden die meisten ukrainischen Juden ermordet. Damit gingen auch die jüdische Kultur und das jüdische Erbe dieser Landschaft fast vollständig unter, die einst ein Zentrum des osteuropäischen Judentums war. Kaum eine andere Gegend Europas wurde in einem Gewaltmarsch der Geschichte im 20. Jahrhundert schlimmer heimgesucht als die heutige Ukraine.

Das NS- und das Sowjet-Regime ermordeten vierzehn Millionen Menschen auf dem Boden der Bloodlands (Timothy Snyder), der sich von Zentralpolen bis Westrussland, über der Ukraine, Weißrussland und die baltischen Staaten erstreckt. Die Opfer waren vor allem Juden, Weißrussen, Ukrainer, Polen, Russen und Balten.

Über Jahrhunderte war jüdisch-ukrainische Geschichte eine Chronik der Gewalt. Von Chmelnyzkyis Kosakenpogromen im 17. Jahrhundert über die Verfolgungen im Zarenreich bis in die moderne Ukraine zog sich der Judenhass wir ein roter Faden durch die Erzählung dieses Landes. Es ist jedoch kein Alleinstellungsmerkmal der Ukraine, aber sie hatte einen hohen jüdischen Bevölkerungsanteil mit welthistorischer Bedeutung: Golda Meir beschreibt in ihren Memoiren als bewusste Erinnerung, wie ihr Vater die Wohnungstür vernagelte, um die Familie vor einem Pogrom zu schützen.

Die „Neuordnung“ Europas wurde 1918 bei Kriegsende mit einem Pogrom-Orkan ungeahnten Ausmaßes für die Juden gefeiert. Wobei die Ukraine und Polen sich besonders „auszeichneten.“

Man ist daher zerrissen, wenn es um die Ukraine geht: Ehemals Herzstück jüdischer Kultur, ist sie auch Ort dunkelster Ereignisse, die geprägt sind von Flucht und Verfolgung, Pogromen und Vernichtung, Vertreibung und Exil. Eine geistige und multiethnische Kulturlandschaft, über die die Geschichte brutal hinweggefegt ist. Daher ist es traurige Ironie, dass das Land auf welches die Welt seit Wochen gebannt schaut, eine Landschaft ist, die offensichtlich immer erst durch ihre Zerstörung ins Blickfeld der Menschen gerückt wird.

Regionen wie Galizien, Podolien oder Wolhynien existieren nicht mehr auf der Landkarte. Ihre Städte Przemysl, Odessa, Lemberg, Czernowitz oder Kiew, ehemals Zentren jüdischer Kultur und jüdischen Geistes, sind wieder Brennpunkte der Kriegsgeschehen. Bis weit in die Moderne hinein waren sie das schlagende Herz des europäischen und des weltweiten Judentums. Die bald beklagte, bald verklärte Lebensweise des Shtetl der Ostjuden fand hier ihren Anfang – und ihr Ende. Es wimmelte nur so von Denkern, originellen Theorien und Talenten. Eine einzigartige, auch deutschsprachige und weitgehend jüdisch geprägte Welt. Die Städte sind symbolische Gedächtnisorte für die erschütternde Tatsache, dass die Totalitarismen und Kriege des 20. Jahrhunderts nicht nur Millionen auf dem Gewissen haben, sondern auch ganze Landschaften und ihre multiethnische Kultur unwiederbringlich auslöschten.

Juden prägten die Ukraine

Ein Spezifikum des geistigen Lebens der damaligen Metropolen Czernowitz, Lemberg oder Kiew kam aus der starken Präsenz von Juden. Es gab Orthodoxe und Liberale, Chassiden und Haskala-Anhänger, Zionisten und Jiddischisten, Bundisten, Betaristen und Marxisten. Die Wiege des Chaissidismus liegt in Orten wie Kyiv (Kiew), Lviv (Lemberg), Brody oder Czernowitz, woher sich diese religiöse Gegenbewegung zum orthodoxen Judentum der Mitnagdim in die ganze Welt ausbreitete. Rabbi Israel Ben Eliezer - Ba´al Shem Tov – der Begründer dieser mystischen, lebensbejahenden Bewegung ist in ukrainischer Erde beerdigt und revolutionierte die Orthodoxie mit seiner chassidischen Bewegung. Golda Meir war in Kyiv geboren, Jabotinsky in der Hafenstadt Odessa und Sholem Aleijchem im Shtel von Pereiaslav, im Süden von Kyiv. Menachem Mendel Schneerson, für die Chabad-Lubavitcher-Bewegung simpel nur „Der Rebbe“, wurde 1902 in der Hafenstadt Mykolaiv geboren. Die schlichten Holzsynagogen dieses Shtetl-Judentums sind für immer verloren, überleben höchstens als Garagen oder Wohnhäuser. Chassidische Gemeinschaften, die sich um ihre charismatischen Wunderrabbis – den Zaddkiks - sammelten gehören der Vergangenheit an. Das Ostjudentum als „eigene Kulturgemeinschaft“, mit seiner Sprache, Literatur und religiösen Gelehrsamkeit entspringt dieser Landschaft: der Typus des Ostjuden als „in sich abgeschlossene Kulturpersönlichkeit.“

Die endgültige Zerstörung dieser multiethnischen und multikulturellen Landschaft, von Städten wie Tscherniwizy (Czernowitz) – Orte, die Teil des mitteleuropäischen kulturellen Raums waren, brachte der Völkermord der Nazis mit sich, der dann abgelöst wurde vom menschenverachtenden Stalinismus. Unter Stalin wurden sämtliche Vereine und politischen Parteien aufgelöst, die multinationalen und vielsprachigen Presseorgane beschlagnahmt, Kirchen und Synagogen geschlossen, „volksfeindliche Elemente“ nach Sibirien verbannt, Millionen Ukrainer absichtlich ausgehungert.

An den abbröckelnden Wänden schimmern hinter dem sowjetischen Mörtel deutsche oder rumänische Inschriften durch, Namen von Firmen und Menschen, die nicht mehr existieren. Die architektonische Kulisse der k.u. k. – Zeit blieb oft unversehrt, viele Häuserfassaden sind noch erkennbar und steinerne Zeitzeugen morbider und gleichzeitig idyllischer Nostalgie. Diese Städte lesen sich wie ein altes Pergament, dessen geheimnisvolle Zeichen von einer geistigen Welt zeugen, die Teil des historischen Gedächtnisses der heutigen Ukraine ist.

Juden verlassen die Ukraine

Seit Wochen von den kriegerischen Auseinandersetzungen bedroht, lassen ukrainische Juden wieder ihre Gemeinden zurück. Holocaustüberlebende fliehen, Juden, die aus den Lagern in ihre Heimat zurückkehrten, um die Grabsteine ihrer Eltern zu hüten; alte Traumata wiederholen sich. Boris Romantschenko, ein Überlebender der Konzentrationslager Buchenwald und Bergen-Belsen wurde in Charkiv durch einen russischen Angriff getötet. Bereits am 8. März 2022 berichtete die Jerusalem Post von der Ankunft einhundert jüdischer Weisenkinder in Israel, die über Rumänien aus Zhotomyr flohen. Drei El-AL Maschinen mit 300 Einwanderern aus der Ukraine landeten in Israel, Tausende werden erwartet. Jüdische Kinder sind erstmals seit dem 2. Weltkrieg wieder Flüchtlinge und emigrieren diesmal aber nach Israel.

Die Jerusalem Post vom 21.März 2022 spricht davon, dass sich die Landkarte Osteuropas komplett verändern wird, was jüdische Gemeinschaften anbelangt. Gemeindevertreter sprechen offen vom Anfang vom Ende jüdischen Lebens in der Ukraine. Professor Sergio Della Pergola, Spezialist für Statistik und Demographie, sieht 150.000 russische und 43.000 ukrainische Juden vom Zerfall ihrer Gemeinden bedroht. Laut

israelischem „Law of Return“, hätten bis zu 200.000 ukrainische und rund 400.000 russische Juden ein Recht auf eine israelische Staatsbürgerschaft. Während die ukrainischen Juden um ihr Leben fliehen, befürchten russische Juden wieder Zustände aus der Zeit des „eisernen Vorhangs“, sodass 90 Prozent der jungen Juden Russland verlassen möchten.

In der ukrainischen Hauptstadt Kyiv seien bis vor kurzem von drei Millionen Einwohnern 110.000 Juden beheimatet gewesen, mit rund sechs aktiven Synagogen. In der grausam umkämpften Stadt Charkiv wären laut The European Jewish Congress (TEJC) 45.000 Juden wohnhaft gewesen, mit mindestens fünf aktiven Synagogen. In Odessa waren von einer Million Einwohnern rund 45.000 jüdischen Glaubens, die ein jüdisches Museum, zwölf jüdische Schulen und Kindergärten und fünf aktive Synagogen besuchten. TEJC beziffert die Gesamtzahl ukrainischer Juden auf 360.000-400.000, als viertgrößte jüdische Gemeinschaft weltweit.

Die Stadt Uman ist für das orthodoxe Judentum ebenso wichtig wie die Klagemauer in Jerusalem, da im 18. und 19. Jahrhundert der chassidische Gelehrte Rabbi Nachman von Brazlaw hier wirkte. Nach jahrzehntlangem Verbot zu Sowjetzeiten pilgern alljährlich tausende Chassidim zu seinem Grab; Uman geriet als eine der ersten ukrainischen Städte unter Artilleriebeschuss.

Ein kultureller Schatz geht verloren

Babyn Jar ist in das kollektive jüdische Gedächtnis eingebrannt: als größtes europäisches Massengrab des Holocaust. In nur zwei Tagen wurden 33.771 Juden erschossen und zum Teil noch lebendig verscharrt, beginnend am 29. September 1941, dem Tag des Yom Kippur. Weitere 100.000-150.000 Juden, sowjetische Soldaten, Ukrainer und Zigeuner wurden hier ermordet. Am 1. März 2022 wurde Babyn Jar zum Kriegsschauplatz, als eine russische Rakete das Gelände des Babyn Yar Holocaust Memorial Center (BYHMC) trifft, deren Überreste wenige hundert Meter neben der Synagoge gefunden werden. Diese im Herbst 2021 eingeweihte Synagoge, ist eine Reminiszenz an die schlichten Betstuben des Ostjudentums. Leicht über dem Boden schwebend, öffnet sie sich dem Auge der Besucher und Betenden wie ein Buch. Durch ihre Holzkonstruktion wirkt sie schlicht, aber diese zauberhafte Schönheit des symbolischen Bethauses wirkt durch ihre feine Malerei zerbrechlich und ausdrucksvoll. Die Darstellung symbolisiert den Verlust der Kultur des Ostjudentums und zeigt geradezu fühlbar die Verwundbarkeit in Zeiten des blutigen Krieges.

Die ARD berichtet im März von nächtlichen Ausgangssperren, aus Lviv und Mariupol seien in Czernowitz bereits weit über 42.000 Flüchtlinge angekommen, darunter 12.000 Kinder.

Czernowitz (rumänisch Cernauti, ukrainisch Tscherniwizy), einst multikulturelle, polyethnische Stadt mit einem halben Dutzend Völkerschaften: Deutsche, Juden, Ukrainer, Rumänen, Polen, Ungarn, Armenier - war ebenso polyglott. Rose Ausländer erinnert sich: „Der Spiegelkrapfen / in Pfeffer versulzt / schwieg in fünf Sprachen.“

Zeitungen erschienen in sechs Sprachen: Deutsch, Ukrainisch, Rumänisch, Polnisch, Jiddisch und Hebräisch. Und in drei Schriften: mit lateinischen, kyrillischen und hebräischen Lettern. Es wimmelte von religiösen Bekenntnissen und es gab allein 70 Synagogen. Neben zwei autochthonen Ethnien, den Ruthenen (Ukrainern) und den Rumänen, waren die Juden hier seit dem Mittelalter beheimatet.

Die erste ukrainische Zeitung Bukowina wurde von dem Dichter Osip Juri Fedkowitsch in Czernowitz gegründet, der auf Ukrainisch und Deutsch schrieb. Die erste Weltkonferenz für jiddische Sprache und Literatur, die 1908 in Czernowitz von Nathan Birnbaum organisiert wurde, versammelte Schriftsteller wie Izchak Leib Peretz, Sholem Ash und weitere Jiddischsprecher, die zur Blüte der jiddischen Literatur beitrugen.

Das Königreich Galizien und Lodomerien mit der Hauptstadt Lemberg (Lviv), größtes Kronland der Habsburg Monarchie, ist 1772 erfunden worden und im Ersten Weltkrieg wieder untergegangen.

> Die SS und ukrainische Hilfspolizisten „entjudeten“ das Dorf Samary am 30. Oktober 1942 gemeinsam.

Eine fremde Welt, von der die Kunde ausging, dass dort Schmutz und Armut, Trunksucht und Analphabetismus herrschte, rohe polnische Gutsbesitzer, die ihre ruthenischen Bauern wie Leibeigene behandelten und die Juden prügelten. Man staunte über die vielen Volksgruppen: Ruthenen, Polen, Juden, Rumänen, Zigeuner, unbekanntere Völkchen wie Huzulen, Bojken oder Lipowaner. 1904 bekam Lviv einen der modernsten Hauptbahnhöfe der österreichisch-ungarischen Monarchie, der mit seinen hohen, Glas bedeckten Hallen, den elegant vertäfelten Wartesälen und der elektrischen Beleuchtung jeden Lemberger mit Stolz erfüllten. Züge aus Wien, Berlin, Paris und London liefen hier ein. Die Speisekarten hatten keine nationalen Schranken, denn die Küche war jüdisch-polnisch-ruthenisch. Um 1900 waren von den 160.000 Bewohnern Lvivs rund 45.000 Juden, knapp 30.000 Ruthenen und der Rest waren Polen.

Das Attribut galitsyaner (Galizianer) war nicht zuletzt durch Joseph Roth zu einem Mythos geworden und ein Unterscheidungskriterium zu russisch-polnischen und litauischen Juden. Der Ehrentitel stand in jüdischen Kreisen, bei galitsyaner yidn, für Authentizität. Wiener Kultur und Stil trotzten gleichsam der sprichwörtlichen Armut, der „galizischen Not“, weshalb Karl Emil Franzos dem Armenhaus des Kaiserreichs den Namen „Halb-Asien“ gab.

Orte wie Czernowitz, Lemberg oder Czortkow sind versunkene Städte, deren Geschichten nur noch in der Literatur ihre geistigen Träger finden. Schriftsteller wie Soma Morgenstern, Bruno Schulz, Samuel Agnon, Joseph Roth, Paul Celan oder Karl Emil Franzos, haben mit ihrem literarischen Werk diese vernichtete Kulturlandschaft für ein paar wenig Interessierte konserviert. Als Leser kann man in einer imaginären Ortsbesichtigung die österreichischen Kronländer durchstreifen und durch die Augen dieser Schriftsteller die erloschene österreichische, polnische, ukrainische und jüdische Welt des Vielvölkerlandes wiederaufstehen lassen.

Spaltung und Verfolgung

1775 erhielt die k. u. k Monarchie die Bukowina, mit Czernowitz als Hauptstadt. Die Kulturmetropole im Osten der Donaumonarchie und Teile der einstigen Bukowina, gehören heute zur Ukraine. Nach der Zweiten Polnischen Teilung 1793, bei der Zarin Katharina II. Litauen, Weißrussland und mit Podolien ein großes Stück der Ukraine westlich des Dnjepr annektierte, drang Österreich 1795 auf eine weitere Teilung. Über die fortan nicht nur territorial gespaltene Ukraine östlich und mit Podolien westlich des Dnjepr herrschte nun das Zarenreich, das den Ruthenen jegliche nationale Eigenständigkeit absprach. Herabsetzend wurde sie „Kleinrussland“ genannt.

In den von Deutschland besetzten Gebieten, die bis 1939 zu Polen und der Sowjetunion gehört hatten, war der deutsche Besatzungsterror ungleich gnadenloser als in Westeuropa. Die Politik der erbarmungslosen Willkür und der verbrannten Erde, mit Hunger und Kälte, Verhaftungen und Hinrichtungen, Mord und Vertreibung war Alltag. Götz Aly beschreibt in seinem Buch Europa gegen die Juden eindringlich, dass 1939 rund 1,5 Millionen Juden auf dem Gebiet der heutigen Ukraine lebten, eine Million wurde von den Nazis und ukrainischen Helfern ermordet. Wer hier Juden versteckte, riskierte ausnahmslos das eigene Leben.

Die SS und ukrainische Hilfspolizisten „entjudeten“ das Dorf Samary am 30. Oktober 1942 gemeinsam. 74 Juden wurden exekutiert, darunter eine ukrainische Familie mit drei Kindern, die eine Jüdin versteckt hatte. Der Bürgermeister von Krementschuk, Sinica Versovskij, wurde erschossen, da er Befehle sabotiert und mit dem Oberpopen des Dorfes Juden taufte, um sie ins Einwohnerregister aufzunehmen. Lichtblicke inmitten maßlosen Terrors, die den Krieg auf die eine oder andere Art widerspiegeln. Diese Verhaltensweisen stehen stellvertretend für jene Ukrainer, Russen, Polen, Deutsche und auch Weißrussen, die in einer von Deutschen entmenschlichten Welt die innere Kraft aufbrachten, ihr Leben zu riskieren.

Die Jerusalem Post berichtete vom Schicksal der ukrainischen Jüdin Anna Zherber. Sie floh aus Charkiw, während ihre Großmutter sich weigert die Heimat zu verlassen. Die Zherbers haben Verwandte in Israel, Deutschland und den USA. Die Aussagen der jüdischen und der nichtjüdischen Ukrainer ähneln sich: „Wir wollen nicht evakuiert werden, weil dies unsere Heimat ist“, sagt Anna. „Die Ukraine ist ein unabhängiger Staat, indem wir in Frieden leben wollen.“

Ein in den sozialen Netzwerken viel verbreitetes Foto zeigt zwei jüdische Männer: Ein älterer, mit langem Bart steht neben einem jüngeren Mann. Beide mit Kippa, Gebetsschal, Gebetsriemen und in ukrainischer Armeeuniform, im tiefen Gebet vereint. Der Ukraine geht es um weitaus mehr als um ihr reines Staatsgebiet oder ihre Souveränität. Seit Beginn des russischen Überfalls kämpft sie auch um die jüdisch-ukrainische Identität.

Es zeugt von Zynismus und obszöner Geschichtsklitterung, wenn dasselbe Russland, das die Mullahs im Iran stützt, den syrischen Diktator im Amt hält und die Grabstätte Rabbi Nachmanns von Uman unter Feuer genommen hat, von der „Entnazifizierung“ der Ukraine faselt und einem souveränen Land mit einem demokratisch gewählten Präsidenten das Existenzrecht abspricht. Mitarbeiter der Gedenkstätte von Babyn Jar haben sich dem Kampf gegen Putin angeschlossen, der Kyiever Rabbiner Yaakov Bleich forderte die Bombardierung der russischen Militärkonvois und sprach im US-Nachrichtensender CNN von einem Vernichtungsfeldzug gegen die ukrainische Bevölkerung.

Aller Voraussicht nach sehen wir als Kollateralschaden neben der Flucht der ukrainischen Zivilbevölkerung vor der Nase der EU, vor den Augen der sogenannten zivilisierten Welt, auch die endgültige Vertreibung der ukrainischen Juden und das Ende dessen was wieder ein Zentrum des osteuropäisch-jüdischen Lebens geworden ist.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Frankreich verbietet endlich militante Anti-Israel-Gruppen

Der französische Innenminister Gérald Darmanin hat auf Antrag von Staatspräsident Emmanuel Macron zwei in Frankreich agierende Anti-Israel-Gruppen verboten. Durch das längst überfällige Dekret sind dem Comité Palestine Action („Palästina-Aktions-Komitee“) und dem Collectif Palestine Vaincra („Kollektiv Palästina wird siegen“) fortan jede Tätigkeit auf französischem Staatsgebiet untersagt. (JR)

Von Stefan Frank

Den antisemitischen Gruppen wird vorgeworfen, „unter dem Deckmantel der Verteidigung des palästinensischen Volkes“ Hass auf den Staat Israel, Israelis und Juden geschürt und Terrorismus befürwortet zu haben.

Gemäß einem im vergangenen Jahr verabschiedeten Gesetz werden die beiden Organisationen zudem ausdrücklich auch für antisemitische Kommentare zur Verantwortung gezogen, die Nutzer auf Internetseiten dieser Gruppen – wie etwa Facebook – gemacht haben, sofern diese Kommentare nicht von Moderatoren entfernt wurden.

Beide Dekrete beginnen mit der Feststellung, dass gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über die innere Sicherheit durch Dekret des Ministerrates jene Vereinigungen oder De-facto-Gruppen aufgelöst werden können,

„die Akte der Diskriminierung, des Hasses oder der Gewalt gegen eine Person oder eine Gruppe von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Geschlechtsidentität oder ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe, einer Nation, einer angeblichen Rasse oder einer bestimmten Religion entweder verursachen oder dazu beitragen“. Dies gelte auch für Gruppen, die „Ideen oder Theorien verbreiten, die darauf abzielen, diese Diskriminierung, diesen Hass oder diese Gewalt zu rechtfertigen oder zu fördern (…) oder die sich auf französischem Hoheitsgebiet oder von diesem Hoheitsgebiet aus an Handlungen beteiligen, um Terrorakte in Frankreich oder im Ausland zu provozieren“.

Gemäß demselben Gesetz können diese Gruppen auch verboten werden, wenn einzelne Mitglieder gegen das Gesetz verstoßen und der Vorstand des Vereins nicht dagegen vorgeht, obwohl er von diesen Handlungen Kenntnis hat.

Verbot des Comité Palestine Action

In dem Dekret zur Auflösung des Comité Palestine Action heißt es über diese Gruppe, sie verfolge nach eigenem Bekunden das Ziel, „das palästinensische Volk bei der Verwirklichung seiner nationalen Rechte zu unterstützen“.

Seit seiner Gründung im Jahr 2004 habe das Comité Palestine Action in der Öffentlichkeit und im Internet (Online-) Flugblätter verteilt, in denen zur Unterstützung des „Widerstands“ des palästinensischen Volkes, zum Boykott Israels und zur Bekämpfung des „zionistischen Imperialismus“ in Israel und anderswo auf der Welt aufgerufen worden sei.

Natürlich, heißt es in dem Dekret, stehe es „jeder natürlichen oder juristischen Person offen, die territoriale Siedlungspolitik des Staates Israel zu diskutieren oder anzufechten“. Diese Anfechtung dürfe jedoch die „Grenzen der Meinungsfreiheit“ nicht überschreiten.

Das Comité Palestine Action habe unter dem Deckmantel dieses Konflikts „zu Hass, Diskriminierung und Gewalt gegen Menschen wegen ihrer jüdischen Herkunft“ aufgestachelt und Aktionen von Organisationen unterstützt, die als Terrororganisationen eingestuft sind. Der Verein habe die „Pressemitteilungen terroristischer Organisationen, insbesondere der Hamas, des Islamischen Dschihad und des bewaffneten Arms der Hisbollah weiterverbreitet, Organisationen, die von der Europäischen Union als Terrororganisationen eingestuft werden“.

Darüber hinaus habe das Komitee selbst zum Terrorismus aufgestachelt, „indem es implizierte, dass die Schaffung eines freien und unabhängigen palästinensischen Staates nur auf Kosten der Zerschlagung des Staates Israel erreicht werden“ könne, „am Ende eines nationalen Befreiungskrieges, der von den bewaffneten palästinensischen Organisationen geführt wird“. Zudem habe es „die von Israel inhaftierten Terroristen mit Märtyrern gleichgesetzt und ihre Taten legitimiert“. Seit seiner Gründung habe das Comité Palestine Action „durch seine Veröffentlichungen, die immer noch online sind, ein Gefühl des Hasses gegen Israel, die Israelis und die Zionisten geschürt und kultiviert und Aufrufe zur Gewalt formuliert, von denen einige sogar so weit gehen, die Zerstörung des Staates Israel zu befürworten“. So habe der Verein am 13. Mai 2014 anlässlich der „Nakba-Gedenkfeier“ auf seiner Website einen Artikel gegen den Zionismus und Israel veröffentlicht, der mit „verschwörungstheoretischem Unterton“ behauptet habe, dass „der Zionismus nie andere Ziele als ethnische Säuberungen hatte“. Israel sei darin als „das Instrument der zionistischen Weltbewegung“ bezeichnet worden sowie als „die geografische Basis des Imperialismus, strategisch günstig im Herzen der arabischen und islamischen Welt platziert“.

„Tage der zionistischen Entität gezählt“

Das Comité Palestine Action beharre auf der Behauptung einer „Illegitimität Israels“. In einem seiner Texte stehe, dass „die Tage der zionistischen Entität gezählt“ seien. Mit solchen Worten werde offen zu Hass und Gewalt gegen Israel aufgerufen. Am 17. Mai 2020 habe der Verein – wieder anlässlich des „Gedenkens an die Nakba“ – erneut die Illegitimität Israels behauptet und Israel einen Staat genannt, der auf „der Judaisierung Palästinas, ethnischer Säuberung und Landraub“ gegründet worden sei. Die Palästinenser, so habe es weiter geheißen, müssten „bis zum Ende kämpfen, um das arabische Land Palästina zu befreien und in ihre Häuser zurückzukehren, die israelische Siedler 1948 gestohlen haben“.

Der Verein fordere:

„Ein Land ohne Zionisten vom Meer bis zum Jordan.“ Auch dies stelle einen „Aufruf zu Hass und Gewalt gegen den Staat Israel und seine Staatsangehörigen“ dar, so die französische Regierung. Am 14. Mai 2021 habe der Verein auf seiner Facebookseite einen Artikel mit dem Titel „Dieses Land, Yacov, ist das Land unserer Väter“ veröffentlicht, in dem zur Zerstörung des Staates Israel aufgerufen worden sei. Israel sei darin als „nazi-jüdischer Staat“, als „kleiner Staat, der wie ein Abszess aussieht“ und als „bösartiges Geschwür, aus dem wir herauskommen müssen“, bezeichnet worden, als ein Staat, der „Apartheid“ praktiziere, es „liebt, Kinder zu töten“ und die Gewalt „wütender Siedler“ gutheiße, die von einem „gierigen und kranken zionistischen Übel“ befallen seien. Der „radikale Antizionismus“ des Comité Palestine Action sei von einer „deutlichen Feindseligkeit gegenüber den Israelis begleitet“, die als „jüdische Kolonisten Palästinas“ verunglimpft und als legitime Ziele für die bewaffneten palästinensischen Organisationen bezeichnet würden.

Bei den Protesten gegen Israel geht es oft um den Aufruf zur Vernichtung des jüdischen Staates

Am 29. September 2016 habe der Verein auf seiner Website einen Artikel veröffentlicht, der den „palästinensischen Volkswiderstand“ verherrlicht und die „Messer-Intifada“ als „Manifestation des Volksgeistes“ bezeichnet habe. In dem Artikel sei die Behauptung aufgestellt worden, dass es in Israel keine jüdischen Zivilisten gebe, weil alle „jüdische Siedler“ seien „und als solche bilden sie die Grundlage des Kolonialsystems, das die Palästinenser Tag für Tag unterdrückt“. Diese Argumentation laufe darauf hinaus, so das Dekret, „Gewalt gegen israelische Staatsangehörige zu billigen, sobald sie sich auf dem Territorium des Mandatsgebiets Palästina befinden“.

Verherrlichung von Terrororganisationen

Das Comité Palestine Action rechtfertige bewaffnete Aktionen, um das zu verteidigen, „was es als Interessen der Palästinenser darstellt“. Es veröffentliche Zeichnungen, die mit den Stilmitteln der traditionellen antisemitischen Karikatur arbeiteten und verbreite die Vorstellung vom Zionismus als einer „unsichtbaren und allmächtigen Kraft“, die „die Regierung, die Medien sowie die politische Klasse“ kontrolliere und an der auch jüdische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Schauspieler, Journalisten) beteiligt seien.

Angegriffen würden auch Vertreter des muslimischen Glaubens, welche die von dem Verein propagierte radikale Vision von der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts nicht teilen oder eine republikanische Herangehensweise an die religiöse Praxis verteidigen.

Das Dekret nennt im Folgenden zahlreiche Beispiele dafür, wie der Verein terroristische Anschläge oder bestimmte Terroristen und Terrororganisationen verherrlicht habe, einschließlich der Muslimbruderschaft und der Hamas. Der Verein habe sogar einen Kalender mit dem Titel „Die Kunst des Widerstands 2022“ herausgegeben, der der Verherrlichung von Terrororganisationen diene. In Anbetracht der Tatsache, dass alle diese Positionen immer noch online seien und immer noch aufgerufen werden könnten, von den Führern des Comité Palestine Action oder ihren wichtigsten aktiven Mitgliedern stammten und nie Gegenstand einer Moderation oder Verurteilung gewesen seien, müsse man zu dem Schluss kommen, dass das Comité Palestine Action damit „seinen Willen bekundet, seine gewalttätige Ideologie und Hassreden zu verbreiten“. Darum müsse es aufgelöst werden.

Nachdem in Teil 1 das Dekret zum Verbot des antisemitischen und Terror verharmlosenden Comité Palestine Action („Palästina-Aktions-Komitee“) beleuchtet wurde, geht es im Folgenden um die Argumente, die der französische Innenminister Gérald Darmanin gegen das Collectif Palestine Vaincra („Kollektiv Palästina wird siegen“) vorbrachte und die dazu führten, dass der Organisation jede Tätigkeit auf französischem Staatsgebiet untersagt wurde.

Verbot von Collectif Palestine Vaincra

Dem Verbot des Collectif Palestine Vaincra (CPV) ist ein eigenes Dekret gewidmet. In der Vorstellung der Gruppe heißt es, diese habe sich das Ziel gesetzt, „den Kampf des palästinensischen Volkes gegen Zionismus, Imperialismus und die reaktionären arabischen Regime für die Befreiung ganz Palästinas vom Meer bis zum Jordan“ zu unterstützen und „ein freies Palästina“ herzustellen, das „multikulturell und demokratisch vom Meer bis zum Jordan“ sei. „Frei, das heißt befreit von Imperialismus und Zionismus. Multikulturell, das heißt, dass Traditionen, Sprachen und Religionen eine Frage der persönlichen Wahl sind und in völliger Freiheit koexistieren. Demokratisch, das heißt ein Land, das von dem Volk und für das Volk geführt wird.“

Das CPV fordert „das Rückkehrrecht“ aller palästinensischen Flüchtlinge von 1948 und ihrer Nachkommen. Dies wird als „ein Grundrecht“ dargestellt und müsse „mit einer Entschädigung“ bzw. „Wiedergutmachung“ einhergehen. Die

Gruppe propagiert einen Boykott Israels auf „wirtschaftlichem, kulturellem, sportlichem und akademischem“ Gebiet. Dieser Boykott sei „eine der Waffen zur Bekämpfung des israelischen Kolonialstaates“. Das Collectif Palestine Vaincra unterstützt „den progressiven und revolutionären Widerstand, der für eine nationale und soziale Befreiung kämpft“. Der Verein bezeichnet den Staat Israel als „koloniale und rassistische Entität“, als „Außenposten des westlichen Imperialismus“, der ebenso zu bekämpfen sei wie „die Unterstützung Frankreichs für das zionistische Gebilde“.

Auch hier erfolgt wieder der Hinweis der Regierung, dass es jeder natürlichen oder juristischen Person offenstehe, „die territoriale Siedlungspolitik des Staates Israel zu diskutieren oder anzufechten“, dass dies aber die „Grenzen der Meinungsfreiheit“ nicht überschreiten dürfe. Dies aber sei beim CPV der Fall: „Unter dem Deckmantel der Verteidigung des palästinensischen Volkes“ kultiviere dieser das „Gefühl“, „muslimische Völker“ würden von „Imperialismus und globalem Zionismus“ und „Kolonialismus“ unterdrückt. Das Ziel sei es, die „Vorstellung von weltweiter Islamophobie zu erzeugen“, um so zu „Hass, Diskriminierung und Gewalt gegen Menschen wegen ihrer jüdischen Herkunft“ aufzurufen und „Handlungen von als terroristisch eingestuften Organisationen zu dulden und dazu zu ermuntern“.

Boykottkampagne bietet Plattform für Antisemitismus

In dem Dekret wird dem CPV ausdrücklich auch die Verantwortung gegeben für strafbare Kommentare, die Sympathisanten auf der Facebookseite der Gruppe posten, sofern diese nicht gelöscht werden. „Regelmäßig“ rufe das Collectif Palestine Vaincra „zu Diskriminierung und Hass gegenüber Israel und Israelis“ auf, „durch Boykottkampagnen, insbesondere gegen israelische Produkte, auf der Straße, durch Flyer und in sozialen Netzwerken“.

Diese Boykottkampagnen böten dann „Gelegenheiten“, „Antizionismus und Hass auf Israel durch die Verwendung virulenter Begriffe zur Schau zu stellen“, indem etwa Israel als „rassistischer und kolonialer Staat“ oder als „von den imperialistischen Mächten geschaffene Monstrosität“ bezeichnet und beschuldigt werde, Apartheid zu praktizieren und palästinensisches Land zu stehlen. Diese Rhetorik wiederum provoziere dann Leserkommentare, „die zu Hass und Gewalt gegen Israel und Israelis aufstacheln“ und vom CPV nicht moderiert würden. So habe die Gruppe etwa am 6. Dezember 2021 einen Text veröffentlicht, in dem es um die angebliche Plünderung palästinensischen Landes durch Israel gegangen sei, begleitet von einem Aufruf zum Boykott von Obst und Gemüse aus Israel. Darunter hätten Sympathisanten Kommentare geschrieben wie etwa: „Boykottiert diese vergiftete Scheiße“

Am 19. Dezember 2021 habe das CPV dann erneut auf Facebook zu einem Boykott von israelischem Obst und Gemüse aufgerufen, was zu „hasserfüllten Kommentaren“ gegen Israel und Israelis geführt habe sowie zu unverhohlenen Aufrufen zur Gewalt, etwa: „Wir müssen jeden Tropfen arabischen und muslimischen Blutes auf den fünf Kontinenten RÄCHEN“ oder „Wir werden an der Reihe sein, um sie zu töten, diese Hunde“

Israelis seien in Leserkommentaren als „Müll“, „beschissene Zionisten, die bald fallen werden“ und „Satans Handlanger“ bezeichnet worden. Andere Kommentare hätten gelautet:

„Jüdische Siedler denken, sie seien die Gestapo.“

„Zionistische Terroristen, ungestraft Nazis.“

„Diejenigen, die ihre Beziehung zum zionistischen Gebilde normalisiert haben, teilen diese abscheulichen Verbrechen und werden hier und in der Zukunft bestraft.“

„Was für eine Schande … Sie tun dasselbe wie die Nazis … Eines Tages werden sie dafür bezahlen, was sie unseren palästinensischen Brüdern zufügen … Allahu Akbar.“

Das CPV schüre Hass gegen Juden, indem es unterlasse, antisemitische Kommentare auf dessen Facebookseite zu moderieren bzw. zu löschen. Das Ministerium bezieht sich nach eigener Darstellung auf „hasserfüllte Kommentare“ im Zeitraum „zwischen Februar 2020 und Januar 2022“.

Auch in seiner Satzung unterstütze das CPV ausdrücklich Gewalt: „Das Collectif Palestine Vaincra unterstützt den Widerstand, der der einzige Weg für das palästinensische Volk ist, seine historischen und legitimen Rechte wiederzuerlangen. Wir unterstützen ihn in allen Formen, die es für notwendig und legitim hält, einschließlich der Waffen.“

Verherrlichung von Terrorismus

Das CPV verherrliche zahlreiche terroristische Organisationen und Einzelpersonen, etwa Mitglieder der in der EU als Terrororganisation eingestuften Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und des libanesischen Terrorismus. Eine wichtige Kampagne der Organisation ist jene für die Freilassung von Georges Ibrahim Abdallah, der seit 1984 wegen der Ermordung des israelischen Botschaftssekretärs Yacov Barismantov und des US-Soldaten Charles R. Ray in Frankreich inhaftiert ist und vom CPV als „politischer Gefangener“ bezeichnet wird. Das Kollektiv stelle getötete Terroristen des Palästinensischen Islamischen Dschihad als „Märtyrer“ dar und rufe ausdrücklich zur Gewalt gegen Israel auf, mit Parolen wie: „Bewaffneter Kampf bedeutet Unabhängigkeit Palästinas.“

Empört habe sich die Gruppe darüber geäußert, dass Großbritannien die Hamas in die Liste der Terrororganisationen aufgenommen hat. Ein Selbstmordbomber, der einen Anschlag auf einen Bus in Jerusalem verübte, sei von Collectif Palestine Vaincra als „Märtyrer“ bezeichnet worden. Aus all diesen Positionen und Äußerungen gehe hervor, „dass diese Gruppe unter dem Vorwand, die Sache der Menschen in den palästinensischen Gebieten zu verteidigen, durch ihre Slogans, ihre Veröffentlichungen und ihre Aktionen“ zu „Hass, Diskriminierung und Gewalt“ gegen „Personen aufgrund ihrer Herkunft“ anstachele.

Zudem unterstütze sie „als terroristisch geltende Organisationen oder Personen, die an terroristischen Handlungen beteiligt waren, und legitimiert damit die Anwendung von Gewalttaten“. Darum müsse das Collectif Palestine Vaincra aufgelöst werden. Das Collectif Palestine Vaincra steht der PFLP-Vorfeldorganisation Samidoun nahe, die nun im Internet und auf Frankreichs Straßen gegen das Verbot demonstriert. Sie ist auch in Deutschland sehr aktiv.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

Leider ist zu befürchten, dass bei den in Frankreich in den nächsten Wochen anstehenden Präsidentschaftswahlen Èric Zemmour, der als Sohn algerischer Juden als einer der Gegenkandidaten zu Emmanuel Macron antritt, nicht die nötigen Stimmen für einen Amtsnachfolge erhält.

Dies dürfte nicht nur daran liegen, dass Zemmour, in dem bereits einen hohen islamischen Bevölkerungsanteil aufweisenden Frankreich, wegen der offenen Nennung des evidenten muslimischen Antisemitismus, nicht mit den Stimmen der Muslime, der Linken und der Grünen rechnen kann, sondern auch von nicht wenigen, ähnlich wie in Deutschland bestens Regierungsadaptierten und domestizierten jüdischen Vertretern, desavouiert wird.

Und wegen der wie oben bereits betont im April ebenfalls anstehenden höchsten christlichen Feiertage des Osterfestes, sei mir noch folgende Anmerkung erlaubt.

Erst sind es die Juden, dann die Christen

Wer sich als Christ etwa beruhigt zurückgelehnt, weil er meint, die fortschreitende Islamisierung Europas stelle nur eine Gefahr für das jüdische Leben, der möge sich folgenden Sachverhalt vor Augen führen.

Unter keiner Religion und Ideologie haben so viele Christen zu leiden wie unter dem intoleranten und gewaltbereiten Islam. Dieser dominiert in 14 der 15 Länder, in denen Christen den meisten und heftigsten Repressionen ausgesetzt sind. Das geht aus dem seit 1993 veröffentlichten Weltverfolgungsindex für das Jahr 2019 hervor, den das internationale überkonfessionelle christlich-evangelikale Hilfswerk Open Doors anhand von Daten des jeweils vergangenen Jahres veröffentlicht. Diese Liste ziert unter anderem auch der von unserer Politik stets begünstigte Iran. Hier einmal kurz die Hitliste der ersten 15 Christenverfolger: Nordkorea, Somalia, Afghanistan, Pakistan, Sudan, Syrien, Irak, Iran, Jemen, Eritrea, Libyen Nigeria, Saudi-Arabien, Usbekistan, Kenia. Überall dort werden Christen vor den Augen der schweigenden Kirchen, unserer Politik und unserer öffentlich-rechtlichen Medien brutal verfolgt, entrechtet, schikaniert, nicht selten getötet und vielfach vertrieben. Das einzige nicht islamische Land auf dieser Liste ist Nordkorea.

Aber nicht nur die evangelischen Kirchenoberen, auch der Papst schweigt dazu und ist vollkommen damit ausgelastet öffentliche Besorgnis darüber zu zeigen, dass Jerusalem nun doch noch den Juden in die Hand fallen könnte. Auch die Protestanten schweigen in dieser Angelegenheit und falls sie doch etwas sagen, dann, dass man derartige Petitessen nicht gegen den Islam instrumentalisieren, weil der ja bekanntlich eine Religion des Friedens ist und das Hilfswerk „Open Doors“ sich bei der Ermittlung der über 200 Millionen zumeist durch den Islam verfolgten Christen auf der Welt ganz sicher um 5 oder 6 Personen geirrt haben muss. So schlimm sei das alles gar nicht.

Irritiert sind die Kirchenchefs doch nicht etwa wegen der furchtbaren obigen Tatsachen zur islamischen Christenverfolgung, auch nicht wegen der täglichen islamischen Gewalt und zum Alltag gewordenen Messer-Krieg gegen uns und unsere Werte auf unseren Straßen, ebenso wenig über das Sicherheitsdesaster, das an unserer westlichen Lebensweise vorbeigeführte Politik hier bereits angerichtet hat und weiter anrichten wird. Schon gar nicht besorgt über die von islamischen Hass-Tätern mit “Juden ins Gas“-Parolen überzogenen und angegriffenen Juden.

Nein die Irritation der Kirchenchefs der nicht unverdient unter Schwindsucht leidenden evangelischen Kirche gelten den abtrünnigen Schäflein, die es in wachsender Zahl gewagt haben, sich der irrwitzigen Klima- oder Genderpolitik zu verweigern.

Die christlichen Pilger werden sich besonders in der Nach-Corona-Zeit nicht die Oster-Laune verderben lassen und werden bestens beschützt von den Ordnungskräften des demokratischen und Religions-toleranten jüdischen Staates auf den Spuren ihres jüdischen Religionsstifters durch das historische jüdische Jerusalem wandern.

Natürlich werden sie dabei nicht vergessen, sich in großer Zahl mit dem jeder geschichtlichen und politischen Berechtigung entbehrenden Anspruch der arabischen Terror-Bosse aus Gaza und Ramallah auf die ewige und Heilige Stadt Davids und das historische Kernland des jüdischen Staates Israel zu solidarisieren.

Der an diesem Tag vor etwa 2000 Jahren gekreuzigte Jude Jesus jedenfalls hätte die heute möglichen Pervertierungen der Wahrheit nicht mehr verstanden. In jedem Falle aber seinem heutigen Islam-affinen Bodenpersonal längst gekündigt.

Vorboten einer dritten arabischen Intifada

Sorge bereitet auch, dass im Schatten des entsetzlichen und alles dominierenden Geschehens in der Ukraine auch Israel und seine Menschen gerade In diesen Tagen und wohl aus Anlass der von arabischer Seite offensichtlich in dieser Weise verstandenen Erinnerung an die vor 20 Jahren angezettelte brutale zweite Mord-Intifada gegen den jüdischen Staat geradezu eine Welle erneuten arabischen Mordterrors in Israel erleiden. Während auf jüdischer Seite Opfer dieser brutalen Mordserie betrauert werden, feiert die arabische Seite mit unverhohlener Freude die Morde an Juden und verteilt beispielsweise in Gaza aus diesem Anlass Süßigkeiten.

Es muss kaum erwähnt werden, dass das Terrorgeschehen gegen jüdische Menschen in unserer westlichen Politik und ihren Medien kaum Beachtung findet und schon gar nicht gerügt, sondern bestenfalls klein geredet oder relativiert wird.

Während das jüdische Volk im April an den Nazi-Horror und den 79. Jahrestag des verzweifelten Aufstandes der Juden im Warschauer Ghetto erinnert, leugnen die Vereinten Nationen mit Unterstützung Deutschlands und wie nicht anders nach dem Weggang Donald Trumps zu erwarten war wieder verstärkt die historische Verbindung Jerusalems zu den Juden.

Dies alles wird den demokratischen Staat Israel und seine Menschen nicht daran hindern, im Sinne und zum Wohl des jüdischen Volkes, Schutz und Verteidigung gegen alle inneren und äußeren Feinde zu bieten. Gerade in der letzten Zeit vertrauen sich wie schon oben erwähnt immer mehr Juden aus Osteuropa und besonders dem Konfliktgebiet Ukraine diesem Schutz an.

Daran wird in Zukunft auch der Umstand nichts ändern, dass die neue Regierung - wie die gegenwärtigen territorialen Verhandlungen über den bisher unstrittig Israel zugehörigen Negev belegen - gegenüber der Politik des überaus erfolgreichen bisherigen Ministerpräsidenten Netanyahu, zu deutlichen und nicht ungefährlichen Zugeständnissen gegenüber dem Islam bereit ist,

Dem Staat Israel, dem gesamten jüdischen Volk, allen unseren Lesern und uns allen wünschen wir ein gesundes und koscheres Chag Pessach Sameach!

Für unsere christlichen Leser, frohe und gesegnete Ostern!

Am Israel Chai !!!
Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

Ukraine und Energiesicherheit: Bidens Alibi für den Abschluss eines gefährlichen Atomabkommens auf dem Rücken Israels

Der Krieg in der Ukraine hat auch auf der geopolitischen Landkarte neue Fronten gebildet. Der Vorwand der Energiesicherheit erleichtert dem US-Präsidenten Zugeständnisse gegenüber dem Iran. (JR)

Daniel Greenfield

Jeder hat einen Plan, bis es ihm ans Portemonnaie geht.

Nachdem die USA dem Iran Berichten zufolge in allen Punkten nachgegeben haben, sind die Nukleargespräche in Wien dennoch erneut ins Stocken geraten – diesmal wegen Russland, den Saudis und den VAE.

Bidens Plan A bestand darin, als Reaktion auf die Invasion in der Ukraine einige Sanktionen gegen Russland zu verhängen, einige Punkte zu gewinnen und dann den Iran-Deal abzuschließen. Stattdessen spitzt sich der Krieg in der Ukraine zu, und unter starkem Druck, die Worte auszusprechen, war Biden gezwungen, ernsthafteren Sanktionen zuzustimmen, die sich auch auf die Energiepreise auswirken werden. Infolgedessen werden Treibstoffpreise, die bereits in den Himmel gestiegen sind, schnell katastrophal.

Da Biden seine Grüne-Energie-Spender nicht durch die Genehmigung amerikanischer Energieproduktion verprellen will, muss er sich an die Vereinigten Arabischen Emirate und die Saudis wenden. Und die wollen keinen Iran-Deal.

Unterdessen haben die Russen beschlossen, den Iran-Deal als Geisel für ihren Krieg in der Ukraine zu nehmen. Das lässt Biden keine andere Wahl, als die Saudis und die VAE zu beschwichtigen.

„Eine intensive, streng überwachte diplomatische Anstrengung eines Kernteams von Bidens Energie- und nationalen Sicherheitsfunktionären, die globale Ölproduktion angesichts steigender Preise durch Russlands Krieg in der Ukraine zu steigern, hat im Weißen Haus einen vorsichtigen Optimismus gefördert. Die beiden Hauptziele der Bemühungen, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, hatten seit dem Amtsantritt von Biden frostige Beziehungen zu den USA“, heißt es in einem Artikel, der auf CNN Politics veröffentlicht wurde.

Ich wundere mich warum.

„Am Mittwoch teilte der Botschafter der VAE in Washington, Yousef Al Otaiba, CNN exklusiv mit, dass das Land die Ölproduktion steigern wolle und die OPEC ermutigen werde, ihre Lieferungen zu erhöhen. Die Kommentare kamen nach wochenlangen öffentlichen Meldungen der OPEC, dass das Kartell seine Produktion nicht erhöhen werde, und lösten den größten Rückgang der Ölpreise an einem Tag seit fast zwei Jahren aus“, fuhr der Artikel fort.

Was könnte seine Meinung geändert haben? Die Verhandlungen über den Iran-Deal, die einfach genug schienen, nachdem Biden alles verschenkt hatte, sind erneut ins Stocken geraten.

„Moskau stellt Last-Minute-Forderungen auf, die ein internationales Atomabkommen mit dem Iran zunichtemachen könnten – und der Zeitpunkt dürfte kein Zufall sein, da der Kreml sich über die wachsende Bedrohung seiner kritischen Öleinnahmen nach seiner Invasion in der Ukraine Sorgen macht“, so ein Artikel in Politico.

„Ein solches Abkommen würde in den kommenden Monaten erhebliche Mengen an iranischem Rohöl auf die globalen Energiemärkte zurückbringen, und das könnte Ärger für den russischen Präsidenten Wladimir Putin bedeuten. Die Rückkehr der iranischen Lieferungen würde dazu beitragen, Marktturbulenzen und Preisspitzen auszugleichen, wenn der Westen seine Sanktionen gegen Moskau wegen des Krieges in der Ukraine verschärfen und den Verkauf von russischem Rohöl verbieten würde“, fährt der Artikel fort.

Putin will keinen Iran-Deal mehr. Zumindest nicht sofort. Und nicht ohne weitere Zugeständnisse. Die einzige Möglichkeit, wie die Saudis und die VAE die Ölproduktion steigern können, besteht darin, dass Biden den Iran vorantreibt. Biden wird gezwungen, sich zwischen der Ukraine und dem Iran-Deal zu entscheiden.

„Bei den Iran-Gesprächen fordert Russland Garantien von den USA, dass die Sanktionen gegen den Kreml wegen seiner Invasion in der Ukraine seinen Handel mit dem Iran nicht behindern werden“, notiert Politico.

Warum sollte Russland sich die Mühe machen, dem Iran zu helfen, wenn es keine einfache Möglichkeit hat, davon zu profitieren? Und warum sollten die Saudis und die VAE Biden retten, wenn er nur dem Iran helfen will? Grundlegende Fragen von nationalem Interesse wie diese mögen Biden und seine Obama-Berater, die keine Vorstellung von nationalen Interessen haben, verwirren. Aber selbst Biden muss in der realen Welt leben, in der Länder tun, was in ihrem Interesse ist, und nicht das, was Twitter sagt, dass sie sollten.

Daniel Greenfield, Shillman Journalism Fellow am Freedom Center, ist ein investigativer Journalist und Autor, der sich auf die radikale Linke und den islamischen Terrorismus konzentriert.

Dieser Artikel ist zuerst publiziert worden im FrontPage Magazine.
Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Israelische Raketen-Abwehrsysteme für Deutschland?

Mit dem Ukraine-Konflikt ist Deutschland aus seinem irrwitzigen und pseudo-pazifistischen Dornröschenschlaf aufgewacht und fährt eine neue Sicherheitspolitik. Nun soll voraussichtlich das Raketen-Abwehrsystem „Arrow3“ Deutschland vor feindlichen Angriffen schützen. Der israelische Abwehrschirm könnte sogar ebenfalls über Polen, Rumänien und dem Baltikum aufgespannt werden. (JR)

Dr. Manfred Schwarz

Es gibt eine völlig neue Bedrohungslage in Europa, seit die russische Armee in der Ukraine einmarschiert ist. Pazifistische Positionen sind im Westen plötzlich in den Hintergrund getreten. Auch die deutsche Bundesregierung denkt militärpolitisch rundum neu. Jetzt erwägt die Ampel-Koalition sogar, ein kostspieliges, völlig neues Raketen-Abwehrsystem in der Bundesrepublik zu errichten. In der Diskussion ist eines der drei Abwehrsysteme, die sich in Israel seit Jahr und Tag bewährt haben.

„Wir müssen uns besser vor der Bedrohung aus Russland schützen“, sagte der Hauptberichterstatter im Haushaltsausschuss für den Verteidigungsetat, Andreas Schwarz (SPD), der „Bild am Sonntag“ (BamS). “Dafür brauchen wir schnell einen deutschlandweiten Raketenschutzschirm.“ Schwarz weiter: „Das israelische System 'Arrow 3' ist eine gute Lösung."

Israel: Dreifacher Raketen-Sicherheitsschirm

Die Israelis haben einen Abwehr-Schirm aufgebaut, der aus drei ganz unterschiedlichen Systemen besteht. Nur ein System ist hier in Deutschland teils bekannt: der legendäre „Iron Dome“ der Luftwaffe. Kaum ein deutscher Bürger hat aber jemals von den beiden anderen israelischen Systemen gehört: „Arrow 3“ und „David's Sling“.

Diesen dreifach geknüpften Raketen-Abwehrschirm kennt jeder Bürger in Israel, das seit Jahrzehnten von mehreren arabischen Nachbarstaten und von Terrororganisationen bedroht wird:

- Die „Arrow 3“ ist in der Lage, Mittel- und Langstreckenraketen mit einer Reichweite von 200 bis 2.000 Kilometern abzuschießen. Dieses Raketen-Abwehrsystem wäre wohl in auch in Deutschland ein guter Schutz gegen (Atom-)Raketen aus Russland.
- „David's Sling“ („Davids Schlinge“) setzen Israelis gegen Kurz- und Mittelstreckenraketen ein, die über eine Reichweite von 40 bis 300 Kilometern verfügen.
- „Iron Dome“ ist seit 2011 in vergangenen Kriegen, die Israel führen musste, sehr häufig zum Einsatz gekommen: Die „Eiserne Kuppel“ vermag mit einer über 90-prozentigen Sicherheit Raketen abzuschießen, die eine Reichweite von 4 bis 70 Kilometern haben.

„Arrow 3": 2025 in Deutschland einsatzbereit?

Das israelische System „Arrow 3“ würde die Deutschen rund zwei Milliarden Euro kosten. Das berichtete die „BamS“ unter Berufung auf Sicherheitskreise. Da das Raketensystem bereits marktverfügbar ist, könnte es bereits 2025 in der Bundesrepublik zum Einsatz kommen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundeswehr-Generalinspekteur Eberhard Zorn haben bereits Mitte März darüber beraten, wie das geplante 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen zur Stärkung der Truppe konkret verwendet werden könnte. Thema dabei war auch eine mögliche Anschaffung des israelischen Abwehrsystems "Arrow 3" gewesen. Eine endgültige Entscheidung ist aber offenbar noch nicht gefallen.

Verteidigungspolitiker des Bundestages haben sich am 29. März in Israel auf dem israelischen Luftwaffenstützpunkt Palmachim über die dortigen Raketenabwehrsysteme informiert. Dabei ging es vor allem um den Schutz vor Mittel- und Langstreckenraketen. Gegen solche Bedrohungen verfügt die Bundesrepublik bisher keinen adäquaten Schutz.

Die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die auch Vorsitzende des Verteidigungsausschusses ist, sagte der „Süddeutschen Zeitung“, sie halte „Arrow 3“ für ein "interessantes" System, Deutschland solle aus ihrer Sicht "sehr offen" über die Anschaffung diskutieren. Es gehe „jetzt darum, eine Fähigkeitslücke zu schließen“.

Zentrum Luftoperationen in Uedem (NRW)

Sicherheitsspezialisten der Bundesregierung erwägen anscheinend, für den Raketen-Schutzschirm in Deutschland an drei Standorten Flugkörper-Radarsysteme vom Typ "Super Greene Pine" aufzustellen, die ihre Daten an den nationalen Gefechtsstand im nordrhein-westfälischen Uedem/Kalkar senden könnten – an das Zentrum Luftoperationen (ZentrLuftOp) der Bundeswehr.

Dort würden Luftwaffen-Soldaten die Lagebilder auswerten. Im Ernstfall würde von einem der im Bundesgebiet stationierten „Arrow 3“-Stützpunkten eine Rakete abgeschossen werden, die im besten Fall eine Angreifer-Rakete abfinge und zerstörte.

Schutzschirm auch für Polen, Rumänien und das Baltikum?

Die Radargeräte sind laut „BamS“ so enorm leistungsstark, dass der Schutzschirm sogar ebenfalls Polen, Rumänien oder die drei baltischen Staaten abdecken könnte. Die Nachbarländer müssten sich allerdings selbst "Arrow 3"-Raketen kaufen. Um Angreifer-Raketen in diesen Ländern abschießen zu können, müsste das Radarbild von deutschen Soldaten in die Nachbarstaaten geliefert werden.

SPD-Verteidigungsexperte Andreas Schwarz sagte: "Wir können den Iron Dome auch über unsere Nachbarländer spannen. Damit würden wir eine Schlüsselrolle für Europas Sicherheit übernehmen."

Hier hat der Sozialdemokrat allerdings den "Iron Dome" (Eisenkuppel) mit „Arrow 3“ verwechselt. Aber vielleicht träumt der Sozialdemokrat insgeheim auch schon davon, für die Bundesrepublik ebenfalls die Abwehrsysteme „Iron Dome“ und „David's Sling“ einzukaufen?

Schutz gleich auch für Österreich?

Die österreichische Tageszeitung „Der Standard“ hat den SPD-Sicherheitsexperten Schwarz gefragt, ob Deutschland einen Raketen-Abwehrschirm auch für Österreich aufspannen könne.

Die Antwort des Abgeordneten: "Das Bedrohungsszenario hat sich geändert, und es darf für die Sicherheit der Menschen in Europa keine Denkverbote geben. Wir müssen auch die Raketenabwehr europäisch denken und mit unseren Nachbarn und Partnern über eine mögliche Zusammenarbeit sprechen."

Solche schneidigen Antworten eines Sozialdemokraten hätte man sich vor der Invasion der russischen Truppen in der Ukraine nicht vorstellen können. Erstaunlich, welche neuen sicherheitspolitischen Positionen heute in den westlichen Demokratien plötzlich zu hören sind. Putins Politik macht's möglich.

Das jüdische Nachrichtenportal „Israel heute“ schrieb dazu: „Wer hätte damals, als Juden in Deutschland verfolgt und vernichtet wurden, daran gedacht, dass Deutschland etwa 80 Jahre später daran denkt, seinen Luftraum durch ein von Israel, von Juden, entwickeltes Abwehrsystem verteidigen zu lassen.“

Amnesty International muss nach massiver Kritik einräumen, dass es tatsächlich die Idee eines „jüdischen Staates“ ablehnt

Amnesty International hat ein Problem damit, dass Israel ein „jüdischer“ Staat ist und kritisiert wiederholt das Nationalstaatsgesetzt von 2018, das den jüdischen Charakter Israels auch in der Verfassung bestätigt. Dabei verliert die Organisation vorsätzlich irreführend kein Wort darüber, dass Israel allen seinen Bürgern, egal welcher Konfession, die gleichen Freiheiten und die gleichen bürgerlichen Rechte einräumt. Würde Israel seine jüdische Identität aufgeben, wäre es bald ein muslimisches Land mit einer verfolgten jüdischen Minderheit, wie man am Beispiel vieler islamischer Unrecht-Regime sehen kann. Doch auch dies wird von Amnesty International bewusst ausgeblendet. (JR)

Von Ryan Jones/Israel Heute

Das Direktorium von Amnesty USA sagt, dass Israel nicht als „Staat für das jüdische Volk“ erhalten werden sollte.

Jetzt wissen wir, warum Amnesty International Israel in einem Bericht Anfang des Jahres als „Apartheidstaat“ dargestellt hat.

Der Leiter von Amnesty USA, Paul O’Brien, sagte Mitte März bei einer Versammlung des Women’s National Democratic Club, dass seine Organisation zwar die Selbstbestimmung des jüdischen Volkes unterstütze, aber mit der Vorstellung eines „jüdischen Staates“ im Heiligen Land nicht glücklich sei. Er hat es versäumt, die klare Diskrepanz zwischen diesen beiden Positionen angemessen zu erklären.

Jüdische Selbstbestimmung sollte und kann nirgendwo anders stattfinden als in der angestammten und biblischen Heimat des jüdischen Volkes. Auch kann sie unmöglich in einem mehrheitlich arabischen Staat stattfinden, also muss es ein „jüdischer“ Staat sein.

Auch die Doppelmoral, die hier im Spiel ist, hat er nicht erkannt. Rumänien ist ein Staat für das rumänische Volk, und die dort lebenden Minderheiten müssen diese Tatsache akzeptieren. Das Gleiche gilt für Indien, Finnland und eine lange Liste anderer Länder, von denen Amnesty keines jemals als „Apartheid“-Staat bezeichnet hat.

„Glaubt Amnesty, dass das jüdische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung hat, das zu den grundlegenden Menschenrechten gehört? Ja, das tun sie“, sagte O’Brien, bevor er einen wirren Diskurs über das Problem des Antisemitismus begann.

Um zum eigentlichen Thema zurückzukehren, fuhr O’Brien fort: „Es ist nicht die Position von Amnesty, wir sind sogar gegen die Idee, dass Israel als ein Staat für das jüdische Volk erhalten werden sollte.“ Tatsächlich bezeichnete O’Brien diese Vorstellung eines „jüdischen“ Staates als einen „existenziellen“ Teil des Problems.

Mit anderen Worten: Wenn Israel nicht auf der Beibehaltung eines „jüdischen“ nationalen Charakters bestehen würde, könnte der Konflikt gelöst werden.

Konkret geht es ihm um das 2018 von Israel verabschiedete Nationalstaatsgesetz, das den jüdischen Charakter des Staates und die entsprechenden jüdischen Symbole, die den Staat repräsentieren, in der Verfassung festschreibt.

Die bürgerlichen Freiheiten aller Bürgerinnen und Bürger, ob jüdisch oder nicht, wurden dadurch nicht beeinträchtigt. Aber das scheint O’Brien entgangen zu sein.

Dem Amnesty-Chef zufolge besagt das Gesetz von 2018, dass der Staat Israel nur für Juden erhalten bleibt und auch nur ihnen gehören sollte. Und das sei aus Sicht der Menschenrechte keine Gleichbehandlung zwischen dem jüdischen und dem „palästinensischen Volk“. „…Ich glaube nicht, dass Israel als ein Staat erhalten werden „sollte, in dem eine Rasse das Recht hat, eine andere zu unterdrücken. Dies ist eine völlig ungenaue Darstellung dieses Gesetzes.

Israels neues Nationalstaatsgesetz und warum es nichts mit Rassismus zu tun hat

Es gibt viel Zähneknirschen über Israels Gesetz, das den Status Israels als Nationalstaat des jüdischen Volkes festlegt. 18. Juli 2018. Merken Sie sich das Datum, denn an diesem Tag hat Israel das neue Nationalstaatgesetz verabschiedet.

Laut dem damaligen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu war dies „ein entscheidender Moment in den Annalen des Zionismus und der Geschichte des Staates Israel“. Er erklärte die Notwendigkeit dieses „Grundgesetzes“, das verfassungsmäßige Befugnisse besitzt, Der Knessetabgeordnete der Likud-Partei Avi Dichter, der Mann, der hinter dem Gesetz steht, schrieb, dass es „Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes stärkt … besonders in Zeiten, in denen es solche gibt, die das Recht des jüdischen Volkes auf ein nationales Heim in seinem Land und die Anerkennung des Staates Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes annullieren wollen. “

Dichter musste nicht wirklich diejenigen nennen, die den Status Israels als nationale Heimat des jüdischen Volkes in Frage stellen, da die meisten Israelis nicht raten müssen. Dichter spielte auf radikale israelische linke NGOs an, wie den New Israel Fund, Breaking of the Silence und B’Tselem, die alle von europäischen Ländern und der UNO finanziell unterstützt werden. Diese NGOs tun ihr Möglichstes, um Israel von einer jüdischen Demokratie zu einer Demokratie zu machen. Was das bedeutet, ist, dass wenn diese NGOs mit ihren Bemühungen erfolgreich sind, Israel nicht mehr als ein Zuhause und Zufluchtsort für Juden anerkannt werden wird. Wenn man dann die Demographie der Region berücksichtigt, könnte Israel schließlich ein weiteres muslimisch arabisches Land mit einer verfolgten jüdischen Minderheit werden.

Einige Kritiker, wie Yossi Dahan, Leiter der Abteilung für Menschenrechte am „College of Law and Business“, gingen sogar so weit zu sagen, dass dieses nationalstaatliche Gesetz ein kluger rechtlicher Schritt zur Durchsetzung von „Mechanismen der Diskriminierung und des Rassismus“ sei. Es sei darauf hingewiesen, dass solche Dinge gesagt werden, obwohl ein arabischer Richter am Obersten Gerichtshof sitzt und junge israelische Araber freie Fahrt an israelischen Universitäten erhalten, um die Hochschulbildung im arabischen Sektor zu fördern.

Und wenn Dahan Israel den Rassismus vorwerfen kann, warum nicht der schmierige Independent, der ohne jeden Vorbehalt über den gemeinen Vergleich des türkischen Präsidenten Erdogan zwischen Israel unter diesem Nationalstaatgesetz und Nazi-Deutschland berichtet. „Es gibt keinen Unterschied zwischen Hitlers Obsession mit einer reinen Rasse und dem Verständnis, dass diese altertümlichen Länder nur für die Juden sind“, sagte derjenige, der Kurden ohne Gnade abschlachtet.

Amnesty International Generalsekretärin Dr. Agnès Callamard

Für diejenigen, die den Unterschied zwischen Rassismus und ethnischer Zugehörigkeit nicht unterscheiden können, ist ein rassistischer Staat ein Staat, in dem sich eine reine Blutsrasse den Minderheiten gegenüber als überlegen erweist. Echte Beispiele sind das nationalsozialistische Deutschland und in gewissem Maße die ehemalige Regierung in Südafrika. Ein ethnischer Staat ist einer, in dem die Mehrheit der Bevölkerung eine gemeinsame Abstammung, Geschichte, Religion, Tradition, Sprache und Kultur teilt. Israel ist hier ein Paradebeispiel. Aber es gibt noch einen anderen Aspekt der jüdischen Ethnizität, der sie weiter von den rassistischen Beispielen unterscheidet: Das jüdische Volk beansprucht eine göttliche Auserwähltheit, deren Hauptziel es ist, das Wohlergehen der gesamten Menschheit zu fördern.

Juden, wie jeder mit einem halben Gehirn weiß, haben nichts mit reinem Blut zu tun. Wenn überhaupt, hätte ihre lange Geschichte der Verfolgung, einschließlich einer ungezählten Anzahl von Vergewaltigungsfällen, ausreichen müssen, um jede Vorstellung von Rasse zu zerstreuen. Außerdem hat es den Juden von Anbeginn ihrer Geschichte nie wirklich etwas ausgemacht, Nichtjuden zu heiraten oder Bekehrte zu empfangen. König Davids Abstammung ist ein ausreichendes Beispiel für diese Aussage.

Angesichts dieses Unterschieds konnte die Balfour-Deklaration entstehen, und diese Erklärung, die später von der UNO ratifiziert wurde, rechtfertigt es, Israel als eine jüdische Heimat anzuerkennen. Es ist daher völlig in Ordnung, dass der damalige Premierminister Netanjahu nach der Billigung des Nationalstaatsgesetzes auf seiner Facebook-Seite folgendes schrieb:

„Heute vor 96 Jahren, am 24. Juli 1922, wurde das britische Mandat vom Völkerbund bestätigt. Das britische Mandat nahm die Balfour-Deklaration als bindendes Rechtsdokument auf, das dem jüdischen Volk nationale Rechte zuerkannte – nur dem jüdischen Volk – im Land Israel. Das britische Mandat, das sich auf die biblische und historische Verbindung des jüdischen Volkes zu seinem Land bezog, wurde später von den Vereinten Nationen angenommen und ist bis heute ein bindendes Dokument nach internationalem Recht, das den internationalen Rechtsstatus des Landes Israel definiert. Angesichts dessen haben wir das Nationalstaatgesetz in Kraft gesetzt, das als Grundgesetz erstmals den Status des Staates Israel als Nationalstaat der Juden festlegt. Es sind eindeutige historische Tatsachen in Bezug auf unsere Rechte im Land Israel. Teilen Sie dies“.

Das Folgende sind die Schlüsselkomponenten des Nationalstaatsgesetzes. Man muss jedoch bedenken, dass die grundlegenden Gesetze, die die Menschenrechte des Individuums sichern, bereits 1992 gesetzlich verankert wurden. Tatsächlich war es das Gesetz der „Menschenwürde und Freiheit“, das das Gleichgewicht störte, zugunsten derer, die Israel als die Heimstätte der Juden ablehnen. Das vorliegende Gesetz zielt darauf ab, das Gleichgewicht zwischen den Rechten des Einzelnen und den Rechten der Gemeinschaft wiederherzustellen.

– Das Land Israel ist die historische Heimat des jüdischen Volkes, in dem der Staat Israel gegründet wurde;

– Der Staat Israel ist die nationale Heimat des jüdischen Volkes;

– Das Recht auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel ist einzigartig für das jüdische Volk;

– Der Staat wird bestrebt sein, die Sicherheit der Mitglieder des jüdischen Volkes in Schwierigkeiten oder in Gefangenschaft aufgrund ihrer jüdischen Herkunft oder ihrer Staatsbürgerschaft zu gewährleisten;

– Der Staat soll innerhalb der Diaspora handeln, um die Affinität zwischen Staat und Mitgliedern des jüdischen Volkes zu stärken;

– Der Staat soll das kulturelle, historische und religiöse Erbe des jüdischen Volkes unter den Juden in der Diaspora bewahren.

Allen absurden medialen Falschaussagen zum Trotz: Die ukrainischen Flüchtlinge sind willkommener als arabische Zuwanderer

Linke Gutmenschen reiben sich die Augen, ob der überwältigenden Hilfsbereitschaft der Polen gegenüber den ukrainischen Flüchtlingen. Lehnte Polen doch 2015 die Aufnahme syrischer Migranten ab. Dies mag daran liegen, dass es sich diesmal um echte Flüchtlinge handelt und nicht um Demokratie-averse und Islam-ideologisierte Wirtschaftsmigranten. (JR)

Sylke Kirschnick/Achse des Guten

Dass die Visegrad-Staaten und die deutsche Öffentlichkeit auf die ukrainische Zuwanderung anders reagieren als auf die arabische, kann nur ahnungslose Menschen überraschen.

Für die Medien und meinen Bekanntenkreis ist die Frage nach den Unterschieden zwischen den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und denen aus Syrien und dem Irak ein großes Thema. In der DLF-Sendung „Zur Diskussion“ (16. März 2022) sprachen sich die Teilnehmer explizit dafür aus, diese Frage nicht zu „ethnisieren“. Ich sehe das genauso. Ein paar handfeste Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen liegen allerdings auf der Hand. Es gibt mehrere Gründe dafür, weshalb die Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge aus der Ukraine in den Visegrad-Staaten so groß ist.

Erstens sind die Flüchtlinge aus der Ukraine wirklich welche, während die Menschen aus Syrien oder dem Irak in der Regel Zuwanderer sind, die nicht die Absicht hatten, nach Syrien oder in den Irak zurückzukehren, sobald der Krieg vorbei war. Vor dem Krieg und dem Islamischen Staat sicher waren Syrer und Iraker bereits in den Anrainerstaaten, deren Flüchtlingslager allerdings rasch überfüllt waren. In genau diese Hilfsstrukturen der Anrainerstaaten hätte die EU damals kräftig investieren müssen, anstatt Flüchtlingslager auf europäischem Boden zu errichten. Da Angela Merkel sich weder mit den EU-Staaten noch mit dem bundesdeutschen Parlament abgestimmt hatte, fehlte damals die Bereitschaft vor allem der osteuropäischen Staaten, sich zu engagieren.

Zweitens befürworten die meisten ukrainischen Flüchtlinge Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, kurzum den Westen, für dessen Etablierung im eigenen Land die Ukrainer ja heute gegen die russische Invasion militärisch kämpfen. Das tat ein Teil von ihnen seit der russischen Besetzung der Krim und der russischen Separatistenbewegung vor acht Jahren. Dieses Eintreten für westliche Werte kann man bei syrischen und irakischen Flüchtlingen, die, wie gesagt, genaugenommen Zuwanderer sind, in vermutlich viel weniger Fällen voraussetzen. Das erschwert ihre Aufnahme und erst recht ihre Integration.

Es geht gar nicht darum, dass sie wie die Ukrainer bereit wären, für westliche Werte ihr Leben zu lassen. Es geht darum, dass sie die westliche, freiheitlich-demokratische Ordnung in den Ländern, in die sie einwandern, bedingungslos akzeptieren und respektieren und mit ihr die Gleichberechtigung von Frau und Mann, das staatliche Gewaltmonopol und all diejenigen, die es repräsentieren. Außerdem waren überproportional viele Männer unter denjenigen, die 2015 und in den Folgejahren aus Syrien und dem Irak nach Europa kamen. Aus der Ukraine aber flüchten überwiegend Frauen, Kinder und ältere Menschen.

DIMITAR DILKOFF / AFP

Menschen- und Frauenrechte sind in vielen islamischen Ländern nicht in der Gesellschaft etabliert

Pervertierung des Asylrechts

Es ist menschlich nachvollziehbar, aus wirtschaftlichen Gründen und weil man sich bessere Lebensperspektiven erhofft, nach Europa auswandern zu wollen. Nur sind weder die Genfer Flüchtlingskonvention noch das Asylgesetz für diese Fälle geschaffen worden. Hinzu kommt, dass Europa für schlecht oder gar nicht ausgebildete Menschen keinerlei Perspektive bieten kann. Erst recht dann nicht, wenn der Westen mental eher Feindbild denn Wunschziel ist.

Syrien und der Irak waren zwar weltliche Militärdiktaturen, keine „Gottesstaaten“. Aber die strikte Trennung von weltlicher und religiöser Ordnung, die im Islam nicht verankert ist und auch im Westen erst gegen das Christentum durchgesetzt werden musste, haben Menschen aus islamisch geprägten Kulturen mit Ausnahme der Türkei nicht mit der Muttermilch aufgesogen. Bürger-, Menschen- und Frauenrechtler aus diesen Kulturen haben sich ihre glasklaren Positionen – wieder mit Ausnahme der Türkei – in der Regel erst gegen ihr soziales Umfeld erarbeiten müssen, weshalb sie darin oft sicherer sind als so manche romantisierenden Europäer.

Religiöse Anmutungen spielten in der Ukraine, die bis Anfang der 1990er Jahre zur kommunistischen Sowjetunion gehörte und folglich in den letzten einhundert Jahren eher atheistisch geprägt wurde, ohnehin nur im Privatleben und strikt vom Staat getrennt eine Rolle. Die kulturelle Nähe zwischen Ukrainern und den Ländern, in die sie fliehen, wurde in den letzten Wochen oft betont, rührt aber nicht aus der gemeinsamen Prägung durch das Christentum, sondern aus der gemeinsamen Geschichte und den Werten, die sie teilen.

Mit Rassismus hat es also nicht das Geringste zu tun, wenn flüchtende Ukrainer heute in Polen willkommener geheißen werden als syrische oder irakische Zuwanderer, die ihren Zutritt ins Land leider nicht selten auch noch gegen die staatlichen Organe, die sie daran zu hindern versuchen, erzwingen wollen. Anzunehmen, dass diese die Repräsentanten eines Staates irgendwann respektieren werden, nachdem sie diesen gleich bei Betreten des Landes so wenig Achtung entgegengebracht haben, wäre naiv.

Rameza Monir ist neidisch auf ukrainische Flüchtlinge

Die SPD-Politikerin und vielbeschäftigte muslimische Influencerin ist voller Neid auf das Mitgefühl mit den ukrainischen Flüchtlingen. Sie vermisst die Solidarität mit Gaza. Vielleicht sollte sich Frau Monir fragen, ob es daran liegen könnte, dass ukrainische Flüchtlinge in der Regel nicht islamisch sozialisiert sind und auch nicht die Vernichtung von Juden fordern, wie es die Hamas bis heute tut. (JR)

Von Gerd Buurmann/ tapferimnirgendwo.com

Rameza Monir ist neidisch auf ein menschliches Gefühl. Sie ist neidisch, weil Menschen in Deutschland Mitgefühl zeigen für die Menschen in der Ukraine, die gerade von der russischen Regierung angegriffen werden. Sie schreibt:

„Ich sehe, wie in deutschen Gärten die ukrainische Flagge weht, und frage mich, wieso im Mai 2021, während Israel in Gaza Hochhäuser mit Zivilisten bombardiert hat, Markus Söder die israelische Flagge auf seinem Instagram-Account postete?“

Warum kann die Ukraine nicht mit Gaza verglichen werden? Das fragt sich Rameza Monir in der taz.

Es liegt daran, dass die Ukraine nicht die Vernichtung aller Russen fordert! Die Regierung im Gazastreifen jedoch fordert die Vernichtung aller Juden und zwar weltweit. In der Gründungscharta der Hamas heißt es im Artikel 7:

„Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten.“

Am 9. Oktober 2015 hielt der Kleriker Muhammed Salah „Abu Rajab“ folgende Predigt in der Al-Abrar Moschee in Rafah im Süden des Gazastreifens:

„Unsere erste Phase soll lauten: Stecht die Juden ab! Sie haben keine Chance! Die zweite Phase soll lauten: Wir werden die Juden nicht mehr vertreiben! Wir werden sie allesamt abstechen und abschlachten!“

Der stellvertretende Minister für religiöse Stiftungen der Hamas, Abdallah Jarbu, erklärt:

„Juden sind fremdartige Bakterien, sie sind Mikroben ohne Beispiel auf dieser Welt. Möge Gott das schmutzige Volk der Juden vernichten, denn sie haben keine Religion und kein Gewissen! Ich verurteile jeden, der glaubt, eine normale Beziehung mit Juden sei möglich, jeden, der sich mit Juden zusammensetzt, jeden, der glaubt, Juden seien Menschen! Juden sind keine Menschen, sie sind kein Volk. Sie haben keine Religion, kein Gewissen, keine moralischen Werte!“

Das ist der brutale Judenhass der Feinde Israels. Einen solchen von der Regierung mitgetragenen und propagierten Hass gegen Russland gibt es in der Ukraine nicht. Viel eher ist Russland mit Palästina vergleichbar, schließlich zeigt die russische Regierung gerade deutlich, wie sehr sie die Selbstständigkeit und Souveränität der Ukraine achtet, nämlich gar nicht.

Statt also neidisch zu sein auf das Mitgefühl, das jenen entgegengebracht wird, die sich gegen den Hass wehren, wie wäre es einmal mit Selbstkritik. Wenn Rameza Monir Frieden möchte, sollte sie sich mal folgende Frage stellen: Welcher Hass wuchert in Palästina?

Der Hass auf Israel hält Palästina unten.

Wenn „Palästina“ einfach nur akzeptieren würde, dass es Israel gibt und erkennen würde, dass das Land ein Freund sein kann und kein Feind sein muss, würde „Palästina“ aufblühen. Die Hand zum Frieden ist in Israel ausgestreckt. In der Unabhängigkeitserklärung von Israel heißt es:

„Wir bieten allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe mit dem selbständigen jüdischen Volk in seiner Heimat auf. Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten.“

Statt also neidisch zu sein auf die Erfolge Israels, könnte sich Palästina auch einfach mal für seinen Nachbarn freuen.

Neid wird aus Hass geboren und Neid macht hässlich. Die Fähigkeit zu gönnen jedoch, zaubert ein Lächeln auf die Lippen und zwar sowohl bei dem, der gönnt, als auch beim dem, dem gegönnt wird.

Rameza Monir jedoch ist neidisch. Sie ist sogar auf eine besonders unangenehme Art neidisch. Sie ist neidisch auf das Mitgefühl, das anderen entgegengebracht wird, die gerade zerbombt werden und auf der Flucht sind. Sie ist so neidisch, sie kann nicht mal mehr Menschen, die leiden, Mitgefühl gönnen, ohne dabei zu meckern: Und was ist mit mir?

Wer so neidisch ist, ist derart vom Hass zerfressen, dass er nicht gönnen kann. Es ist dieser Neid auf Israel und Juden, der sich in der Geschichte immer wieder zum vernichtenden Hass gewandelt hat.

Die entlarvende Distanzlosigkeit des Bundespräsidenten zum Linksextremismus

In einem Glückwunschschreiben an die Regisseurin Margarethe von Trotta bezeichnete der ohnehin wegen seiner linkslastigen politischen Instinktlosigkeit angeschlagene Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die RAF-Terroristin Gudrun Ensslin als „große Frau der Weltgeschichte". Ensslin war für Bombenanschläge mit vier Todesopfern mitverantwortlich. Die Glorifizierung einer verurteilten politischen Mörderin ist ein demaskierender Offenbarungseid seiner ideologischen Heimat. (JR)

Von Jaffa Lyn

Ein lauer Frühlingsabend kündigt sich am 24. Mai 1972 über dem Gelände des Hauptquartiers der US-Armee in Heidelberg an. Es ist kurz nach Dienstschluss, als Captain Clyde R. Bonner seinen neu erworbenen gelben Ford Capri in eine freie Parknische vor das Gebäude des Secret Intelligence Service fährt. Specialist Ronald A. Woodward wartet in der Nähe, um den neuen Wagen seines Freundes in Augenschein zu nehmen.

Plötzlich zerreißt eine ohrenbetäubende Detonation die Luft. Was ist geschehen? Im Kofferraum des Wagens, neben dem Captain Bonner eben seinen Capri geparkt hat, explodiert in diesem Moment eine 33 Kilogramm schwere Bombe. Der Captain hat keine Chance. Sein Oberkörper wird 20 Meter weit weggeschleudert, der abgerissene Rumpf landet auf einem 40 Meter entfernt geparkten Fahrzeug, die abgetrennten Beine werden später auf einem Baum gefunden.

Auch Specialist Woodward trifft es. Durchbohrt von zahlreichen Blech- und Metallsplittern, wird er durch die Wucht der Detonation gegen die Hauswand geschleudert. An seinem Körper bleibt wohl nicht eine einzige Stelle heil. Im Krankenwagen wirft er sich vor Schmerz stöhnend hin und her, schließlich beißt er dem Ambulance-Fahrer vor Verzweiflung in die Hand. Im Krankenhaus stirbt er einen qualvollen Tod.

Der 29 Jahre junge Captain Bonner war verheiratet und Vater zweier Buben im Alter von sechs und zwei Jahren, sein Freund Ronald A. Woodward hatte eine Tochter und zwei Jungen, drei und zwei Jahre alt. Ein weiterer Soldat, Specialist Charles L. Peck, stand im Augenblick der Explosion ungefähr acht Meter vom Gebäudeeingang entfernt. Eine aus den Angeln gerissenen Gittertür traf seinen Kopf. Die Druckwelle schleuderte ihn zurück ins Gebäude bis ans Ende des Flurs. Dort blieb er mit zerquetschtem Schädel, gebrochenen Rippen, gerissener Leber und Milz liegen; er starb noch an Ort und Stelle. Sekunden später explodierte eine zweite Bombe. Die Zeitzünder waren so eingestellt worden, dass die Sprengsätze kurze Zeit nach Dienstschluss detonierten und US-Militärangehörige treffen mussten, als sie das Gebäude des Secret Service verließen.

Gudrun Ensslin hörte im Radio von den Todesopfern. Sie äußerte ihre Zufriedenheit über die perfide Entscheidung, diesmal keine Vorwarnung des Anschlags gegeben zu haben. Hände schmutzig gemacht oder in Gefahr begeben hatte sie sich freilich nicht, die gefährliche Arbeit des Bombenlegens zu erledigen war Sache anderer.

Sie ist in die Geschichte Deutschlands eingegangen. Zweifelsohne. Aber nicht als eine der "großen Frauen der Weltgeschichte", wie Frank-Walter Steinmeier es in seinem Glückwunschschreiben an Regisseurin Margarethe von Trotta formulierte. Dies war von Steinmeier mehr als ein Lapsus, für die Angehörigen – die Kinder, Mütter, Väter, Ehepartner, Schwestern, Brüder, all die Hinterbliebenen der von der RAF Ermordeten – für sie klang es wie Hohn und Spott.

Stimmen eines Hinterbliebenen

Dazu ein Betroffener: Gisbert Schmidt (Name von der Redaktion geändert), der Enkel eines der getöteten Polizisten, die als Personenschützer arbeiteten: „Ich habe meinen Großvater nie kennengelernt. Er starb im Dienst, so sagte man es wohl. Er ging nicht als ein großer Mann in die Geschichte Deutschlands ein. Nur in die Fotoalben meiner Großmutter." Warum der Bundespräsident Gudrun Ensslin, die Mörderin, die Terroristin, lobend erwähnt, da habe er „keine Ahnung, die sind so abgehoben, die denken einfach nicht nach. Die sind nicht sensibel", fügt Schmidt hinzu.

Immerhin habe die Sprecherin des Bundespräsidialamtes es als Fehler korrigiert. Gisbert Schmidt dazu: „Steinmeier hätte sich selbst entschuldigen sollen. Das wäre anständig gewesen!" Nein, dies tat Steinmeier nicht. Dafür aber „twitterte" seine Sprecherin: „Das ist ganz klar ein Fehler. Eine verurteilte Mörderin gehört nicht in diese Reihe. Wir entschuldigen uns und werden das Glückwunschschreiben korrigieren." Aber auch dies verharmlost die Angelegenheit wieder. Denn Gudrun Ensslin war keine gemeine Mörderin schlechthin, die ihren Mann oder eine Nebenbuhlerin ermordete – sie war eine von „Palästinensern" ausgebildete Terroristin, die Managerin der Anschläge und des Terrors. Ihre Gewalttaten waren politisch motiviert, verfassungsfeindlich und staatsgefährdend.

Gewiss wird Steinmeier, wie andere Politiker auch, die meisten seiner Reden nicht selbst verfassen. Dazu gibt es Redenschreiber, die mehr oder weniger begabt sein können. Mehr oder weniger geschichtsbewusst. Dies entschuldigt ihn aber nicht. Er sollte persönlich die Verantwortung übernehmen. Sonst erweckt er einmal mehr den Eindruck, sein Haus nicht gut bestellt zu haben oder prinzipiell wählerisch und voreingenommen zu sein bei der Beurteilung politischer Gewalt. Hinzu kommt noch: er und seine Parteigenossen wachen mit Argusaugen auf jeden kleinen Schnitzer von Oppositionsparteien. Und dann wird rhetorisch „draufgehauen". Der Bundespräsident muss sich ebenso wie andere Politiker der SPD und anderswo an den eigenen Maßstäben messen lassen können. In einer Demokratie sollte schon „Waffengleichheit" herrschen.

Fehler wiederholen sich bei Steinmeier

Kürzlich nannte der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil den Bundespräsidenten Steinmeier einen "Brückenbauer", einen "leidenschaftlichen Verteidiger der Demokratie". Dies sehen manche aber anders. So schreibt der Verfassungsrechtler Herbert v. Armin: „Es kann bereits ein möglicher Fall der Vorteilsnahme sein." Steinmeier stand in den Jahren 2012 bis 2016 auf den Empfängerlisten diverser Luxuspräsente von Ahmed El Husseini, einem libanesischen Waffenhändler. In dieser Zeit war Steinmeier noch Abgeordneter und ab Ende 2013 Außenminister. Steinmeier schwieg, seine Mitarbeiter sprachen von Irrtum und Unwissenheit. Aufgeklärt wurde die Sache nie vollständig. (Recherchiert hatten das ZDF-Magazin „Frontal", der Stern und das Recherchezentrum Correctiv.)

ATTA KENARE / AFP

Ein Bundespräsident, der nicht nur dem Mullah-Regime gratuliert, sondern auch die RAF verharmlost.

Gravierender als der schnöde materielle Vorteil waren die Telegramme, die der Bundespräsident an das Mullah-Regime nach Teheran sandte, zum 40. Jahrestag der „Islamischen Revolution". War es dem ehemaligen Außenminister unbekannt, dass die Ideologie des Iran dem Geist unserer Verfassung wesentlich widerspricht und der Iran auch in Deutschland verfassungsfeindliche Aktivitäten treibt? Dazu auch noch "im Namen meiner Landsleute"? Zu den Landsleuten zählen auch die hier in Deutschland lebenden Juden. Was hat sich Steinmeier dabei gedacht? Wie kann er annehmen, dass Juden seine vermeintlich weltmännisch-diplomatischen Grüße mittragen? Steinmeier weiß, wie die Mullahs "ticken", und ihm sollte bekannt sein, dass das iranische Parlament per Gesetz Israels Vernichtung beschloss.

Und nebenbei: unter Steinmeiers "Landsleuten" sind auch Homosexuelle. Warum sollten gerade diese Menschen das Mullah- Regime hochleben lassen? Jährlich werden tausende Homosexuelle im Iran zu geschlechtsangleichenden Operationen gezwungen. Seit der Islamischen Revolution von 1979 wurden im Iran über 4000 Homosexuelle öffentlich hingerichtet.

Man muss schon ein rhetorisches Chamäleon sein, um das hinzubekommen: Bei den jährlichen Gedenkfeiern wird mit großen staatstragenden Worten vergangenes deutsches Unrecht angeprangert und in einem oft als sinnfrei wahrgenommenen Ritual, „Nie wieder", medienwirksam verkündet, aber für die deutsche Außenpolitik bleibt dies weitgehend ohne Konsequenzen. Es wird weiterhin einem Regime gratuliert, das die Vernichtung von Eretz Israel plant. Und alles ohne Scham.

Es gab heftige Kritik, Proteste von Organisationen, Vereinen und Würdenträgern. Sogar der sonst sehr vorsichtig taktierende Josef Schuster vom Zentralrat der Juden mischte sich mit in die Debatte ein und übte verhalten Kritik. Ein Jahr später der nächste Lapsus: wieder wurde ein Telegramm zum Jahrestag nach Teheran gesandt. Dieses Mal sei es aber ein Versehen gewesen.

Und da war auch noch die Sache in Chemnitz. „Das deutsche Staatsoberhaupt wirbt für die Band Feine Sahne Fischfilet – eine Instinktlosigkeit", titulierte die Neue Zürcher Zeitung einen Artikel am 03.09.2018 (Marc Felix Serrao, Berlin). Wie ist das möglich, dass der Bundespräsident der Bandgruppe „Feine Sahne Fischfilet" ein Gütesiegel verleiht, die zum Hass und zur Gewalt gegenüber dem Staat und der Polizei aufruft? So heißt es in dem nicht nur staats-, sondern auch menschenverachtenden Song „Staatsgewalt": „Wir stellen unseren eigenen Trupp zusammen und schicken den Mob dann auf euch rauf. Die Bullenhelme – sie sollen fliegen. Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein und danach schicken wir euch nach Bayern, denn die Ostsee soll frei von Bullen sein." Womit wir wieder bei Gudrun Ensslin und der RAF angekommen sind.

Da hieß es in sehr ähnlichen, gewaltverherrlichenden Worten: „Wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. D.h., wir haben nicht mit ihm zu reden, und natürlich kann geschossen werden!" (Spiegel/ Heft 25/1970) Auszüge „Meinhof für die RAF".

Zum Schluss seien zwei Zitate von Hannah Arendt angeführt, die tatsächlich zu den großen Frauen der Weltgeschichte gehört. So schrieb sie:

„Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht liegt in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen."

Und: „Politische Fragen sind viel zu ernst, um sie den Politikern zu überlassen."

Die neue deutsche Innenministerin Nancy Faeser – Eine gefährliche Ernennung

Das Innenministerium hat eigentlich die Aufgabe, Deutschland und seine Menschen zu bewahren und zu schützen. Mit der angstmachenden Ernennung von Nancy Faeser (SPD) zur Innenministerin obliegt die Sicherheit Deutschlands jetzt aber einer Person, die ganz offensichtlich keine Berührungsängste zu Linksextremisten hat. Mit diesem Hintergrund ist es vorprogrammiert, dass das Innenministerium zunehmend auf dem linken Auge erblindend. (JR)

Von Vincent Steinkohl

John THYS / AFP

Wie sieht es mit der „klaren Kante" gegen Linksextremismus bei Innenministerin Nancy Faeser aus?

Ab wann ist der Marsch durch die Institutionen abgeschlossen und ab wann kann man guten Gewissens von Unterwanderung sprechen, ohne des Glaubens an „gefährliche Verschwörungsmythen" bezichtigt zu werden? Wie viele Islamisten und Antifa- Sympathisanten bräuchte es dafür im Rundfunk? Ist es normal, dass die CDU Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten wählt, der in Jugendtagen für einen durch die DDR finanzierten Verlag geschrieben hat und zuletzt die wegen Mordes verurteilte RAF-Terroristin Gudrun Ensslin als „Große Frau der Weltgeschichte" adelte? Was ist dran an den Vorwürfen gegen Innenministerin Nancy Faeser? Wofür steht die Frau, die in höchster Position die innere Sicherheit des Landes beschützen soll?

Die seit dem 8. Dezember 2021 erste weibliche Innenministerin Deutschlands hat kaum mit ihrer Arbeit begonnen und steht schon ungewollt im Rampenlicht. Faeser hatte letztes Jahr einen Gastbeitrag im Magazin "antifa" veröffentlicht, welches vom VVN-BdA ("Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten") herausgegeben wird. Der Inhalt ihrer Publikation ist nicht weiter erwähnenswert, Faeser berichtet davon, zwei Drohbriefe des „NSU 2.0" erhalten zu haben. Das allein wäre natürlich kein Skandal, doch störten sich einige Zeitungen, sowie Politiker aus den Reihen der Union und der AfD am Medium, welches Faesers Ausführungen publizierte.

Wer ist die VVN-BdA?

Glaubt man dem Verfassungsschutzbericht des Bundeslandes Bayern, gestaltet sich die Sachlage, entgegen dem empörten Gezeter linker Medien und Politiker, ziemlich eindeutig: Dieser nannte die VVN-BdA die „bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus". Sie arbeite auch mit „offen linksextremistischen Kräften" zusammen und verfolge einen „kommunistisch orientierten Antifaschismus". Zum Kampf gegen Rechtsextremismus geselle sich auch der Kampf gegen alle nicht-marxistischen Systeme, einschließlich der parlamentarischen Demokratie.

Zum 23. Parteitag der DKP durften sich die teilnehmenden Genossen über eine offizielle Grußbotschaft durch die VVN-BdA freuen, Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA bedauert die Wiedervereinigung und die Niederlage des DDR- Systems.

Was im Jahr 1947 tatsächlich als Idee einer überparteilichen Interessensvertretung durch die Schaffenskraft von politisch Verfolgten und Holocaust-Überlebenden nach der Befreiung durch die Alliierten begonnen hatte, wurde schnell zu einer kommunistischen Organisation. Ihre Arbeit in der damaligen Bundesrepublik wurde während der gesamten deutschen Teilung massiv durch die Staatsführung der DDR finanziert. Bereits ein Jahr nach ihrer Gründung hatte sich mit dem ebenfalls von NS-Verfolgten gegründeten „Bund der Verfolgten des Naziregimes" (BVN) ein explizit antikommunistisches Pendant zur VVN-BdA gegründet. Die SPD verhängte unter maßgeblicher Federführung des einstigen KZ-Insassen Kurt Schumacher im selben Jahr einen Unvereinbarkeitsbeschluss, welcher bis 2010 Bestand hatte.

> Gerade Extremisten tendieren dazu, ihren Gegnern eine extremistische Gesinnung zu unterstellen.

Ab 1971 folgte die namentliche Erweiterung zum „Bund der Antifaschisten". Von nun an durften auch nicht-Verfolgte der NS-Diktatur Mitglied werden, was das ohnehin angekratzte Ansehen des Vereins in den Augen der bürgerlichen Zivilgesellschaft weiter verschlechterte.

Denn zu den bekannten Mitgliedern gehörten von nun an auch ehemalige IM- Spitzel wie Peter Franz, Jahrgang 1941, der wie viele andere VVN-BdA-Akteure niemals durch die Nazis verfolgt wurde, es aber verstand, den imposanten Namen der Organisation für die eigenen Zwecke zu missbrauchen.

Ich erachte es als perfide, sich diesen Namen zu geben, um ihn als Schutzschild gegen Kritik jeglicher Art zu missbrauchen. Semantische Augenauswischerei ist eine allzu oft am linken Rand zu beobachtende Taktik, um sich vor Gegenwind zu ducken. Wer angesichts der massiven Gewalttätigkeit durch nicht wenige Gruppierungen mit Antifa-Bezug in jeder großen Stadt der westlichen Hemisphäre noch glaubt, „Antifa" beinhalte lediglich eine Antihaltung dem Faschismus gegenüber, denkt auch, Zitronenfalter würden Zitronen falten.

Was hat die berechtigte Unterstützung von NS-Verfolgten mit marxistischen Revolutionsfantasien zu tun? Sind die wiederkehrenden Unterstellungen, dem Kommunismus zu frönen völlig abwegig und war die SPD bis 2010 faschistisch? Fragen, die man deutlich seltener hört als den eingeschnappten Hinweis auf die konservative Verortung der Jungen Freiheit innerhalb der deutschen Medienlandschaft, welche als erste über Faesers Gastpublikation berichtet hatte.

Faesers schwache Rechtfertigung

Unsere allseits beliebten Qualitätsmedien des Rundfunks, so wie Faesers Rechtfertigung via Twitter dürften auch nicht dazu beigetragen haben, ihre Kritiker zu besänftigen.

So schrieb die Tagesschau: „Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wehrt sich gegen Kritik an einem älteren Gastbeitrag für die Publikation einer linken Vereinigung, für die sich der Verfassungsschutz interessiert. Die gegen sie erhobenen Vorwürfe seien durchschaubar, schrieb Faeser auf Twitter. "Ich habe immer klare Kante gegen Rechtsextremismus und alle Feinde der offenen Gesellschaft gezeigt - und werde das auch weiterhin tun."

Abgesehen davon, dass das keine Antwort darstellt, die irgendeinen der erhobenen Vorwürfe auch nur anschneiden würde: Dass Frau Faeser „klare Kante" gegen Rechtsextremismus zeigt, bezweifelt niemand. Doch ob die Definition dessen, wer oder was „rechtsextrem" ist aus dem Mund einer Frau, die noch vor einem knappen Jahr in einem linksextremen Propagandablatt publiziert hat, irgendeinen Wert hat, sei dahingestellt. Schließlich tendieren gerade Extremisten dazu, ihren Gegnern eine extremistische Gesinnung zu unterstellen. Ab wann wäre man eigentlich in den Augen Frau Faesers ein Linksextremist? Kann man überhaupt linksextrem sein? Hieße das nicht lediglich, ein extrem guter Mensch zu sein?

Die laut bayerischem Verfassungsschutz bundesweit größte linksextrem beeinflusste Organisation derart flapsig als „linke Vereinigung" zu titulieren, spricht Bände über die zwangsfinanzierten Qualitätsjournalisten der Tagesschau. Mit absoluter Sicherheit hätte man bei einer rechtsextrem beeinflussten Publikation Seehofers sechs Monate vor Amtsantritt als Bundesinnenminister ebenso wohlwollend reagiert, schließlich handelt es sich beim Rundfunk um eine idyllische Insel der Neutralität im reißenden Strom des privatfinanzierten Interessensjournalismus.

Was bei Nemi El Hassan noch eine „Jugendsünde" war, ist bei Nancy Faeser „mehrere Monate vor ihrem Amtsantritt als Innenministerin". Doch wieso eigentlich? Zum Zeitpunkt ihrer Publikation war Nancy Faeser 50 Jahre

alt. Der Mensch ist bekanntlich nur so alt, wie er sich fühlt. Wenn das biologische Geschlecht nach dem Willen ihrer Genoss*Innen heutzutage fluide ist, wieso eigentlich nicht auch das Alter? Wieso also nicht als hessische Oppositionsführerin mit frischen 50 Lenzen auf dem Buckel eine Jugendsünde begehen? Das wäre wenigstens eine konsequente Verharmlosung ihrer Eskapaden von Seiten der Tagesschau.

Der staatsferne Qualitätsrundfunk des besten und freiesten Deutschlands, das wir je hatten, übertrifft sich mittlerweile in exponentieller Geschwindigkeit selbst. Dasselbe Haus, dass über Monate hinweg eine auf einer Handvoll Instagram-Likes gestützte Diffamierungskampagne gegen Oberstleutnant Marcel Bohnert und die gesamte Bundeswehr orchestriert hat, wirft sich für eine linksextreme Innenministerin in die Bresche.

Auch der FDP-Fraktionsvize Konstantin Kuhle erläuterte im Interview mit der Welt, was das eigentliche Problem sei: „Der Text eignet sich hervorragend als Lektüre für CDU- und CSU-Innenpolitiker, die die Gefahr des Rechtsextremismus jahrelang unterschätzt haben."

Des Weiteren habe die CDU „dem Treiben eines gefährlichen Verschwörungsideologen an der Spitze des deutschen Inlandsnachrichtendienstes keinen Einhalt geboten". Damit spielt Kuhle zweifelsohne auf den ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten, Hans-Georg Maaßen, an.

Die FDP macht, was sie am besten kann: buckeln. Würden die Taliban persönlich auf Pferden den Bundestag besetzen, die Konstantin Kuhles und Christian Lindners dieses Landes würden vermutlich sofort die Koalitionsverhandlungen aufnehmen. Hauptsache, der Kampf gegen rechts geht voran.

Auch aus den Reihen der Grünen gab es öffentliche Unterstützung für Nancy Faeser. So schrieb der Grünenpolitiker Sven Kindler: „Die CDU/CSU-Innenminister vor Faeser haben jahrelang Hans-Georg Maaßen und seine Machenschaften als Präsident des Verfassungsschutzes gedeckt. Die Erwähnung des VVN-BDA im Verfassungsschutzbericht in Bayern ist das eigentliche Problem, über das diskutiert werden sollte."

Immer sind die Anderen Schuld. Wer sich an einer mit Linksextremisten klüngelnden Innenministerin stört, der ist wahrscheinlich rechtsextrem, oder zumindest ist die Organisation rechtsextrem, deren Aufgabe es ist, jegliche Extremismen dieses Landes zu dokumentieren und zu bekämpfen. Wenn der Verfassungsschutz die Junge Alternative als Prüffall wertet, ist dies ein Beweis für den grassierenden Rechtsextremismus innerhalb der AfD, wenn derselbe Verfassungsschutz die VVN-BdA als „bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus" bezeichnet, beweist das lediglich den Rechtsextremismus innerhalb des Verfassungsschutzes. Orwellianischer Doppeldenk wie aus dem Lehrbuch.

Faesers radikale Ideen

Auch programmatisch lässt Faesers Amtszeit als Innenministerin wenig Gutes erhoffen. Wie zu erwarten war, sieht sie im Rechtsextremismus die größte Gefahr für die Gesellschaft und plant dementsprechend, hart dagegen vorzugehen.

Zwar ist Rechtsextremismus zweifelsohne gefährlich, doch wie sie darauf kommt, ihn als die größte Gefahr auszumachen, bleibt wohl ihr Geheimnis.

So ergab eine unlängst veröffentlichte Auskunft des Innenministeriums auf eine kleine Anfrage der Linkspartei im Bundestag, dass es im Jahr 2021 so wenige rechtsextreme Aufzüge wie schon seit zehn Jahren nicht mehr gegeben hat.

Laut der wohl selbst für Linke unverdächtigen Neuen Osnabrücker Zeitung, nahmen im vergangenen Jahr 7.700 Menschen an 91 rechtsextremen Demonstrationen teil. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Teilnehmerzahlen dem Innenministeriums zufolge somit halbiert. 2019 waren es noch 347 Veranstaltungen mit 22.500 Besuchern.

Dass Zahlen und Daten offensichtlich nicht zu Nancy Faesers Stärken gehören, ist nicht weiter schlimm, schließlich geht sie mit Entschlossenheit gegen „Hass und Hetze" vor. Die Kämpferin für die Liebe würde am liebsten Telegram verbieten und Deutschland damit in eine illustre Reihe von lupenreinen Demokratien wie Pakistan und dem Iran stellen. „Gegen Hetze, Gewalt und Hass im Netz müssen wir entschlossener vorgehen", betonte die SPD-Politikerin gegenüber den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Das Recht auf öffentliche Demonstrationen erachtet die Innenministerin als ein hohes Gut, solange „die guten" Leute „für die Liebe" demonstrieren gehen.

„Man kann seine Meinung auch kundtun, ohne sich gleichzeitig an vielen Orten zu versammeln", schrieb Faeser im Januar auf Twitter und demonstrierte damit eindrucksvoll ihr ambivalentes Verhältnis zur Versammlungsfreiheit. Gemeint war damit nämlich nicht das Demonstrieren in Pandemiezeiten an sich, sondern das Demonstrieren gegen die Regierungsmaßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Kritische Worte zu den riesigen Friedensdemos in Berlin dieser Tage fand sie indes nicht. Das Virus ist bereits seit den Tagen der „Black Lives Matter"- Demonstrationen im Sommer 2020 politisch und immer dann harmlos, wenn der Bürger aus den „richtigen" Gründen auf die Straße geht. Ein Publizist mit eindeutig identifizierbarer weltanschaulicher Präferenz kann danach handeln, für einen Politiker in Regierungsverantwortung verbietet sich derartige Rosinenpickerei eigentlich.

Außerdem möchte Faeser einen nationalen Gedenktag für Opfer terroristischer Gewalt einführen, und zwar am 11. März.

Das Datum ist bewusst gewählt und knüpft an den europäischen Gedenktag für die Opfer des Terrorismus an, der nach den islamistischen Bombenanschlägen von Madrid am 11. März 2004 ins Leben gerufen wurde. An diesem Tag starben 191 Menschen. Erstmals begangen wurde der Gedenktag im darauffolgenden Jahr 2005.

Dieser Vorstoß ist per se löblich, doch stört mich das sinnbefreite „Zeichen setzen" ohne realpolitische Konsequenzen. Vielleicht müsste man derartige Gedenkveranstaltungen für die Opfer islamisch motivierten Terrors nicht einführen, wenn man stattdessen die eigenen Landesgrenzen strikter kontrollieren, oder wenigstens keine Muslimbrüder und Hamas-Sympathisanten im eigenen Parteiumfeld dulden würde, ich denke da beispielsweise an den SPD-nahen Berliner Verein JuMa.

Beim Thema Migration, wohlgemerkt schon vor der Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine, strebte Faeser eine „Koalition der Willigen" an, jedoch ohne Erfolg. Selbst die sozialdemokratische Schwesterpartei in Dänemark, welche dort in der Regierung sitzt, hat nach den Erfahrungen mit Einwanderung aus der dritten Welt in den letzten Jahren einen radikalen Kurswechsel vollzogen. Deutschland steht dieser Tage, wer hat es kommen sehen, beim Projekt Buntheit weiterhin allein da.

Wirklich beunruhigend wird es bei der Idee einer „Demokratieerziehung" im Kindergarten.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus fange mit guter Bildungsarbeit an, "Er muss schon im Kindergarten ansetzen.", so Faeser.

Nach dem Willen der Innenministerin sollten Kinder und Jugendliche „stark gemacht werden", "dass sie für Ideologien der Ausgrenzung gar nicht erst anfällig werden", sagte sie. "Wir brauchen eine Demokratieerziehung, die klarmacht, dass es egal ist, wo eine Familie irgendwann einmal hergekommen ist, welche Hautfarbe jemand hat, an wen er glaubt oder wen er liebt."

Ob mit „Ideologien der Ausgrenzung" das sinnbefreite Aussperren ungeimpfter aus dem öffentlichen Leben gemeint ist, sei an dieser Stelle bezweifelt.

Gegenüber dem Deutschlandfunk wies sie wiederholt auf die Gefahren des Rechtsextremismus hin. „Es ist eine Tatsache, dass die größte Bedrohung der Demokratie im Moment vom Rechtsextremismus ausgeht." Dass die Zahl rechtsextremer Demonstrationen seit Jahren rapide sinkt und dass die Zahlen der Terrorverfahren des Generalbundesanwaltes eine ganz andere Sprache sprechen, interessiert dabei wie gewohnt nicht.

Wer mit Leuten klüngelt, von denen die meisten Jahrzehnte nach 1945 geboren sind und die seit je her unter dem Deckmantel des historischen NS-Widerstandes kommunistische Propaganda verbreiten, disqualifiziert sich, Kleinkindern die eigene Auslegung von „Demokratie" zu lehren.

Fazit

Frau Faeser ist für das Amt der Innenministerin völlig ungeeignet. Noch bevor sie ihre Publikation im „antifa" Magazin verfasste, hatte sie selbst eine Anfrage an die hessische Landesregierung hinsichtlich der Beobachtung der VVN-BdA gestellt. Die Einschätzung des bayerischen Verfassungsschutzes war ihr demnach bekannt und hat sie nicht daran gehindert, dort zu publizieren. Offensichtlich gibt sie nichts auf die Expertise des Verfassungsschutzes und ausgerechnet sie übersteht als Innenministerin auch dem Verfassungsschutz. Wie erklärt man einem Verfassungsschutzmitarbeiter, dass seine eigene oberste Chefin die Behörde nicht respektiert?

Wer Demonstrationen nur dann gutheißt, wenn sie der eigenen Weltanschauung entsprechen, wer unter Verwendung infantiler und inhaltsleerer Schlagworte wie „Hass" und „Hetze" Oppositionelle kriminalisieren will, wer es für eine gute Idee hält, Kindergartenkinder politisch zu indoktrinieren und wer offensichtlich nichts aus 2015 gelernt hat, ist entweder hoffnungslos naiv, oder meint es nicht gut mit Deutschland und seinen Bürgern. Sie sollte mit sofortiger Wirkung zurücktreten und sich öffentlich entschuldigen.

Tut sie das nicht, nimmt sie sehenden Auges in Kauf, dass das Vertrauen in die Politik in diesen ohnehin stürmischen Zeiten bei einem relevanten Teil der Bevölkerung weiter abnimmt.

Daran kann niemand ein Interesse haben.

Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung zur Vernunft kommt und ernsthafte Konsequenzen aus der Causa Nancy Faeser zieht, denn andernfalls würde unsere Demokratie weiteren Schaden nehmen.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau", möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Ist die Presse selbst die größte Gefahr für die Pressefreiheit?

Deutschland wird nicht nur von den gewählten politischen Instanzen, sondern auch von einem gezielt eingesetzten Konglomerat aus linken Journalisten, die die öffentliche Meinung manipulieren, beherrscht. Für eine Demokratie besorgniserregend oft finden hier Mehrheitspolitik und weite Teile der Presselandschaft einen ideologischen Konsens. Unliebsame und nicht links- und grün-angepasste Journalisten werden besonders auch von ihren eigenen Kollegen mundtot gemacht. Die Jüdische Rundschau gehört zu den wenigen unabhängigen Zeitungen, die sich dem ausufernden Genderismus, der Vernunft-verlassenen Klima-Religion und dem suizidalen Islam-Appeasement entgegenstellen. (JR)

Von Michael Casper/ Achse des Guten

John THYS / AFP

Artikel 5 des Grundgesetzes lautet: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt." Doch dieser Grundsatz gilt schon lange nicht mehr. Im Gegensatz zu Kuba, Iran oder Saudi-Arabien herrschen in der Bundesrepublik allerdings nicht allein Politiker, sondern ein Konglomerat aus linken Journalisten und ihnen gewogenen Regierungsakteuren. Manches Mal sind dabei die Politiker die Taktgeber, an anderer Stelle die Journalisten – für eine Demokratie besorgniserregend oft finden hier Mehrheitspolitik und weite Teile der Presselandschaft einen ideologischen Konsens.

Wer dieses ungesunde Zusammenspiel von Journalisten und Politikern stört, der bekommt die geballte Medienmacht zu spüren. Presse- und Meinungsfreiheit sollen in den Augen der beherrschenden Presse nur dann gelten, wenn jemand zu kritisieren oder zu diffamieren ist, der den linken Meinungskorridor missachtet oder verlässt. Die Opfer sitzen jedoch mitnichten nur außerhalb der Redaktionen, sondern sind oft Kollegen innerhalb der Medienhäuser, die sich nicht regelkonform verhalten haben und infolgedessen auf Linie gebracht werden „müssen". In den Redaktionen setzt sich eine Mehrheitsmeinung durch, die alle anderen Ansichten unterdrückt – schließlich will niemand von den Kollegen ausgeschlossen werden.

Wo mittlerweile in Medien, Pressestellen und PR-Agenturen linke Haltungs-Journalisten sitzen und solche, die still und opportunistisch mit dem modischen Strom schwimmen, ist noch leichter zu erkennen als früher – oft genügt dafür ein einziger Blick: Man muss nur schauen, ob in Texten grammatikalisch falsche Gendersterne oder künstliche Wortgebilde wie „Forschende" verwendet werden. Formulierungen à la „Politiker*innen" oder die durchgehende Aufsplitterung von neutralen Berufsbezeichnungen wie Bäcker in „Bäckerinnen und Bäcker" haben nichts mit Gleichberechtigung zu tun. Ganz im Gegenteil! Sie machen aus unserer kompakten geschlechtsneutralen, eine geschlechtsbetonte unharmonische Bandwurm-Sprache und sind Ausdruck der menschenfeindlichen Genderismus-Ideologie amerikanischer Universitätsprofessoren, die unsere Muttersprache – also unser höchstes Kulturgut – künstlich verkompliziert und letztendlich zerstört.

Diffamierungsopfer von Journalistenkollegen: Boris Reitschuster, Jürgen Mladek und Julian Reichelt

Drei Journalisten haben sich in den vergangenen Monaten besonders hervorgetan, weil sie sich der vorgegebenen Linie ihrer Kollegen-Mehrheit nicht anschließen und lieber unabhängig berichten wollten: der freie Journalist Boris Reitschuster aus Berlin, Jürgen Mladek (Chefredakteur der Tageszeitung „Nordkurier" aus Mecklenburg-Vorpommern) und Julian Reichelt (Ex-Chefredakteur der „Bild"). Sie hinterfragten vor allem die Corona- und Einwanderungspolitik Deutschlands, recherchierten selbstständig und deckten zahlreiche Widersprüche und Unwahrheiten auf. Dafür wurden sie nicht etwa hauptsächlich von den kritisierten und entblößten Politikern angegriffen, sondern von anderen Journalisten!

Boris Reitschuster wurde von Markus Balser in der „Süddeutschen Zeitung" diffamiert. Ziel der Kampagne war es, Reitschuster aus dem Journalistenverein „Bundespressekonferenz" zu werfen, damit er der Bundesregierung in den vom Verein organisierten Pressekonferenzen weniger leicht Fragen stellen und auf die Finger klopfen kann. Balsers Artikel hatte nicht die gewünschte Wirkung. Deshalb versuchen die feindlich gesinnten Journalisten immer neue vorgeschobene Gründe zu finden, um einen Vereinsausschluss zu erwirken – zuletzt eine Spitzfindigkeit bezüglich des Impressums des Internetportals reitschuster.de.

Da der „Nordkurier" nicht einfach die Corona-Verlautbarungen der Bundesregierung nachbetete und bei Straftaten selbstverständlich alle wichtigen Informationen zur Ergreifung der Täter veröffentlichte, hetzte Benjamin Friedrich, der Macher der linksradikalen Zeitschrift „Katapult", Haltungs-Journalisten aus allen Ecken der Bundesrepublik gegen die Tageszeitung in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) auf. Die Hetze kostete den Chefredakteur Jürgen Mladek so viele Nerven, dass er vorübergehend eine Auszeit nehmen musste.

Auch der ehemalige „Bild"-Chefredakteur Julian Reichelt wurde Opfer einer solchen Diffamierungskampagne von Kollegen-Seite – wobei Daniel Drepper, der u.a. die umstrittene regierungskonforme Journalisten-Organisation „Correctiv" mitbegründete, eine herausragende Rolle spielte. Weil Reichelts freie Berichterstattung bei „Bild" und „Bild TV" nicht passte, den Fakten seiner Berichterstattung aber nichts entgegenzusetzen war, musste man ihn unter der Gürtellinie treffen. Die Kollegen spionierten in seinem Privatleben herum und publizierten eine Reihe von Vorwürfen zum verlagsinternen Verhalten Reichelts – viele davon unbewiesen und alle nicht strafrechtlich relevant. Doch der Ruf des Verlags war so angekratzt, dass die Verlagsleitung sich von ihrem Chefredakteur verabschiedete. Ein erfolgreicher Rufmord.

Journalisten bejubeln Zensur im Internet

Man sollte denken, Journalisten würden beim Kampf gegen Zensur und Einschränkungen der Meinungsfreiheit zusammenhalten. Aber wenn Verbote nur den politischen Gegner treffen, dann sind sie in den Augen von linken Medienmachern natürlich berechtigt und notwendig. Mit Hilfe des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) wollen Politiker und Medienmacher Hand in Hand vor allem missliebige Meinungen im Internet unterdrücken. Diese Meinungen benennen sie im Vorfeld als „Hassrede", um deren Bekämpfung vor schlecht informierten Bürgern zu rechtfertigen.

Die linken Medienkonzerne Facebook und Google/YouTube haben beispielsweise unter Berufung auf das NetzDG der Bundesregierung Videos der „Achse des Guten" und ein Textbild der „Jüdischen Rundschau" gelöscht (siehe dazu Artikel bei „Tichys Einblick" vom 10. Februar 2020: „Wahrheit mit Hass verwechselt: Facebook löscht Post der Jüdischen Rundschau wegen angeblicher Hassrede"). Die Inhalte der Videos bzw. des Textbilds waren korrekt und wahrheitsgetreu. Erst mittels eines aufwendigen Gerichtsprozesses konnte die „Achse" die Wiederherstellung ihrer Videos auf YouTube erreichen.

Derzeit läuft eine Diffamierungskampagne der deutschen Medien-Mehrheit gegen Telegram, weil der Dienst bislang noch nicht mittels des NetzDG zensiert werden kann und ungehindert unliebsame Informationen verbreitet. Obwohl Telegram täglich von Millionen unterschiedlichster Menschen weltweit genutzt wird, versuchen beispielsweise Jan-Henrik Wiebe bei tagesschau.de (5. Januar 2022) und Max Hoppenstedt im „Spiegel" (Nr. 51/18. Dezember 2021), den elektronischen Mitteilungsdienst als Medium darzustellen, das fast ausnahmslos radikalen „Rechten" und „Querdenkern" als Plattform dient. Am 20. August 2020 lobte tagesschau.de Telegram sogar noch als Hilfsmittel der weißrussischen Opposition. Doch wenn die deutsche Opposition Telegram für Aufrufe zu Demonstrationen gegen die rot-grüne Politik benutzt, ist der Dienst plötzlich „böse".

Das Treiben der wenig bekannten Landesmedienanstalten

Ein kaum bekannter Eingriff in die Meinungs- und Pressefreiheit der letzten Monate ist eine Maßnahme der deutschen Landesmedienanstalten: Sie sind halbstaatliche Institutionen, die eigentlich private Radio- und Fernsehsender in Deutschland genehmigen und beaufsichtigen sollen. Was sie dürfen und nicht dürfen, regeln die Politiker über Medienstaatsverträge und Landesmediengesetze. Mehrere Landesmedienanstalten nutzen nun den neuen im November 2020 in Kraft getretenen Medienstaatsvertrag der Bundesländer, um selbstständig gegen politisch unbequeme Internetseiten vorzugehen. Sie verschicken Mahnschreiben an Internetseitenbetreiber und fordern diese auf, nach bestimmten Regeln und „Sorgfaltspflichten" zu arbeiten. Wenn die Betreiber das nicht tun, werden Inhalte gelöscht oder ihre Seiten ganz abgeschaltet. Ein fast unglaublicher Akt von Zensur, der so noch nie dagewesen ist.

Diese Briefe wurden natürlich bislang noch nicht an regierungskonform berichtende Medienkonzerne verschickt, sondern nur an kleine kritische alternative Online-Medien. Die Regeln können nach Gutsherrenart festgelegt und ausgelegt werden. Die Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen erklärt: „Wir gucken schwerpunktmäßig, ob es sozusagen handwerkliche Fehler gibt, Quellen nicht klar gekennzeichnet sind, ob Zitate nicht als solche gekennzeichnet sind, ob Recherchepflichten nicht erfüllt worden sind und ob dadurch möglicherweise ein

Eindruck erzeugt wird, der in der öffentlichen Wahrnehmung manipulativ sein kann, ob absichtlich oder versehentlich." Der Aufschrei in den großen Medien blieb natürlich aus, weil es die „Richtigen" trifft. So berichteten die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" oder die „Rheinische Post" im Februar 2021 unkritisch und wohlwollend über das neue Vorgehen.

Inszenierung von „Angriffen" auf Journalisten

Linkslastige und natürlich Genderismus praktizierende Journalistenorganisationen wie „Reporter ohne Grenzen" oder der „Deutsche Journalistenverband" (DJV) versuchen die sogenannten „Querdenker", also Menschen, die die Wirksamkeit der Corona-Maßnahmen skeptisch betrachten, als eine der Hauptgefahren für die Pressefreiheit in Deutschland aufzubauen. Im Gegenteil verlaufen die Demonstrationen der Skeptiker in der Regel äußerst friedlich – vor allem friedlicher als so manche linke Demonstration in Deutschland.

Stattdessen gibt es tätliche und verbale Angriffe, die von Journalisten ausgehen: Sebastian Scholz, Geschäftsführer des DJV in Thüringen, brachte am 1. Mai 2021 in Weimar einen Demonstranten mit seinem Bein gewaltsam zu Fall. Scholz nahm dabei schwere Verletzungen des Mannes in Kauf. Die Szene wurde gefilmt. Am 12. April 2021 lobte Hendrik Zörner, Pressesprecher des DJV, unter der Überschrift „Na also, geht doch" unverhohlen, dass Regierungskritiker von der Polizei an der Ausübung ihres Demonstrationsgrundrechtes gehindert wurden. Der DJV sieht Kritik an der Regierung als Kritik an Journalisten und entlarvt damit die Rolle der Meinungsmacher in Deutschland. Der DJV-Bundesvorsitzende Frank Überall spricht sich sogar dafür aus, regierungskritische Medien in Deutschland nicht zuzulassen. 2019 fordert er, dass „RT Deutsch" (das russische Pendant zur Deutschen Welle) in Deutschland keine Lizenz bekommen soll. Seine Begründung unter anderem: „Russia Today hat in der Vergangenheit immer wieder tatsächliche Ereignisse einseitig dargestellt." Ganz so, als hätten Frank Überall und die Deutsche Welle das nicht bereits ebenfalls getan. Tatsächlich wurde im Februar 2022 die Ausstrahlung von „RT Deutsch" in Deutschland verboten, woraufhin Russland als Retourkutsche die „Deutsche Welle" in Russland verbot.

Wenn keine oder zu wenig Angriffe von „Querdenkern" auf Journalisten nachweisbar sind, werden gerne auch mal harmlose Vorfälle zu „Angriffen" umgedeutet. Man könnte auch sagen, dass Angriffe „erfunden" werden, damit die Statistik passt. Im April 2021 erschien ein Artikel mit der Überschrift „TV-Team von WELT von fünf Personen angegriffen". Die Bundesregierung sah sich nach dem Artikel genötigt, den Angriff zu verurteilen. Später kam jedoch heraus, dass es gar keinen tätlichen Angriff gab. Niemand wurde verletzt. Ein Demonstrant hatte lediglich sein Gesicht in die Kamera gehalten.

Über solche „Angriffe auf die Pressefreiheit" können Journalisten in kommunistischen Regimen wie China oder Kuba nur lachen. Das Aufbauschen belangloser Vorfälle und deren Instrumentalisierung führt nur dazu, dass echte Angriffe von der Öffentlichkeit nicht mehr ernstgenommen werden. Ein echter Vorfall war beispielsweise die äußerst gewaltvolle und geplante Attacke auf ein Kamerateam der ZDF-„heute-show" am 1. Mai 2020. Dabei wurden mehrere Teammitglieder schwer verletzt. Ein Mitarbeiter wurde bis zur Bewusstlosigkeit getreten. Da sich der Überfall am Rande einer Demo gegen die Corona-Maßnahmen ereignete, wurde er von Journalisten zunächst „rechten Querdenkern" in die Schuhe geschoben. Die Polizei widersprach jedoch und teilte mit, dass die Täter der „linken Szene" zuzuordnen seien.

Korruption ist okay, wenn nur das Geld in die richtigen Taschen fließt

Medienvertreter in Deutschland warten oft gar nicht darauf, dass ihre Meinungs- und Pressefreiheit von anderen eingeschränkt wird. Häufig verpassen sie sich selbst einen Maulkorb und berichten freiwillig in einer bestimmten Art und Weise. Das hat entweder mit der eigenen Ideologie zu tun, mit den Wünschen von externen Geldgebern oder mit beidem. Wie soll man beispielsweise vom Hamburger „Spiegel" eine ausgewogene Berichterstattung zu den Themen „Corona", „Gesundheit", „Impfen" und „Microsoft" erwarten? Der Verlag in Hamburg bekam nach bereits vorangegangenen Spenden erst kürzlich von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung erneut rund 2,9 Mio. US-Dollar geschenkt. Bill Gates ist unter anderem finanziell in großem Maße mit dem Robert-Koch-Institut und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als Großsponsor sowie mit dem Mainzer Impfstoffunternehmen BioNTech als Investor verbunden.

Von der deutschen Bundesregierung fließen Gelder in Form von Anzeigen- und Werbeaufträgen an diverse Medien. Die Grünen wollen zukünftig eine systematische Presseförderung in Deutschland einführen, um ihre Freunde in den Redaktionsstuben zu belohnen. Dafür haben sie im Mai 2021 ein Gutachten erstellen lassen, das die rechtliche Zulässigkeit der Förderung positiv bewertete. Mehrere Millionen Euro flossen bereits aus Regierungskassen an den umstrittenen Berliner Verein „Neue deutsche Medienmacher*innen e.V.", in dem sich Journalisten mit Migrationshintergrund sammeln und lauthals mehr Rechte und mehr Präsenz im deutschen Medienbetrieb fordern.

Helden, Peiniger und Opfer - Der Aufstand im Warschauer Ghetto

Am 19. April 1943 erhoben sich die Juden zum Aufstand gegen die Nationalsozialisten

Von Juri Kramer

Am 1. September 1939 marschierten deutsche Truppen in Polen ein und verletzten den Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen vom 26. Januar 1934.

Am 9. September näherte sich die Wehrmacht Warschau. Am 28. September fiel die Hauptstadt Polens. Am 6. Oktober verkündete Hitler im Reichstag die Einstellung der Aktivitäten der Zweiten Polnischen Republik und die Teilung ihres Territoriums zwischen Deutschland und der Sowjetunion an (drei Wochen zuvor besetzte die Rote Armee die östlichen Gebiete Polens – sie wurden der Ukraine und Weißrussland angegliedert). Der Reichskanzler appellierte an Frankreich und England von Kriegshandlungen abzusehen, da diese beiden Länder unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch in Polen Deutschland den Krieg erklärt hatten. Das Angebot wurde abgelehnt.

Damit war der sogenannte „Fall Weiß" das Paradebeispiel für ein militärisches Vorgehen ohne Kriegserklärung. Der Zweite Weltkrieg hatte begonnen.

Der Beschluss von Hans Frank

Am 16. Oktober unterzeichnete Generalgouverneur Hans Frank einen Beschluss über die Organisation des Warschauer Ghettos. Die Ghettos wurden auch in anderen Städten gebaut (in Krakau, Lublin, Lodsch), aber das größte lag in Warschau. Es befand sich im nordwestlichen Teil der Stadt. Die Juden, denen es nicht rechtzeitig gelungen war, in die sowjetische Zone zu fliehen, wurden auf das Territorium von 3,3 Quadratkilometern Größe getrieben. Insgesamt wurden mehr als 400.000 Menschen zusammengetrieben – ganze Familien, einschließlich alter Menschen, Frauen und Kleinkinder. Die Deutschen zwangen die Juden, mit ihren eigenen Händen eine riesige Mauer zu bauen, dann wurden Fabriken errichtet, in denen sie zwölf Stunden am Tag für Großdeutschland arbeiten mussten – ohne einen freien Tag.

Eine Reihe verhafteter Aufständischer vom Warschauer Ghetto

Im Ghetto herrschte ein furchtbar unhygienischer Zustand. Die Gefangenen hatten nicht genügend Nahrungsmittel und Medikamente, dann brachen in dem einen oder anderen Viertel Epidemien aus. Abgeschnitten von der Außenwelt, ohne medizinische Grundversorgung, starben die Bewohner des Ghettos zu Tausenden in den unbeheizten und verfallenen Häusern. Der Weg aus dem Ghetto war streng verboten – Übertreter wurden für neun Monate ins Gefängnis gesteckt. Ab November 1941 galt die Todesstrafe für dieses „Vergehen".

„Angst bringt die Juden nicht zum Schreien …"

Jede Geduld hat ihre Grenzen. Die Gefangenen des Ghettos hatten die Geduld bis zum 19. April 1943 durchzuhalten. Um 3 Uhr nachts begannen SS-Truppen und die Polizei, mit Unterstützung von Panzern und Artillerie, mit der Liquidierung der Juden im Ghetto. Am Abend hatte das Pessachfest begonnen. Am 20. April sollte Hitler 54 Jahre alt werden. Höchst unwahrscheinlich, dass der Zeitpunkt für den Beginn der Auflösung des Ghettos, in dem etwa 35.000 Juden verblieben, zufällig gewählt war: Die Deutschen wollten wohl dem Führer ein Geschenk machen.

Nach der Deportation vom 22. Juli bis zum 12. September 1942 waren 265.000 von 300.000 Juden in das Vernichtungslager Treblinka gebracht, der Rest auf Zwangsarbeitslager verteilt und etwa 6.000 Alte und Kranke, die für den Transport ungeeignet waren, an Ort und Stelle erschossen worden. Im Ghetto geblieben waren meist die Juden, die für deutsche Unternehmen arbeiteten.

Der Versuch einer endgültigen Liquidierung führte zu einem Aufstand. Gegen 1.500 Aufständische, mit Maschinengewehren, Pistolen und Granaten bewaffnet, stellten sich 2.000 der Peiniger – SD-Mitglieder, Polizei, Soldaten der Wehrmacht und SS-Einheiten (einschließlich eines SS-Bataillons, bestehend aus 337 Ukrainern und Letten), unterstützt von Artillerie und gepanzerten Fahrzeugen. Die Operation wurde vom SS-Gruppenführer und Generalleutnant Jürgen Stroop durchgeführt. Doch die Operation fand ein jähes Ende: Unter dem Beschuss durch die Rebellen zogen sich die Deutschen mit schweren Verlusten zurück. Dann ordnete Stroop an, das Kanalnetz zu fluten. Anschließend verbrannten spezielle Gruppen mit Flammenwerfern alles in ihrem Umkreis, um vom Ghetto nur Schutt, Asche und verbrannte Leichen der Aufständischen übrig zu lassen.

Die Rebellen, unter denen sich auch Frauen befanden, setzten sich 27 Tage lang zur Wehr. Als die Kämpfe an Härte zunahmen stellten sie auf dem Dach eines Hauses auf dem Muranowski-Platz zwei Fahnen auf – eine in weißer und blauer Farbe (1948 wurde das die Flagge Israels) und eine weiß-rote, die polnische. Inmitten des Aufstandes wird der Widerstandskämpfer Jozef Rakower ein wie durch ein Wunder erhalten gebliebenes Testament verfassen. Im Angesicht des Todes wird er schreiben: „Das Warschauer Ghetto geht unter mit Kampf und Schuss, geht in Flammen auf, doch ohne Geschrei. Die Angst bringt die Juden nicht zum Schreien."

In der Nacht vom 13. auf den 14. Mai bombardierten sowjetische Flugzeuge Militäranlagen und Kasernen der SS. Während des Überfalls versuchten kleine Gruppen von Juden, aus dem Ghetto in die Stadt auszubrechen. Einigen von ihnen gelang es. Die unfairen Kämpfe dauerten bis zum 16. Mai an. Die Deutschen vernichteten den Rest der Bevölkerung, brannten das Ghetto nieder, sprengten danach die Chor-Synagoge und zerstörten übrig gebliebene Gebäude. Infolgedessen berichtete General Stroop dem Führer: „Eine jüdische Präsenz in Warschau existiert nicht mehr."

Doch Stroop verwechselte seinen Traum mit der Wirklichkeit: Zwischen den Ruinen des Ghettos gab es immer noch einige Gruppen von Aufständischen, die bis Juni 1943 bewaffneten Widerstand leisteten. Die wie durch ein Wunder überlebten Juden, wurden in eine andere Hölle verschleppt – nach Treblinka.

Fast alle Anführer des Aufstandes wurden bei der Liquidierung im Ghetto getötet. Insgesamt starben etwa 7.000 Juden. Die große Mehrheit kam in den Flammen um. Ungefähr 3.000 Menschen konnten gerettet werden. Viele von ihnen nahmen später aktiv am Warschauer Aufstand von 1944 teil.

Mythos und Wahrheit

Der Aufstand im Warschauer Ghetto widerlegte den Mythos vom sich unterwürfig, ja sklavisch verhaltenden Juden, mit dem man alles machen konnte, was man wollte. Der Aufstand widerlegte den Mythos vom feigen Juden, der es nicht wagte, eine Waffe in die Hand zu nehmen, um sich gegen die Nazis zur Wehr zu setzen. Der Aufstand im Warschauer Ghetto hat so manches Märchen über die Juden zu Fall gebracht. Vor allem aber hat er gezeigt, dass Juden nicht nur Opfer sind, die ihr Schicksal blind hinnehmen, sondern auch Helden sein können, die sich mutig gegen ihre Peiniger verteidigen.

Die dubiosen Flüchtlinge vom Hauptbahnhof Berlin

Am Berliner Hauptbahnhof werden nicht nur Frauen und Kinder aus der Ukraine empfangen, sondern auch die altbekannten Trittbrettfahrer der Flucht - allen voran junge islamische Männer. Deutschland begeht die gleichen Fehler wie 2015: Unkontrolliert und ohne Registrierung strömen neben den Ukrainern, wieder illegale Einwanderer ins Land. (JR)

Von Arthur Felder

Was ich bei der Ankunft ukrainischer Flüchtlinge am Berliner Hauptbahnhof erlebte

Vor wenigen Tagen erfuhr ich von einer Facebook-Freundin, dass am Berliner Hauptbahnhof noch dringend Getränke für die mit Sonderzügen nach Deutschland geholten Ukrainer gebraucht werden. Da ich mich zufällig in der Nähe des Bahnhofs aufhielt, zögerte ich nicht lange und fuhr dorthin, um mich vor Ort über den Bedarf zu informieren. Meine zunächst positiv-hilfsbereite Stimmung wich bald einer ernüchtert-enttäuschten.

Am Bahnhof angekommen bemerkt man schnell, dass hier ein Ausnahmezustand herrscht: überall sieht man improvisierte Hinweisschilder und Menschengruppen, die durch die Hallen und Ebenen geleitet werden. In der Nähe eines "Mc Donald's"-Restaurants befindet sich das Hauptsammelzentrum für die aus dem Osten angereisten Flüchtlinge. Dort bekommen alle erste Informationen sowie warme Mahlzeiten und Getränke. Für Kinder gibt es sogar Kuscheltiere zum Mitnehmen und eine eigene Spielecke. Als ich mich umschaue, scheint von allem genug vorhanden zu sein.

Doch ich hätte mich nicht zu sehr umschauen sollen, um meine Nerven zu schonen. Beim genaueren Hinsehen fällt mir ein Wegweiser in arabischer Schrift ins Auge. Darauf steht "Wir sprechen Arabisch. Komm' und wir helfen Dir!". Der Pfeil zeigt auf zwei Info-Stände, bei deren Anblick es einem die Sprache verschlägt: einer für "People of Color" und einer für "LGBTQIA+"-Personen (beide auf Englisch beschriftet). Hinter den Ständen stehen typisch deutsche Durchschnittsfrauen. Neben ihnen steht ein Aufsteller der umstrittenen Organisation "Each One Teach One", die sich immer öfter als selbsternannte Vertretung der Schwarzen in Berlin präsentiert und auch schon mit dem politisch naiven Buchkaufhaus Dussmann einen zur Selbstrechtfertigung erfundenen "Black History Month" inszenierte.

RONALDO SCHEMIDT / AFP

Flüchtlingshelfer heißen mit diesem Schild arabische Ankömmlinge willkommen

Fotografiert werden wollen die Damen nicht. Aggressiv kommen sie auf mich zu, um mich zu vertreiben. Fragen wollen sie auch nicht beantworten – dabei gäbe es ja so viele: Warum gibt es Extra-Stände für Schwarze, Araber, Lesben, Schwule, Zwitter und Transvestiten aus einem osteuropäischen Land, das nicht für große Bevölkerungsgruppen dieser Art bekannt ist?

Glauben diese Frauen tatsächlich, für echte Flüchtlinge wäre auf einer echten Flucht die sexuelle Orientierung oder die Hautfarbe das Hauptproblem? Erwarten sie etwa noch mehr als die von Medien so oft genannten "afrikanischen und arabischen Studenten der Universität Kiew"? Erwarten sie etwa Araber und Afrikaner aus anderen Staaten, die von Schleusern durch die momentan chaotische Ukraine in die EU transportiert werden? Machen sie gemeinsame Sache mit Schleusern und wären somit ein Fall für die Bundespolizei? Warum helfen sie nicht den ukrainischen Müttern und Kindern, die größtenteils am Hauptbahnhof ankommen?

Am PoC-Stand der ältlichen Damen entdeckt man keine der Personen, die mit dem Stand angelockt werden sollen, aber in der Nebenhalle bei der Essensausgabe da sind sie, die so untypischen Ukrainer mit afrikanischem und arabischem Phänotyp. Auf meine Nachfragen nach ihrer Herkunft wollen sie nicht eingehen. Von der deutschen Polizei werden sie auch nicht kontrolliert. Deutschland macht wieder die gleichen Fehler wie 2015 oder in der Zeit der Jugoslawienkriege in den 90ern. Wenn diese mit den ukrainischen Flüchtlingen eingereisten Männer ukrainische Pässe hätten, müssten sie in der Ukraine Militärdienst leisten. Wenn sie tatsächlich Studenten anderer Nationalitäten wären, dann würden sie in ihre Heimatländer zurückreisen (wie das viele echte Studenten schon getan haben) und nicht mit Sonderzügen der Deutschen Bahn durchs sichere Polen nach Berlin fahren. Also: Was machen sie hier?

Doch ich scheine der einzige fragende Mensch am Hauptbahnhof zu sein. Keiner der geschätzt hundert Flüchtlingshelfer um mich herum wundert sich über die merkwürdigen "Willkommensstände" und die orientalisch-anmutenden osteuropäischen "Flüchtlinge". Dafür kann es nur zwei Gründe geben: Entweder sind sie ähnlich linksextremantideutsche Wirrköpfe wie die Damen an den beschriebenen Ständen oder sind abgrundtief naiv. Beides zusammen wäre natürlich auch vorstellbar.

Ein trauriges Bild: Am Hbf Berlin treffen patriotische ukrainische Frauen und Mütter, die sich momentan um nichts mehr sorgen als um die Rettung ihres Heimatlandes, auf Flüchtlingshelfer, die ihre eigene deutsche Heimat mit Gleichgültigkeit betrachten oder sie sogar verachten.

Den helfenden Deutschen ist egal, wer in ihr Land kommt. Die Einreisenden können gar nicht fremd genug sein.

Durch die Ignoranz, Ideologiebesoffenheit und Unachtsamkeit von Helfern, Polizisten und Politikern, die anscheinend nur die Asylindustrie mit möglichst vielen Neuankömmlingen weiter am Laufen halten wollen, kommt es dann zu Fällen wie der 18-jährigen Ukrainerin, die jüngst in einem Düsseldorfer Flüchtlingsheim von zwei afrikanischen Moslems mit ukrainischen Pässen vergewaltigt wurde. Sie floh daraufhin zurück nach Polen – zu Menschen, die Menschlichkeit zeigen, aber nicht gleichzeitig ihren gesunden Menschenverstand über Bord werfen.

Neben echten ukrainischen Flüchtlingen, fragwürdigen "Geflüchteten", dubios-extremistischen Infostand-Betreuerinnen und naiven Flüchtlingshelfern ist mir am Hbf übrigens noch eine weitere Personengruppe aufgefallen: In Berlin lebende Ausländer, die sich ungeniert an den für die ukrainischen Mütter und Frauen gespendeten Hilfsgütern vergreifen und dann beispielsweise - wie von mir beobachtet - mit einer riesigen Vorratspackung Klopapier von dannen ziehen.

Deutschland - ein Land außer Kontrolle. Man schämt sich, Deutscher zu sein.

In Liebe und ewiger Erinnerung
nehmen wir Abschied von meinem Ehemann,
unserem lieben Vater, Schwiegervater, Opa und Schwager

Michael Guttmann

* 06.10.1937 † 02.03.2022

Immer in Hoffnung, ich schaff ' s,
bin ich nun am Ende meiner Kraft,
drum weint nicht mehr, ihr Lieben,
wenn ich auch gern wär ' geblieben
Haltet fest zusammen
und reicht Euch die Hand,
das ich mein Wunsch beim letzten Gang.

In stiller Trauer

Edeltraud Guttmann
Daphna und Gregor Guttmann
Ellen, Dennys und Maria Meier
Michael Kraft
Astrid und Rainer Schinck

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung
findet am Mittwoch, den 27. April 2022,
um 12.00 Uhr auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde,
Gudrunstr. 20 in 10365 Berlin, statt.

Mehr als 100 jüdische Waisenkinder aus Odessa sicher in Berlin angekommen

Es sind Kinder, die vor dem Krieg fliehen mussten und weder Vater noch Mutter haben. Jetzt haben sie auch ihr letztes Zuhause verloren. Die jüdische Chabad-Gemeinde Berlin gibt über 100 jüdischen Kindern Schutz und neue Geborgenheit. (JR)

Von Julian M. Plutz

Es gibt sie noch die guten Nachrichten. Die Meldungen, die uns Grund zur Hoffnung geben. In Zeiten, in denen der Krieg in Europa zurückgekehrt ist, ist dies gar nicht so leicht. Nach Jahrzehnten des Friedens fliehen innerhalb des Kontinents wieder Menschen, was für viele vor wenigen Wochen noch unvorstellbar gewesen war. Und dennoch gibt es in den tristen Tagen Anlass zur Zuversicht, wie die Geschichte über die jüdischen Waisenkinder aus Odessa zeigt.

Anfang März war es endlich soweit. Nach einer dreitätigen Fahrt kamen 105 Kinder in Berlin an. Drei Tage zuvor brachen sie mit insgesamt fünf Bussen auf, da die ukrainische Hafenstadt Odessa nicht mehr sicher war. Die Einschläge von Putins Bomben kamen immer näher, so dass das jüdische Waisenhaus evakuiert werden musste. Auf dem kurzen Dienstweg und ohne großen bürokratischen Aufwand sagte das Bildungszentrum „Chabad Lubawitsch Berlin“ zu, die Kinder aufzunehmen. 50 Stunden später kamen sie in der deutschen Hauptstadt an. Über vier Länder und vorbei an Kontroll- und Grenzposten, um in Sicherheit zu sein.

„Ich habe dann spontan gesagt, dass wir die Kinder retten müssen.“

Inzwischen kamen zwei weitere Busse mit Waisenkindern aber auch mit alleinerziehenden Eltern in Berlin an. Fürs erste wurden sie in ein Hotel im Stadtteil Wilmersdorf untergebracht. Zum Essen, Beten und Spielen treffen sie sich im Bildungszentrum Chabad. Organisiert hatte die Rettungsaktion der Gemeinderabbiner der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Yehuda Teichtal. „Die letzte Woche konnte ich kaum schlafen“ sagte er der Berliner Zeitung. „Gott sei Dank sind die Kinder jetzt in einem sicheren Hafen“.

Für den Rabbi war es keine Frage zu helfen: „Ein Vertreter der Jüdischen Gemeinde in Odessa hat mich nach Ausbruch des Krieges angerufen und von der ernsten Lage berichtet. Ich habe dann spontan gesagt, dass wir die Kinder retten müssen. Vier Tage später kamen die Flüchtlinge in Deutschland an. Wie brenzlig die Lage in Odessa tatsächlich ist, zeigt uns die aktuelle Nachrichtenlage.

Zynische Wortwahl von Putin

Doch auch in Berlin ist für die Kinder nicht alles rosig. „Auf dem Spielplatz wurden wir von einem älteren Mann beschimpft“, so eine Betreuerin: „Wenn ich euch sehe, dann kann ich Putin verstehen“, hatte er gesagt. Antisemitismen, an die sich die Neuberliner wohl gewöhnen müssen. Taten, die Rabbiner Teichtal gut kennt. So wurde er 2019 selbst Opfer eines antisemitischen Angriffs. Auf dem Weg nach Hause, nach einem Gottesdienst, wurde er in der Nähe der Synagoge in Wilmersdorf vor den Augen seines Kindes von zwei Männern auf Arabisch beschimpft und bespuckt.

Doch wichtig ist erst einmal, dass die jungen Flüchtlinge in Sicherheit sind. Wann und ob sie wieder zurück in ihre Heimat zurückkehren, ist völlig ungewiss. In absehbarer Zeit dürfte ein Umzug zurück nach Odessa kein Thema sein. Von der Evakuierung des Waisenhauses, bis zur Flucht nach Berlin bekommen die Worte Putins, er wolle das Land „entnazifizieren“ eine zynische, menschenverachtende Note. Dass ausgerechnet der russische Präsident die vermeintlichen Nazis aus der Ukraine mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg vertreiben will, eine Methode, der sich die Nazis bedienten, wäre ein Treppenwitz der Geschichte, wenn die Lage nicht so bitterernst wäre.

Die Geschichte der Waisenkinder aus Odessa ist genau die Meldung in diesen schwierigen Zeiten, die uns daran erinnert, dass wir Menschen sind und Menschen helfen können. Es sind wir, die dafür sorgen, dass das Wort „Solidarität“ mit Leben gefüllt wird und nicht zur Plattitüde verkommt. Es liegt an uns, dass wir nicht nur über Menschlichkeit reden, sondern auch Menschlichkeit leben. Berlins Gemeinderabbiner Yehuda Teichtal, der selbst vor mehr als 25 Jahren von New York in die deutsche Hauptstadt kam, ist hierfür ein leuchtendes Beispiel.

Zum Tod von Leon Schwarzbaum: „Vergeben können nur die Toten“

Im Alter von 101 Jahren verstarb Leon Schwarzbaum. Er war einer der letzten Überlebenden des Holocaust und hatte die Hölle der Konzentrationslager Sachsenhausen und Auschwitz erleiden müssen. Mit ihm verstummt eine Stimme, die sich dem Vergessen laut entgegengestellt hat. (JR)

Von Julian M. Plutz

„Vergeben können nur die Toten und die können nicht sprechen“ - sagte Leon Schwarzbaum in einem Interview vor fünf Jahren. Nun kann der Mann, der Auschwitz und Sachsenhausen überlebte, selbst nicht mehr sprechen. Am 13. März 2022 verstarb Leon „Henry“ Schwarzbaum im Alter von gesegneten 101 Jahren. Er galt als einer der letzten Überlebenden der Shoah.

Am 20. Februar 1920 wurde Leon Schwarzbaum, Kind einer polnisch-jüdischen Familie, in Hamburg geboren. Sein Vater war Altmetallhändler. Viel Geld hatten sie nicht, doch irgendwie schaffte es die Familie, sich über Wasser zu halten. Die Aussicht auf ein besseres Leben brachte seinen Vater 1922 nach Argentinien. Sein Ziel: Er wollte die Grundlage für eine Auswanderung schaffen. Doch nach seinem einjährigen Aufenthalt entschied sich die Familie dagegen. Zu groß war die Sehnsucht nach Bedzin in Oberschlesien – unweit von Kattowitz.

Zwischen den Weltkriegen hatte Familie Schwarzbaum zwar nicht viel – unglücklich waren sie jedoch nicht. Leon, der ein guter Schüler war, hatte zwei Hobbys. Sport und Stepptanz. In der A-capella Gruppe „Die Jolly Boys“ tanzte er mit Freunden zusammen, was die Band durchaus zu einer kleinen, regionalen Bekanntheit machte.

Von KZ zu KZ, von Zwangsarbeit zu Zwangsarbeit

Doch die Unbeschwertheit endete jäh, als 1939 die Nazis in Polen einmarschierten. Am 8. September brannte die Synagoge Bedzin, die auch Leon besuchte. Und als dann das Ghetto Kamionka errichtet wurde, nahm die düsterste Zeit der jungen Geschichte ihren Lauf. Juden wurden systematisch dorthin getrieben. Leon hatte zu Beginn noch „Glück“, er durfte zu Beginn, da er recht redegewandt war, in der sogenannten jüdischen Verwaltung als Telefonist arbeiten. Später war er Zwangsarbeiter in einem Unternehmen für Galvanik, ehe 1943 das Ghetto Kamionka aufgelöst wurde und er mitsamt seinen Eltern nach Auschwitz deportiert wurde.

Wieder Zwangsarbeit, dieses Mal für Siemens. Im Außenlager Bobrek wurde er als Läufer eingesetzt. Arbeiten, um zu überleben. Leon war jung und belastbar. Seine Eltern hatten nicht diese Kraft, wahrscheinlich waren sie zu alt. Sie überlebten Auschwitz-Birkenau nicht.

Als sich im Januar 1945 die Sowjetunion dem Konzentrationslager näherten, wurde Leon und die übrigen Häftlinge in einen der Todesmärsche ins KZ Buchenwald verlegt. Von dort aus wurden die noch Arbeitsfähigen nach Sachsenhausen weiterverlegt. Von da aus folgte sein zweiter Todesmarsch, eher er endlich am 5. Mai 1945 von amerikanischen Soldaten befreit wurde.

Der Kampf gegen das Vergessen

Von da an begann sein zweites Leben. Jenseits von Nazis, aber zunächst auch jenseits jüdischen Lebens. Als er nach Bedzin zurückkehrte, fand er eine Stadt mit de facto keinen Juden vor. Also ging er in die Metropole Stettin, wo er sein Geld mit den Exporten von Kunstgegenständen, insbesondere in die USA, verdiente. Nach einem einjährigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten kehrte er nach Deutschland, genauer gesagt nach Berlin zurück.

Erst im hohen Alter sprach Leon Schwarzbaum über seine Erfahrungen als Holocaustüberlebender. Er hält Vorträge in Unternehmen und Schulen und wird zu einem der bekanntesten Gesichter im Kampf gegen das Vergessen.

Leon Schwarzbaum sah es als seine Pflicht an, als Zeitzeuge Aufklärung zu leisten.

Abiturzeugnis nach 80 Jahren

Zu seinen emotionalsten Momenten gehörte sicherlich, als er im Jahr 2016 Zeuge und Nebenkläger im Prozess gegen Rainhold Hanning war, der noch im selben Jahr wegen Beihilfe zum Mord in mindestens 170.000 Fällen zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde. Das Urteil wurde jedoch nicht rechtskräftigt, da das Verfahren bei Hennings Tod noch anhängig war.

Ein nicht minder emotionaler, dafür um so positiver Augenblick dürfte die nachträgliche Überreichung des Abiturzeugnisses 2019, nach 80 Jahren, gewesen sein. Die Nazis hatten ab 1939 auch Schüler ins KZ Auschwitz gesperrt und alle Dokumente vernichtet. Bis auf eine Zensur wusste Leon Schwarzbaum noch all seine Zensuren. Der damals 98-Jährige habe seine Prüfung am jüdischen „Fürstenbergus Lyzeum“ in Bendzin abgelegt. Jedoch hatten die Nazis das Zeugnis konfisziert. Und auch wenn es nur symbolisch war: Mit dem Abiturzeugnis hätte Herr Schwarzbaum tatsächlich noch an einer Hochschule studieren können.

Seine Stimme weitertragen

Bundesverdienstkreuz, eigene Biografie („Der letzte Jolly Boy“), es wurde nicht still um ihn. Und ihm war dies mehr als recht, er sah sich der Biografie seiner Generation verpflichtet: „Wir wissen, dass es in Deutschland über die Jahrzehnte hinweg immer einen Bodensatz gegeben hat von Menschen, die sich dieser Geschichte nicht stellen wollten, die diese Geschichte geleugnet haben. Die Stimmen werden lauter. Das erfüllt uns mit großer Besorgnis. Und umso mehr ist die Mehrheitsgesellschaft aufgefordert, dagegen Stellung zu nehmen, weiter Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir als Gedenkstätten werden dazu nach Kräften unseren Beitrag leisten.“

un ist Leon Schwarzbaum mit 101 Jahren gestorben. Wir alle wissen, dass Stimmen wie die seine immer weniger werden. Seine Generation wird es bald nicht mehr geben. Doch die nachfolgenden Generationen leben. Es ist die Verantwortung dieser, Geschichten, wie die von Leon Schwarzbaum, weiterzuerzählen. „Nie wieder Auschwitz“ darf zu keiner Floskel verkommen. So paradox und zynisch es klingen mag: Sie muss mit „Leben“ gefüllt werden. Der konsequente Kampf und die rigorose Ächtung aller Art von Antisemitismus - völlig egal von welcher Richtung - muss zur routinierten Übung aller Bürger werden.

Antisemtische Übergriffe in Berlin

Wieder wurden Juden in Berlin zum Ziel gewaltbereiter Antisemiten. Einer der Angreifer war ein „Flüchtling" aus Syrien. Die Bundeshauptstadt ist der traurige Hotspot judenfeindlicher Übergriffe. Den offensichtlichen Zusammenhang mit der wachsenden muslimischen Bevölkerung will die links-ideologisierte Politik jedoch nicht sehen. (JR)

Von Miriam Sofin

Berlin gilt schon lange als das multikulturelle Zentrum Deutschlands schlechthin. Menschen aus über 190 Staaten leben dort - mal mehr, mal weniger - friedlich zusammen. Durch die Massenmigration in den Jahren 2015/16, die 60 Jahre nach den ersten Gastarbeitern aus der Türkei vor allem junge Männer aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und Maghreb-Staaten nach Deutschland spülte, gewann der Islam in deutschen Großstädten noch einmal mehr an Einfluss. So auch in Berlin, wo es mittlerweile rund 80 Moscheen und Gebetsräume gibt. Der Name Mohammed war dort sogar gleich zweimal, 2018 und 2020, der am häufigsten vergebene Erstname für Neugeborene. Ganze Stadtteile Berlins gleichen heute eher Islamabad als einer deutschen Metropole... Diese Viertel sind in der Regel geprägt von vollverschleierten Mädchen und Frauen und vollbärtigen Männern in Hochwasserhosen. Aber nicht nur das Stadtbild der Hauptstadt hat sich der islamischen Kultur im Laufe der Zeit immer mehr angepasst, sondern auch die dort vorherrschende Mentalität durch die zahlreich hinzugezogenen Neu-Bürger.

Die von Berlin rot-grüner Landesregierung vertretene These, Migranten aus den strengsten islamischen Ländern der Welt würden beim Grenzübertritt in den Westen mehrheitlich ihre Kultur, Sozialisation, Religion und die damit verbundenen Werte und Normen mal eben mir nichts, dir nichts ablegen, ist selbstverständlich ganz und gar unhaltbar und widerspricht allen bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen aus Psychologie und Soziologie. So wenig es die deutsche Gesellschaft auch hören möchte, da dies das in Deutschland am stärksten historisch belastetste Thema überhaupt betrifft, so bewiesen ist dennoch, dass unter der Bevölkerung islamischer Länder Antisemitismus überproportional weit verbreitet ist. Insbesondere im Vergleich zu europäischen Staaten, in denen Ressentiments und Hass gegenüber Juden nach dem zweiten Weltkrieg und dem Holocaust - zu Recht - weitestgehend gesellschaftlich geächtet und durch die gesamte Parteienlandschaft hinweg als politisch verbrannt betrachtet wird. Ja, selbst und besonders in den neu-rechten Parteien Europas hat sich die Solidarität zum jüdischen Volk und dem Staat Israel mittlerweile als fester Wert etabliert, während gleichzeitig der linke Antisemitismus im Gewand des Antizionismus immer mehr an politischem Raum gewinnt…

Der importierte Antisemitismus

Der Umstand, dass der Antisemitismus unter den autochthonen Europäern und Deutschen seit dem zweiten Weltkrieg glücklicherweise stark zurückgegangen ist und hier lediglich noch eine Randerscheinung darstellt - wenn auch eine, die gewiss ernstgenommen und bekämpft werden muss - darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Hass auf Juden in Westeuropa und Deutschland wieder kontinuierlich anwächst. Zurückzuführen ist dies auf die stetige Migration von immer mehr Muslimen in die jeweiligen islamischen Communities, in denen Antisemitismus nach wie vor leider die Regel, anstatt die Ausnahme darstellt.

Verschwörungstheorien, nach denen hinter islamisch motivierten Terrorattacken weltweit die Juden steckten, die Abkürzung „IS" in Wahrheit für „Israelischer Staat" stünde und in Israel ein Genozid an den sog. „Palästinensern" verübt würde, sind selbst unter in Deutschland geborenen Muslimen in der dritten und vierten Generation gang und gäbe. Darüber berichten Ex-Muslime, denen man in der medialen Öffentlichkeit immer noch viel zu wenig Aufmerksamkeit schenkt, regelmäßig und warnen vor den Konsequenzen. So zum Beispiel der bekannte Politikwissenschaftler und Publizist Hamed Abdel-Samad. Unter den Muslimen, die erst in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, dürfte der Anteil an eingefleischten Antisemiten logischerweise noch einmal um Einiges höher sein. In Afghanistan beispielsweise genießt Adolf Hitler bis heute ein hohes Ansehen. Nicht ohne Grund hegten der deutsche Diktator und Massenmörder sowie andere führende Nazigrößen eine große Sympathie für den Islam. Und nicht umsonst ließ das NS-Regime Hunderttausende muslimische Rekruten im zweiten Weltkrieg für Deutschland kämpfen. Noch heute vereint Muslime und Rechtsextremisten weltweit u. a. ihr gemeinsamer Hass auf die Juden, obgleich dies zu benennen, hierzulande zumeist als "islamophob" bezeichnet wird, um Kritik am Islam zu verunmöglichen.

Antisemitische Hassverbrechen

In Anbetracht der fortwährend anwachsenden muslimischen Community in Berlin, ist es leider nicht verwunderlich, dass dort im März dieses Jahres gleich zwei antisemitische Hassverbrechen verübt wurden. So ermittelt der polizeiliche Staatsschutz wegen einer Körperverletzung, die am 10. März gegen 6.15 Uhr in der Früh auf dem Flur eines Hostels in der Storkower Straße begangen wurde. Ein 24 Jahre alter Mann mit syrischer Staatsangehörigkeit hatte dort Zeugenaussagen nach einen 32-jährigen Briten tätlich angegriffen und ihm dabei seine Kippa vom Kopf gerissen. Anschließend hatte er wiederholt auf der am Boden liegenden Kippa herumgetrampelt und den verängstigten Mann aufgefordert, die Worte „Free Palestine" zu rufen. Zusätzlich schlug er ihm auch noch mehrfach ins Gesicht. Das verletzte Opfer klagte danach über Schmerzen am Kopf, lehnte jedoch aus unbekannten Gründen eine ärztliche Untersuchung und Behandlung ab.

Weil der Verdacht bestand, dass der Angreifer Alkohol konsumiert hatte, wurde bei ihm der Atemalkoholwert gemessen. Er betrug satte 1,2 Promille, was ihm vor Gericht strafmildernd ausgelegt werden dürfte. Der Täter, welcher 2015 als „Flüchtling" nach Deutschland gekommen war, konnte lediglich eine abgelaufene Aufenthaltserlaubnis vorweisen und kam zur Feststellung seiner Identität kurzzeitig in Polizeigewahrsam. Dort wurde ihm Blut abgenommen, bevor man ihn wieder in die Freiheit entließ. Immerhin: Die Papiere des Mannes wurden eingezogen. Er muss sich nun regelmäßig bei der zuständigen Ausländerbehörde melden. Die Ermittlungen des Staatsschutzes dauern noch an.

Nur einen Tag vor dem Angriff im Hostel war ein anderer mutmaßlich antisemitischer Vorfall in Berlin bekannt geworden. Einer Frau aus Israel wurde beim Stadtbummel von einem unbekannten Mann brutalst mehrfach ins Gesicht geschlagen, wodurch ihre Nase gebrochen wurde. Der Täter fühlte sich vermutlich provoziert, weil sie zuvor hebräisch gesprochen hatte. Davon geht zumindest das 54-jährige Opfer aus Tel Aviv aus. Die Israelin war mit ihrem Mann zu Besuch in Berlin. Im israelischen News-Portal "Walla" berichtete sie von dem brutalen Übergriff und beschrieb den Aggressor als "25 bis 30-jährigen Mann mit Mund-Nasen-Schutz". Der Täter konnte bis Redaktionsschluss nicht ermittelt werden.

RONALDO SCHEMIDT / AFP

Juden werden vermehrt Opfer muslimischer Einwanderer

Beide Ereignisse erinnern stark an einen antisemitisch motivierten Angriff im April 2018, der damals landesweit für Schlagzeilen sorgte. Bei diesem wurde - ebenfalls in Berlin - ein 21-jähriger Israeli von einem 18-jährigen Syrer auf offener Straße und vor laufender Kamera wiederholt mit einem Hosengürtel ausgepeitscht. Das Opfer trug, wie der Mann im Hostel, sichtbar eine Kippa. Der Täter wurde zwar rechtskräftig verurteilt, musste jedoch nicht in Haft und ebenso wenig Deutschland verlassen, was vielen bis heute sauer aufstößt. Er lebt weiterhin in Berlin.

Der weltbekannte verstorbene Modedesigner Karl Lagerfeld sagte einmal während eines Auftritts in einer französischen TV-Show: „Wir können nicht, selbst wenn Jahrzehnte zwischen den beiden Ereignissen liegen, Millionen Juden töten und dann Millionen ihrer schlimmsten Feinde ins Land holen." Zur Illustration verwies er auf einen jungen Syrer, der zu seiner deutschen Gastmutter gesagt haben soll, dass „die beste Erfindung Deutschlands" der Holocaust gewesen sei. Lagerfeld war damit einer der wenigen deutschen Prominenten, die es öffentlich gewagt hatten, sich gegen die deutsche Asylpolitik auszusprechen. Daraufhin hatte es die üblichen Rassismusvorwürfe ihm gegenüber gehagelt - man kennt es ja… Argumente, die seine Ausführungen entkräfteten, vernahm man jedoch keine.

Judenhass im Koran überliefert

Wer sich aufrichtig und ergebnisoffen mit dem Islam und seinen Quelltexten beschäftigt, der muss unweigerlich erkennen, dass der muslimische Antisemitismus so alt ist, wie der Islam selbst und nicht etwa auf den Nahostkonflikt zurückzuführen ist, wie es immer wieder gern behauptet wird. So werden Juden u. a. im Koran als „Affen" betitelt und in der sog. Prophetenbiografie (Sira) wird in detaillierter Grausamkeit beschrieben, wie Mohammed die arabische Halbinsel „christen- und judenrein" machte, jüdische Stämme massakrierte, ihre Männer hinrichten und die Frauen und Kinder als Sklaven nehmen ließ. Nicht zuletzt sagte der letzte und wichtigste Prophet des Islams, Mohammed, auch noch höchst persönlich voraus, dass der jüngste Tag nicht kommen würde, bis der letzte Jude von Muslimen umgebracht worden sei.

Zitat: *„Die letzte Stunde wird nicht schlagen, bis die Muslime die Juden bekämpfen und töten, sodass die Juden sich hinter Steinen und Bäume verstecken. Die Steine oder Bäume sagen jedoch: O, Muslim! O, Diener Gottes, ein Jude versteckt sich hinter mir. Komm und töte ihn!"*

(Sahih Muslim, Hadithnr. 5164/Kapitel 53)

Die Mehrheit der Muslime hat es sich nicht ausgesucht, als solche geboren und erzogen worden zu sein. Jedoch obliegt es sehr wohl ihrer Kontrolle, ob sie an antijüdischen und anderen menschenverachtenden Narrativen ihres Glaubens festhalten wollen, oder nicht. Vor allem aber obliegt es der Kontrolle des deutschen Staates, welche Menschen er einwandern lässt und jüdisches Leben - aus seiner historischen Verantwortung heraus - zu beschützen. Eine Verantwortung, der er schon seit Jahrzehnten nicht mehr adäquat nachkommt und die Sicherheit von Juden in Deutschland dadurch immer mehr gefährdet. Auch während des neuesten Flüchtlingsansturms aus der Ukraine zeigt sich, dass die deutsche Regierung bis heute nichts aus ihren Fehlern von 2015/16 gelernt hat. Wieder werden massenweise afrikanisch- und arabischstämmige „Ukrainer" ohne gültige Papiere aufgenommen und vom deutschen Steuerzahler rundum versorgt. Und wieder weiß keiner, wie viele Terroristen, Antisemiten und sonstige Verbrecher sich unter ihnen befinden.

Degussa
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE

Degussa fördert eine unabhängige jüdische Presse in Deutschland!

„Die Woche der Brüderlichkeit“: Die Evangelische Kirche und ihr Problem mit den Juden

Die Aktionswoche sollte im Zeichen des Engagements gegen Antisemitismus stehen, doch wie glaubwürdig ist dabei die Evangelische Kirche? Der jüdische Bezug dieser, in den Anfängen vor allem der Aussöhnung zwischen den deutschen Tätern und den jüdischen Opfern dienenden gemeinsamen Aktionswoche, tritt von Jahr zu Jahr immer mehr in den Hintergrund. Die Veranstaltung driftet in ein, den Holocaust selbst immer mehr ausblendendes allgemeines Statement gegen Diskriminierung. Dabei ist v.a. der Islam und seine vermeintliche globale Opferrolle auf dem besten Weg, den Genozid an dem jüdischen Volk in der Agenda der Aktionswoche in den Schatten zu stellen. Fehlende Distanzierung von der judenfeindlichen BDS-Bewegung und fragwürdige Ehrenträger bewirken ein Übriges und machen „Die Woche der Brüderlichkeit“ in ihrer Gänze zur Farce. (JR)

Von Julian M. Plutz

Ob sich Martin Mordechai Buber und Franz Rosenzweig sich das so vorgestellt haben, darf bezweifelt werden. Beide jüdische Philosophen sind seit jeher Namensgeber einer Auszeichnung, die in diesem Jahr im Rahmen der „Woche der Brüderlichkeit“ des Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit (DKR) verliehen wurde. Im DKR sind wiederum viele von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vertreten. Neben mehr als verdiente Preisträgern wie Leon De Winter, Leah Rabin oder auch Erich Zenger erhielten die Medaille auch eine Reihe von Personen, die in der Vergangenheit nicht nur mit gutem Handeln, sondern vor allem mit mehr als fragwürdigen Parolen auffielen. Einer der Geehrten in diesem Jahr ist der Präsident des Fußballclubs Eintracht Frankfurt, Peter Fischer.

Dass der Hesse sich auch selbst für eine überaus gute Wahl hält, macht er im Einspieler der Veranstaltung, die im ZDF übertragen wurde, unmissverständlich klar. So sei er einer, der „umarmt und verbindet“. Für ihn ist „der Begriff Judenfreund etwas vollkommen positives“. Denn es besagt, so der Fußballfunktionär, „dass ich alles andere bin, außer ein Antisemit“. Es klingt wie eine Szene aus dem Film „ein ganz gewöhnlicher Jude“. In dem Einmannstück mit Ben Becker heißt es an einer Stelle: „Der Philosemit umarmt und der Antisemit drückt. Und bei beidem bleibt die Luft weg.“

Peter Fischer ist in guter Gesellschaft

Und obwohl Fischer in dem Einspieler sich gegen „Ausgrenzung“ stellt, eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die kein zivilisierte Mensch betonen muss, macht er eben genau das.

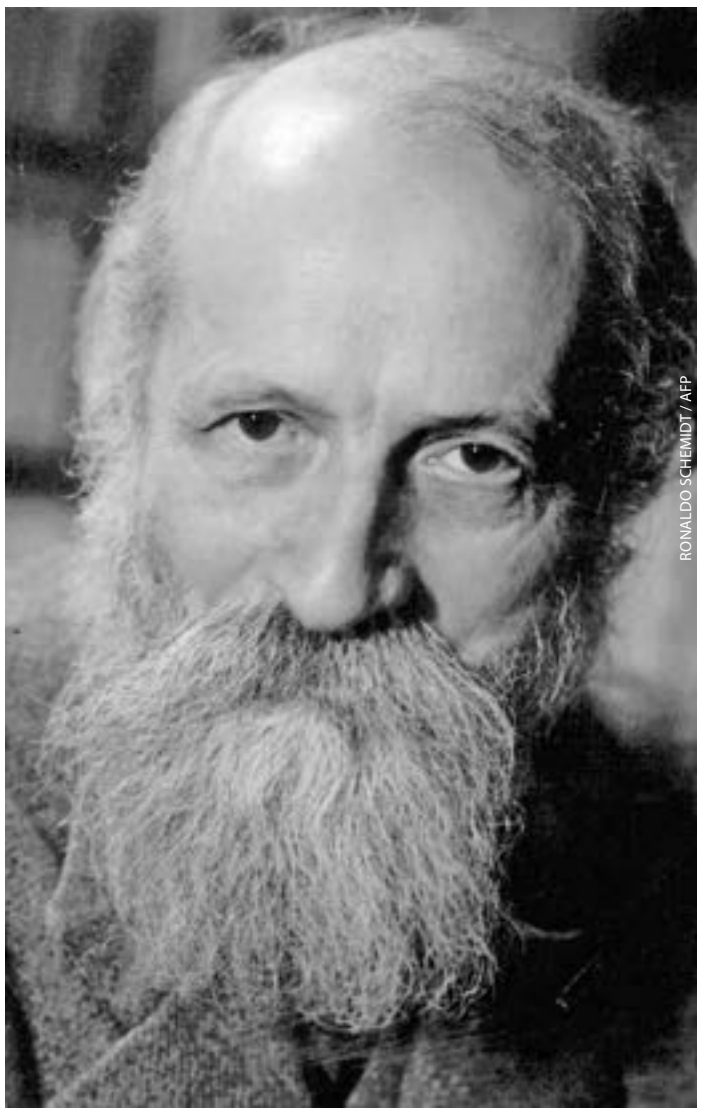
So finden sich keinerlei Zitate über die antisemitische BDS-Bewegung, die zum Ziel hat, Israel mit Boykott, Desinvestments und Sanktionen zu schwächen, was zu Ende gedacht die Auslöschung des jüdischen Staates bedeutet.

Doch hierbei ist Peter Fischer in guter Gesellschaft. So gehört es nicht gerade zu den großen Leidenschaften der EKD sich von Antisemitismen, vorausgesetzt sie haben sich nach 1945 abgespielt, loszusagen. Im Jahre 2020 äußerte sich die Evangelische Kirche zur BDS-Bewegung. Die Erläuterung liest sich windelweich. So gehe die Bewegung zurück auf „einen internationalen Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft aus dem Jahr 2005.“ Diese werden unterstützt von „palästinensischen Parteien, Verbände und Organisationen“. Ziel der Kampagne sei, „mittels verschiedener Boykottmaßnahmen auf Israel wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Druck auszuüben, um Israel zur Änderung seiner Politik gegenüber dem palästinensischen Volk und zur Beendigung der Besatzung der palästinensischen Gebiete zu bewegen“.

BDS ist offensichtlich antisemitisch

Diese Zeilen machen den kaum erträglichen Euphemismus der EKD deutlich, wenn es um BDS geht. So hält die Kirche es für richtig, dass der „internationale Aufruf“ von „palästinensischen Parteien“ unterstützt wird. Suggeriert wird mit dieser Formulierung jedoch, dass es sich um demokratische Organisationen wie die FDP oder die SPD handelt. Doch den „Aufruf“ unterstützt unter anderem die Hamas, eine Terrororganisation, die maßgeblich für Blutvergießen, aber auch für das Knechten des „palästinensischen Volk“ verantwortlich ist. Wobei die deutschen Sozialdemokraten seit jeher eine enge Beziehung mit der Fatah pflegen. So betonte einst Andrea Nahles „gemeinsame Ziele und Werte“ mit der extremistischen Bewegung.

Die EKD verkennt, dass sich der Boykott „gegen israelische Waren und Dienstleistungen, israelische Künstlerinnen und Künstler, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Sportlerinnen und Sportler“ richtet. Heißt konkret: Die Bewegung fordert eine systematische Aussperrung israelischen Lebens, was laut den Drei D's, Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelter Standard denknotwendig antisemitisch ist. Dies hat sogar der Bundestag mehrheitlich im Jahr 2020 beschlossen.


RONALDO SCHEMIDT / AFP

Martin Mordechai Buber

Antisemitische Intellektuelle in der EKD

Und da gibt es dann noch intellektuelle Protestanten wie den Theologen Ulrich Duchrow. So sei für ihn laut einem Beitrag zu dem Buch „Religion und Gerechtigkeit in Palästina-Israel“ Israel „ein klarer Fall von Apartheidsystem“. Mit dieser These will der emeritierte evangelische Professor aus Heidelberg „die unkritische Haltung“ gegenüber Israel aufbrechen. Oder anders formuliert: Er möchte gerne israelbezogenen Antisemitismus verbreiten.

So sei das „Apartheidregime“ in Israel „schlimmer als das damals in Südafrika. „Südafrika war ausbeuterisch und unterdrückerisch“, so Duchrow. Doch „das reicht nicht für die Beschreibung Israels.“ Dessen Intention sei es, die Menschen minderen Rechts komplett loszuwerden und die Übrigbleibenden zu ghettoisieren. Israel sei ein Extrembeispiel der „westlichen, kolonialistischen, kapitalistischen, imperialen (…) Eroberungskultur der letzten Jahrhunderte“. Kein Wort verliert der Protestant über Terror von Hamas und den Nachbarländern. Das würde nur das Narrativ des bösen Israels stören.

Der Vorwurf des Antisemitismus in den eigenen Reihen ist nicht neu und kommt auch von Protestanten selbst. So war es der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland selbst, der 2014 eine sozialwissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben hatte, die Zusammenhänge zwischen Kirchengemeinschaft, Glauben und Praktiken, sowie unter anderem Antisemitismus beleuchten sollte.

„Die Woche der Brüderlichkeit“ ohne Nachhaltigkeit

Der Abschlussbericht, der 2016 vorgelegt wurde, enthält das wenig Überraschende. Der christliche Glaube schütze weder vor Antisemitismus noch vor Schwulenfeindlichkeit. „Auffällig ist jedoch“, so die Studie, „dass die Informationen der EKD und die Diskussionen auf allen Ebenen der EKD in diesem Zusammenhang keine Rolle spielen.“ Schlimmer noch: Hinsichtlich antisemitischer Auffassungen gebe es in den Gemeinden keine ausreichende Sensibilität.

Bedeutet: „Die Woche der Brüderlichkeit“ ist wirkungslos. Sie ist ein Symbol ohne Konsequenz dafür mit einer hübschen Auszeichnung, immerhin eine nicht dotierte, ohne Bedeutung. Peter Fischer mag sich die Medaille wie Federn an den Hut stecken. Für eine Kirche, die einerseits den Antijudaismus von Martin Luther und Konsorten zu verarbeiten hat, andererseits auch Heimat eines der größten Dissidenten des NS-Regimes, Dietrich Bonhoeffer bot, ist dies zu wenig. Es ist intellektuell dürftig und emotional degeneriert. Diese Veranstaltung hat alles, außer nachhaltig.

Joschka Fischer war ebenfalls Preisträger

Anderseits reiht sich der Präsident von Eintracht Frankfurt in gute Gesellschaft ein. So nahm der ehemalige Außenminister und Preisträger der Buber-Rosenzweig-Medaille von 2003 an einer „bemerkenswerten“ Konferenz teil. Entgegen seinen bisherigen Aussagen war der Grünen-Politiker 1969 Gast bei einer Palästinenser-Unterstützerkonferenz, was „Report-Mainz“ aufdeckte. Dort soll er Jassir Arafat zum Kampf gegen Israel bis zum „Endsieg“ aufgerufen haben. Zum Zeitpunkt der Verleihung war der schwere Verdacht, den Fischer nie dementierte, bereits zwei Jahre bekannt.

So lud Arafat zur sogenannten „PLO-Solidaritäts-Konferenz“ mehr als 200 Delegierte aus der ganzen Welt ein, unter anderem aus Deutschland, Frankreich und den USA. Ziel war es, Personen aus dem Westen zu gewinnen, die den bewaffneten Kampf der PLO gegen Israel unterstützten. In der gemeinsamen Schlusserklärung heißt es wörtlich: „Die Versammlung vertraut darauf, dass der Endsieg dem palästinensischen Volk gehören wird, und es ihm gelingen wird, ganz Palästina zu befreien. Dieser harte Tobak schien jedoch niemanden in der EKD zu stören. Fischer wurde wie sein Namensvetter mit der Medaille ausgezeichnet.

Von Martin Buber stammt das Zitat: „Der Ursprung aller Konflikte zwischen mir und meinen Mitmenschen ist, dass ich nicht sage, was ich meine, und dass ich nicht tue, was ich sage.“ So gesehen befindet sich die EKD in einem inneren Konflikt. Vielleicht aber sagt die Evangelische Kirche auch genau das, was sie meint. Und vielleicht tut sie genau das, was sie meint. Das wäre jedoch, was das Thema Antisemitismus angeht, mehr als beschämend.

Innenministerin: Gesetz zum Entzug der Staatsbürgerschaft für arabisch-israelische Terroristen

Wer der Beteiligung an terroristischen Handlungen für schuldig befunden wurde und finanzielle Unterstützung von der vom Westen viel gelobten und als moderat bezeichneten „Palästinensischen" Autonomiebehörde erhält, muss in Israel künftig die Konsequenzen dafür tragen. Ein längst überfälliges Gesetz soll die von islamischer Seite praktizierte Politik „Bezahlung für Tötung" verhindern. Danach soll israelisch-arabischen Bürgern, die auf Veranlassung der Autonomiebehörde und des mutmaßlichen Financiers des Münchner Olympia-Attentats Mahmoud Abbas, Terroranschläge verüben, die Staatsbürgerschaft entzogen werden. (JR)

Redaktion Audiatur

Nach einer Reihe von Terroranschlägen im Umkreis von Jerusalem und dem tödlichen Anschlag in Be'er Sheva, bei dem vier Menschen starben und zwei weitere verletzt wurden, berichtet die israelische Tageszeitung Israel Hayom, dass Innenministerin Ayelet Shaked ein Gesetz vorschlägt, das verurteilten Terroristen die israelische Staatsbürgerschaft entziehen soll. Shakeds Gesetzesvorschlag basiert auf einem früheren Vorschlag der Abgeordneten Avi Dichter vom Likud und Orit Strook von der Partei des religiösen Zionismus.

Es wird erwartet, dass die Beratungen über das Gesetz die Spannungen innerhalb der ohnehin schon instabilen Koalition weiter anheizen werden, aber Shaked ist fest entschlossen, das Gesetz zu verabschieden, und sagte gegenüber dem Korrespondenten von Israel Hayom, Ariel Kahana: „Im Kampf gegen den Terror gibt es keine Kompromisse".

Shaked hatte ursprünglich angekündigt, sie wolle die Verabschiedung des Gesetzes zu Beginn ihrer Amtszeit in die Wege leiten, doch Spaltungen innerhalb der Koalition haben es schwierig gemacht, eine für das nationale Lager kritische Gesetzgebung voranzubringen.

Das Gesetz sieht vor, dass israelische Staatsbürger, die der Beteiligung an terroristischen Handlungen für schuldig befunden werden und finanzielle Unterstützung von der Palästinensischen Autonomiebehörde erhalten, ihr Recht auf Staatsbürgerschaft verlieren.

Das Gesetz soll die „Bezahlung für Tötung" Politik der Palästinensischen Autonomiebehörde verhindern, bei der israelisch-arabische Bürger, die Terroranschläge verüben, für die Ermordung von Juden Geld erhalten.

„Im Kampf gegen den Terror gibt es keine Kompromisse. Der Gesetzesentwurf, mit dem Mördern die Staatsbürgerschaft und das Aufenthaltsrecht entzogen wird, ist die angemessene Reaktion auf den schrecklichen Anschlag in Be'er Sheva in dieser Woche. Verabscheuungswürdige Mörder und Terroristen sollten nicht mit Geldprämien für ihre Taten belohnt werden. Jeder, der dem Staat Israel den Rücken kehrt und von der Palästinensischen Autonomiebehörde finanziert wird, hat es nicht verdient, Teil des Staates zu bleiben. Ich werde mich für dieses wichtige Gesetz für die Sicherheit unseres Landes einsetzen", betonte Shaked in ihrem Interview mit Israel Hayom.

„Dies ist ein notwendiger Schritt angesichts der jüngsten Welle von Terroranschlägen durch arabische Israelis. Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass jeder Terrorist, der einen Anschlag verübt, genau weiß, dass er einen Blankoscheck von der [Palästinensischen Autonomiebehörde] erhält, die nach der Zahl der ermordeten Opfer bezahlt. Dank dieser grausamen und antisemitischen Bestimmung erhalten Terroristen, die sich innerhalb der Waffenstillstandslinie aufhalten, eine noch größere Zuwendung [für die Tötung von Juden]. Um dieser Maßnahme entgegenzuwirken, muss ein israelisches Gesetz erlassen werden, das den Terroristen klar macht, dass Israel nicht die andere Wange hinhalten wird", sagte der israelische Parlamentarier Orit Strook, einer der Initiatoren des Gesetzes.

„Ich bin froh, dass die Innenministerin ihr Wort hält und das Gesetz wie versprochen vorantreibt… Hochrangige Abgeordnete fast aller Koalitionsfraktionen, einschließlich des Ministers für öffentliche Sicherheit Omar Bar-Lev, haben bereits zugestimmt, und ich erwarte von allen, dass sie diese wichtige Gesetzgebung unterstützen, damit sie noch vor der Sommersitzung der Knesset verabschiedet werden kann", so Strook weiter.

Innenministerin Ayelet Shaked

Neue arabische Terrorwelle in Israel: 11 Tote bei drei Terroranschlägen innerhalb einer Woche

Im Schatten des Ukraine-Krieges und von der deutschen Presse kaum beachtet, ereignete sich in Israel, innerhalb weniger Tage, ein dritter tödlicher Terroranschlag. Israel ist wieder mit einer Welle arabischen Terrorismus konfrontiert. Während man auf jüdischer Seite die Opfer betrauern muss, verteilt die Terrororganisation Hamas mit unverhohlener Freude Süßigkeiten und feiert, kaum gerügt von unserer westlichen Politik und den Medien, die entsetzlichen Morde an unschuldigen Juden. (JR)

Von Dov Eilon/Israel Heute

Nur 2 Tage nach dem Terroranschlag in Hadera hat der islamische Terror gestern Abend erneut zugeschlagen, diesmal in der jüdisch-orthodoxen Stadt Bnei Brak bei Tel Aviv. Kurz nach 20 Uhr Ortszeit gab es erste Berichte von Schüssen in einer Straße in Bnei Brak. Kurze Zeit später war klar, dass es sich um einen weiteren Terroranschlag handelt, der dritte innerhalb nur einer Woche.

Ein palästinensischer Araber aus der Umgebung von Jenin, der sich illegal in Israel aufhielt, war auf einem Motorrad unterwegs. Der mit einem M-16-Automatikgewehr bewaffnete Terrorist stieg von seinem Motorrad und begann auf Passanten zu schießen.

Ein Sanitäter von Magen David Adom, der vor Ort war, berichtete:

„Wir hörten die Schüsse an der MDA-Station und gingen sofort in die Richtung der Schüsse. In der Herzl Straße trafen wir auf einen etwa 30-jährigen Mann, der nicht ansprechbar war. Er atmete nicht, hatte keinen Puls und wies Schusswunden auf. Wir führten medizinische Untersuchungen durch und konnten nur noch seinen Tod feststellen.

Ungefähr 100 Meter von ihm entfernt, weiter die Straße hinunter, fanden wir einen regungslosen etwa 40-jährigen Mann mit Schusswunden am Körper. Ein weiteres Sanitäter-Team, das am Tatort eintraf, versorgte ihn medizinisch und brachte ihn in kritischem Zustand ins Beilinson-Krankenhaus. Mit meinem Team fuhr ich weiter zum Tatort in der Hashneim Street, Ecke Bialik Street, wo wir drei weitere Opfer vorfanden, eines in einem Auto und zwei auf dem Bürgersteig liegend, alle nicht ansprechbar. Wir führten medizinische Untersuchungen durch und mussten sie für tot erklären."

Ein Polizist, der auf einem Motorrad unterwegs war, eröffnete das Feuer auf den Terroristen. Bei dem darauf folgenden Schusswechsel kamen sowohl der Terrorist als auch der Polizist ums Leben. Bei dem Polizisten handelt es sich um Amir Khouri, einen christlichen Araber aus der Stadt Nof Hagalil. Ihm ist es zu verdanken, dass es bei dem Anschlag nicht noch mehr Opfer gegeben hat.

Bei den weiteren Opfern handelt es sich um zwei Bürger der Stadt Bnei Brak und zwei ukrainische Staatsbürger.

Avishai Yehezkel, 29, hinterlässt seine schwangere Frau und einen zweijährigen Sohn. Er schütze seinen Sohn, der im Kinderwagen lag, mit seinem Körper vor den Schüssen des Terroristen. Bei einem weiteren Opfer handelt es sich um Yaakov Shalom, ein Vater von fünf Kindern. Die Namen der ukrainischen Staatsbürger wurden noch nicht veröffentlicht.

Ministerpräsident Naftali Bennett äußerte sich zu dem Anschlag: „Israel ist mit einer tödlichen Welle des arabischen Terrorismus konfrontiert. Wir werden den Terrorismus entschlossen und mit eiserner Faust bekämpfen. Sie werden uns nicht von hier wegbringen. Wir werden siegen."

Opfer von Beersheva. Steht Israel vor einer dritten Intifada?

Verteidigungsminister Benny Gantz sagte, dass die Sicherheitskräfte „alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel" einsetzen werden, um die Terrorwelle zu unterdrücken.

„Wir haben als Volk und als Nation angesichts von Terrorwellen schwierige Zeiten durchlebt – und wir haben immer mit Entschlossenheit und Kraft gesiegt, und das werden wir auch dieses Mal tun. Die israelische Armee, der Shin Bet und die israelische Polizei werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um die Sicherheit auf Israels Straßen und das Gefühl der Sicherheit für die Öffentlichkeit wiederherzustellen", twitterte er.

Auch der Vorsitzende von Ra'am, Mansour Abbas, verurteilte den Anschlag und nannte ihn „ein abscheuliches terroristisches Verbrechen gegen unschuldige Zivilisten."

Der Anschlag wurde diesmal sogar von Palästinenserchef Mahmud Abbas verurteilt, nachdem er nach den Anschlägen in Beersheva und Hadera geschwiegen hatte.

Abbas „verurteilt die Ermordung israelischer Zivilisten am heutigen Abend und betont, dass die Ermordung palästinensischer und israelischer Zivilisten nur zu einer Verschlechterung der Situation führt", so Abbas' Büro.

Erstmals seit der Operation „Wächter der Mauern" im Mai 2021 erhöhte die Polizei die Alarmstufe auf die höchste Stufe.

Nach Staatsbesuch in Ankara: Die USA sollten die Türkei auffordern, die Beziehungen zur Hamas zu beenden

Der Besuch des israelischen Präsidenten Isaac Herzog in der Türkei sollte zur Normalisierung der Beziehungen beitragen. Überschattet wird die israelisch-türkische Beziehung jedoch von der Nähe Ankaras zur terroristischen Hamas. Mit der gegenwärtigen, unfähigen und eher Israel-aversen Biden-Regierung, ist die USA aber nicht wirklich willens, die Türkei dazu zu bewegen, Bedingungen von der Hamas einzufordern. Bei der Anerkennung Israels und einem Gewaltverzicht gegenüber der israelischen Zivilbevölkerung darf es aber keine Kompromisse geben. (JR)

Alan Makovsky/JNS

WIKIPEDIA

Die Beziehungen Erdogans zur Hamas sind für einen Nato-Partner unangebracht

Die Ankunft des israelischen Präsidenten Isaac Herzog in der Türkei – der erste derartige Besuch seit 15 Jahren, ein bedeutendes regionales Ereignis, das jetzt stark vom russischen Krieg gegen die Ukraine überschattet wird – wirft ein Schlaglicht auf Ankaras Beziehung zur palästinensischen Terrorgruppe Hamas. Israel und die Vereinigten Staaten sollten Ankara dazu drängen, öffentlich darauf zu bestehen, dass die Hamas der Gewalt abschwört, Israel anerkennt und frühere Vereinbarungen zwischen Israel und der PLO billigt.

Obwohl israelische Beamte gesagt haben, dass Israel keine Bedingungen für Herzogs Besuch gestellt hat, ist es bekannt, dass die türkische Unterstützung für die Hamas Jerusalem zutiefst beunruhigt. Es sollte auch Washington beunruhigen, das wie Israel die Hamas als terroristische Gruppe bezeichnet. Und es ist eine todsichere Wette, dass die Verwicklungen der Türkei an der Hamas auf der Tagesordnung stand, als Herzog den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan von Angesicht zu Angesicht traf. Wenn sie zur türkisch-israelischen Normalisierung beitragen wollen – was sie sollten – sollten die Vereinigten Staaten ihr Bestes tun, um die Türkei dazu zu bringen, ihre Verbindungen zu der Terrorgruppe abzubrechen oder zumindest ihre Beziehungen davon abhängig zu machen, dass die Hamas auf Gewalt verzichtet und Israel anerkennt.

Die Nachsicht der Türkei gegenüber der Hamas steht im Widerspruch zu den eigenen Erfahrungen und der formalen Politik der Türkei. Als ein Land, das seine eigenen Probleme mit dem Terrorismus hatte, scheint die Türkei allen Grund zu haben, sich von der Hamas-Version des "bewaffneten Kampfes" und ihrer Geschichte der absichtlichen Angriffe auf Zivilisten abstoßen zu lassen. Darüber hinaus sollte es als mit dem Westen verbündete Nation, die seit 1949 ununterbrochene Beziehungen zu Israel unterhält und konsequent eine Zwei-Staaten-Lösung für das israelisch-palästinensische Problem unterstützt hat, für die Türkei leicht sein, die Hamas aufzufordern, Israel in ihren Grenzen nach 1949 zu akzeptieren. Ankara würde die Hamas nur auffordern, Ankaras eigenen Ansatz zu übernehmen. Erdoğan hat selbst in seinen bösartigsten rhetorischen Salven gegen Israel das Existenzrecht Israels nie geleugnet.

Ein Schlüsselproblem in den türkisch-israelischen Beziehungen

In früheren Jahren waren einige Analysten, israelische und nicht-israelische, der Meinung, dass die Türkei einen heilsamen Einfluss auf die Hamas haben könnte, indem sie die Gruppe leise von ihren extremen Ansichten abbringt. Es gibt jedoch keine Beweise dafür, dass die Türkei diese Aufgabe jemals übernommen hat, noch war jemals bekannt, dass ihre Beziehung zur Hamas zum Vorteil Israels war. Die Türkei suchte zusammen mit Katar eine Rolle bei der Vermittlung eines Waffenstillstands für die Kämpfe zwischen Israel und der Hamas im Jahr 2014. Berichten zufolge versuchte sie auch, die Hamas davon zu überzeugen, den israelischen Gefangenen Gilad Shalit freizulassen und in jüngerer Zeit zwei gefangene israelische Zivilisten und zwei tote israelische Soldaten zu übergeben, aber keine dieser Bemühungen scheint Früchte getragen zu haben.

Ganz im Gegenteil. Eine wichtige Lehre aus den letzten 14 Jahren ist, dass die Spannungen in den israelisch-türkischen Beziehungen oft aufgrund der Identifikation der Türkei mit der Hamas beginnen – sei es während der Israel-Hamas-Kriege von 2008-09, 2012, 2014 und 2021; der Zusammenstoß an der Grenze zu Gaza im Jahr 2018; die Anwesenheit des "Militär"-Chefs der Hamas Saleh al-Arouri in der Türkei und seine Beteiligung am Terrorismus im Westjordanland; oder, am bekanntesten, der Mavi Marmara-Vorfall von 2010, bei dem 10 Türken getötet wurden, die nach Gaza zogen, als sie sich den israelischen Bemühungen widersetzten, ihr Schiff zu besteigen und umzuleiten.

In den 11 Jahren seit Mavi Marmara haben Israel und die Türkei die "Normalisierung", die durch die Beziehungen auf Botschafterebene gekennzeichnet ist, nur zwei Jahre lang, von 2016 bis 2018, aufrechterhalten. Diese kurze Normalisierung endete, als die Türkei den israelischen Botschafter auswies. Dies war nach Israels tödliche Antwort auf Hamas-Anhänger, die an der Grenze zu Gaza als Reaktion auf die Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem randalierten.

Um es klar zu sagen, die Türkei davon zu überzeugen, die Beziehungen zur Hamas abzubrechen, ist nicht so sehr um des Friedensprozesses willen, der seit Jahren todgeweiht ist und keine kurzfristige Aussicht auf Wiederbelebung hat. Es geht auch nicht in erster Linie darum, die Hamas davon zu überzeugen, ihr Verhalten zu ändern und der Gewalt abzuschwören, was so unwahrscheinlich wie eh und je ist, wenn auch sehr zu wünschen übriglässt. Letztendlich geht es darum, eines der schwierigsten Probleme in den türkisch-israelischen Beziehungen zu beseitigen und die Grundlagen dafür zu schaffen, diese Beziehungen dauerhaft zu festigen.

Auswirkungen auf die Beziehungen der Türkei zu den USA, den Westen und den arabischen Regimen

Ankara dazu zu bringen, die Beziehungen zur Hamas abzubrechen, würde auch den Beziehungen zwischen den USA und der Türkei zugutekommen. Gerade zu einer Zeit, in der es in Washington Unzufriedenheit über Ankaras Entscheidung gibt, keine Sanktionen gegen Russland zu verhängen, sowie aus anderen Gründen. Obwohl es kaum der Schlüssel zur Lösung aller Probleme ist, die die amerikanisch-türkischen Beziehungen bedrängen, würde es im Kongress sicherlich positiv aufgenommen werden.

Die Distanzierung von der Hamas könnte ebenfalls dazu beitragen, Ankaras Ansehen im Westen zu erhöhen. Alle bis auf zwei Staaten der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) (Norwegen und die Türkei) bezeichnen die Hamas als terroristische Gruppe. Dennoch ist die Türkei das einzige Land, das herzliche und stetige Beziehungen zu der Gruppe hat; es ist das einzige Land, das die Hamas nie aufgefordert hat, Gewalt abzulehnen und Israels Existenzrecht zu akzeptieren.

Zumindest sollten Israel und die Vereinigten Staaten die Türkei dazu drängen, öffentlich darauf zu bestehen, dass die Hamas der Gewalt abschwört, Israel anerkennt und frühere Vereinbarungen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) billigt – das Trio von Bedingungen, die einst von der internationalen Gemeinschaft als Ticket für die Teilnahme der Hamas am Friedensprozess mit Israel festgelegt wurden. Als konsequente Verfechterin einer dauerhaften Zwei-Staaten-Lösung für das israelisch-palästinensische Problem sollte es für die Türkei selbstverständlich sein, von der Hamas nicht weniger zu verlangen.

Wenn Israel – und im weiteren Sinne auch die USA – darauf drängen, wird es jedoch vor dem kritischen Dilemma stehen, wie sehr es den Versprechungen, die Erdoğan an dieser Front machen könnte, vertrauen soll. Der türkische „starke Mann“ ist bekanntermaßen sprunghaft, aber seit mehr als anderthalb Jahrzehnten standhaft in seiner Unterstützung für die Hamas. Im Rahmen der kurzlebigen Normalisierung mit der Netanyahu-Regierung im Jahr 2016 verpflichtete sich Erdoğan sicherzustellen, dass die Hamas keinen türkischen Boden für die operative Planung nutzte; dieses Versprechen blieb schnell auf der Strecke.

Die Unterstützung der Hamas hat Erdoğans Image bei vielen arabischen Regimen sowie in den Vereinigten Staaten getrübt, da sie die Wahrnehmung verstärkt, dass er ein Ideologe der Muslimbruderschaft ist. Dies war die Quelle eines erheblichen Misstrauens gegenüber Erdoğan durch Regime wie Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien und, zumindest bis vor kurzem, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). In einigen Teilen der arabischen Welt mag die Nähe zur Hamas Erdoğans Popularität auf der "arabischen Straße" steigern, aber das wiederum macht die meisten arabischen Regime nur misstrauischer ihm gegenüber.

Erdoğans Motivation: Liebe und Politik

Erdoğan hat sich nie direkt mit der Frage befasst, warum er eine Organisation unterstützt, die Gewalt gegen Zivilisten befürwortet und praktiziert und ideologisch gegen eine Anerkennung Israels ist, da dies in Wirklichkeit die eigene Politik der Türkei ist. Die vorherrschende Wahrnehmung ist, dass es an Erdoğans unausgesprochener, aber unerschütterlicher Loyalität gegenüber der Muslimbruderschaft liegt, die die Hamas hervorgebracht hat. Das ist wahrscheinlich richtig. Erdoğans Nähe zur Muslimbruderschaft – und die seiner Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) – hat sich in der Diplomatie der Türkei mit der arabischen Welt gezeigt, insbesondere nach dem Arabischen Frühling.

In Bezug auf die Fatah unter dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, sagte Erdoğan, er "liebt alle unsere palästinensischen Brüder und Schwestern gleichermaßen", aber seine Körpersprache – sowie die Häufigkeit der Besuche von Hamas-Führern in der Türkei und die beträchtliche Präsenz von Hamas-Aktivisten in der Türkei – deuten darauf hin, dass die Hamas sein Lieblingsbruder ist.

Aber Erdoğans Nähe zur Hamas könnte auch die Innenpolitik widerspiegeln. Dies ist der Fall, trotz der Tatsache, dass die Hamas in der Türkei nie allgemein populär war, obwohl die palästinensische Sache selbst weithin unterstützt wird. Das letzte Mal, dass die Hamas-Frage erhoben wurde, scheint im Jahr 2014 von Pew Research zu sein; Dieses Ergebnis zeigte, dass die Türken die Hamas missbilligten, 80% zu 8%, während der Rest unentschlossen war oder nicht antwortete.

Erdoğans Unterstützung für die Hamas mag im Hinblick auf die "Mikropolitik" der türkischen Islamisten jedoch innenpolitisch sinnvoll sein. Die Unterstützung der Hamas könnte dazu beitragen, die religiöse Basis der AKP zu festigen und das Abdriften auf die winzige, aber islamistischere Felicity-Partei zu begrenzen, deren ungezügelte Opposition gegen Israel zu den Schlüsselelementen gehört, die sie von der AKP unterscheiden. Es ist auch möglich, dass es Erdoğan im Laufe der Zeit gelungen ist, die Hamas als das Gesicht der palästinensischen Sache in der türkischen Öffentlichkeit zu identifizieren und dadurch ihre Popularität und indirekt seine eigene zu erweitern.

Ausblick auf eine erneute türkisch-israelische Normalisierung: der Hamas-Faktor

Erdoğan hat mehrere Gründe, zu diesem Zeitpunkt gute Beziehungen zu Israel anzustreben – den Wunsch, die regionale Isolation der Türkei zu mildern, die Hoffnung auf eine unwahrscheinliche Pipeline, um israelisches Gas in die Türkei zu transportieren, vielleicht ein Streben nach einer Partnerschaft mit Israel bei High-Tech-Projekten, vielleicht ein Schub für die bereits florierenden Handelsbeziehungen, alles im Interesse der Verbesserung von Erdoğans Wiederwahlaussichten im nächsten Jahr – aber seine Hauptmotivation ist es, Washington zu beeindrucken. Im Gegenzug hofft er, dass verbesserte Beziehungen zu Israel die Haltung des US-Kongresses gegenüber der Türkei aufweichen werden, insbesondere Waffenverkäufe und am unmittelbarsten die 40 F-16 und 79 F-16-Upgrade-Kits, die er angefordert hat.

Israel hat deutlich gemacht, dass es eine stabile Beziehung zur Türkei will, obwohl seine Führung auch gesagt hat, dass es nichts tun wird, um seine engen Beziehungen zu den türkischen Erzfeinden Griechenland und Zypern zu untergraben, was mit ziemlicher Sicherheit die Pipeline oder die direkte militärische Zusammenarbeit ausschließt. Die USA wollen auch stabile türkisch-israelische Beziehungen, da sie verzweifelt nach einer außenpolitischen Landschaft suchen, die es ihnen ermöglicht, sich auf China zu konzentrieren.

Es sei darauf hingewiesen, dass Israel nicht ganz unschuldig an der schlechten Kommunikation mit der Türkei in Bezug auf die Hamas ist, insbesondere in den ersten Jahren der Beziehungen zwischen der Türkei und der Hamas, die mit einem Besuch des hochrangigen Hamas-Beamten Khaled Mashal in Ankara im Februar 2006 begannen. Im Jahr 2011 zum Beispiel, als Israel 1.027 „palästinensische“ Gefangene im Austausch für Gilad Shalit freiließ, forderte Jerusalem tatsächlich die Türkei auf, 10 der gefährlicheren zu akzeptieren, vermutlich weil sie glaubte, dass man der Türkei vertrauen könne, sie im Auge zu behalten. Israel machte die Präsenz der Hamas in der Türkei bis 2014 selten öffentlich, als der damalige Verteidigungsminister Moshe Jaalon begann, die Türkei zu beschuldigen, der "Terrorkommandoposten" der Hamas zu sein. Dadurch könnte Erdoğan den Eindruck gewonnen haben, dass Israel nicht so besorgt über seine Hamas-Verbindungen war.

Obwohl die Vereinigten Staaten gelegentlich die türkische Unterstützung für die Hamas kritisiert haben, haben sie sie nie zum Gegenstand einer beharrlichen bilateralen Diplomatie mit Ankara gemacht. Das sollten sie aber.

Zugegebenermaßen ist dies möglicherweise nicht der perfekte Zeitpunkt für Washington, um ein Plädoyer dafür zu halten, dass die Türkei ihre Verbindung zur Hamas aufgibt. Die Vereinigten Staaten haben wahrscheinlich dringendere, ukrainebezogene Anfragen an die Türkei gerichtet, und die Türkei betrachtet die Vereinigten Staaten inzwischen selbst als Terrorismusunterstützer wegen ihrer Zusammenarbeit mit den mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Syrien verbundenen Kräften, nämlich den Volksverteidigungseinheiten (YPG). Außerdem können die Vereinigten Staaten der Türkei keinen anderen Anreiz bieten als Lob dafür, dass sie ihre Position zur Hamas mit der der meisten ihrer Verbündeten in Einklang gebracht und diesen Makel von ihrem Ruf in Washington entfernt hat. Dennoch ist die Beziehung der Türkei zur Hamas unangebracht für einen NATO-Verbündeten und verdient es, ein Thema auf der bilateralen Agenda der USA und der Türkei zu sein.

Wenn Washington außerdem will, dass sich dieser jüngste Versuch einer türkisch-israelischen Normalisierung als dauerhafter erweist als der vorherige, sollte es deutlich machen, dass Ankara seine Beziehung zur Hamas beenden oder sich zumindest öffentlich von der Ideologie und Taktik der Hamas trennen muss. Sollte das passieren, könnte der Herzog-Besuch der Beginn einer dauerhaften Normalisierung sein.

Alan Makovsky ist Senior Fellow für Nationale Sicherheit und Internationale Politik bei American Progress. Von 2001 bis 2013 war er als leitender Mitarbeiter im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten im US-Repräsentantenhaus tätig, wo er über den Nahen Osten, die Türkei und andere verwandte Themen berichtete.

Aus dem Englischen von Filip Gaspar

Dieser Artikel wurde zuerst vom Jewish Institute for National Security of America veröffentlicht.

JUDISCHE RUNDSCHAU
Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(03222) 13 24 601** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.
Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen
J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)
redaktion@juedische-rundschau.de
(03222) 13 24 601
www.juedische-rundschau.de
www.facebook.com/jrundschau
@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von
☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ☒ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Aliya ist Teil der israelischen Identität

In einem Gespräch mit einem Korrespondenten der „Jüdischen Rundschau" erzählt Professor Zeev Chanin, wie lange es dauert, ein echter Israeli zu werden, warum Israelis vielfach auswandern und wieder zurückkommen und wie sich die aktuelle Aliya von den Einwanderungen der Vergangenheit unterscheidet. (JR)

Interview führte Victoria Kats

Professor Zeev Chanin wurde 1959 in Saporoschje geboren. 1981 absolvierte er das Staatliche Pädagogische Institut Jaroslawl. 1989 - Aufbaustudium am Institut für Afrikastudien der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Er verteidigte seine Doktorarbeit über die Probleme der Beziehungen zwischen Parteien und informellen Machtstrukturen in den Ländern des Ostens. Als Stipendiat der Soros Foundation und des British Council absolvierte er 1991 ein Postdoctoral Fellowship am Institute for Russian and Soviet Studies der Universität Oxford. Nach seiner Rückkehr nach Israel 1992 promovierte er (Politikwissenschaft), arbeitete als Dozent und Forscher am Institut für Geschichte des Nahen Ostens und Afrikas und am Zentrum für Russland- und Osteuropastudien der Universität Tel Aviv, unterrichtete an der Bar-Ilan-Universität, arbeitete mit einer Reihe anderer Bildungs- und Forschungseinrichtungen zusammen. Er ist Hauptgelehrter des Ministeriums für Aliya und Integration und Professor des Masterprogramms für Judaistik an der Ariel Universität. In einem Gespräch mit einem Korrespondenten der „Jüdischen Rundschau" erzählt Zeev Chanin, wie lange es dauert, ein echter Israeli zu werden; warum und wo die Rückkehrer Israel verlassen und wie sich die aktuelle Aliya von der vorherigen unterscheidet.

Zeev Chanin

Drei kritische Jahre

- Zuletzt erschien im deutsch-amerikanischen Verlag De Gruyter Ihr Buch "Von Russland nach Israel - und zurück". Stimmt es, dass junge und vielversprechende Menschen Israel verlassen?

Das Intelligenzverhältnis zwischen denen, die nach Israel kommen, und denen, die es verlassen, ist ungefähr gleich. So wie intelligente Menschen kommen, so gehen auch intelligente Menschen. Was das Alter betrifft, so ist der Anteil junger Menschen unter den russischsprachigen israelischen Emigranten etwas höher als unter der gesamten Gemeinschaft der Repatrianten aus der ehemaligen UdSSR. Die Israelis gehen jedoch nicht nur, sondern kehren auch zurück. In den letzten Jahren hat sich dieser Prozess intensiviert, und unter den Rückkehrern sind auch Russischsprachige. Zudem ist der Anteil junger Menschen unter den Rückkehrern höher als unter den Abgängern.

– Aus welchen Gründen kehren Repatrianten aus dem Ausland nach Israel zurück?

Das sind die gleichen Gründe, wie beim Weggehen. Erwartungen wurden nicht erfüllt; familiäre Gründe... und Patriotismus. Die Leute lieben dieses Land einfach, ob Sie es glauben oder nicht. Wenn Sie durch die Internetforen von Israelis in der GUS, Nordamerika und Europa wandern, wird es Leute geben, die schreiben werden: Schade, dass wir 10-20 Jahre in Israel verloren haben, in Kanada lief vom ersten Tag an alles großartig. Aber es wird diejenigen geben, die sagen werden, dass sie nirgendwo mit Honig beschmiert sind und dass sie sich durch ihre Jugend, den Militärdienst, den Bus Nummer 5, der zum Strand in Tel Aviv fährt, mit Israel verbunden fühlen... Zu sagen, dass eine positive Auswahl von jungen und gebildeten unter denen, die gehen, und eine negative unter denen, die bleiben ist, wäre eine Übertreibung. Oder eine Hypothese, die nicht durch seriöse statistische und analytische Daten gestützt wird.

– Wie sehen diese Daten aus?

Der kritische Moment für einen Auswanderer sind die ersten drei bis fünf Jahre im Ausland. Es wird deutlich, ob eine Person für immer gegangen ist oder sich entschieden hat, die Welt zu sehen, zu reisen, bevor sie ein Erwachsenenleben beginnt. Fünf Jahre sind ein kritischer Zeitraum, nach dem klar wird, dass die Person höchstwahrscheinlich nicht zurückkehren wird. Von denen, die länger als fünf Jahre dauerhaft im Ausland gelebt haben, kehren 10-15 % nach Israel zurück. Nach zwei Jahren werden 30% zurückgehen, nach drei - die Hälfte. Außerdem sinken die Chancen auf eine Rückkehr. Im Grunde bleibt das mittlere Alter und der Mittelstand im Ausland stecken. Diese Menschen hatten eine gute Zeit in Israel: Dort erhielten sie ihre Ausbildung oder setzten sie fort, erreichten etwas Bedeutendes im Leben und sahen, so dachten sie, ihre berufliche Grenze. Motive wie Ideologie, Sicherheit, Politik, Klima und andere Erwägungen sind meistens Ausreden und in jedem Fall von untergeordneter Bedeutung. Das Bildungsniveau der Israelis, die nach Nordamerika und Europa gezogen sind, ist ziemlich hoch. Ein klassischer Israeli in Russland und auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR ist ein Fachmann mittleren Alters, ein mittlerer und höherer Manager, ein Forscher, ein Informatikingenieur, ein Informatiker und ein Spezialist für alle Arten von Informationsprojekten. Er kehrt nicht so sehr in die Städte und Regionen seines ersten Exodus zurück, sondern unternimmt eine zweite Emigration in die großen Wirtschafts- und Kulturzentren seiner ehemaligen Heimat. Es gibt auch Lehrer, Unternehmer im Dienstleistungs- und Produktionssektor.

– Riesige Zahlen von „Rückkehrern" werden regelmäßig in der Presse genannt: Allein in Moskau soll es zehntausende, wenn nicht hunderttausend von Israelis geben.

Verzeihen Sie meine Ausdrucksweise, aber das ist Unsinn. Auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen UdSSR leben derzeit maximal 45.000 bis 47.000 Israelis, einige von ihnen leben in beiden Ländern. Ohne natürlich die neuen Israelis, die nicht wirklich im Land lebten, sondern einfach Pässe erwarben. Der Mythos von 100.000 Israelis in Moskau ist einem anthropologischen Phänomen zuzuschreiben. In dem Moment, in dem Sie das Haus verlassen und eine statistisch signifikante Anzahl von Mitgliedern einer bestimmten Gruppe sehen, fühlt es sich an, als wären sie überall. Es gibt eine bekannte soziologische Anekdote: In Marseille wurden die Franzosen nach dem Anteil der Muslime in ihrer Stadt gefragt. Weniger als 30 % hat niemand genannt, obwohl es damals tatsächlich knapp über 10 % waren. Wie viele russischsprachige Einwohner gibt es in Aschdod? Intuitiv - die ganze Stadt, in Wirklichkeit - etwas mehr als ein Viertel der Bevölkerung. Es ist also eine optische Täuschung. Jemand sprach es aus, der Satz ging spazieren. Ich wurde einmal zum arabischen Fernsehsender RT eingeladen, wo der Gesprächspartner ein israelischer Araber war, ein Hochschullehrer. Er stellte die Frage: "Dr. Chanin, können Sie erklären, warum 400.000 russischsprachige Israelis Israel verlassen haben?" Er fragte nicht, ob das 400.000 wären, er behauptete das. Ein Versuch, herauszufinden, woher er diese Zahl habe, führte daraufhin zu deren Veröffentlichung in einer der hebräischsprachigen Zeitungen, die auf den Bericht eines arabischen Radiosenders verwies, und der Radiosender wiederum nahm die Informationen aus ... einer libanesischen Zeitung.

– Wenn nicht 400.000, wie viel dann?

Nach den Kriterien des Zentralen statistischen Büros ist ein Yored (hebräisch für „eine Person, die Israel verlassen hat") jemand, der ins Ausland gegangen und nach 12 Monaten nicht zurückgekehrt ist. Wir wissen nicht, ob es sich um Auswanderer handelt oder um solche, die vorübergehend im Ausland leben. In jedem Fall sind das 13-14% der Zahl der Repatrianten aus der ehemaligen UdSSR, von 120 bis 140.000 Menschen. Etwa die Hälfte davon befindet sich in der ehemaligen UdSSR, die zweite Hälfte in den USA, Kanada und Europa. Ein Teil fällt nicht in die Auswanderungsstatistik, weil sie in zwei oder sogar drei Ländern leben. In unserer Stichprobe gab es weniger als 15 % der Menschen, die das Verlassen Israels in die GUS-Staaten als Rückkehr in ihr Heimatland empfanden. Der Rest kam aus persönlichen und wirtschaftlichen Gründen. Viele bezeichnen sich selbst als Expats, manche sagten sogar: „Ich bin kein Expat; ich bin ein Israeli, der umgezogen ist, wenn ich hier genug gearbeitet habe, werde ich zurückkehren." Viele sehen sich als Botschafter ihres Unternehmens. Es gibt auch Wirtschaftsflüchtlinge – naja, sie hatten kein Glück in Israel und haben zum Land keine besonderen Gefühle entwickelt, das hat sich so ergeben.

Intellektuelle, aber keine Linken

– Ein russischsprachiger Israeli landet im Ausland. Wird er ein Teil der örtlichen jüdischen Gemeinde sein oder hält er sich zurück? Annäherung an die Tradition oder Abkehr von ihr?

Wir sehen die Bewahrung einer stabilen israelischen Identität, wir sehen keine negative Dynamik in der jüdischen Identität und wir sehen eine Stärkung der religiösen Identität. Zumindest in Russland. Im Israel der frühen 1990er-Jahre sank der Pegel der Religiosität unter Juden aus der UdSSR: im jüdischen Land braucht es keine Requisiten für die jüdische Selbstidentifikation. Wenn Sie die Rückreise antreten, brauchen Sie manchmal etwas, um Ihre jüdische Seite zu stärken.

- Was ist religiöse Identität?

Die Antwort auf die Frage: „Halten Sie sich für einen religiösen Menschen?", was auch immer das heißen mag. Es bedeutet nicht die Notwendigkeit, Kultstätten zu besuchen oder Rituale einzuhalten. Synagogen, Kulturzentren und alle anderen Orte, an denen Probleme der persönlichen Beziehungen und geschäftliche Angelegenheiten gelöst werden, sind eine gemeinsame Plattform. Dort finden Sie Partner, Kunden, Arbeitgeber. Es gibt sogar exotische Exemplare wie einige israelische Araber, die an Synagogen spenden. Weil sie in diesem Trubel sein müssen, verstehen Sie? Gleichzeitig sollte berücksichtigt werden, dass sich russischsprachige Israelis nicht vollständig mit anderen Gruppen vermischen und ihre eigenen Treffpunkte organisieren. Ihr innerer sozialer Kreis besteht im Grunde aus den gleichen russischsprachigen Israelis, plus ein bisschen lokaler Juden. Dies ist in New York und Toronto deutlich zu sehen. Russisch sprechende Israelis und „die Direkten", also diejenigen, die direkt aus der UdSSR nach Nordamerika kamen, sehen sich selbst als zwei unterschiedliche Gruppen.

– Eine andere Sichtweise ist zur Zeit sehr populär: Die derzeitige Aliya ist größtenteils nichtjüdisch; potenzielle Antisemiten oder zumindest Träger linksradikaler, antizionistischer Ansichten kommen.

Unter den Aliyas der letzten Jahre liegt der Anteil halachischer Nichtjuden deutlich über dem Durchschnitt der Gemeinde. Allerdings ist das Gerede über die Massenankunft von Goyim und Antisemiten, die den jüdischen Charakter Israels ändern wollen, basiert auf Unkenntnis der Tatsachen, Unfähigkeit, sie zu interpretieren, an mangelnder Bereitschaft, die Situati-

on zu verstehen, und ist rein politische Propaganda. Gemessen an den Daten unserer Studien ist der Anteil jener Repatrianten der letzten und früheren Aliya-Wellen, die die halachischen Kriterien des Judentums nicht erfüllen oder überhaupt keine jüdischen Wurzeln haben, aber gleichzeitig sich als Teil der jüdischen Gemeinde betrachten, sehr hoch. Politisch sehen sich diese Menschen wie ihre Vorgänger überwiegend als rechtsliberalen Teil des politischen Spektrums. Einer Studie aus dem Jahr 2017 zufolge sind rechte Überzeugungen unter der Aliya in den letzten Jahren beispielsweise sogar noch häufiger als in der russischsprachigen israelischen Gemeinschaft insgesamt. Zum Beispiel gab es unter ihnen mehr Unterstützer der Partei Israel Bayteynu („Unser Heim Israel“) und Likud als im Durchschnitt. Es wird angenommen, dass die letzte Welle der Aliya solche europäischen Intellektuellen sind. Das ist die Wahrheit. Aber sie sind nicht geneigt, ihr Weltbild automatisch auf die Realitäten des arabisch-israelischen Konflikts zu übertragen. Andere Studien zeigen, dass die Repatrianten fünf oder sechs Jahre nach ihrer Ankunft in dieser Hinsicht zu gewöhnlichen Israelis werden. Anders als beispielsweise Einwanderer in den USA oder Europa. Es gibt eine russischsprachige Gemeinde in Israel, aber kein Ghetto. Russisches Israel - mit Betonung auf dem Wort "Israel".

– Wie unterscheiden sich Neueinwanderer grundlegend von den vor 30 Jahren zugezogenen „Oldtimern“? Vielleicht die finanzielle Situation – schließlich können Sie jetzt eine Wohnung verkaufen und Ihre Geldersparnisse herausholen?

Wohlstand sieht natürlich anders aus, aber das ist nicht das Einzige. Es kommen Menschen nach Israel, die in diesem Leben schon alles gesehen haben. Gorbatschows Aliya glaubte, in der bildhaften Formulierung eines meiner Moskauer Freundes und Kollegen, dass "der ganze Mist in der Sowjetunion und das ganze Gold im Westen ist". Die heutige Generation versteht, dass sowohl Gold als auch Mist mehr oder weniger gleichmäßig auf der ganzen Welt verteilt sind. Die jetzige Aliya geht mit offenen Augen nach Israel. Dies ist ein vertrautes Land, in dem Verwandte und Freunde leben. Viele könnten mit etwas Mühe nach Tschechien, Deutschland ziehen - oder nach Amerika, aber sie schätzen die Tatsache, dass sie in Israel zu Hause und niemandem etwas schuldig sind. In anderen Ländern müssten sie sich verbeugen und danken und versprechen, dass sie gute Bürger sein würden.

– Angesichts der erheblichen Zahl von Nichtjuden unter den russischsprachigen Israelis leitet die Regierung nun Reformen im Bereich des Übertritts – des Gijurs - ein. Inwieweit werden sie von der Zielgruppe nachgefragt?

Ich arbeite seit vielen Jahren an diesem Thema und bin auch in öffentlichen Kommissionen und Beratungsgremien tätig. Kurzgefasst, diese Frage kommt 25 Jahre zu spät: Anfang der 1990er Jahre konnte man das schnell regeln, aber dann kam es zu einem Machtwechsel. Die Avoda-Partei förderte in erster Linie den Friedensprozess, sie brauchte Koalitionsunterstützung, die bezahlt werden musste. Daher wurde die zivile Komponente der Innenpolitik auf ultraorthodoxe Parteien übertragen. Im Gegensatz zum ehemaligen religiös-zionistischen Rabbinat, das in den letzten 20-25 Jahren eine inklusive Politik gegenüber Nichtjuden verfolgte, hat das neue Rabbinat oft eine exklusive Politik verfolgt. Ich glaube also, der Zug ist abgefahren. Die Gijur-Reform hängt nicht so sehr von den Repatrianten ab, sondern von der israelischen Gesellschaft. Wenn sie Signale über die Notwendigkeit einer Veränderung sendet, wird der Prozess fortgesetzt.

Das israelische Rückkehrgesetz garantiert allen Juden eine Heimat in Israel

– Für die nichtreligiöse Mehrheit ist die israelische Identität wichtiger als die jüdische Identität. Die Enkelin eines Juden mit hebräischer Muttersprache, Militärdienst und Studium an einer Universität wird zu hundert Prozent als eine „eigene“ wahrgenommen.

Jein. Im Vergleich zu den Juden der Diaspora sind nichtreligiöse Israelis ziemliche Traditionalisten: Sie zünden Chanukka-Kerzen an und ziehen Chuppa-Trauungen weltlichen Zeremonien vor. Das sind Menschen, für die die jüdische Tradition in ihrer bürgerlich-israelischen Version keine leere Floskel ist. Der durchschnittliche Israeli glaubt, dass es gut wäre, den Status von Nichtjuden in der jüdischen Gemeinde zu formalisieren – bürokratisch zu klären; das heißt, vereinfacht gesagt, er ist für Gijur. Wofür - eine separate Frage, da das derzeitige religiöse Establishment viele Fragen an eine solche Person hat.

– Sie sagten, dass das damalige Rabbinat vor Beginn der Großen Aliya inklusiver war. Worin drückte es sich aus?

Ich habe keine genauen Daten, aber Tatsache ist, dass dies in den 1950er bis 1960er Jahren sowie in den frühen 1970er Jahren der Fall war. Diese Probleme wurden schnell gelöst. Auf einer Konferenz, an der ich teilnahm, fragte jemand, wie viel Prozent der Nichtjuden aus dem Maghreb in der Aliya seien. Man sah ihn überrascht an und sagte, dass es solche Leute überhaupt nicht gebe. Aber rein statistisch passiert das nicht. Das deutet darauf hin, dass die Situation damals schnell, ruhig und umfassend gelöst wurde und alle sie längst vergessen hatten. Unter den Einwanderern der 1970er Jahre war der Anteil der Nichtjuden nach Halacha vermutlich nicht geringer als in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Viele Erinnerungen an diese Jahre klingen etwa so: Die Menschen gingen zu den Rabbinern in den Siedlungen und Städten, um die Bar Mizwa ihres Sohnes oder die Bat Mizwa ihrer Tochter zu feiern; der Rabbi fragte nach Dokumenten. Ihm wurde gesagt, der Vater sei Jude, die Mutter Russin. Der Rabbi antwortete: „Nun, das ist kein Problem. Bringe dein Kind zum Unterricht, dann musst du es beschneiden lassen, in die Mikwe eintauchen, und das war's.“ Die Gesellschaft war damals mehr als heute dazu geneigt.

Das Heilige Land macht seine Arbeit

– Haben Sie nützliche Ratschläge für neue oder potenzielle Einwanderer? Wie lange dauert es zum Beispiel, wirklich ein Israeli zu werden?

Fünf bis sieben Jahre. Zuerst werden Kinder integriert, dann Erwachsene. Es ist nicht nötig, sich auf soziale Netzwerke zu konzentrieren, in denen „Oldtimer“ über neue Repatrianten schreiben, antworten, wo endlose Kämpfe ausgetragen werden… Eine kleine Anzahl von Menschen ist damit beschäftigt. Die Praxis zeigt, dass der Integrationsprozess sowohl unter halachischen Juden als auch unter Nichtjuden sehr schnell ist. Es ist nicht nötig, jemandem Ratschläge zu erteilen. Das Heilige Land tut seine Arbeit.

- Was ist Integration? Sprach- und Kulturkenntnisse?

Integration ist sozialer Trost. Sich in dem Land wohlfühlen, man selbst bleiben. Sich für das Land engagieren, mit seinen Problemen beschäftigen. Verstehen, dass wenn irgendwo etwas explodiert ist, ist es dir passiert. Verstehen, dass die Hamas-Terroristen, die den Süden Israels beschießen, sich im Krieg mit deinem Land befinden, selbst wenn du jetzt weniger als 180 Tage im Jahr dort verbringst…

- Ist das eine Einschränkung der Nationalen Sozialversicherungsbehörde?

Ja, so ein allgemeingültiges Kriterium. Wenn Sie drei Jahre lang weniger als 180 Tage im Jahr in Israel leben, gelten Sie als im Ausland lebender Israeli. Ich muss sagen, wir haben Studien bei Russen durchgeführt, die die israelische Staatsbürgerschaft wegen eines Passes erhalten. Zuerst nehmen sie diese Pässe nur für den Fall. Dann melden sie sich in Israel an, leben dort aber nicht. Dann kaufen viele Immobilien oder kümmern sich um eine Langzeitmiete, dann beginnen sie in dieser Immobilie Zeit zu verbringen, erst zwei Wochen im Jahr, dann einen Monat oder mehr. Und dann sagen die Kinder: „Papa, Mama, geht nach Hause, und ich bleibe noch, hänge noch rum.“ Das Bild ist natürlich vereinfacht, aber nah an der Realität. Die Hauptsache ist, die Menschen entdecken plötzlich, dass die israelische Agenda in ihrem Weltbild einen viel größeren Platz einnimmt als alle anderen.

Aus dem Russischen von Irina Korotkina

Die Änderung der judenfeindlichen PLO-Charta, die trotz arabischer Zusage niemals vorgenommen wurde

Der „Friedensprozess", der 1993 mit dem Oslo-Abkommen begann, war im Grunde eine israelische Landabtretung im Austausch für ein verbindliches Friedensversprechen der „palästinensischen" Führung. Dabei ging es auch um die Herausnahme der Klauseln ihrer „Charta", die auf die Vernichtung des Staates Israels abzielen. (JR)

William K. Langfan/ Israelnationalnews.com

J. DAVID AKE / AFP

Der israelische Außenminister Shimon Peres unterzeichnete am 13. September 1993 die historischen Oslo-Abkommen zwischen Israel und der PLO. (Von links nach rechts: Der israelische Premierminister Jitzchak Rabin, US-Präsident Bill Clinton und PLO-Chef Jassir Arafat)

Dieser Beitrag ist ein Nachdruck zu Ehren von William K. Langfan anlässlich des 100. Geburtstags des Autors! Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, „ad 120", wie man auf Hebräisch sagt, und die besten Wünsche für weitere Gesundheit und Glück von Arutz Sheva!

Der „Friedensprozess", der 1993 mit der Grundsatzerklärung ("Declaration of Principes", DOP) begann und mit den Oslo-Abkommen fortgesetzt wurde, war eigentlich eine israelische Landabtretung im Austausch für Friedensversprechen der palästinensischen Führung.

Eine der größeren und wahrscheinlich wichtigsten palästinensisch-arabischen Verpflichtungen im „Friedensprozess" war das Versprechen, die belastenden Klauseln ihrer formellen ursprünglichen 29-Klausel-Charta von 1964 (die „Charta") aufzuheben, die 1968 nach dem Krieg von 1967 in eine 33-Klausel-Charta geändert wurde.

Die Bedeutung der Charta für die Araber kann nicht überschätzt werden. Für die „Palästinenser" ist es praktisch ihr „Junior-Koran". Zusammenfassend erklärten diese Klauseln in der Charta die Gründung Israels für illegal und nichtig und riefen zum bewaffneten Widerstand auf, bis Palästina befreit wäre.

Es ist die Meinung des Autors, gestützt auf die nachfolgenden Tatsachen, dass kein einziges Wort der Charta jemals geändert worden ist. Arafat und die nachfolgende palästinensisch-arabische Führung leiteten eine Reihe von Schritten ein, um anzudeuten, dass die Charta geändert worden sei; Es gibt jedoch nicht den geringsten Beweis dafür, dass jemals eine Änderung stattgefunden hat.

Anforderungen für die Änderung der Palästinensischen Charta

Klausel 33 der Charta in der geänderten Fassung von 1968 besagt ausdrücklich, dass es keine Änderung der Charta geben kann, es sei denn, zwei Drittel der Vollmitgliedschaft des Palästinensischen Nationalrates verlangt sie, und eine solche Abstimmung kann nur in einer Sitzung mit besonderer Ankündigung der Ergänzungsänderung erfolgen.

Arafats Brief an Rabin von 1993

Arafat schrieb im September 1993, nur wenige Tage vor der Unterzeichnung der Oslo-Abkommen, einen großartigen Brief an PM Rabin. In dem Schreiben erklärte Arafat, dass die „Klauseln in der Charta, die im Widerspruch zu dem stehen, was ich in diesem Schreiben gesagt habe, entweder nicht mehr wirksam sind oder aufgehoben werden". Kritischerweise endete Arafats Brief von 1993 mit dem Satz, dass der „Brief dem PNC (dem Palästinensischen Rat) zur formellen Genehmigung vorgelegt wird". Mit anderen Worten, alle friedlichen Äußerungen Arafats in seinem Brief von 1993 waren „vorbehaltlich" der formellen Genehmigung des PNC gemäß Klausel 33 der Charta.

PNC Abstimmung und Resolution 1996

Der PNC trat schließlich im April 1996 zusammen und stimmte nach einer Rede des PNC-Vorsitzenden Zanoun für eine Zwei-Klausel-Resolution. Zanouns Rede hielt klar fest, dass „wir etwas zum niedrigstmöglichen Preis tun müssen – wenn wir etwas ändern, bedeutet das, dass wir einen sehr hohen Preis bezahlt haben – wenn wir eine neue Charta vorbereiten, wird es weniger herausfordernd sein – die Resolution, die wir entworfen haben, gibt uns 6 Monate, bis der palästinensische Zentralrat zusammentritt. Die können sagen, wir überlassen das dem Nationalrat…"

Klausel eins der Resolution besagt, dass der PNC beschließt, „die palästinensische Nationalcharta zu ändern und die Artikel der Charta aufzuheben, die sich gegen den Briefwechsel zwischen der PLO und der israelischen Regierung vom 9. und 10. September 1993 richten. Klausel 2 der Resolution besagt, dass ein Rechtsausschuss gebildet werde, um eine neue Charta zu entwerfen.

Wenn wir die Zanoun-Rede von vor der Abstimmung mit der 2-Klausel-Resolution kombinieren, über die tatsächlich abgestimmt wurde, plus der Tatsache, dass es keine Aufzeichnungen darüber gibt, dass jemals ein Rechtsausschuss gebildet wurde, und es keine Aufzeichnungen darüber gibt, dass jemals eine Neufassung der Charta stattgefunden hat, konnte keine einigermaßen objektive Person bis zum jetzigen Zeitpunkt zu dem Schluss kommen, dass es eine Änderung der Charta gegeben hat.

Das israelische Außenministerium veröffentlichte im Oktober 1996 ein Communiqué, in dem es hieß, dass die PLO es versäumt habe, die Klauseln der Charta bis spätestens 7. Mai 1996 zu ändern. Weiter heißt es: „Indem sie die Gründungsvereinbarung (die Charta) intakt lässt, sendet die PLO eine klare Botschaft, dass sie weder der Gewalt abgeschworen noch das Existenzrecht Israels akzeptiert hat."

Arafats Brief an Präsident Clinton von 1998

Es gibt keine Aufzeichnungen darüber, dass zwischen Oktober 1996 bis Arafat im Januar 1998 einen Brief an Präsident Clinton schrieb, jemals etwas passiert ist, was die Charta betrifft.

Arafat erklärte in diesem Brief von 1998, dass Fragen bezüglich der rechtlichen Wirkung der April-1996-PNC-Aktion aufgeworfen wurden. Arafat schrieb dann: „Wir möchten diese Bedenken ausräumen." Gemäß Artikel 33 der Charta sei die PNC-Resolution von 1996 eine umfassende Änderung des Paktes. Alle Bestimmungen des Abkommens, die mit der Verpflichtung der PLO, Israel anzuerkennen und Seite an Seite mit ihm zu leben, unvereinbar sind, seien nicht länger in Kraft.

Infolgedessen wurden die Artikel 6–10, 15, 19–23 und 30 sowie Teile der Artikel 1–5, 11–14, 16–18, 25–7 aufgehoben. Und 29, die mit den oben genannten Verpflichtungen nicht vereinbar sind, wurden ebenfalls für nichtig erklärt.

Arafat beendete seinen Brief wie folgt: Ich kann im Namen der PLO und der Palästinensischen Autonomiebehörde versichern, dass alle Bestimmungen des Abkommens, die mit den oben erwähnten Verpflichtungen vom 9./10. September 1993 gegenüber Premierminister Rabin unvereinbar waren, annulliert wurden.

Arafat erklärte also, dass bestimmte Klauseln in der Resolution von 1996 annulliert wurden.

Kann irgendjemand vernünftigerweise zu dem Schluss kommen, dass eine Erklärung von Arafat, dass das PNC-Votum von 1996 für die Resolution die in Arafats Brief an Präsident Clinton aufgezählten spezifischen Klauseln annulliert hat, diese annulliert, wenn es nicht einen einzigen Fakt gibt, der Arafats Behauptungen stützen könnte?

Im Gegenteil, die Resolution von 1996 selbst bezeichnete ausdrücklich einen Rechtsausschuss, um in der Zukunft nicht näher bezeichnete tatsächliche Änderungen der Charta zu entwerfen, was eindeutig bedeutet, dass bei der Abstimmung von 1996 keine tatsächlichen Änderungen stattfanden.

Verschiedene „palästinensische" Bestätigungen von Arafats Brief von 1998 an Präsident Clinton

Die folgende Reihe von Ereignissen ereignete sich im Dezember 1998, die den Inhalt von Arafats Brief an Präsident Clinton bestätigten:

- Am 7. Dezember 1998 bekräftigte das Exekutivkomitee der PLO den Brief von Arafat an Präsident Clinton.
- Am 10. Dezember 1998 traf sich das Zentralkomitee der PLO und bekräftigte den Arafat-Brief.

• Am 14. Dezember 1998 trafen sich alle „palästinensischen“ Führer aller „palästinensischen“ Ministerien und bekräftigten den Friedensprozess und bekräftigten die Maßnahmen des Exekutivkomitees und des Zentralkomitees in Bezug auf die Charta.

Anbei war die Zusammenfassung der Entscheidungen und Maßnahmen in Bezug auf die palästinensische Nationalcharta, wie sie von der Beobachtermission Palästinas bei den Vereinten Nationen veröffentlicht wurde. Diese Zusammenfassung ließ praktischerweise aus dem zweiten Abschnitt der PNC-Resolution von 1996 diese Worte weg: „die dem PCC während seiner ersten Sitzung vorgelegt werden“. Es gibt keine Beweise dafür, dass dieses „erste“ PCC-Treffen jemals stattgefunden hat. Ebenso gibt es keine Beweise dafür, dass jemals ein Rechtsausschuss gebildet wurde, noch gibt es Beweise dafür, dass jemals eine Neufassung der Charta stattgefunden hat.

Schlussfolgerung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Arafats „vorbehaltlich“-Brief an Rabin, die nicht schlüssige Klausel eins der PNC-Resolution vom April 1996, Arafats Brief an Präsident Clinton und die drei Abstimmungen vom Dezember 1998, die Arafats Brief an Präsident Clinton bekräftigen, alles an Beweisen dafür sind, dass diese ausdrücklich aufgezählten Klauseln der Charta annulliert oder teilweise annulliert wurden.

Der Beweis dafür, dass in der Charta niemals ein einziges Wort geändert wurde, lautet wie folgt:

Es gibt kein einziges Dokument, um die Behauptung zu untermauern, dass jemals eine Änderung der Charta stattgefunden hat.

In der Vorabstimmungsrede des PNC-Vorsitzenden Zanoun wurde ausdrücklich erklärt, dass keine Änderung in Betracht gezogen werde und dass es eine Neufassung der Charta geben solle. Es gibt keine Beweise dafür, dass eine neu verfasste Charta existiert.

Es gibt keine Beweise dafür, dass je ein Rechtsausschuss gemäß Absatz 2 der PNC-Resolution vom April 1996 gebildet wurde, und keine Beweise für eine neue Satzung (siehe Link zur PNC-Website am Ende des Artikels).

Drei Bekräftigungen von Arafats Januar-1998-Brief an Präsident Clinton vom Dezember 1998, in dem es hieß, dass die Folge der Resolution vom April 1996, für die eine große Mehrheit der PNC gestimmt hatte, eine Annullierung der ausdrücklich aufgezählten Klauseln und eine teilweise Annullierung der anderen aufgezählten Klauseln war, war eine Arafat-Behauptung, die nie stattgefunden hat. Eine Bestätigung von etwas, das nie passiert ist, verwandelt ein Ereignis, das nie passiert ist, nicht in ein Ereignis, das passiert ist. Somit waren all diese Bestätigungen von Arafats Brief an Präsident Clinton Bestätigungen von nichts. (Eine erneute Bestätigung einer rechtlich fehlerhaften Satzungsänderung wandelt die rechtlich fehlerhafte Änderung nicht in eine rechtswirksame Satzungsänderung um) (Eine erneute Bestätigung eines fiktiven falschen Ereignisses macht das fiktive falsche Ereignis nicht sachlicher oder wahrer).

Wenn seitens der „palästinensischen“ Führung die wahrhaftige Absicht bestünde, irgendeinen Teil der Charta zu annullieren, müsste der Palästinensische Nationalrat nur dafür stimmen, jede Klausel für nichtig zu erklären, wie Arafat in seinem Brief behauptete.

Fakten sprechen lauter als Worte. Die Jahre nach der Abstimmung der palästinensischen Führer vom 14. Dezember 1998, bei der sie ihre Arme erhoben, um für die „Bekräftigung des Friedens“ zu stimmen, führten zu den größten Opferzahlen unter der israelischen Zivilbevölkerung seit dem Waffenstillstand von 1949. (siehe Link am Ende des Artikels) Die durchschnittlichen israelischen Zivilbevölkerungstoten durch Terrorismus von Januar 1999 bis 31. Dezember 2009 betrug 108 im Vergleich zu 28 jährlichen israelischen Zivilbevölkerungstoten durch Terrorismus von 1949 bis 31. Dezember 1998. Wenn die Mauer nicht gebaut worden wäre, wäre die Gesamtzahl der israelischen Todesfälle noch viel höher gewesen.

Das Ergebnis des „Friedensprozesses“ zu diesem Zeitpunkt ist: Die „Palästinenser“ kontrollieren jetzt Land, das sie in der bekannten, aufgezeichneten Geschichte nie kontrolliert haben; Hamas kontrolliert Gaza; mehr israelische zivile Todesfälle durch Terrorismus als je zuvor; dieselbe PLO-Charta, die zur Vernichtung Israels aufruft und nie geändert wurde; plus eine Fatah-Verfassung und eine Hamas-Charta, die beide die Zerstörung Israels fordern, und eine Denkweise der „palästinensischen“ Führung, Israel zu zerstören, die sich nicht um ein Jota geändert hat.

William K. Langfan ist ein Pro-Israel-Aktivist und Anwalt, der in Florida lebt. Als Absolvent der University of South Carolina und der Cornell Law School besuchte er 1945 die Sorbonne, während er in der US-Armee diente, wo er in der Normandie landete und in der Luftschlacht um England und der Ardennenoffensive kämpfte.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Massive jüdische Kritik an der Weigerung der UN, Jerusalem als die historische Hauptstadt Israels zu bezeichnen

Wie nach dem Weggang Donald Trumps nicht anders zu erwarten war, leugnen die Vereinten Nationen wieder verstärkt die historische Verbindung Jerusalems zum Judentum. So soll Jerusalem nicht als Hauptstadt Israels dargestellt werden. Bei einer Ausstellung über die Knesset im UN-Hauptsitz in New York soll Israel, entgegen der geschichtlichen Wahrheit, Verweise auf Jerusalem als „heilige Hauptstadt des jüdischen Volkes“ entfernen. (JR)

Von Israel Heute

Die Knesset befindet sich zwar in Jerusalem, aber nach Ansicht der UNO ist die Stadt nicht die Hauptstadt Israels

„Diese unverschämte Forderung der UNO … ist in Wirklichkeit eine Aufforderung, die Geschichte Israels umzuschreiben, was wir nicht hinnehmen werden.“

Mit Empörung reagierte Israel am Donnerstag auf die Forderung der Vereinten Nationen, aus einer geplanten Ausstellung alle Hinweise auf Jerusalem als heilige Hauptstadt des jüdischen Volkes zu entfernen.

Der Sprecher der Knesset, Mickey Levy, wird sich nächste Woche mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres am Sitz der Weltorganisation in New York treffen. Israel hat darum gebeten, dass der Besuch von einer kleinen Ausstellung über die Geschichte der Knesset begleitet wird, die zuvor auf dem Ben-Gurion-Flughafen zu sehen war.

Die UNO stimmte der Bitte offenbar zu, allerdings wurde Israel aufgefordert, verschiedene Verweise auf Jerusalem als die vereinigte, unbestrittene und ewige Hauptstadt des jüdischen Staates zu entfernen.

Von besonderem Interesse für die UN war die Ausstellungstafel, die sich mit der Verabschiedung des verfassungsähnlichen Grundgesetzes befasst: Mit dem 1980 verabschiedeten Grundgesetz für Jerusalem wurde die östliche Hälfte der Stadt offiziell annektiert und Jerusalem zur ewigen Hauptstadt Israels erklärt.

In den UN-Anweisungen wird Israel aufgefordert, „Dia 43 bitte zu löschen: Gemäß den einschlägigen Beschlüssen der Generalversammlung und des Sicherheitsrates ist das Grundgesetz: Jerusalem, Hauptstadt Israels, ist aus unserer Sicht nicht gültig. Dies ist ein äußerst sensibles Thema und die Informationen auf der Folie widersprechen dem Völkerrecht.“

Die Vereinten Nationen beanstandeten auch ein Schaubild, das Jerusalem als „die ewige Hauptstadt des jüdischen Volkes und seine heilige Stadt“ bezeichnet.

Nach Ansicht der UNO ist dieses Zitat für das Bild nicht relevant und seine Löschung wird dazu beitragen, Widersprüche mit dem Völkerrecht und politischen Empfindlichkeiten zu vermeiden. Der israelische Nachrichtensender Channel 12 News berichtete, dass der israelische Botschafter bei der UNO, Gilad Erdan, eine vernichtende Antwort gab: „Die unverschämte Forderung der UNO, die Ausstellung zu zensieren und Bilder zu entfernen, die unsere nationale Geschichte widerspiegeln, ist in Wirklichkeit eine Aufforderung, die Geschichte Israels umzuschreiben, und wir werden dem in keiner Weise zustimmen.“

Auch der Vorsitzende der Knesset, Levy, soll gesagt haben, dass er die Ausstellung nicht zeigen werde, wenn die UN darauf bestehe, die jüdische Geschichte im Heiligen Land zu zensieren.

Fazit: Die „Palästinenser“ sprechen bei der UNO offen und frei über die „reiche Kultur“ einer Nation, die es in den Annalen der Geschichte nie gegeben hat – ein Werk reiner Fiktion -, während es den Juden verboten ist, Fakten zu präsentieren, die in vielerlei Form gut dokumentiert sind, nicht zuletzt auf den Seiten des am meisten verbreiteten Buches der Welt – der Bibel!

Christen sollten dies zumindest sehr kritisch sehen, oder sogar an der Seite des jüdischen Volkes verärgert sein. Die Vereinten Nationen leugnen die jüdische Verbindung zu Jerusalem oder stellen sie zumindest in Frage und leugnen damit auch die Gültigkeit des Neuen Testaments, in dem häufig vom jüdischen Jerusalem die Rede ist.

Neuer technologischer Fortschritt: Israel bereitet die Anwendung von Laserabwehrsystem vor

Dem israelischen Verteidigungsministerium ist ein technologischer Durchbruch gelungen: Ein Laser-Raketenabwehrsystem soll in den nächsten Jahren zusätzlich die terroristischen Angriffe der Hamas abwehren können. Die neue Technik wird dazu auch noch mit einer erheblichen Kosteneinsparung gegenüber dem Iron Dome, das Leben der israelischen Zivilbevölkerung schützen. (JR)

Kürzlich gab der Leiter der Planungsabteilung der IDF, Brigadegeneral Eyal Harel, der Wirtschaftszeitung Globes ein Interview zu verschiedenen Aspekten der langfristigen militärischen Planung, aber von besonderem Interesse war der Teil des Gesprächs, in dem der General die Anwendung von Laserwaffen bei der Raketenabwehr erläuterte. Laut Harel sind Laser-Raketenabwehrsysteme „die größte gute Neuigkeit“ und die bedeutendste Innovation in der IDF. Die Rede ist davon, dass das israelische Verteidigungsministerium und Elbit (israelischer Luft- und Raumfahrt- sowie Elektronikkonzern mit Sitz in Haifa. Er ist neben Rafael einer der größten Rüstungskonzerne und -exporteure Israels, - Anm. d. Übers.) kürzlich eine Reihe von Tests eines Laser-Raketenabwehrsystems abgeschlossen haben, das sich in einem weit fortgeschrittenen Entwicklungsstadium befindet: „Wir haben erreicht, was niemand sonst auf der Welt hätte tun können. Wenn die letzten Tests abgeschlossen sind, werden wir mit der Massenproduktion von Lasersystemen beginnen und sie in zwei Jahren in Betrieb nehmen – und wir werden sie auf jeden Fall an der Grenze zu Gaza einsetzen. Im nächsten Schritt werden die Herstellungskosten für Laser-Bodensysteme sowie die Schaffung von luftgestützten Lasersystemen gesenkt. Daran sind alle großen Verteidigungsunternehmen beteiligt. Der Laser ist das nächste große Ding, es ist das echte Star Wars."

Der Vorläufer des heutigen Erfolgs: Das Laserverteidigungssystem Light Blade, das entwickelt wurde, um Raketen aus der Luft abzufangen, die aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuert wurden

Wirtschaftlicher als der Iron Dome

Unterdessen kündigte das israelische Verteidigungsministerium vor nur einem Jahr die Entwicklung eines Laserstrahls an, der in der Lage ist, ankommende Raketen und kleine Drohnen abzuschießen, und plant, ihn innerhalb des nächsten Jahres zu testen. Damals behauptete das Ministerium, das System befinde sich in einem frühen Entwicklungsstadium und werde nicht sofort in Betrieb genommen. Israel entwickelt seit vielen Jahren ein Lasersystem zum Abfangen ankommender Raketen, war jedoch aufgrund hoher Kosten und technologischer Einschränkungen nicht in der Lage, eine praktikable Option zu finden. Und jetzt, so das Ministerium, wird jedes System einen hohen Anfangspreis haben – Hunderte von Millionen Dollar, aber minimale Kosten für jeden einzelnen Einsatz. Laut Leiter der Direktion für Waffenentwicklung und technologische Infrastruktur (MAFAT) des Verteidigungsministeriums, Brigadegeneral Yaniv Rotem, wird jeder Laserstart etwa einen Dollar kosten, was mit den Zehntausenden von Dollar, die jede Iron Dome-Abfangrakete kostet, nicht zu vergleichen ist. Solange das Lasersystem an eine Stromquelle angeschlossen ist, geht ihm außerdem niemals die Munition aus, was ein potenzielles Problem für die Iron Dome darstellt, das nur eine begrenzte Anzahl von Abfangraketen tragen kann. Der Nachteil des Lasersystems besteht jedoch darin, dass es bei unzureichender Sicht, bedecktem Himmel und anderen ungeeigneten Wetterbedingungen eingeschränkt einzusetzen ist. „Wir können nur das, was wir sehen, mit einem Laser abschießen“, erklärte Rotem.

Nach Angaben des Ministeriums wird MAFAT in Zusammenarbeit mit den Verteidigungsunternehmen Elbit und Rafael drei Versionen des Lasersystems entwickeln: feste Bodensysteme, die entlang der Grenzen Israels eingesetzt werden können, um nahe gelegene Gemeinden zu schützen; Systeme, die auf mobile Plattformen geladen werden können, um Truppen im Feld zu schützen; Systeme, die an einem Flugzeug angebracht werden können, um das Sichtproblem zu umgehen, indem das System über den Wolken platziert und seine Reichweite stark erhöht wird. „Wir treten in eine neue Ära der Energiekriege in der Luft, an Land und auf See ein. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung, die das Verteidigungsministerium in den letzten Jahren getätigt hat, haben den Staat Israel zu einem der führenden Länder auf dem Gebiet der Hochenergie-Lasersysteme gemacht“, sagte Rotem. Nach Angaben des Ministeriums sind derzeit keine anderen Länder an der Entwicklung dieses Lasersystems beteiligt. Auf den ersten Blick mag es scheinen, als sei die Entwicklung eines neuen Systems in kürzester Zeit erfolgt. Im Dezember 2018 berichtete die israelische Zeitung Globes, der damalige Verteidigungsminister Avigdor Lieberman habe das Ministerium angewiesen, erhebliche Investitionen in die Lasertechnologie zu tätigen, um die Erstellung eines Prototyps zu beschleunigen. Und etwas mehr als ein Jahr später lobte der damalige Verteidigungsminister Naftali Bennett die Leistung des Ministeriums: „Israelische Köpfe sind weiterhin führend im Bereich der Innovationen.“ Die Arbeiten begannen jedoch viel früher. Die IDF setzte Laser bereits im Ersten Libanonkrieg (1982) zum Zielen und Vermessen ein. Eine weitere Verwendung für Laser war das Justieren von gelenkten Raketen auf Ziele. Das Hauptprogramm, das den Einsatz von Lasern beinhaltete, war jedoch das gemeinsame Nautilus-Projekt mit den Vereinigten Staaten, das ursprünglich dazu gedacht war, der IDF eine Lösung zum Abfangen von Katjuscha-Raketen zu bieten, die von der Hisbollah aus dem Südlibanon auf israelisches Territorium in Obergaliläa abgefeuert wurden.

Ein Prototyp einer leistungsstarken Laserwaffe wurde entwickelt. Das System basierte auf einem chemischen Deuterium-Fluorid-Laser mit mittelwelliger Infrarotstrahlung. Während der Tests hat der Laserstrahl Katjuscha-Raketen und anschließend Mörsergranaten im Flug erfolgreich abgefangen. Als der Entwicklungsprozess abgeschlossen war, stellte sich heraus, dass das System viel zu groß, zu schwer und zu kompliziert zu bedienen war. Im Jahr 2006 empfahl dasselbe israelische Komitee, das die Entwicklung des Iron Dome zur Abwehr von Kurzstreckenraketen empfohlen hatte, weitere Forschung und Entwicklung eines Festkörperlasers für denselben Zweck. Die Empfehlung wurde als Anweisung aufgenommen; daraufhin wurde das Konzept im Zusammenhang mit dem massiven Start von Qassam-Raketen aus dem Gazastreifen genehmigt. Da es bewiesen wurde, dass ein Lasersystem einen wirksamen Schutz gegen diese Raketen bieten könnte, wurde die Entwicklung beschleunigt. Allerdings gab es danach einen Haken: Zum einen, beschloss Pentagon, die Finanzierung des Nautilus-Projekts einzustellen, und zum anderen, wurde in Israel das Iron Dome-System entwickelt. Aber dieses Problem war nur vorübergehend, und einige Zeit später erstellten israelische Wissenschaftler und ihre Partner aus der Verteidigungsindustrie eine Festkörperlaserquelle, die in der Lage ist, einen kohärenten Strahl zu erzeugen, der auf mehreren kleineren Lasermodulen basiert, die stark genug sind, um Raketen und Projektile niedriger Ebene abzufangen.

Vor- und Nachteile der Lesertechnologie

Während die Entwicklung einen wichtigen Meilenstein für Forschung und Verbesserung darstellt, ist es wichtig, nicht nur die Möglichkeiten der Technologie, sondern auch ihre Grenzen zu verstehen. In der Tat kann sie eine kostengünstigere Raketenabwehr bieten. Die Entwicklung und Herstellung von Optik, Mechanik und Laserquelle für einen Einzelstrahl ist zugegebenermaßen teuer. Die Kosten für einen einzelnen Laserschuss sind jedoch sehr gering. Daher könnte dies nach dem Einsatz dazu beitragen, das Kostenungleichgewicht zwischen beispielsweise relativ günstigen gegnerischen Flugkörpern und viel teureren herkömmlichen kinetischen Abfangraketen zu beseitigen. Darüber hinaus könnte diese Lasertechnologie Israel mit einem praktisch unerschöpflichen Vorrat an Abfangjägern für bestimmte Zwecke versorgen, solange das Militär Zugang zu einer Stromquelle hat. Trotz der erheblichen Vorteile weisen die aktuellen technischen Realitäten einige Einschränkungen auf. Die Lasertechnologie kann beispielsweise kein Abfangen mit Lichtgeschwindigkeit ermöglichen. Während der Laserstrahl ein Ziel tatsächlich mit Lichtgeschwindigkeit erreichen kann und sich viel schneller auf das Ziel zubewegt als eine herkömmliche kinetische Abfangrakete, muss er mehrere Sekunden beim Ziel bleiben, bevor er es zerstört. Die erforderliche Zeit hängt von Variablen wie Entfernung, Strahlleistung, atmosphärischen Bedingungen, der Art des Ziels und der Genauigkeit der Position des Lasers auf dem Ziel ab.

Weiter: Iron Dome kann zum Beispiel mehrere Abfangraketen gleichzeitig senden und jede von ihnen zu einem separaten Ziel schicken. Ein Laserstrahl kann jeweils nur ein Ziel verfolgen. Man könnte natürlich mehrere Strahlen verwenden, aber die Hardware, die zum gleichzeitigen Erzeugen mehrerer Strahlen benötigt wird, kann schnell unerschwinglich teuer werden. Folglich ist die Lasertechnologie zumindest derzeit wenig hilfreich, um feindliche Salven abzuwehren, die eine große Anzahl von Bedrohungen aus der Luft darstellen. Daher wäre die vielleicht effizienteste und kostengünstigste kurzfristige Anwendung der neuen Technologie ihre Verwendung in Verbindung mit Iron Dome-Batterien. Bei erfolgreicher Ausrichtung wird diese Technologie sowohl die Kapazitäten als auch die unmittelbare Leistung des Iron Dome-Systems erhöhen und seine begrenzten und teureren Abfangraketen für Ziele und Wetterbedingungen einsparen, die für einen Laserstrahl nicht geeignet sind. Es sollte auch beachtet werden, dass das US-Verteidigungsministerium ebenfalls Fortschritte in der Laserwaffentechnologie gemacht hat. Die Armee, die Marine und das Marine Corps haben begonnen, Hochenergie- und Richtlaser zu testen, die zur Zerstörung von Drohnen entwickelt wurden. Die Luftwaffe hat erfolgreich ein Lasersystem getestet, das für den Einsatz in Flugzeugen entwickelt wurde und in der Lage ist, Raketen abzuschießen. Die aktuelle Lasertechnologie ist auf 50–150 kW begrenzt und kann nur Drohnen und einige ankommende feindliche taktische Raketen zerstören. Die Kombination dieses Lasers mit dem Iron Dome könnte für die US-Armee wichtig sein, die zwei Raketenabwehrbatterien erworben hat.

Der nächste Schritt auf dem Gebiet der Lasertechnologie besteht darin, die Produktion von Lasern zu erhöhen, um Hightech-Bedrohungen abzuwehren, die in chinesischen und iranischen Militärarsenalen zu finden sind. Das wird sicher noch einige Zeit dauern. Aber es ist wichtig, dass die USA und Israel diese Technologien, die zuvor als Science-Fiction galten, vor ihren potenziellen Gegnern nutzen können. Die Innovationsabteilungen der Verteidigungssektoren beider Länder haben öfters gezeigt, dass ihre Zusammenarbeit sehr fruchtbar sein kann.

Aus dem Russischen von Irina Korotkina

Hollywood-Museum negiert vorsätzlich die eigene jüdische Geschichte

Ganz im Sinne der neuen Biden-Administration und der antisemitischen BDS-Bewegung setzt sich in den USA die judenfeindliche Agenda auch in Hollywood fort: Das Academy Museum of Motion Pictures in Los Angeles erwähnt bei der Eröffnungsausstellung die jüdischen Wegbereiter und Gründerväter der amerikanischen Filmindustrie nur am Rande. Besucher und prominente Spender beklagen schockiert, dass die Juden aus der Geschichte Hollywoods förmlich ausradiert worden sind. (JR)

Shiryn Ghermezian/ algemeiner.com

„The Sphere", Teil des Academy Museum of Motion Pictures, entworfen von Renzo Piano

Einige prominente Mitglieder und Spender der Academy of Motion Picture Arts and Sciences fragen, warum jüdische Pioniere, die beim Aufbau der Hollywood-Industrie mitgeholfen haben, in ihrem neuen Museum in Los Angeles nicht im Rampenlicht stehen.

Jonathan Greenblatt, CEO der Anti-Defamation League, der am 25. September 2021 an der Eröffnungsgala des Academy Museum of Motion Pictures teilnahm, nannte ihre Abwesenheit in einem kürzlich erschienenen Interview mit dem Rolling Stone-Magazin „eine Verschwörung des Schweigens und das ist zutiefst erschütternd".

„Ich hätte gehofft, dass jede ehrliche historische Bewertung der Filmindustrie – ihrer Ursprünge, ihrer Entwicklung, ihres Wachstums – die Rolle beinhalten würde, die Juden beim Aufbau der Industrie von Grund auf spielten", fügte er hinzu. „Als ich durch das Museum ging, wandte ich mich buchstäblich an die Person, mit der ich dort war, und sagte zu ihm: ‚Wo sind die Juden?' Die Auslassung war schreiend grell."

Neal Gabler schrieb in der Einleitung zu seinem Buch „An Empire of Their Own: How the Jews Invented Hollywood" („Ein eigenes Imperium: Wie die Juden Hollywood erfanden") von 1988, dass die amerikanische Filmindustrie „von osteuropäischen Juden gegründet und mehr als 30 Jahre lang betrieben wurde".

Zu den jüdischen Gründervätern Hollywoods gehörten Paramount Pictures-Mitbegründer Adolph Zukor, die Warner Bros.-Gründer Harry und Jack Warner, Universal Pictures-Mitbegründer Carl Laemmle, Columbia Pictures-Mitbegründer Harry Cohn und die MGM-Mitbegründer Sam Goldwyn und Louis B. Mayer.

Der israelisch-amerikanische Medienmogul Haim Saban, der zusammen mit seiner Frau Cheryl die größte Spende für das Museum machte – ein Geschenk in Höhe von 50 Millionen Dollar – sagte gegenüber Rolling Stone, dass das Paar „fest davon überzeugt ist, dass die jüdischen Beiträge zur Filmindustrie von ihrer Gründung bis heute besonders hervorgehoben werden sollten."

„Wir haben unsere Sichtweise der Leitung des Akademiemuseums mitgeteilt und wissen es zu schätzen, dass sie unser Feedback ernst nimmt", sagte er.

Einige Gönner erwogen, künftige finanzielle Beiträge an die Institution zurückzuziehen, wobei ein Akademiemitglied, das lieber ungenannt bleiben möchte, sagte: „Man verließ das Museum mit dem Eindruck, dass die Filmindustrie vor 10 Jahren gegründet wurde. Sie haben die Vergangenheit ausgelöscht. Und ich finde das entsetzlich."

Zu den aktuellen Exponaten des Museums gehören eine Retrospektive des japanischen Trickfilmzeichners Hayao Miyazaki; eine dreistöckige Ausstellung mit dem Titel „Stories of Cinema" über Filmemacher und ihre Werke; eine Ausstellung vor-cinematischer Geräte aus der Sammlung von Richard Balzer; und eine andere, die die Landschaft des Mount Rushmore in Alfred Hitchcocks „North by Northwest" ins Rampenlicht rückt.

In diesem Jahr wird eine neue Ausstellung mit dem Titel „Regeneration: Black Cinema 1898-1971" eröffnet, die sich mit der Geschichte afroamerikanischer Filmemacher beschäftigt.

Das Museum enthält laut Rolling Stone „kaum Erwähnung jüdischer Wegbereiter", mit Ausnahme von „Sunset Boulevard"-Regisseur Billy Wilder. Einer der sechs von Wilder gewonnenen Oscars ist mit einem kleinen Plakat versehen, das besagt, dass er aufgrund seiner Religion aus Nazideutschland geflohen ist.

„Indem sie die Gründerväter von vornherein nicht einbezogen haben, haben sie ein massives Statement abgegeben", sagte Triller-CEO und Academy-Mitglied Ryan Kavanaugh. „Als Enkel von Holocaust-Überlebenden ist es einfach schockierend, dass sie die Beiträge einer Gruppe gelöscht haben, die mit schwerem Antisemitismus konfrontiert war – sie konnten keine Bankkredite bekommen, sie konnten keine Häuser in LA besitzen, und trotzdem haben sie diese Industrie geschaffen, die das Fundament der Wirtschaft von LA ist und Menschen auf der ganzen Welt berührt."

„Anstatt ‚Schau dir an, wozu sie fähig waren', wird es einfach ausgelöscht", fügte Kavanaugh hinzu. „Das widerspricht allem, wofür unsere Branche steht."

Ein Insider, der mit dem Entscheidungsprozess für die Programmgestaltung des Museums vertraut ist, wies darauf hin, dass es an Willen fehlte, dagegen anzugehen, Widerstand zu leisten, und sagte: „Viele Leute, die vielleicht härter für die Repräsentation von Juden hätten kämpfen können, haben sich einfach sehr zurückgehalten."

Im Dezember startete das Museum eine sechswöchige Filmreihe mit dem Titel „Wien in Hollywood: Emigranten und Exilanten im Studiosystem", in der überwiegend jüdische Filmemacher zu sehen sind, „die in den 1930er und 1940er Jahren ihren Weg nach Hollywood fanden, um der Verfolgung durch die Nazi-Partei und dem zunehmenden Antisemitismus in Europa zu entkommen." In der Beschreibung der Serie räumt das Museum ein, dass die US-Filmindustrie „von jüdischen Einwanderern aufgebaut" wurde.

Der Direktor und Präsident des Museums, Bill Kramer, sagte zu Rolling Stone, er habe mit Akademiemitgliedern und Spendern gesprochen, die ihre Besorgnis über den Mangel an jüdischer Repräsentation zum Ausdruck gebracht hätten. Er sagte, das Museum werde nächstes Jahr eine Ausstellung über die jüdischen Gründerväter Hollywoods eröffnen, und obwohl das ursprünglich als vorübergehende Einrichtung geplant war, wird es nun die erste und einzige Dauerausstellung des Museums sein.

„Repräsentation ist uns sehr wichtig, einschließlich unserer jüdischen Gründer", erklärte er. „Wenn wir nicht ausführlich genug oder prominenter über sie sprechen, wollen wir das hören und darauf reagieren. Wir haben diese Hinweise gehört, und wir verstehen sie. Und wir sind wirklich froh, dass wir eine Änderung vornehmen können und den richtigen Kurs einschlagen werden."

Sid Ganis, ein ehrenamtlicher Treuhänder des Museums, sagte, er habe kein Problem mit den aktuellen Exponaten gefunden und sei „ein wenig überrascht" über die Empörung.

„Wir haben ein Museum, das über 100 Jahre dieser Branche abdeckt", sagte er. „Und ja, wir haben es nicht mit der Ursprungsgeschichte zum Eröffnungsabend geschafft, aber wir waren am Eröffnungsabend mit dem Material da, was für das Publikum, vor dem wir spielten und das wir einbeziehen mussten, relevant war. Ich habe Freunde, die zu mir sagten: ‚Wo sind die Juden?' Das liegt im Auge des Betrachters. Sie sind da, und sie werden ziemlich bald in größerer, prominenterer Weise dort sein."

Das Academy Museum of Motion Pictures ist das größte Museum in den USA, das sich den Künsten, Wissenschaften und Künstlern des Filmschaffens widmet. Seine Mission ist es, „das Verständnis, die Feier und den Erhalt des Kinos durch inklusive und zugängliche Ausstellungen, Vorführungen, Programme, Initiativen und Sammlungen zu fördern". Zu seinen Leitprinzipien gehören Bemühungen, „die Vergangenheit, Gegenwart und mögliche Zukunft von Filmen und der Akademie zu beleuchten" sowie „Vielfalt zu begrüßen und radikal integrativ zu sein".

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Die Juden auf der Titanic

Vor 110 Jahren ereignete sich das wohl bekannteste Schiffsunglück der Geschichte. Auch viele Juden waren unter den Toten und den Überlebenden. Ihre Geschichten erzählen viel über ihre Pläne und Lebenswege in der jüdischen Diaspora. (JR)

Von Alexandra Baglai

Der Untergang des riesigen Passierschiffes, das in der Nacht vom 14. auf den 15. April im Jahr 1912 1400 bis 1517 Menschen mit sich in die Tiefe zog, wurde zur größten und berühmtesten menschlichen Tragödie der Schiffsgeschichte. Da die Titanic außerdem als „Emigrantenschiff" galt, wurde das Unglück erst recht zur internationalen Katastrophe.

Die genaue Anzahl der Juden, die sich auf dem Schiff befanden, kann nicht angegeben werden. Erst nach dem Unglück versuchte man, anhand typisch jüdischer Namen die Opfer zu ermitteln. Doch viele Passagiere der dritten Klasse bestiegen das Schiff mit falschen Papieren, da das oft die einzige Möglichkeit war, Russland zu verlassen.

Zuverlässig und gut recherchiert sind zum Beispiel die Geschichten von zwei der 27 jüdischen Überlebenden, die in der dritten Klasse reisten.

Der 20-Jährige Gurshon Cohen, ein gebürtiger Londoner, sprang direkt ins Meer, als er sah, dass das Schiff zu sinken drohte, und konnte auf diese Weise ein Rettungsboot erreichen.

Der 34-Jährige Joseph Abraham Hyman, ein Ladenbesitzer aus Manchester, wurde im Passagiermagazin als „Hersteller von Bilderrahmen" erwähnt. Nur sein blinder Überlebenstrieb rette ihm das Leben; von Heldenmut konnte da nicht die Rede sein. Seinen eigenen Worten zufolge herrschte an Deck das totale Chaos. Hyman nutzte die Verwirrung für sich und stieg im passenden Moment in eines der Boote. Als die Titanic-Crew nämlich wieder die Kontrolle über die Situation erlangt hatte, durften Männer nicht mehr so einfach flüchten. Nach seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten gab Hyman mehrere Interviews, kehrte dann wieder nach Manchester zurück und eröffnete mit dem als Entschädigung für den Unfall erhaltenen Geld einen kleinen koscheren Feinkostladen, der rasch zu einer lokalen Berühmtheit wurde. Von da an war sein Geschäft wie auch seine Familie unter dem Namen „Die Titanics" bekannt. Das von ihm gegründete Unternehmen verwendet noch immer ein Bild von Joseph Abraham Hyman und des berühmt-berüchtigten Schiffes als Markenzeichen.

Da Hyman zu den Passagieren dritter Klasse gehörte, galt seine Rettung als ein wahres Wunder und man bombardierte ihn nicht mit provokanten Fragen. Ganz anders war es bei dem Überlebenden Adolphe Saalfeld, Parfümeur aus Großbritannien, ein Gentleman der ersten Klasse. Wie konnte es dieser Schnösel nur wagen, ein Rettungsboot zu besteigen, fragte man sich.

Da war allerdings noch der millionenschwere Bankier Benjamin Guggenheim, der einen Platz im Boot ablehnte und seine Entscheidung damit begründete, dass keine einzige Frau wegen seiner Feigheit sterben dürfe. Einer Version zufolge blieb er, um der Crew dabei zu helfen, Passagiere in Rettungsboote zu bringen, einer anderen zufolge, bat er um einen Brandy und trank diesen ruhig mit seinem Butler Victor Giglio, während die Titanic unterging. Dabei soll er gesagt haben, sie wollen eben wie wahre Gentlemen gehen. Sein Leichnam wurde nie gefunden, er starb, wie die meisten Juden in dieser einen grausamen Nacht.

In James Camerons berühmtem Filmdrama „Titanic" (1997) sind in einer Szene Ida und Isidor Straus zu sehen, zwei ältere First-Class-Passagiere und wohlhabende Besitzer des Kaufhauses Macy's. Über dieses mutige Paar und über ihre starke Liebe sind später Gedichte, Lieder und sogar ein Buch verfasst worden.

Isidor und Ida Straus (um 1910)

Isidor Straus war der Bruder des bekannten Nathan Straus, nach dem übrigens die israelische Stadt Netanja, auch Nathania geschrieben, benannt ist. Isidor und sein jüngerer Bruder Nathan standen sich sehr nahe. Sie wurden in Otterberg, Deutschland, geboren. Ihr Vater Lazarus war besorgt über die politische Lage in Europa, und so zog die Familie, bestehend aus ihm, seiner Ehefrau Sarah und zwei kleinen Jungs, im Jahr 1854 nach Amerika. Anfangs verdiente der Vater sein Geld mit Hausieren und eröffnete infolgedessen ein Kaufhaus in Georgia.

Ihr erstes richtiges Geld verdiente die Familie mit dem Verkauf von Baumwolle, doch das Vermögen ging verloren, als der Süden den Bürgerkrieg gegen den Norden verlor (Isidor hatte sich freiwillig beim Heer der Konföderierten Südstaaten zum Wehrdienst gemeldet) und die Wirtschaft Georgias durch die Kriegstaktik „Verbrannte Erde" zerstört wurde.

Lazarus konnte seine Schulden trotz alledem begleichen und eröffnete ein neues Geschäft – diesmal spezialisierte er sich auf die Produktion von Töpfer- und Glaswaren im Norden. Natürlich stiegen auch seine beiden Söhne in das Business ein. Nach einem vielversprechenden Treffen mit Rowland Macy, dem Gründer des berühmten und noch immer florierenden Warenhausbetreibers Macy's Inc., erhielt das Unternehmen von Straus einen Showroom. Im Laufe der Zeit wurden Isidor und Nathan Partner von Macy's.

Zwanzig Jahren vergingen, das Unternehmen ging in die Hände der Brüder über. Neben der Partner- und Mitgliedschaft im Vorstand von Macy's, wurden sie auch Partner eines weiteren Geschäftes: „Abraham & Straus", dessen Direktor Nathan war.

Zudem widmeten sich die Brüder bald dem sozialen Engagement. Als eine der Verkäuferinnen der Firma vor Hunger ohnmächtig wurde (sie arbeitete hart, um ihre behinderte Mutter zu unterstützen), organisierten die Brüder Straus die wohl erste subventionierte Kantine für Angestellte in den USA.

Beide waren engagierte Philanthropen, insbesondere im Gesundheitswesen. Darüber hinaus unterstützten sie gemeinnützige Vereine in New York. Isidor wurde ins US-Repräsentantenhaus gewählt und war auch Gründungsmitglied des American Jewish Committee. Nathan war Vorsitzender des New York City Board of Health.

Schicksalhafte Begebenheiten

Das Jahr 1912 brach an. Im Januar begaben sich Isidor und Ida nach Frankreich, wo Isidor ärztlich behandelt wurde. Das Paar besuchte auch ihre Familienangehörigen in Deutschland. Anschließend machten sie sich auf den Weg nach London, wo Isidor versuchte, in dem Bergarbeiterstreik zu vermitteln. Zudem besuchten sie Palästina. Im Februar 1912 reisten auch Nathan und seine

Frau Lina mit dem Gründer und ersten Präsidenten der Hebräischen Universität Jerusalem Judah Magnes dorthin. Die Zeit war knapp, da Nathan sich bereit erklärt hatte, die USA auf dem internationalen Tuberkulose-Kongress im April in Rom zu vertreten.

Der Bergarbeiterstreik führte dazu, dass viele Fahrten nach Amerika gestrichen wurden. Die Titanic fuhr aber. Und so buchten Isidor und Ida ihre Tickets …

Als in jener schicksalhaften Nacht im Jahr 1912 im Nordatlantik die Titanic, das größte Passagierschiff der damaligen Zeit, infolge einer Kollision mit einem Eisberg zu sinken begann, fing man an, Frauen und Kinder in Rettungsboote zu befördern. Doch die 63-jährige Ida äußerte den Wunsch, bei ihrem Mann bleiben zu wollen, mit dem sie 40 glückliche Jahre verbracht hatte.

Und so schilderte Professor Kurzman, Urenkel von Ida und Isidor Straus, die Ereignisse in jener Nacht: „Meine Urgroßmutter stieg zunächst in ein Rettungsboot, in dem Glauben, dass ihr Mann ihr nachfolgen und ebenfalls einsteigen würde. Als er es aber nicht tat, wurde sie nervös. Der Schiffsoffizier meinte noch: „Nun, Mr. Straus, Sie sind ein älterer Herr … und wir wissen alle, wer Sie sind … Gehen Sie ruhig zu ihrer Frau." Aber mein Urgroßvater erwiderte: „Ich werde es nicht tun. Ich steige nicht in das Boot, solange noch so viele Menschen nicht in Sicherheit sind." Als Ida das hörte, verließ sie das Boot, um bei Isidor zu bleiben. Die letzten Worte, die ein Dienstmädchen von Ida Straus mitbekam waren: „Wir haben zusammen gelebt und wir werden auch zusammen sterben."

In Camerons Film fand das Paar den Tod in ihrer Kabine. Doch in Wirklichkeit wurde es zuletzt auf dem Deck des sinkenden Schiffes gesehen; das Paar stand einfach nur so da und hielt sich an den Händen.

Der Tod der beiden hat Nathan und Lina tief getroffen, die zuvor auch noch zwei Kinder verloren hatten – eine zweijährige Tochter und einen 17-jährigen Sohn. Viele Jahre engagierten sie sich für verschiedenste karitative Zwecke. Beispielsweise wurde seit 1892 viel harte Arbeit und Geld in die Förderung der Pasteurisierung von Milch investiert; zuvor war das Fehlen eines solchen Verfahrens eine der Hauptursachen für die Kindersterblichkeit gewesen. Sie verkauften diese Milch zu reduzierten Preisen und überstanden den heftigen Protest von Bauern, Politikern und sogar einigen Ärzten. Bald gründeten und finanzierten sie Gesundheitszentren in Jerusalem, und das Hadassah-Krankenhaus begann mit dem Verkauf der pasteurisierten Milch, die zum Prototyp des Mutter-Kind-Punktesystems wurde, das es heute in Israel gibt. Nathan und Lina ließen auch ein alternatives Hotel in Lakewood, New Jersey, erbauen, als ihren Familienmitgliedern ein Zimmer verweigert worden war und sie sich dort gegen Henry Fords judenfeindliche Thesen ausgesprochen hatten. Zwei Drittel ihres Vermögens gab das Paar für wohltätige Zwecke aus.

Wie schon Ida und Isidor gingen beide in die Geschichte ein als tatkräftige und aufopfernde Menschen.

Die Geschichten der jüdischen Passagiere auf der Titanic zeigen uns, wie verschieden doch Menschen trotz gleicher Herkunft oder derselben Glaubensgemeinschaft sein können. Passagier der dritten, zweiten oder ersten Klasse, mutig, feige, selbstsüchtig, aufopfernd, jeder handelte auf seine individuelle Weise in einer so furchteinflößenden Lage.

Aus dem Russischen von Edgar Seibel

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

U. 330?

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abonnementspreis einschliesslich LITERATURBLATT vierteljährlich:
1. durch die Expedition: a) in Berlin —,90 Mark, b) nach auswärts 1,— Mark, c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Inseratenpreis die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Allgemeine Jüdische Zeitung

Redaktion: BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4. Telephon: II, 3387.

Expedition und Adresse für Geldsendungen und Bestellungen: Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H., Berlin N. 54, Augustastrasse 49a.

Geschäftsstunden der Expedition täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 U.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 14/15 | Berlin, 11. Nissan 5666 — 6. April 1906 | XI. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm.)

Gesindel
(Auch eine Pessachfestbetrachtung
Von Eljäqim
Zur gefälligen Beachtung
Morris Rosenfeld
Ein Vorschlag von Harry Epstein
Noch einmal Professor M.
Von Dr. Judasohn
Brauereien und Brennereien in Palästina
Von Dr. Hoppe-Königsberg (Schluss)
Die Kriminalität der Juden in Deutschland
I. von Rudolf Wasssermann
II. von Dr. jur. Bruno Blau
Rundschau
Algeciraskonferenz — Juden und Kriminalität — Die Dessauer Stiftung — Königstreue auf Kündigung — Strazverein und Judenhetze — Taufe im jüdischen Spital — Märchen vom Ritualmord — Zionisten und Polen — Grenzsperre in Oesterreich — Theaterbesucher — Wahlen und Judenhetzen in Russland — Es war nur ein russischer Jude — Walther Rothschild über die Fremdenbill — Juden im britischen Reiche — Auf englischen Schiffen — Zweistromland — Zionistische Wirtschaftspolitik — Zionistische Ansiedlergenossenschaft
Aus Gemeinden und Vereinen
Kleine Mitteilungen
Briefkasten der Redaktion
Zur gefl. Beachtung
Feuilleton
Aus meinem Märchenbuche
Der Ring des Propheten Elijjâhû (Forts.)
Der Zionismus unterwegs
Beilage:
Mitteilungen des Zentralbureaus
Zum Schulgesetz
Rückblick und Ausblick
Die Lage im Judentum und die Pflichten des jüdischen Studenten
Von Willi Unna (Hasmonaea)
Fortsetzung
Bericht der Ortsgruppe Hamburg-Altona
Vom Schutzkomitee für durchreisende russische Juden in Königsberg
Aus den Ortsgruppen
Berlin — Berlin — Berlin — Posen — Rostock — Nicolai O.-S. — Leipzig — Hannover — Hamburg — Würzburg — Mannheim
Nationalfond

Literaturblatt No. 9

Für die jüdische Nationalbibliothek
Von Heinrich Loewe
Aufruf der Berliner Sammelstelle
Aufruf der Kongress-Kommission
Erster Spendenausweis der Berliner Sammelstelle
Vorgeschichtliches vom Zionismus
(Schluss des ersten Zeitabschnitts)
Von Heinrich Loewe (Fortsetzung)
Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zionismus
Von Hugo Schachtel
Literaturbericht
Notizen

175. Geburtstag von Joseph Pulitzer: Ein Journalist mit jüdischen Wurzeln, der zur Institution wurde

Joseph Pulitzer kämpfte im amerikanischen Bürgerkrieg, arbeitete als Totengräber und schaffte es als jüdischstämmiger Einwanderer zum einflussreichen Zeitungsverleger. Heute steht der Name des amerikanisch-ungarischen Journalisten für die höchste Auszeichnung, die an Schriftsteller und Medienschaffende vergeben wird. (JR)

Von David Shimanowsky

Als amerikanischer Medienmagnat mit jüdischen Wurzeln, Schöpfer und Former einer neuen Art von Journalismus, gilt er noch immer als Kämpfer für Meinungsfreiheit, Gewissenhaftigkeit und Inbegriff der „vierten Gewalt". Die höchste Auszeichnung für Journalisten, Schriftsteller und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens trägt seinen Namen.

Joseph Pulitzer

Entdeckung Amerikas

Als ältester Sohn eines wohlhabenden jüdischen Getreidehändlers wurde Joseph (Joe) Pulitzer am 10. April 1847 in der Stadt Mako im Südosten Ungarns geboren. Nach der Pensionierung zog sein Vater mit der Familie nach Budapest, wo seine beiden Söhne eine gute Ausbildung in einer deutschen Privatschule erhielten und bei Privatlehrern Französisch lernten. Joseph wollte das Familienunternehmen nicht weiterführen. Stattdessen träumte er von einer Militärkarriere und entschied sich im Alter von 17 Jahren, Soldat im österreichischen Bundesheer zu werden. Aber wegen seiner schlechten gesundheitlichen Verfassung und Sehschwäche wurde er abgelehnt. Seine Versuche, sich in der französischen Fremdenlegion für eine Expedition nach Mexiko und für den britischen Armeedienst in Indien zu melden, waren nicht von Erfolg gekrönt. Aber in Hamburg gelang es ihm, bei der US-Unionsarmee anzuheuern, die mit den Konföderierten des Südens kämpfte. Über Boston gelangte er nach Amerika, wo es ihm gelang, im 1. New Yorker Kavallerieregiment, das hauptsächlich aus Deutschen bestand, am Finale des Bürgerkriegs teilzunehmen.

Am Ende des Krieges beschloss Joe, nicht in seine Heimat zurückzukehren. In einem fremden Land ohne Geld und Verbindungen, ohne anständige Englischkenntnisse und vor allem ohne klares Lebensziel wanderte er von Stadt zu Stadt, bis er sich in St. Louis (Missouri) niederließ, wo es viele Einwanderer aus Europa gab. Ihm blieb nichts anderes übrig, als irgendwelche Gelegenheitsjob anzunehmen. In der Stadt brach eine Cholera-Epidemie aus, und Joe wurde beauftragt, die Toten zu begraben. Drei Jahre lang arbeitete er als Maultiertreiber, Lader, Kellner, Träger am Bahnhof und Steward auf einem Schiff, das den Mississippi entlangfuhr.

Und Joe verbrachte seine Freizeit in der Stadtbibliothek, wo er Englisch und Rechtswissenschaften studierte. Wenn er dort in den Schachraum blickte, schlug er den Spielern manchmal die besten Züge vor. Einer der Schachbegeisterten war Carl Schurz, Chefredakteur der führenden deutschsprachigen Tageszeitung „Westliche Post", der dem schlagfertigen Jugendlichen eine Stelle als Korrespondent anbot. Zu diesem Zeitpunkt sprach und schrieb Joseph bereits gut Englisch und wurde 1867 ein vollwertiger amerikanischer Staatsbürger. Er erzielte einen Abschluss in Rechtswissenschaften, arbeitete aber weiterhin bei der Zeitung und bewies dabei außergewöhnliche Ausdauer, Einfallsreichtum und Kreativität.

Der Zeitungskönig

Also begab sich Pulitzer auf den dornigen Pfad des Journalismus. Die ersten Versuche aus seiner Feder waren eher schwach – auf mangelnde Erfahrung und Probleme mit der Sprache zurückzuführen. Doch schon bald zeigte der angehende Reporter eine Eigenschaft, die für einen Journalisten besonders wertvoll ist: die Fähigkeit, das Wichtige dort zu sehen, wo andere es nicht bemerken, und tief darin einzudringen. Und nach einiger Zeit erwarb sich Joseph den Ruf eines unermüdlichen, unternehmungslustigen Korrespondenten. Seine Veröffentlichungen – kühn, unverblümt, unerwartet – machten ihn in St. Louis berühmt. Schurz kam bald auf die Idee, den Skandalreporter zum Miteigentümer der Zeitung zu machen. Dadurch wurde Joseph weiter an den Beruf gebunden, wodurch er die Aufgaben eines Medienmanagers, Verlegers und Redakteurs meistern konnte. Drei Jahre später kaufte er einen Teil der Anteile der „Westlichen Post" und verkaufte sie dann mit Gewinn weiter. 1874 erwarb er eine weitere deutschsprachige Zeitung in St. Louis, die „Staats-Zeitung".

> „Joseph Pulitzer ist der Mann, der Amerika dazu gebracht hat, Zeitung zu lesen."

Im Alter von 25 Jahren erwarb Pulitzer eine Mehrheitsbeteiligung an der bankrotten Lokalzeitung „The Evening Dispatch" und verwandelte sie als Chefredakteur in eine Vorzeigepublikation. Außerdem war er mehrere Jahre Mitinhaber und Herausgeber von „St. Louis Globe-Democrat".

1978 ging Joe nach Washington, um Geschäftskontakte mit dem Establishment in der Metropole aufzubauen. Dort traf er auf einer der gesellschaftlichen Partys die schöne Kate Davis, die Tochter eines prominenten städtischen Beamten, und heiratete sie bald darauf. Er kehrte mit seiner Frau, bereits eine bekannte Anwältin und erfahrene Journalistin, nach St. Louis zurück. Als eleganter Familienvater passte er problemlos in die urbane Elite. Und Kate glänzte mit Outfits und Intelligenz, tanzte gerne auf Partys und ritt im Park.

Zusätzlich zu seinen Veröffentlichungen kaufte Pulitzer die nicht mehr existierende „Westliche Post" für 2.500 Dollar, fusionierte sie mit „The Evening Dispatch" und hauchte ihr neues Leben ein, und benannte sie in „The Post-Dispatch" um. Innerhalb von sechs Monaten gelang es ihm, die Auflage auf 40.000 Exemplare zu steigern, wofür er zusätzlich zwei Rotationsmaschinen anschaffen musste. Und vor allem hat er aktiv daran gearbeitet, die Zeitung zu einem vorbildlichen Geschäftsmodell zu machen. 1881 betrug der Gewinn aus der Neuauflage bereits 85.000 Dollar pro Jahr. Dies war der Beginn des zukünftigen Zeitungsimperiums. Sie begannen über ihn zu sagen: „Joseph Pulitzer ist der Mann, der Amerika dazu gebracht hat, Zeitung zu lesen."

Im Laufe der Jahre als Herausgeber machte er sich jedoch in St. Louis bei den örtlichen Behörden und der Staatsanwaltschaft viele Feinde. Und dann ging Joseph erneut ein Risiko ein: 1883 erwarb er die schlecht laufende „The New York World" von dem Finanzier J. Gould und zog nach New York. Angeführt von Pulitzer wurde die Zeitung innerhalb von zehn Jahren zu einer der einflussreichsten Publikationen des Landes und zum Sprachrohr der Demokratischen Partei. Seine Auflage stieg um das 40-fache und erreichte 600.000 Exemplare, die damals undenkbar waren, und 1898 überstieg sie 1 Million Exemplare. „The New York World" wurde Amerikas größte Zeitung. Vier Jahre später sah die New Yorker Öffentlichkeit eine weitere Publikation – „Evening World", die Teil des Pulitzer-Konzerns war. Zu diesem Zeitpunkt betrug sein Vermögen 20 Millionen US-Dollar, was heute ungefähr drei Milliarden US-Dollar entspricht.

Vater des „neuen Journalismus"

Pulitzer betonte, dass seine Zeitungen „auf die Interessen der einfachen Leute ausgerichtet sein sollten und nicht auf die Besitzer dicker Brieftaschen". Der Schwerpunkt lag darauf, den Durchschnittsleser anzuziehen. „Drucken Sie niemals etwas in der Zeitung, das Ihr Dienstmädchen nicht verstehen kann", forderte er die Redaktion auf. „Die Zeitung soll den Leser mit interessanten Informationen versorgen, an den Gerechtigkeitssinn appellieren, aber auch unterhalten und nützliche praktische Ratschläge geben." Seine Autoren schrieben Artikel in leichter Sprache, die für Leser verschiedener Klassen zugänglich sind. Die Methoden, mit denen sie gewonnen wurden, waren einfach und effektiv. Auf den Seiten der Zeitungen wurden scharfe Artikel über Korruption in der Politik und Wirtschaft mit gewissenhaften journalistischen Recherchen, saftigen Details aus dem Leben von Prominenten und Sensationen in verschiedenen Lebensbereichen kombiniert. Einige Materialien kosteten einzelne Figuren ihre Karrieren. „Transparenz ist der größte moralische Faktor und die größte Kraft in unserem öffentlichen Leben", argumentierte Pulitzer.

Er selbst verbrachte 12-15 Stunden an seinem Schreibtisch und verlangte von seinen Mitarbeitern eine ähnliche

Einsatzbereitschaft. Darüber hinaus forderte er sie auf, die Ereignisse nicht nur einzufangen, sondern auch gekonnt zu präsentieren. Bissige Schlagzeilen in meterlangen Lettern erregten Aufmerksamkeit und forderten auf, die Zeitung von der ersten bis zur letzten Zeile zu lesen. Und bald erschienen auf seinen Seiten Sportberichte, Modenachrichten, Hausfrauenratschläge, anschauliche Illustrationen und Fotografien. Karikaturen von Regierungsbeamten, lustige Comics und natürlich verlockende Anzeigen wurden veröffentlicht. All dies zusammen machte den von Pulitzer geschaffenen Zeitungsstil aus, der später „neuer Journalismus“ genannt wurde. Er hob das Verlagsgeschäft auf ein hohes Niveau und wurde zum Begründer des Journalismus als Berufsstand.

Artikel in Pulitzer-Ausgaben bestachen mit Relevanz und effizienten und verifizierten Fakten. Er stellte eine Bedingung an Journalisten: „Jeder Artikel, jede Reportage, jeder Essay sollte eine Handlung haben, es sollte eine Geschichte geben. Nicht nur Fakten, sozialer Hintergrund, Statistiken, sondern auch Drama.“ Besonderen Wert legte er auf die „Kreuzzüge“ seiner Journalisten bis hin zu redaktionellen Recherchen zu skandalösen Ereignissen. Nellie Blys Essays über eine psychiatrische Klinik in New York sind ein brillantes Beispiel für eine solche Berichterstattung. Um dorthin vorzudringen, imitierte die junge Journalistin so erfolgreich den Wahnsinn, dass Psychiater bei ihr Schizophrenie diagnostizierten. Einige Wochen später, nachdem sie sich „auf wundersame Weise erholt“ hatte, veröffentlichte sie eine Reihe aufschlussreicher Berichte, in denen sie darüber sprach, dass Kranke in der Kälte gehalten, ausgehungert und misshandelt wurden. Nach diesen Veröffentlichungen sah sich das Bürgermeisteramt gezwungen das Krankenhaus komplett zu sanieren. Dann lud Joseph Nelly zu einer Weltreise ein und ließ sie den Weg des Helden aus Jules Vernes Roman „In 80 Tagen um die Welt“ wiederholen. Das zielstrebige Mädchen reiste allein in rekordverdächtigen 72 Tagen um den Globus und schickte faszinierende Notizen von verschiedenen geografischen Punkten an den Herausgeber – und die Auflage der Zeitung begann sprunghaft zu wachsen.

Verherrlichte Freiheit

Pulitzer erkannte keine absolut neutrale, unpolitische Presse an. Er glaubte, dass die Medien die Interessen bestimmter Parteien zum Ausdruck bringen und verteidigen könnten, aber kein Recht hätten, Fakten zu verzerren und die öffentliche Meinung zu manipulieren. Noch in St. Louis interessierte sich Joseph für Politik und wurde in die Legislative von Missouri gewählt. 1872 half er dort bei der Organisation der Liberalen Republikanischen Partei, die einen eigenen Kandidaten für das Präsidentenamt aufstellte und nach ihrem Zusammenbruch wurde aus ihm ein überzeugter Demokrat. 1885 wurde er in das Repräsentantenhaus des Kongresses gewählt. Er führte mutig erfolgreiche Kampagnen gegen Korruption in der Regierung und in der Wirtschaft. Pulitzers Zeitungen waren die ersten, die konsequent politische Karikaturen auf der Titelseite zeigten. Auf seine Initiative hin wurden in den Vereinigten Staaten Kartellgesetze und Vorschriften für die Versicherungsbranche erlassen. Im Wettbewerb hatte er viele Feinde, und einer von ihnen war Charles Anderson Dana, der Besitzer der Zeitung „The Sun“, der sich dazu herabließ, Pulitzer öffentlich „als einen Juden zu beleidigen, der seine Rasse und Religion leugnet“.

Im Verlagsgeschäft suchte Pulitzer lange nach seinesgleichen. Aber Ende des 19. Jahrhunderts bekam er einen gefährlichen Rivalen - William Randolph Hearst. In den 1880er Jahren durchlief Hearst eine Reporterausbildung in den Pulitzer-Zeitungen und begann dann, seine eigene Zeitung herauszugeben, wobei er den Mitarbeitern sagte, dass aus jedem Unsinn eine Sensation gemacht werden könne, die Hauptsache sei wie man Material präsentierte. 1895 kaufte Hearst das „New York Morning Journal“, senkte seinen Preis auf einen Cent pro Ausgabe, kaufte die gesamte Berichtsabteilung von Pulitzer auf, kam auf die Idee, mit Klatsch und Skandalen Geld zu verdienen und Lügen und Verleumdungen nicht zu verschmähen. Sein ehemaliger Lehrer wollte einem skrupellosen Konkurrenten nicht nachjagen. Pulitzers Veröffentlichungen, die für die Mittelschicht bestimmt waren, hatten gewisse ethische Grenzen, die er nicht überschreiten konnte. Außerdem litt seine Gesundheit unter der harten Arbeit. Er erlitt Nervenzusammenbrüche, war praktisch blind und konnte keinen Lärm ertragen. Joseph wurde in den besten Kliniken der Welt behandelt, aber nichts half. Mit 43 Jahren verließ er sein Unternehmen und verbrachte die letzten 20 Jahre seines Lebens in den schalldichten Bunkern eines New Yorker Her renhauses und auf seiner Yacht.

Pulitzer behielt jedoch weiterhin Interesse an Politik. Als in Kuba die Befreiungsbewegung gegen die spanischen Kolonialisten begann, schlugen sich beide amerikanische Verlage auf die Seite der Rebellen. Darüber hinaus nutze Hearst Fälschungen und Provokationen, damit die Vereinigten Staaten Spanien den Krieg erklären. Damals tauchte der Begriff „Yellow Press“ auf, dessen Ursprung auf ein Farbcomic über Baby Ellie in einem gelben Hemd zurückgeht. Mit diesem Beinamen brandmarkte die Gesellschaft skrupellose Journalisten des Hearst-Clans. Und das Pulitzer-Team fand nach der Aufdeckung von Betrügern im Zusammenhang mit dem Bau des Panamakanals neue moralische Unterstützung. Präsident Theodore Roosevelt und der Finanzier J.P. Morgan klagten ihn wegen Verleumdung an, aber der freie Journalismus gewann die Klage auf Anhieb.

Ein großer Verdienst von Pulitzer war die Organisation einer landesweiten Spendenaktion mit Hilfe der Zeitung für die Installation der New Yorker „Freiheitsstatue“ an der Einfahrt zum New Yorker Hafen, die von Frankreich an die USA zur Weltausstellung von 1876 und dem 100. Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeit gespendet wurden. Joseph war in der Lage, eine massive Werbe- und Wohltätigkeitskampagne zu initiieren, um die für den Bau des Sockels und die Errichtung der Statue erforderlichen Mittel aufzubringen. „Das Geld dafür wurde von den Franzosen aufgebracht “, erinnerte er sich. „Lasst uns nicht tatenlos zusehen und abwarten, bis die Millionäre uns dieses Geld geben. Die Statue ist kein Geschenk der Millionäre Frankreichs an die Millionäre Amerikas, sondern ein Geschenk des französischen Volkes an das amerikanische Volk.“ In Sechs Monaten gelang es mit Spenden 100.000 Dollar zu sammeln, und die Zeitung veröffentlichte die Namen aller, die mindestens einen Cent gespendet haben. Pulitzer betrachtete die Statue als Symbol wahrer individueller Freiheit.

> Nur ein aufrichtiges Verantwortungsbewusstsein wird den Journalismus vor der Unterwerfung unter die Klasse der Besitzenden bewahren, die egoistische Ziele verfolgen und sich dem Gemeinwohl widersetzen

Namenspatron für den Pulitzer-Preis

Im Mai 1904 fasste J. Pulitzer sein berufliches Credo zusammen: „Nur ein aufrichtiges Verantwortungsbewusstsein wird den Journalismus vor der Unterwerfung unter die Klasse der Besitzenden bewahren, die egoistische Ziele verfolgen und sich dem Gemeinwohl widersetzen ... Eine tüchtige, uneigennützige, sozial gesinnte Presse, die die Intelligenz, das Recht, und den Mut dazu hat, wird imstande sein, die öffentliche Tugend zu wahren, ohne die die Volksregierung Betrug und Hohn ist. Die Zukunft der Republik zu gestalten, liegt in den Händen der Journalisten künftiger Generationen.“

Am 29. Oktober 1911 starb Joseph Pulitzer an Bord seiner geliebten Yacht Liberty im Hafen von Charleston und wurde auf dem Friedhof in der Bronx beigesetzt. Bis Anfang des letzten Jahrhunderts verdiente der Medienmogul 20 Millionen Dollar, das meiste Geld vermachte er seiner Familie. Die New Yorker Philharmoniker erhielten 700.000 Dollar. Für 50.000 wurde in der Nähe des Central Park gegenüber dem Plaza Hotel ein nach Pulitzer benannter Brunnen gebaut. Und Pulitzer gab der Columbia University zwei Millionen Dollar für die Einrichtung einer „Graduate School of Journalism“ und eines Sonderfonds, aus dem Auszeichnungen gezahlt werden, hauptsächlich an Journalisten. Joseph, der die Regierung offen kritisierte und ihre schändlichen Seiten aufdeckte und dabei oft sein Leben riskierte, träumte davon, die Besten seines Fachs zu schützen und ihnen zu helfen, ihr kreatives Potenzial auszuschöpfen.

Erstmals wurden dieser Preis 1917 unter Beteiligung eines Beirats, bestehend aus großen Zeitungsverlegern, Journalisten und Wissenschaftlern, verliehen. Jetzt ist jeder Preis mit 10.000 Dollar dotiert und wird in 25 Kategorien in verschiedenen Bereichen des Journalismus, der Literatur, der Musik und der Geschichte vergeben. Ein Sonderpreis in Form einer Goldmedaille wird an Redaktionen verliehen „Für Verdienste um die Gesellschaft“. Heute wird der Preis auch in den Bereichen Fotojournalismus, audiovisuelle Medien und elektronische Medien vergeben. Anspruch darauf haben nicht nur amerikanische, sondern auch ausländische Autoren. Mehr als 2.000 Bewerber nehmen jährlich am Wettbewerb um die Auszeichnung teil. Ihre Arbeit wird von einer unabhängigen Jury aus 90 Experten bewertet. In der jahrhundertealten Geschichte seines Bestehens war das Pulitzer-Preis-Komitee ständiger Kritik ausgesetzt. Es ist nicht ungewöhnlich, dass die eine oder andere öffentliche Organisation die Annullierung der Auszeichnung fordert.

Ein bedeutender Anteil der Pulitzer-Preisträger sind Juden: der Gelehrte und Philosoph Leo Beck, der Romanautor Saul Bellow, der Reporter Seymour Gersh, der Drehbuchautor Michael Chabon, der Physiker Douglas Fochstadter, der Dichter Mark van Doren, der Politikwissenschaftler Joby Warrick, der Soziologe Elias Canetti, der Publizist Leonard Baker, Künstler Art Spiegelman und Journalisten der New York Times und Washington Post erhielten wiederholt diese Auszeichnung in der Kategorie „Internationale Berichterstattung“ für die Aufdeckung über die aggressive Außenpolitik Russlands unter Putin. Ihre Veröffentlichungen enthüllen subversive, destabilisierende und terroristische Aktionen und politische Morde, die vom totalitären Regime Russlands in der Ukraine, im Nahen Osten, in Europa, Afrika und Nordamerika begangen wurden. 2007 wurde der Menschenrechtsaktivistin und Journalistin Anna Politkowskaja posthum der Pulitzer-Preis für Pressefreiheit verliehen.

Ehrliche und unabhängige Journalisten auf der Welt nehmen sich die Worte von Joseph Pulitzers geistigem Testament zu Herzen: „Ich war mein ganzes Leben lang im Journalismus und ich bin sicher, dass er den stärksten Einfluss auf die Gedanken der Menschen hat. Ich wollte diesen Beruf für willensstarke und intelligente junge Menschen attraktiv machen und auch denen, die sich bereits dem Journalismus verschrieben haben, helfen, hohe moralische und berufliche Qualitäten zu erwerben.“

Pulitzer-Preis

Die jüdischen Falken des deutschen Kaisers

Über 100.000 Juden dienten in der Reichswehr dem deutschen Kaiser im Ersten Weltkrieg, was überproportional zu ihrem Bevölkerungsanteil stand. Unter ihnen der Meisterflieger Wilhelm Frankl. Nur 18 deutsche Piloten waren mit dem Ritterkreuz des Königlichen Hausordens von Hohenzollern ausgezeichnet worden. Und drei von ihnen waren die Juden Wilhelm Frankl, Fritz Beckhardt und Edmund Nathanael. (JR)

Von Josef Turowski

Am 8. April jährt sich zum 105. Mal der Todestag des deutschen Meisterfliegers des Ersten Weltkriegs, Wilhelm Frankl. Doch seine Lebensgeschichte hätte wohl niemals eine so breite Masse erreicht, wären da nicht vor gut einem Jahr diese zwei Berliner Luftfahrtfans aufgetaucht, mit deren Hilfe Frankl ein Ehrengrab erhielt.

Nach diesem erfolgreichen Aktivismus erinnerte sich die jüdische Presse blitzartig an Frankls jüdische Wurzeln und an die vielen anderen jüdischen Soldaten der Reichswehr im Ersten Weltkrieg.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir den Leserinnen und Lesern einen kurzen Überblick über das Schicksal einiger dieser jüdischen Piloten bieten, die tapfer für das deutsche Vaterland ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben. Und wir wollten erzählen, welche Art der „Dankbarkeit" sie später für ihren Heldenmut und Patriotismus bekommen haben.

Im Deutschen Kaiserlichen Heer dienten zwischen 1914 – 1918 rund 100.000 Juden (jeder fünfte jüdische Deutsche). Von diesen kämpften 80.000 an der Front, 12.000 fielen im Kampf oder gelten als vermisst. 10.000 deutsche Juden meldeten sich freiwillig zum Eintritt in die Armee, darunter zwei Reichstagsabgeordnete. 2000 Juden wurden zu Offizieren befördert, 19.000 zu Unteroffizieren. Es gab sogar 30 Rabbiner im Militärdienst.

Lassen sie uns vorab zwei wichtige Dinge klarstellen: Die Juden in der Diaspora haben das talmudische Prinzip Dina-de-Malchuta-Dina („das Gesetz des Landes ist Gesetz") befolgt, das ihnen vorschreibt, die Gesetze des Landes, in dem sie leben, zu respektieren, wie es sich für einen loyalen Bürger gehört. Und in Deutschland lebten zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine halbe Million, vorwiegend bestens integrierte Juden, die eine wichtige Rolle in der Wirtschaft und Kultur des Landes spielten.

Und: Unsere Recherchen beziehen sich auf den Ersten Weltkrieg und dürfen keinesfalls mit einer Art Verschwörungstheorie von angeblich jüdischen Wehrmachtssoldaten verwechselt werden.

Mehreren Quellen zufolge waren 135 bis 200 jüdische Piloten in der Reichswehrfliegerei aktiv, 52 von ihnen starben einen Heldentod. Wir werden im Folgenden die Berühmtesten von ihnen genauer unter die Lupe nehmen.

Die heldenhaften Einsätze jüdischer Flieger wurden vor allem durch Publikationen des Arztes Felix Theilhaber bekannt, der in der Reichswehr gedient hatte und sich über die weit verbreitete Lüge empörte, Juden würden den Militärdienst scheuen.

Im Jahr 1916 veröffentlichte der Arzt sein Buch „Die Juden im Weltkrieg", kurz darauf, im Jahr 1918, folgte „Jüdische Flieger im Weltkrieg". Felix Theilhaber selbst verließ Deutschland

Leutnant Wilhelm Frankl

Richtung Palästina, nachdem er 1933, von der Gestapo festgenommen und zwei Monate in einem Gefängnis verbringen musste. In den 1940er Jahren gründete er die private Krankenversicherung mit freier Arztwahl „Kupat Cholim Maccabi".

Die Ruhestätte von Wilhelm Frankl

Wilhelm Frankl wurde im Jahr 1893 in einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Hamburg geboren. Seine erfolgreich abgeschlossene Pilotenprüfung 1913

Wilhelm Frankls Grab in Berlin

war sicherlich auch das Ergebnis seiner Ausbildung bei der ersten deutschen Pilotin Melli Beese.

Bei Kriegsausbruch meldete sich Frankl freiwillig bei den Luftstreitkräften des Deutschen Kaiserreichs und wurde nach seiner Ausbildung an einer Militärfliegerschule als Aufklärungs-, Artillerie- und Bombenflieger eingesetzt. Am 10. Mai 1915 erzielte er seinen ersten Luftsieg mit einem fünfschüssigen Selbstladekarabiner gegen ein französisches Voisin-Flugzeug. Frankls erster Staffelführer Hauptmann Adolph Victor bezeichnete ihn nach Kriegsende in seinem Buch „Vom Gefreitenknopf zum Pour-le-merite" als „tollkühnen, leidenschaftlichen Flieger, der im Kameradenkreis wegen seiner Liebenswürdigkeit und Bescheidenheit uneingeschränkte Beachtung findet".

Wegen seiner Tapferkeit ausgezeichnet, rückte Wilhelm Frankl zum Vizefeldwebel auf. Im Jahr 1916 trat er der Ehe wegen zum christlichen Glauben über; er heiratete die Tochter eines Kapitäns zur See. Nach der Taufe und vier siegreichen Einsätzen wurde er zum Leutnant befördert. Und nach seinem achten Abschuss wurde ihm der Orden Pour le Merite verliehen. Anschließend übernahm Frankl das Kommando über die Jagdstaffel „Jasta" 4.

Im April 1917 schoss er als erster Pilot überhaupt ein gegnerisches Flugzeug bei Nacht ab, danach bei Tag drei weitere Flugzeuge.

Doch drei Tage später stürzte Wilhelm Frankl während eines Luftkampfes am Steuer seiner Albatros D. III bei Vitry-en-Artois in Frankreich ab.

Er wurde auf dem Luisenkirchhof II der Luisenkirche in Berlin-Charlottenburg beerdigt.

Insgesamt hat Wilhelm Frankl 20 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Er war mit dem Eisernen Kreuz sowie mit dem Ritterkreuz mit Schwertern des Königlichen Hausordens von Hohenzollern ausgezeichnet worden. Aber all das hatte in den Augen der Nationalsozialisten keine Bedeutung, denn während ihn fromme Juden für seinen Übertritt zum Christentum mieden, hassten ihn die Nazis für seine jüdische Abstammung und entfernten seinen Namen von der Liste der Fliegerhelden des Ersten Weltkriegs; sein Grab schändeten sie.

Zwar sind 1973 deutsche Kasernen des taktischen Luftwaffengeschwaders 74 in Neuburg an der Donau nach Wilhelm Frankl benannt worden. Doch erst zum 100. Todestag des Piloten fanden zwei Berliner Luftfahrtpublizisten, Oliver Wulff und Jörg Mückler, den Ort seiner Bestattung wieder, und ließen dort einen Grabstein mit der Aufschrift „Der jüdisch stämmige Flieger gab sein Leben für Deutschland" errichten.

Dennoch gelang es den beiden nicht, die Stadtverwaltung davon zu überzeugen, der Ruhestätte den Status eines Ehrengrabs zu geben, was zum Beispiel eine Umbettung oder die völlige Entfernung des Grabs verhindern würde. Zu den Ablehnungsgründen: Der Status ist nur dann möglich, wenn der Verstorbene besondere Dienste für diese Stadt geleistet hat und nur in Fällen, in denen der Bestattungsort nicht verlegt wurde …

Kein Platz für Juden mit dem Ritterkreuz

Nur 18 deutsche Piloten des Ersten Weltkriegs waren mit dem Ritterkreuz

Jagdflieger Fritz Beckhardt 1918

des Königlichen Hausordens von Hohenzollern ausgezeichnet worden. Und drei von ihnen waren die Juden Wilhelm Frankl, Fritz Beckhardt und Edmund Nathanael.

Fritz Beckhardt wurde 1889 in der Gemeinde Wallertheim bei Worms geboren. Bei Kriegsausbruch arbeitete er in der Tuchfabrik seines Onkels in Marseille. Nach der Kriegserklärung ging er wieder nach Deutschland und wurde im August 1914 in ein Infanterieregiment eingezogen. Während der Dienstzeit erhielt Beckhardt das Eiserne Kreuz 1. und 2. Klasse.

Im Januar 1917 absolvierte er eine Flugausbildung. In der Jagdstaffel Jasta 26 diente er im Jahr 1918 acht Monate lang mit Hermann Göring. Für seine Erfolge als Jagdflieger (17 bestätigte Siege) wurde Fritz Beckhardt zweimal vom Kaiser Wilhelm II. höchstpersönlich beglückwünscht. Bis Kriegsende war Fritz Mitglied der Vereinigung „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten".

Nach der Kapitulation des Kaiserreichs im November 1918 weigerte sich Leutnant Fritz Beckhardt, Träger von 12 Militärauszeichnungen, die Waffen niederzulegen und flog mit seiner Maschine in die neutrale Schweiz. Nach dem Krieg lebte er in Wiesbaden und

Deutsches Fliegerass und Jude Edmund Nathanael. Auf sein Konto gehen 15 abgeschossene feindliche Kampfflugzeuge. Am 11. Mai 1917 im Luftkampf getötet.

arbeitete im Lebensmittelhandel.

1937 wurde Beckhardt von der Gestapo wegen der angeblichen Affäre mit einer „Arierin“ verhaftet und ins KZ Buchenwald deportiert. Sein Kamerad Berthold Guthmann, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde von Frankfurt, schrieb einen Brief an Göring und bat ihn, sich für Beckhardts Freilassung einzusetzen. Görings Antwort folgte prompt: Fritz Beckhardt kam tatsächlich frei und erhielt die Chance, Deutschland zu verlassen. Er floh mit seiner Frau zunächst nach Lissabon und von dort aus nach England.

Das Schicksal des gutmütigen Kameraden Guthmann aber, des religiösen Juden, endete hingegen tragischer. Der bis 1943 als Vorsteher der Jüdischen Gemeinde aktive Berthold Guthmann, der ebenfalls einst als Flieger mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden war, landete mit seiner Familie und den letzten, noch verbliebenen Frankfurter Juden in Auschwitz, wo er in der Gaskammer starb.

1950 kehrte Fritz Beckhardt nach Wiesbaden zurück, wo er bis zu seinem Tod im Jahr 1962 lebte. Er wurde auf dem jüdischen Friedhof seiner Stadt beerdigt.

Unser dritter Träger des Ritterkreuzes des Königlichen Hausordens von Hohenzollern ist Edmund Nathanael, geboren 1889 in Dielsdorf. Zu Beginn des Krieges diente er bei den Bodentruppen und flog anschließend ein Aufklärungsflugzeug. Nach zwei Auszeichnungen wurde er Ende 1916 Kampfpilot. In der sächsischen Jagdstaffel „Jasta 22“ blieb Nathanael jedoch bis März 1917 ohne siegreiche Kampfeinsätze. Danach wurde er zur angesehenen Königlich-Preußischen Jagdstaffel 5 versetzt. In zwei Monaten schoss er 15 feindliche Flugzeuge an der französischen Front ab, bis er am 11. Mai 1917 vom schottischen Fliegerass William Kennedy-Cochran-Patrick im Himmel über Belgien selbst abgeschossen wurde.

In der NS-Zeit wurden die Namen Wilhelm Frankl, Fritz Beckhardt und Edmund Nathanael von der Liste der Träger des Ritterkreuzes des Königlichen Hausordens von Hohenzollern gestrichen, weil diese Männer – entgegen der Nazipropaganda vom feigen Juden – mutige Patrioten Deutschlands waren.

Helden des Ersten Weltkriegs

Willy Rosenstein wurde 1892 in Stuttgart geboren. Schon vor dem Krieg begeisterte er sich für die Fliegerei und erwarb 1912 an der Flugschule in Berlin-Johannisthal den Flugschein mit der Nr. 170. Er war Fluglehrer, Testpilot, Wettkampfteilnehmer.

Als der Krieg ausbrach meldete sich Rosenstein freiwillig. Vom Februar bis Dezember 1917 war er Jagdflieger der Staffel Jasta 17 unter dem Kommando des Leutnants Hermann Göring. Aufgrund von Görings antisemitischen Äußerungen kam es zwischen den beiden zu Auseinandersetzungen, weshalb Rosenstein die Versetzung in ein anderes Geschwader forderte. Trotz seiner judenfeindlichen Haltung gab ihm der zukünftige Oberbefehlshaber der Luftwaffe und Kriegsverbrecher Göring bezüglich der Versetzung eine sehr gute Charakteristik, nannte ihn einen mutigen Flieger.

Willy Rosenstein setzte seine Einsätze mit Jasta 40 fort, wo er seine Luftsiege um neun abgestürzte Flugmaschinen vergrößerte (nach fünf Siegen hatte er den Titel „Fliegerass“ erhalten). Für seine waghalsigen und erfolgreichen Kämpfe wurde er mit vier Orden ausgezeichnet, darunter mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse.

Nach dem Krieg war Rosenstein Segelflieger und betrieb einen eigenen Flugverein. Unter den Nazis wurde das für Juden undenkbar. 1936 beschloss er, das Deutsche Reich zu verlassen, doch die Nazis erschwerten seine Ausreise, indem sie hohe Steuern auf jüdisches Eigentum erhoben. Nach einigen erfolglosen Versuchen wandte er sich in seiner Verzweiflung an Göring. Zur großen Überraschung Rosensteins selbst schickte ihm Göring einen Brief mit der Erlaubnis, das Land zu verlassen und drei Segelflugzeuge mit Ersatzteilen mitzunehmen.

Willy Rosenstein emigrierte nach Südafrika, wo er Farmer wurde. Er starb am 23. Mai 1949 bei einem Flugzeugabsturz, als sein Segelflugzeug mit dem eines Schülers im Himmel über seiner Farm kollidierte.

Friedrich Rüdenberg wurde 1892 in Hannover geboren. Anfang September 1914, direkt vor seinen Endprüfungen als Elektroingenieur, meldete er sich freiwillig zur Armee. Nach seinem Abschluss an der Flugschule diente er als Jagdflieger bei der Jasta 10 unter Manfred von Richthofen und erhielt das Eiserne Kreuz.

Nach Kriegsende schloss Rüdenberg seine alte Ausbildung ab und machte Karriere in der Elektroindustrie. Er war Technischer Direktor einer Niederlassung von General Electric in Istanbul. Doch im Jahr 1936 wurde er entlassen, weil er Jude war. Er kehrte Hitlerdeutschland den Rücken und ging nach Palästina, wo er ein Elektrounternehmen aufbaute. Das Fliegerass des Ersten Weltkriegs Friedrich Rüdenberg starb 1977 in Haifa.

Jagdflieger Rudolf Berthold

Das Fliegerass, Führer eines nationalistischen Freiwilligenkorbs und Jude Rudolf Berthold (1891 – 1920) gehört mit seinen 44 Luftkampfsiegen zu den fünf besten deutschen Jagdfliegern des Ersten Weltkriegs. Seine jüdische Herkunft hinderte ihn nicht daran, im Jahr 1913 einer der ersten deutschen Piloten und folglich Kommandeur der Jasta 18 zu werden. Trotz schwerer Verletzungen in den Luftkämpfen kehrte er immer wieder zurück. Er starb als er an einem Offiziersputsch gegen die sozialdemokratische Regierung seines Landes teilnahm.

Rudolf Berthold

Während der Kriegsjahre und in den ersten Jahren danach galten jüdische Piloten der Luftstreitkräfte als Mitglieder einer Bruderschaft der Kampfflieger, wo laut des Ehrenkodex von Richthofen Kühnheit und fliegerisches Können die Hauptkriterien waren. Doch bald brach die Zeit an, in der Juden und Kommunisten für die Niederlage Deutschlands verantwortlich gemacht wurden. Jüdische Piloten, die eben noch als Vorbilder deutscher Härte galten, wurden zum Objekt antisemitischer Propaganda. Die Nazis machten sich daran, die deutsche Militärgeschichte umzuschreiben. Sie wollten um jeden Preis, die Erinnerung an die Heldentaten tausender deutsch-jüdischer Soldaten und Offiziere des Ersten Weltkriegs auslöschen. Zum Glück hielt sich das mörderische Lügenkonstrukt nicht und die Gerechtigkeit wurde, wenn auch für viele zu spät, wiederhergestellt.

Aus dem Russischen von Edgar Seibel

Auf den Spuren des Judentums von der Zarenzeit bis zur Gegenwart

Ein Reisebericht aus dem Herbst 2021 über die jüdische Kultur in den russischen Städten Ufa und Samara kurz vor Beginn des aktuellen Geschehens. (JR)

Von Matti Goldschmidt

Das Jüdische Gemeindezentrum in Ufa

Nicht vielen ist bekannt, dass es in Russland mindestens ein Dutzend Städte mit über einer Million Einwohner gibt. Sechs davon besuchte ich während meines kürzlichen Urlaubs in Russland, und meine Eindrücke von dreien sei in dieser Reihenfolge wiedergegeben: a. Ufa, die Hauptstadt der Autonomen Republik Baschkortostans und mit 1,1 Millionen die elftgrößte Stadt der Russischen Föderation, b. Samara (Platz 8, 1,15 Mio.), von 1935 bis 1991 unter dem Namen Kuibyschev bekannt, benannt nach dem bolschewistischen „Revolutionär“ Valerian Vladimirovich Kuibyshev (1888-1935), sowie c. Kazan (Platz 5, 1,125 Mio.), die Hauptstadt der Autonomen Republik Tatarstan innerhalb der Russischen Föderation. Während der zaristischen Zeit lag das Gebiet, in dem diese drei Städte liegen, außerhalb des sog. Ansiedlungsrayons (pale of settlement, russ. tscherta osedlosti), der 1791 deklariert wurde, nämlich als einer der Maßnahmen zur Beschleunigung der Kolonisierung der neu erworbenen Gebiete am Schwarzen Meer unter der Regierung von Katharina der Großen (1729-1796). Grob nachgezeichnet ging dieser Ansiedlungsrayon vom Baltikum bis an das Schwarze Meer. Zunächst um 1850 sollten die ersten Juden in diesen von mir besuchten Städten siedeln dürfen, wobei es sich in der Regel um Veteranen der zaristischen Armee aus den Kaukasuseroberungen unter Nikolaus I. (1796-1855) und einigen wenigen jüdischen Kaufleuten handelte; erst aufgrund neuer Gesetze von 1859 und 1865 erhielten alle Kategorien von jüdischen Händlern und Handwerkern die Erlaubnis, sich grundsätzlich außerhalb des Ansiedlungsrayons niederzulassen, allerdings mit Ausnahme von Moskau und Sankt Petersburg. Bis 1827 war es Juden übrigens gänzlich untersagt, in der zaristischen Armee zu dienen; stattdessen wurde ihnen eine Sondersteuer auferlegt, weil sie eben keinen Militärdienst ableisteten.

In den Jahren danach wurden Juden häufig zwangsrekrutiert, normalerweise ab einem Alter von 12 Jahren, mitunter sehr zum Leidwesen der jüdischen Familien aber auch noch jünger – achtjährige Knaben waren keine Seltenheit. Jüdische Dörfer hatten ab einer bestimmten Größe eine festgelegte Anzahl von Jugendlichen für den Wehrdienst abzuliefern (sogenannte Kantonisten), die Auswahl wurde in der Regel von den Dorfoberen getroffen. Der sechsjährigen Schulzeit im militärischen Umfeld folgten 25 Jahre als Militärangehörige, üblicherweise weit weg von der Heimat. Nicht wenige waren nach einer derart langen Abwesenheit von ihrem ursprünglich sozialen Umfeld ihrer Religion entfremdet, sollten sie nicht schon vorher zur Konvertierung in die orthodoxe Kirche genötigt worden sein. Nur in einigen Ausnahmefällen gelang es, soweit bekannt, sich innerhalb der Armee zu organisieren und gegenseitig derart zu unterstützen, dass die 613 Gebote eingehalten werden konnten. So gründete sich etwa ab 1843 eine Organisation in einem Regiment des Oblast Briansk (südöstlich von Moskau gelegen) unter dem Namen „schomre'i emunah“, die Wächter des Glaubens. Diese Gemeinschaft innerhalb des aktiven Wehrdienstes konnte sich immerhin über rund fünfzig Jahre halten – selbst wenn die Zahl der Mitglieder, handschriftlich geführt in einem Registrierbuch (pinkas), wahrscheinlich gleichzeitig niemals fünfzig überstieg. Wie ihre nicht-jüdischen Kameraden erhielten viele nach Beendigung ihrer Militärzeit ein Stück Land, meist eben in den Grenzregionen. Die heutige jüdische Bevölkerungszahl wird in allen drei Bezirken, dem Oblast Samara wie auch den beiden autonomen Republiken, mit jeweils weit weniger als 10.000 angegeben

> „Bis 1827 war es Juden gänzlich untersagt, in der zaristischen Armee zu dienen; stattdessen wurde ihnen eine Sondersteuer auferlegt, weil sie eben keinen Militärdienst ableisteten.“

In allen drei von mir hier beschriebenen Städten, wie eigentlich nahezu in ganz Russland, werden die jeweils lokalen jüdischen Gemeinden von Vertretern der Chabad-Bewegung, korrekterweise Khabad, geleitet. Dabei handelt es sich um ein Akronym aus drei hebräischen Wörtern, nämlich khochmah (חכמה) = Weisheit, binah (בינה) = Erkenntnis und da'ath (דעת) = Wissen. Diese bis heute orthodox-jüdische Bewegung wurde Ende des 18. Jahrhunderts gegründet und hatte bis etwa 1915 sein Zentrum in einer kleinen Ortschaft namens Ljubawitschi (Любавичи) nahe Smolensk. Das heutige Zentrum dieser Bewegung liegt im Wohnviertel Crown Heights in Brooklyn, eines der fünf Bezirke von New York Stadt. Nicht immer war es leicht, im Vorfeld einen Besuch in den jeweiligen Kommunen zu verabreden.

Nach meinem Besuch in Moskau, Stavropol, Krasnodar und Rostov kam ich mit dem Nachtzug ans Schwarze Meer. Nach einigen Tagen, einschließlich eines Tagesausfluges in das olympische Alpinskigebiet von Roza Khutor, landete ich von Sochi kommend auf Einladung von Vakil Mirgalievich Shiriev, ehemals Direktor für Forschung und Entwicklung bei der Firma GARD-Service Ltd., und Karina Ildusovna Karimova, Co-Leiterin der lokalen Sprachenschule Know & Speak, mit einem Direktflug in Ufa. Ursprünglich war Ufa nichts anderes als eine Festung, 1574 erbaut durch Iwan dem Schrecklichen (1530-1584). Meine drei Tage in dieser sympathischen Stadt waren vollbepackt: Ein Besuch der Sprachenschule, in der Schüler mich über zwei Stunden auf Englisch zu meinen Eindrücken zu Russland befragten, eine Führung durch das Museum für Archäologie und Ethnographie unter der wunderbaren Leitung von Kljaschev Aleksandr Nikolaevich (1968-), Religionswissenschaftler am Institut für ethnologische Forschung des Wissenschaftszentrums Ufa der Russischen Akademie der Wissenschaften., die Besichtigung des Monuments von Salavat Yulaev (1756-1800), ein abendlicher Gang durch das Vergnügungsviertel „Quadrat“, ein ehemaliger Industriebezirk der Stadt, und schließlich auch der Besuch des 2008 neu eröffneten jüdischen Gemeindezentrums unter der Leitung von Rabbiner Dan Krichevsky. Nur an den Hohen Feiertagen versammelte sich die jüdische Gemeinde in den Jahrzehnten davor im historischen Synagogenbau im Zentrum Ufas (Gogolstr. 58), das noch in Sowjetzeiten der baschkirischen Philharmoniegesellschaft zugeschlagen wurde.

Das Holocaust Monument in Ufa

Das relativ neue Gebäude hatte eine ganz normale Umzäunung, Kameras konnte ich keine erkennen – ganz im Gegensatz zu sämtlichen jüdischen Einrichtungen in Mitteleuropa, wie es heute seit Jahrzehnten notwendig erscheint. Vakil und ich gingen einfach am Wachhäuschen vorbei, eine Kontrolle gab es nicht. Auch wurden keinerlei Fragen gestellt. In der Vorhalle saß eine junge Frau, die ich auf Russisch fragte, ob sie Englisch spräche. Sie bejahte. Und Hebräisch? Natürlich, sie sei schließlich „Israelin“ (obwohl, wie sie mir später sagte, in Ufa geboren war). Sie erklärte uns den Weg zur Synagoge in den 2. Stock (russischer Zählung, nach dem Erdgeschoss also das erste Stockwerk). Das Zentrum hatte, wie wir auf dem Weg besichtigen konnten, auch einen Sportsaal in der Größe etwa eines Basketballfeldes sowie ein eigenes Schwimmbad. Alsbald hieß uns der Rabbiner willkommen, welcher, immer wieder abwechselnd auf Hebräisch und für meinen Begleiter Vakil Russisch, seine Geschichte erzählte. Nämlich, dass er vor 21 Jahren über die Chabad-Bewegung nach Ufa kam. Die sozialen Einrichtungen des Gemeindezentrums seien auch für die nichtjüdische Bevölkerung Ufas zugänglich, so etwa könne beispielsweise das Schwimmbad im Keller für behinderte Kinder von allen gebührenfrei benutzt werden.

Schließlich bot er mir die jüdischen Gebetsriemen, Tfilin genannt, zum Anlegen an. Wahrscheinlich schien er meine zögerliche Haltung zu erkennen, denn er fragte mich, wann ich denn dies das letzte Mal gemacht hätte? Vor zwanzig Jahren? Oder dreißig? Ganz genau konnte ich das nicht mehr sagen und auf keinen Fall wollte ich unhöflich sein. Außerdem würde ich somit, so zumindest mein eigenes Räsonieren, eine „mitzwah“, eine Art gute Tat seinerseits unterstützen. Was nun wiederum meinerseits eine mitzwah war… Wahrscheinlich könnte man sich so bis an sein Lebensende gegenseitig mit mitzwoth (so der Plural) beglücken. Nach dem Anlegen der Riemen musste ein kurzes Gebet gesagt werden – dafür schlug der Rabbi ein kleines Heftchen auf und deutete auf den Text, der jetzt zu lesen gewesen wäre. Krichevsky gab mir die Wahl zwischen Hebräisch und Russisch, aber in letzterer Sprache hätte das Aufsagen sicher noch länger gedauert – und so zog ich das Hebräische vor, wenngleich auch für das zumindest bei religiösen Texten etwas Übung benötigt wird, ganz im Gegensatz etwa zu einer gewöhnlichen Tageszeitung.

Freundlichst wurden wir bei der Verabschiedung vom Rabbiner samt seiner Frau Chana sowie der älteren Tochter auf das „Denkmal für die Opfer des Holocausts und der im Großen Patriotischen Krieg [der 2. Weltkrieg] gefallenen Soldaten“ aufmerksam gemacht. Die Gedenkstätte im Vorhof des Hauptgebäudes wurde auf Initiative und auf Kosten der jüdischen Gemeinde von Baschkortostan errichtet. An der Enthüllungszeremonie am 25. Juni 2020 nahmen neben dem Staatsoberhaupt Baschkortostans, Radiy Faritovich Khabirov (1964-), unter anderem auch Talgat Tajuddin (1948-), ehemals Oberster Mufti Russlands und von 1992-2015 Vorsitzender der Zentralen Geistlichen Verwaltung der Muslime Russlands (ZDUM, ein Dachverband islamischer Organisationen in Russland mit Sitz in Ufa), oder auch das Oberhaupt des Metropolitanats Baschkortostan des Moskauer Patriarchats der Russischen Orthodoxen Kirche, Erzbischof Nikon von Ufa und Sterlitamak, teil. Es überraschte mich, eine derart öffentlich zugängliche Einrichtung wie das neue jüdische Gemeindezentrum in einer Stadt anzutreffen, deren Bevölkerungsanteil zu über fünfundvierzig Prozent aus Moslems sunnitischer Ausrichtung (Baschkiren und Tataren) besteht – ein Zustand, der mir in Mitteleuropa unmöglich erscheint.

Samara. Große Choralsynagoge, erbaut von dem jüdischen Architekten Selman Kleinerman

Ufa mag insofern in Deutschland ein Begriff zu sein, als am 1. Juli 2002 ein Flugzeug aus dieser Stadt über dem Bodensee, nahe bei Überlingen, auf dem Weg von Moskau nach Barcelona durch einen Zusammenstoß mit einem Frachtflugzeug abstürzte (Bashkirian Airlines Flug 2937). Dabei starben insgesamt 69 Personen, darunter 45 Schüler, die auf einem Schulausflug nach Katalonien waren, sowie die Besatzung aus dem zweiten Flugzeug.

> Die Synagoge hatte eine ganz normale Umzäunung, Kameras konnte ich keine erkennen – ganz im Gegensatz zu sämtlichen jüdischen Einrichtungen in Mitteleuropa, wie es heute seit Jahrzehnten notwendig erscheint

Samara

Samara sollte meine zweite Station sein. Ein kurzer einstündiger Flug, etwa 460 Kilometer südwestlich von Ufa, brachte mich an den mit über 50 Kilometern weit außerhalb der Stadt gelegenen Flughafen Kurumotsch. Noch Ende des 16. Jahrhunderts bedeute Samara als Grenzstadt und Außenposten gegenüber feindselige Krimtataren das Ende des südlichen russischen Einflussgebietes. Eine erste Synagoge wurde 1880 errichtet, die über die Grenzen Russlands hinaus bekannte Große Choralsynagoge 1908, erbaut von dem jüdischen Architekten Selman Sulrich Weniaminowitsch Kleinerman (1867-ca. 1930). Kleinerman wurde nach offiziell unbestätigten Berichten 1919 verhaftet; sein Tod wird auf ca. 1930 geschätzt. An einer Eisenbahnverbindung gelegen, siedelten hier um 1850 die ersten Juden. 1897 waren es bereits über 1.300 und 1926 etwa 7.000 (ca. vier Prozent der Gesamtbevölkerung). Noch 1970 lebten rund 25.000 Juden in Samara. Für den Fall, dass Moskau in die Hände der Nazis fallen würde, hatte Stalin Kuibyschev als Ersatzhauptstadt ausgewählt. Ein in die Tiefe errichteter neunstöckiger Bunker ist heute noch als Museum zu besichtigen.

Neben einer Anzahl von ausländischen Botschaften wurde 1942 in Samara auch das von Stalin initiierte Jüdische Antifaschistenkomitee (JAFK) eingerichtet, das jedoch spätestens 1948 im Rahmen stalinistischer Verfolgungen wieder aufgelöst wurde. Einer der ersten Anführer des JAFK, Viktor Alter (1890-1943), wurde bereits Anfang 1943 erschossen. Etwa drei Jahre später wurde das JAFK „einer Überprüfung“ unterzogen, in denen unter anderem festgestellt wurde, dass sich das Komitee „eigenmächtig die Funktion des Bevollmächtigten für die Angelegenheiten der jüdischen Bevölkerung und des Vermittlers zwischen dieser und den Partei- und Räteorganen zugeschrieben“, darüber hinaus „die Rolle der politischen und kulturellen Führung der jüdischen Massen“ eingenommen habe. Als besonders schwerwiegend galt der Vorwurf, die „Propaganda“ des JAFK enthielte „ein unnötiges Hervorheben der Rolle und des Einsatzes der Juden im Großen Vaterländischen Krieg und beim Aufbau des Sozialismus“.

Innerhalb nur eines Jahres wurden über dreißig führende Persönlichkeiten festgenommen und mindestens fünfzehn davon nach dreijähriger Folter und Isolationshaft in der Nacht vom 12. auf den 13. August 1952 im Lubjankagefängnis von Moskau hingerichtet, bekannt als die „Nacht der getöteten Dichter“ (notsch kazjonnich poztov). Neben „konterrevolutionären Verbrechen“ wurde ihnen unter anderem auch vorgeworfen, mit Unterstützung der Vereinigten Staaten die Krim von der Sowjetunion abtrennen zu wollen, um dort einen „jüdischen Staat“ zu errichten. Unter den bekannteren Persönlichkeiten befanden sich darunter David Rafailowitsch Bergelson (1884-1952), Mitarbeiter verschiedener Blätter der kommunistischen jiddischen Presse, Itzik Kolomonowitsch Feffer (1890-1952), sich mit seinen Gedichten in jiddischer und russischer Sprache durchwegs an die Parteilinie haltend, oder David Naumowitsch Hofstein (1889-1952), einer der bedeutendsten Vertreter der jiddischen Lyrik in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg.

Zu den Dichtern hinzugezählt, wenngleich sie niemals Dichter waren, wurden beispielsweise auch Solomon Abramowitsch Losowski (1878–1952), u.a. Mitglied des ZK der KPdSU (1937-1949), oder der Schauspieler Benjamin Zuskin (1899–1952), ausgezeichnet 1946 mit dem Stalinpreis und Leiter des Moskauer Jüdischen Staatstheaters, das 1948 geschlossen wurde. Praktisch alle Verurteilte wurden nur wenige Jahre später nach dem Tod Stalins wieder rehabilitiert.

Anmerkung:

Wenngleich ich Russland noch im Herbst letzten Jahres besuchte, wurden diese Zeilen erst in den ersten Tagen des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine beendet. Auch wenn ich den Eindruck habe, dass ein (viel zu) großer Teil der Bevölkerung der Russischen Föderation diese eindeutige Aggression als eine „Friedensmission gegen faschistischen Nationalisten“ rechtfertigen, dann vermute ich, dass eben noch zu viele der gelenkten Informationspolitik zum Opfer fallen. Russland ist für mich nach wie vor ein wunderbares Land und es obliegt dessen Bevölkerung, die korrupte und despotische Clique um Putin und den Größenwahnsinnigen selbst zurechtzuweisen.

Was am Pessach-Seder das Wichtigste ist und auf keinen Fall verpasst werden sollte

Wenn es um das Pessach-Fest geht, kann es ruhig mit dem Wort „groß“ beschrieben werden. Denn alles, was mit Pessach zu tun hat, ist umfangreich und riesig. (JR)

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Beim Backen von Matze (ungesäuertes Brot) in einer Bäckerei in der Stadt Bnei Brak, in der Nähe von Tel Aviv

Aufwendige Vorbereitung

Schon die Vorbereitung zum Fest hat es in sich. „Sieben Tage soll Sauerteig nicht gefunden werden in euren Häusern; denn so jemand Säuerndes isst, so soll diese Person ausgerottet werden aus der Gemeinde Jisrael, sei es Fremdling oder Eingeborener des Landes. Nichts Säuerndes dürft ihr essen, in all euren Wohnsitzen sollt ihr ungesäuert Brot essen.“ (2.Buch Moses 12:19-20)

Deshalb ist der Fix-Punkt der Vorbereitung alles, was mit Gesäuerten zu tun hat, wegzuschaffen. In vielen orthodoxen Familien beginnt diese Vorbereitung gleich nach Purim, ein Monat vor Beginn des Pessachs. Auch wenn die Verhältnisse der jüdischen Haushalte von heute nicht vergleichbar mit den Verhältnissen vor 200 Jahren sind, ist es trotzdem eine große Herausforderung, vielleicht sogar eine noch größere, als sie es je war. Vor vielen Jahren lebten die meisten Familien in 1-Zimmer Wohnungen mit Boden aus Erde, der Essenreste absorbierte. Es gab ganz wenig Geschirr und eine sehr kleine Auswahl an Lebensmittel, die für Pessach geeignet waren. Und sogar Matza – das „Pessach-Brot“, das Hauptessen während des Festes, musste man selbst backen. Heutzutage ist es ja komplett anderes: nach ordentlicher Reinigung findet man auf dem Parkett-Boden kaum noch einen Krümel, viele, nach jüdischer Tradition lebende Familien, haben nicht nur mehrere Geschirr-Sets, sondern sogar separates Geschirr nur für Pessach und online kann man heutzutage in koscheren Versand-Shops alle möglichen „koscher lePessach“ Lebensmittel kaufen von „Pessach“-Coca Cola bis „Pessach“ Cornflakes und Kuchen. Und Matza wird natürlich auch gekauft, und nicht mehr selbst gebacken. Doch gerade heutzutage den ganzen Haushalt auf Pessach-Betrieb umzustellen und dabei für die Familie normale Ernährung bis zum Fest-Anfang zu gewährleisten, ist eine riesige Herausforderung. Und wenn man noch viele kleine Kinder und eine große Wohnung hat, könnte es sogar mit einmonatiger Vorbereitung knapp werden.

„Großer“ Schabbat

Interessanteweise haben unsere Weisen verordnet, dass man die Gesetze von Pessach bereits am Purim zu lernen beginnt. Und viele große Rabbiner halten das so. Denn gerade vor Pessach muss viel beachtet werden: Weizen für Matza sollte nicht zufällig nass (und damit unbrauchbar) werden, Matza sollte schnell, innerhalb kürzer Zeit gebacken werden, Geschirr sollte richtig gekaschert werden, alles Gesäuerte (Chametz) sollte rechtzeitig und vollständig entfernt werden. Und wie es Rabbi Israel Meir Kagan, der berühmte Verfasser von „Chafetz Chaim“ auf den Punkt bringt: „es ist deshalb so wichtig und so aufwendig, weil sollte es alles nicht vor Pessach gemacht werden, kann man am Pessach selbst nicht mehr reparieren“.

Doch nicht nur die Vorbereitung zum Pessach ist groß. Sogar der Schabbat vor Pessach heißt „haGadol“ (Großer Schabbat).

Laut der Überlieferung, als die Juden noch in Ägypten waren und die Befreiung aus der Sklaverei nah war, hat G’tt ihnen befohlen ein Lamm zu nehmen, nach Hause zu bringen und es in vier Tagen als Pessach-Opfer zu opfern. Und das Nehmen vom Lamm sollte ausgerechnet am Schabbat sein, was eine große Herausforderung für damalige Sklaven bedeutete. Lamm war von Ägyptern als Götze verehrt und die Nachricht, dass ihre Götzen bald geschlachtet werden sollten, sollte ziemlich schlecht ankommen. Die Hauptherausforderung bestand darin, dass die Beschaffung von Lämmern vor Ägyptern nicht verheimlicht werden konnte: alle wussten, dass Juden Schabbat ausruhen und ihre Tiere an diesem Tag nicht berühren. Deshalb fiel die Tatsache, dass viele Juden an einem Schabbat plötzlich Lämmer zu sich nach Hause brachten, sehr wohl auf. Und es konnte für Juden richtig gefährlich werden, denn die Ägypter hatten nach neun vernichtenden Plagen sehr schlechte Laune und es konnte zu Pogromen kommen. Doch die Juden atmeten tief durch und brachten Lämmer an jenem Schabbat zu sich. Für diesen Mut wurden sie von G’tt mit einem Wunder belohnt: Ägypter sahen zähneknirschend zu, es wurde jedoch kein Jude angegriffen. Und auch wenn diese Ereignisse am 10.Nissan (nach jüdischem Kalender) stattfanden, wird diesem Wunder jedes Jahr nicht am 10.Nissan gedenkt, sondern am Schabbat vor Pessach (auch wenn er nicht auf 10.Nissan fällt). Und deshalb heißt dieser Schabbat auch Großer Schabbat (haGadol). Unsere Weisen bemerken, dass dieser Schabbat direkt vor Pessach seinem Namen auch in unseren Generationen gerecht ist: an diesem Schabbat soll der Gemeinderabbiner während des Morgengebets oder vor dem Nachmittagsgebet in der Synagoge einen Vortrag (Drascha) halten, wo die Gesetze von Pessach erklärt werden und die Gemeindemitglieder für den kommenden Feiertag inspiriert werden. Und weil man an diesem Schabbat viel mehr Zeit in der Synagoge verbringt als sonst, fühlt sich dieser Schabbat auch auf diese Weise groß an.

Ereignisvoller Vortag von Pessach

Deshalb passt die „Größe“ dieses Schabbats sehr gut in das Gesamtkonzept von Pessach rein. Denn wenn es zum Fest selbst kommt, wird es auch nicht kleiner. Schon der Vortag des Festes ist sehr ereignisvoll. Am Vorabend des Festes soll nach den Resten von Gesäuertem (Chametz) gesucht wird. Und diese Suche ist vor allem für die Kinder eine große Attraktion. Der Brauch ist, dass die Eltern zehn kleine Stückchen Brot (in Alufolie gewickelt) zu Hause in verschieden Räumen verteilen. Kinder sollen in Dunkelheit mit einer Lichtquelle (Kerze oder elektrischer Taschenlampe) nach diesen Stückchen suchen. Und auch wenn diese Suche normalerweise nicht sehr lange dauern soll, darf man nicht vergessen, dass Chametz auch im Auto, Büro, Keller und anderen Orten, die man besitzt, auch gesucht werden muss. Und dann, wenn man mehrere solche Orte hat, kann auch schon die Suche nach Chametz groß werden.

Am Morgen danach, weniger Stunden vor dem Pessach-Anfang geht es mit dem ereignisvollen Programm weiter. Eigentlich müssen die erstgeborenen Männer an diesem Tag fasten („das Fasten der Erstgeborenen“). Doch schon vor vielen Jahren entstand der Brauch, dass in den Synagogen nach dem Morgengebet ein Traktat aus dem Talmud zu Ende gelernt wird und dann sollen alle Anwesenden an einer festlichen Mahlzeit teilnehmen. Auf diese Weise entfällt die Pflicht an diesem Tag zu fasten. Danach werden die letzten Stückchen von Chametz (normalerweise im Hof der Synagoge oder Gemeinde) verbrannt. Auch das ist einer der Höhepunkte der Pessach-Vorbereitung für die Kinder.

Noch vor dem Pessach-Abend soll der Tisch gedeckt werden, wo der Pessach-Seder abgehalten wird. Auch hier soll alles „groß“ sein: am Pessach sollen wir die Befreiung der Juden aus ägyptischer Sklaverei selbst nacherleben und uns als freie Menschen fühlen. Deshalb haben unsere Weisen verfügt, dass man den Tisch für den Seder-Abend schön und reichaussehend macht. Es sollen die besten und teuersten Teller, Gläser, Besteck, Stühle, Decken verwendet werden, die man zu Hause hat. Und natürlich, die Gerichte, die man am Ende des Seders genießen wird, müssen auch festlich und

besonders schmackhaft sein. Als Letztes werden an diesem großen und langen Tag Matzot vorbereitet und Weinflaschen geöffnet, damit der Seder so früh wie möglich beginnen kann.

Die große Pesssach-Nacht

Und dann kommt (nach dem Abendgebet in der Synagoge) der langerwartete Pessach-Seder. Den Pessach-Abend kann man ruhig als „groß“ bezeichnen, denn er dauert bis spät in die Nacht. Vor allem Haggada, die Erzählung über den Auszug aus Ägypten sollte viel Zeit in Anspruch nehmen. In der ersten Pessach-Nacht gibt es eine Deadline: die Matza soll bis zur halachischen Mitternacht gegessen werden, was in Europa wegen der Sommerzeit kurz nach ein Uhr nachts ist. In der Diaspora feiern wir alle jüdischen Feiertage doppelt, deshalb gibt es auch in der zweiten Nacht von Pessach einen Seder. Da gibt's es nach vielen Meinungen keine Deadline für Matza-Essen, deshalb dauert der 2.Seder in vielen orthodoxen Familien bis zwei oder sogar drei Uhr nachts. Doch woran liegt das? Die Haggada bleibt die Gleiche und wird nicht länger. Worum dauert dann der Seder bei manchen kurz und bei manchen sehr lang?

Auszug aus Haggadah, Venedig, 1609

Vier Fragen und vier Söhne

Nachdem, wie am Anfang jedes Festes, Kiddusch am Anfang von Pessach Seder gemacht wurde, gibt es noch ein paar kleine Zwischenschritte, um die Aufmerksamt der Kinder zu wecken. Und dann kommt man zu Hagadda, die mit dem berühmten „Ma Nischtana“-Lied („Was ist Unterschied…?“) beginnt. Es werden vier Fragen gestellt, die dann während des Seders beantwortet werden müssen. Doch warum sind es genau vier Fragen, nicht mehr und nicht weniger? Die einfachste Erklärung ist, dass es ein Hinweis auf die berühmten „vier Söhne“ ist, die dann in Haggada gleich auch erscheinen.

„Keneged arbaa Banim dibra Tora“ – „Die Tora spricht von vier Kindern: Einer ist weise, einer ist böse, einer ist einfältig, und einer weiß nicht, wie er fragen soll“, so steht es in Haggada. Also, über diese vier verschiedenen Charaktere wissen wir aus der Tora, denn es gibt vier Verse, die auf diese „Söhne“ hinweisen. Interessant ist, auf welcher Weise diese Söhne in Haggada definiert sind, und zwar durch ihre Fragen. Der weise Sohn fragt nach den Gesetzen von Pessach, möchte wissen, wie man alles richtig macht. Die Frage des bösen Sohnes ist eher provokativ, rhetorisch, er möchte nicht etwas erfahren, sondern offenbart sein Zweifel, ob das Ganze überhaupt Sinn macht. Der einfältige Sohn hat keine Meinung und interessiert sich auch nicht für Details. Er staunt über den ungewöhnlichen Abend und möchte einfach nur wissen, was hier vor sich geht. Der vierte Sohn kommt nicht mal darauf, etwas zu fragen. Auch wenn er komische Dinge, wie Matza, Maror (bittere Kräuter) und anderen Gegenstände des Seders sieht, auch wenn er spannende Erzählungen über den Auszug aus Ägypten hört, berührt ihn alles nicht. Dieser vierte Sohn kann den Seder sogar interessant und schön finden, spürt aber kein Bedürfnis sich daran zu beteiligen.

Es ist auffällig, dass diese „Söhne“ in der Haggada in bestimmter Reihenfolge platziert sind. Und die Platzierung des „bösen Sohnes“ ist ein wenig unpassend. Eigentlich sollte er ganz am Ende der Liste stehen, schließlich ist er der absolute Gegensatz zum „weisen Sohn“. Doch seine Platzierung gleich nach dem weisen Sohn ist sehr richtig. Auch wenn die Frage des „bösen Sohnes“ provokativ ist, die Hauptsache ist, dass er fragt. Ja, er lehnt die jüdische Tradition ab, aber sie bewegt ihn, sie ist für ihn nicht egal! Und deshalb besteht die Hoffnung, dass dieser „rebellierende Sohn“ doch noch zu seinen Wurzeln zurückkehrt. Unser größtes Problem ist nicht der „böser Sohn“, sondern der vierte Sohn, der „nicht weiß, wie er fragen soll“. Wie begeistert man einen Menschen, der kein Interesse hat?!

Traditionelle Sedar-Platte

Das Größte ist das Fragen

Das zeigt, wie wichtig das Fragen ist! Nur wenn man fragt, hat man Interesse und kann „erreicht“ werden, egal wie viel er von der Tradition kennt. Auch deshalb haben unsere Weisen verfügt, dass am Seder-Tisch nur Ehemann und Ehefrau (ohne Kinder) sitzen, sie sollen sich gegenseitig „Ma Nischtana“-Fragen stellen. Und sogar wenn der Mensch den Pessach alleine feiert, soll er diese Fragen sich selbst stellen. Denn ohne Fragen wird der Seder sinnlos sein, denn ohne Interesse an der Geschichte der Haggada, kann man stattdessen eine Zeitung oder ein Fachbuch lesen mit gleichem Effekt.

Und deshalb dauern die Pessach-Sedorim bei religiösen Juden so lange. Dort wird die Haggada nicht einfach durchgelesen, um schneller an Matza und leckere Mahlzeit zu kommen. Die Haggada wird hinterfragt, diskutiert und ausführlich besprochen. „Warum ist der erste Absatz in der Haggada auf Aramäisch verfasst und nicht auf Hebräisch, wie der Rest“? „Warum wird im ganzen Haggada kein einziges Mal der Name von Mosche Rabejnu erwähnt“? „Warum hätte es gereicht (dajenu), wenn unsere Vorfahren zum Berg Sinai gekommen wären, aber die Tora nicht bekommen hätten“? Das sind nur ein paar Fragen, die man zu Haggada stellen könnte. Kinder in religiösen Familien beginnen schon Wochen vor Pessach interessante Frage zur Geschichte des Auszuges aus Ägypten zu sammeln, um dann beim Seder diese Fragen zu stellen. Und wenn man daran denkt, dass in solchen Familien nicht weniger als 4-6 Kinder sind, braucht der Familienvater ein gutes Zeitgefühl, um das Fragen rechtzeitig zu stoppen, damit man doch noch rechtzeitig zum Matza-Essen und zur Mahlzeit kommt.

Der 7.Ljubawitscher Rebbe, Rabbi Menachem Mendel Schneersohn (1902-1994) hat immer betont, dass wir verpflichtet sind zum Seder auch den „fünften Sohn“ zu bringen. Der „fünfter Sohn“ ist ein Jude oder eine Jüdin, die weit von jüdischer Tradition entfernt sind, dass sie nicht mal wissen, dass gerade Pessach gefeiert wird, dass man Seder durchführen soll und Matza essen muss. Wir müssen, laut dem Rebbe, solche Juden finden und sie zum Seder einladen. Doch womit wollen wir diese „fünften Söhne und Töchter“ beeindrucken? Mit einem schön gedeckten Tisch? Mit Matza und köstlichen jüdischen Gerichten? Werden diese sehr säkularen Menschen dann plötzlich religiös?! Natürlich nicht. Schöne Tische und köstliche Gerichte werden für sie nur amüsant und exotisch erscheinen. Unsere Hoffnung ist, dass diese Menschen beginnen Fragen zu stellen! Nur dann können sie ihre Tradition kennenlernen und die Schönheit und das Reichtum des Judentums entdecken. Nur wenn das Interesse in ihr geweckt wird und sie beginnen zu fragen, werden sie auch Antworten bekommen.

Das gilt aber nicht nur für den „fünften Sohn“, das gilt für uns alle. Der Pessach-Seder wird für uns alle nur dann zum Erlebnis, wenn wir ihn richtig verbringen. Und auch wenn ein chametz-freies Haus, schöne Teller und handgebackene Matza wichtig sind, ist es auch wichtig die Haggada nicht wie eine alte Geschichte aus Geschichtsbüchern zu lesen, sondern sie zu erleben. Wenn man sich ein wenig Zeit vor Pessach nimmt, um die Haggada aufmerksam zu lesen, sicherlich findet man etwas Interessantes, wo man nachhaken kann. Und dann wird das Haggada-Lesen beim Seder ganz anders sein.

Ein berühmter jüdischer Wissenschaftler wurde mal vom Interviewer gefragt, wie er es geschafft hat, so viele erstaunliche Entdeckungen zu machen? Der Wissenschaftler antwortete, dass es seine Mutter war, die ihn inspiriert hat. Als er noch ein Schuljunge war und von der Schule nach Hause kam, fragte ihn seine Mutter nie was er gelernt hat. Sie wollte von ihm nur wissen, was er im Unterricht gefragt hatte…

Daf Yomi – Stellen aus dem Talmud

1923 hat Rabbi Meir Shapira aus Lublin die Initiative „Daf Yomi“ angeregt. Heute befinden wir uns im 14. Zyklus. Als Teil davon können Juden überall auf der Welt dasselbe Blatt aus dem Talmud lernen. Der Beitrag stellt eine Fortsetzung der in der Jüdischen Rundschau im Januar 2022 begonnenen jüdischen Lern-Initiative dar. (JR)

Von Patrick Casiano

Eines der aktuellen Blätter – Der Übertritt zum Judentum

23. April 2022 (Yevamot 47): Die besagte Stelle und die Blätter zuvor und danach handeln vom Übertritt zum Judentum. Jedoch nicht allumfassend. Wie im Talmud üblich, ist ein Thema auf verschiedene Stellen verteilt. In Yevamot 47 heißt es unter anderem:

„Wenn jemand zu dieser Zeit kommt, um zum Judentum zu konvertieren, dann sagen wir ihm: ‚was hast du gesehen, das dich veranlasst hat, zum Judentum zu konvertieren? Weißt du denn nicht, dass das jüdische Volk zu dieser Zeit elendig, verstoßen und verfolgt ist und dass Leiden über es kommen?‘ Wenn er erwidert: ‚Ich weiß es und bin es nicht würdig [aufgenommen zu werden]‘ dann soll man ihn sofort [als Kandidaten] akzeptieren. Man unterweist ihn in einigen leichter wiegenden und einigen schwerer wiegenden Geboten. […] Und man unterweist ihn in den Strafen der Gebote. Man sagt ihm: ‚Wisse, dass du bisher […] wenn du den Sabbat-Ruhetag übertreten hast nicht straffällig warst, aber jetzt […] wirst du straffällig sein. Und so wie man ihm die Strafen der Gebote mitteilt, so sagt man ihm auch den Lohn […] die kommende Welt […].“

Dieses Zitat klingt einladend, aber generell hat das Judentum eine ambivalente Haltung zu Personen, die konvertieren möchten.

Einerseits haben wir biblische Gestalten wie Ruth die Moabiterin, welche ihr Volk verlassen und sich dem jüdischen Volk angeschlossen hat (vgl. das erste Kapitel des biblischen Buches Ruth). Ruth ist eine Vorfahrin von König David, und damit vom zukünftigen Messias, der ein Nachfahre König Davids sein wird. Sie ist die bekannteste Person, die zum Judentum konvertiert ist, aber nicht die erste. Bereits die Stelle im 1. Buch Moses Kapitel 12 Vers 5, verschiedentlich übersetzt als „die Seelen/Leute, die sie in Haran erworben/gemacht haben“, wird in der jüdischen Tradition dahingehend ausgelegt, dass Abraham und Sarah weitere Personen in den Glauben aufgenommen haben. Gemäß jüdischer Tradition sind auch Jitro (Moses‘ Schwiegervater, vgl. 2. Buch Moses) und Rachav (vgl. Josua/Jehoschua Kapitel 2 und 6) zum Judentum konvertiert. Auch unter den Nachfahren besonders böser Gestalten in der Bibel macht die jüdische Tradition Konvertiten aus. Die Liste der bekannten Konvertiten setzt sich auch in der nachbiblischen Zeit fort. Shemaya und Avtalyon, die beiden größten rabbinischen Gelehrten ihrer Zeit, waren Konvertiten oder die Kinder (1. Generation) von Konvertiten. Auch der bekannte Rabbi Akiva hat Konvertiten in seinem Stammbaum. Im dreimal täglich gesprochenen Hauptgebet wird Gott auch um das Wohlergehen der Konvertiten ersucht.

Trotz dieser Erfolgsgeschichten hat das Judentum jedoch auch negative Erfahrungen mit Konvertiten gemacht. Sei es, dass man sich durch die Aufnahme von Konvertiten in gefährliche Konflikte mit den jeweiligen Herrschern brachte, oder dass sich die Konvertiten später wieder vom Judentum abwandten und ihre erworbenen Kenntnisse dafür nutzten, um den Juden zu schaden (z.B. durch Missionierung). Die zögerliche Haltung Nicht-Juden zu konvertieren, ergibt sich u.a. hieraus.

Legitime Motive und der Übertritt zum Zweck der Heirat

Und die negativen Erfahrungen haben keineswegs in der Vergangenheit geendet. Bekanntlich lässt das Judentum nur Ehen unter Juden zu. Das wird zwar häufig kritisiert, hat sich aber als Erfolgsmodell für das Überleben des Volkes in der geographischen Zerstreuung über einen Zeitraum von 2.600 Jahren hinweg unter den schwersten Umständen herausgestellt. Diese Praxis hat also zusätzlich zu einer religiösen Legitimation also auch eine historische.

Die Motivation, die heute die meisten Interessenten dazu treibt, konvertieren zu wollen, ist eine negative, da sie auf einem Hintergedanken beruht, nämlich einen jüdischen Partner zu heiraten. Es ist somit kein Selbstzweck, anders als Rachav's Einsicht darin, wer der wahre Gott ist – das ideale Motiv eines Übertritts.

Da auch bei nicht-religiösen Juden das kulturelle Bewusstsein meistens stärker ausgeprägt ist als bei den Christen der Mehrheitsgesellschaft, ist es häufig die nicht-jüdische Seite, die sich bereit erklärt sich der Religionsgemeinschaft des jüdischen Partners anzuschließen. Dies führt jedoch zu einem Teufelskreis des Widerspruchs.

(1) Wenn ein jüdischer Partner sich überhaupt auf eine Beziehung mit einem nicht-jüdischen Partner einlässt, dann zeugt das davon, dass er seine Religion nicht besonders ernst nimmt, denn ansonsten sollte er nur unter anderen Juden nach einem Partner suchen. (2) Und wenn dann der nicht-jüdische Partner konvertiert, um mit eben jenem jüdischen, aber nicht religiösen Partner zusammenzuleben, dann zeugt das davon, dass er die Konversion nicht besonders ernst nimmt, denn ansonsten würde er sich einen religiösen Partner suchen. Wie soll die konvertierte Person die Gebote einhalten, wenn der Partner dabei nicht mitmacht?

Und wozu das alles? Man möge sich ansehen, wie viele Ehen in Deutschland geschieden werden. Und nicht-eheliche Beziehungen miteinbeschlossen ist die Trennungsrate nochmals höher. Die allermeisten Beziehungen halten nicht. Mir ist in Deutschland persönlich ein Fall bekannt, in dem eine nicht-jüdische Frau für ihren jüdischen Partner konvertiert ist. Und wie statistisch zu erwarten, hat die Ehe nicht gehalten. Sie trennten sich und die Frau lernte einen neuen Mann kennen, der nicht jüdisch ist und bekam mit ihm Kinder. Ihre Jüdischkeit hat sie natürlich schnell wieder vergessen. Aber diese Kinder sind nun natürlich jüdisch, da Jüdischkeit durch mütterliche Abstammung bestimmt wird (oder durch orthodoxe Konversion). Die Tatsache, dass diese Kinder jüdisch sind, ist negativ anzusehen! Denn wenn sie keine Gebote einhalten (aufgrund der fehlenden Erziehung oder im vorliegenden Fall evtl. sogar aufgrund des fehlenden Wissens, dass sie jüdisch sind und was das bedeutet) schadet das dem Kollektiv, auch wenn man den Kindern keinen Vorwurf machen kann. Der viel zitierte Satz „Alle Juden sind füreinander verantwortlich“ (kol israel aravim ze le-ze) wird heutzutage häufig dahingehend interpretiert, dass ein Jude für das Wohlergehen eines anderen Juden Sorge zu tragen hat. Aber das ist eine Entstellung. Die ursprüngliche Verwendung dieses Satzes betrifft nicht das Wohlergehen, sondern die Befolgung des Religionsgesetzes. Wenn also ein Jude dem Religionsgesetz zuwiderhandelt, dann beeinflusst dies das ganze Volk negativ, so auch im obigen Beispiel mit den Kindern.

Was ist also die richtige Herangehensweise. Am besten verhindert man solche Situationen von Anfang an, in dem man romantische Fantasien à la Hollywood zumindest auf den zweiten Platz verschiebt und bei der Partnerwahl auch mit Verstand handelt. Man stelle sich vor, man lernt jemanden kennen, den man ganz toll findet. Aber dieser will wieder zurück in seine japanische Heimat, während man selbst zu einem solchen Umzug nicht bereit ist. Welche Optionen bleiben dann? Entweder die nächsten fünfzig Jahre lang eine Fernbeziehung führen oder die rationale Konsequenz ziehen, dass diese Beziehung keine Zukunft hat. Eine ebenso rationale Entscheidung ist es, innerhalb der eigenen Religionsgemeinschaft zu heiraten.

Ein Übertritt zum Ziel einer Beziehung ist ein unlauteres Motiv. Dennoch will ich nicht ganz dagegenreden. Einige Contra-Argumente habe ich bereits dargelegt. Wenn sich nun jemand bereits in einer gemischten Beziehung befindet und diese aus seiner Sicht

nicht auflösbar ist, dann kann es trotz der oben beschriebenen langfristigen Probleme, dennoch einen legitimen Grund geben, eine Konversion anzustreben. Und zwar geht es darum, für das Hier und Jetzt dem Verbot einer gemischten Beziehung zu entgehen. Im 5. Buch Moses Kapitel 18 Vers 13 steht, dass man in religiösen Fragen „tamim" sein soll, ein Wort, das man vielleicht am besten als positive Naivität übersetzt.

Zur Erklärung können wir uns ansehen, welche weiteren Informationen zu der Krankheits- und Heilungsgeschichte des Königs Chiskijahu aus dem 2. Buch der Könige Kapitel 20 im Talmud in Brachot 10 berichtet werden. Der König hat das Gebot „seid fruchtbar und mehrt euch" nicht befolgt und der Prophet Jeschajahu erklärt ihm nun, dass seine Krankheit eine Strafe für dieses Vergehen ist. Chiskijahu rechtfertigt sich damit, dass er in Prophetie vorausgesehen hat, dass seine Kinder böse sein werden und dass er daher ihre Zeugung unterlassen hat. Aber Jeschajahu erklärt ihm, dass solche Sorgen nicht ihm obliegen, sondern alleinig die Angelegenheit Gottes sind, und das Chiskijahu ohne solche Kalkulationen anzustellen einfach das Gebot „seid fruchtbar und mehrt euch" erfüllen muss.

Welches Bedenken soll also in unserem Fall den Vorrang genießen? Jetzt und mit Sicherheit dem Verbot der Mischehe durch die Konversion des Partners zu entgehen? Oder später und nur eventuell zu den beschriebenen Problemen zu führen? Diese Entscheidung sollte man nicht alleine treffen, sondern den jeweiligen Fall einem jüdischen Gelehrten schildern und sich beraten lassen.

Die Sieben Gebote von Noah

Aber auch wenn jemand ein aufrichtiges Motiv ohne Hintergedanken hat, um zum Judentum zu konvertieren, sollte er kurz innehalten und sich folgendes bewusst machen:

Wenn jemand von der Wahrheit des Christentums (in welcher Version auch immer) überzeugt ist, dann ist ein Übertritt zum Christentum eine logische Konsequenz. Denn gemäß der christlichen Selbstauffassung richtet sich das Christentum an die gesamte Menschheit! Es geht bei dem Gesagten nicht um moderne Gedanken der Toleranz für Andersgläubige, sondern darum, was sich aus der klassischen Lehre ergibt. Die Gebote des Christentums sind im Vergleich zum Judentum zwar weniger der praktischen Art und in der Lebensführung weniger einschneidend; und bestehen vor allem in der reinen Akzeptanz der christlichen Lehre und im Glauben an die theologischen Grundsätze, aber dazu ist ausnahmslos jeder Mensch verpflichtet. Somit ist ein Übertritt nur eine Anerkennung einer bereits zuvor bestandenen Verpflichtung! Und daher gibt es keinen Grund, warum man nicht zum Christentum übertreten sollte, wenn man denn daran glaubt.

Im Gegensatz dazu ist das Judentum gemäß jüdischer Sichtweise ausschließlich für das jüdische Volk verpflichtend. Nur jemand der von einer jüdischen Mutter geboren wurde, oder orthodox konvertiert ist, unterliegt dem jüdischen Gesetz, das für seine vielen Beschränkungen bekannt ist. Im Judentum wird durch den Übertritt somit eine Verpflichtung erst erzeugt!

Dies kann zu einer Situation führen, die man vielleicht als paradox bezeichnen kann und in der jemand von der Wahrheit des Judentums überzeugt sein mag, aber dennoch nicht übertreten möchte.

Für solche Leute ist es interessant, sich anzusehen, was das Judentum über die Erfordernisse eines moralischen, gottgefälligen Lebens von Nicht-Juden zu sagen hat, welches zum Leben in der kommenden Welt führt. Die Antwort darauf findet sich in den sieben Geboten von Noah. Diese Gesetze richten sich an die gesamte Menschheit. Sie umfassen das Verbot von (1.) Götzendienst und Polytheismus, (2.) Blasphemie, (3.) Mord, (4.) Ehebruch und anderen sexuellen Verbrechen, (5.) Diebstahl, (6.) keine Fleischstücke von noch lebenden Tieren zu essen (und generell Mitleid mit allen Geschöpfen zu haben). Das siebte Gebot stellt kein Verbot dar, sondern umgekehrt eine Verpflichtung dazu etwas zu tun, und zwar (7.) die Errichtung eines Gerichtssystems, welches die Einhaltung der Gesetze überwacht.

Diese Gesetze mögen sehr minimalistisch klingen, aber natürlich gibt es Verästelungen und verschiedene Themen und Fälle subsumieren sich unter diese Überkategorien. Gemäß Punkt eins sind z.B. Esoterik und andere „Spiritualitäten" verboten, und auch der Glaube an das Horoskop. Unter Punkt drei fallen zum Beispiel die Abtreibung (es sei denn es besteht durch die Schwangerschaft eine Lebensgefahr für die Mutter), Sterbehilfe, Selbstmord und die sinnlose Selbstgefährdung (man könnte hier zum Beispiel an einige Extremsportarten mit hohen Todesraten denken). Was in unserer internationalen Wirtschaftswelt, deren Produktions-, Handels- und Finanzabläufe nicht mehr zu überblicken ist, als Diebstahl gilt, erfordert auch eine Erörterung.

Einige dieser sieben Gebote erfordern eigentlich keine religiöse Legitimierung und auch eine säkulare Gesellschaft könnte sich auf diese Gesetze verständigen. Aber man soll sich in seinem Handeln dennoch auf die religiöse Grundlage stützen, auch wenn es praktisch gesehen keinen Unterschied macht. In der Februarausgabe haben wir „… den Grundsatz erklärt, dass eine Person, die eine gute Tat ausführt, die ihm durch das göttliche Gesetz geboten ist, mehr vollbringt als eine Person, welche die gleiche Tat ausführt, ohne dass sie ihm gesetzlich obliegt. Also sagen wir, jemand hilft einer alten Frau die schwere Einkaufstasche zu tragen, einmal in einer Situation, in der er dazu gesetzlich verpflichtet ist und einmal in einer Situation ohne eine solche Verpflichtung. Welche Situation ist moralisch hochwertiger? Intuitiv würden sich die meisten wohl für die zweite Situation aussprechen. Der als „gadol ha-metzuwe we-ose…" bekannte Grundsatz geht jedoch vom Gegenteil aus. Und der Grund dafür ist, dass ein Mensch [oder eine Gesellschaft] in der zweiten Situation nur seinen eigenen Willen erfüllt. Auch wenn dieser im genannten Fall zufällig ein guter Wille ist, könnte er in einer anderen Situation ein schlechter Wille sein und somit ist es ein Problem, dass der eigene Wille handlungsanweisend ist. Im ersten Fall hingegen spielt der eigene Wille keine oder eine nur untergeordnete Rolle und man unterstellt sich dem Willen Gottes."

Die deutschsprachigen Quellen zu den sieben Geboten Noahs sind in Quantität, Zugänglichkeit und manchmal auch in Qualität beschränkt. Zur Vertiefung muss ich den Leser daher auf englischsprachige Materialien verweisen. Der eine liest lieber online, der andere ein gedrucktes Buch und noch einer sieht sich lieber ein Video an. Für jeden ist etwas dabei. Unter den Internetseiten ist vor allem (www.asknoah.org) hervorzuheben. Unter den gedruckten Büchern rate ich zu: Ginsburgh: „Kabbalah and Meditation for the Nations", auch wenn die Beschäftigung mit diesem Thema nicht aus dem Titel ersichtlich ist. Als Videos empfehle ich „What does Noahide mean? Rabbi Chaim Richman" und „7 Commandments, Rabbi Chaim Richman", beide im Youtube-Kanal „Noahide-WorldCenter".

www.intellectual-services.com

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Michel Houellebecqs Buch „Vernichten“: Unerwartet leise Töne

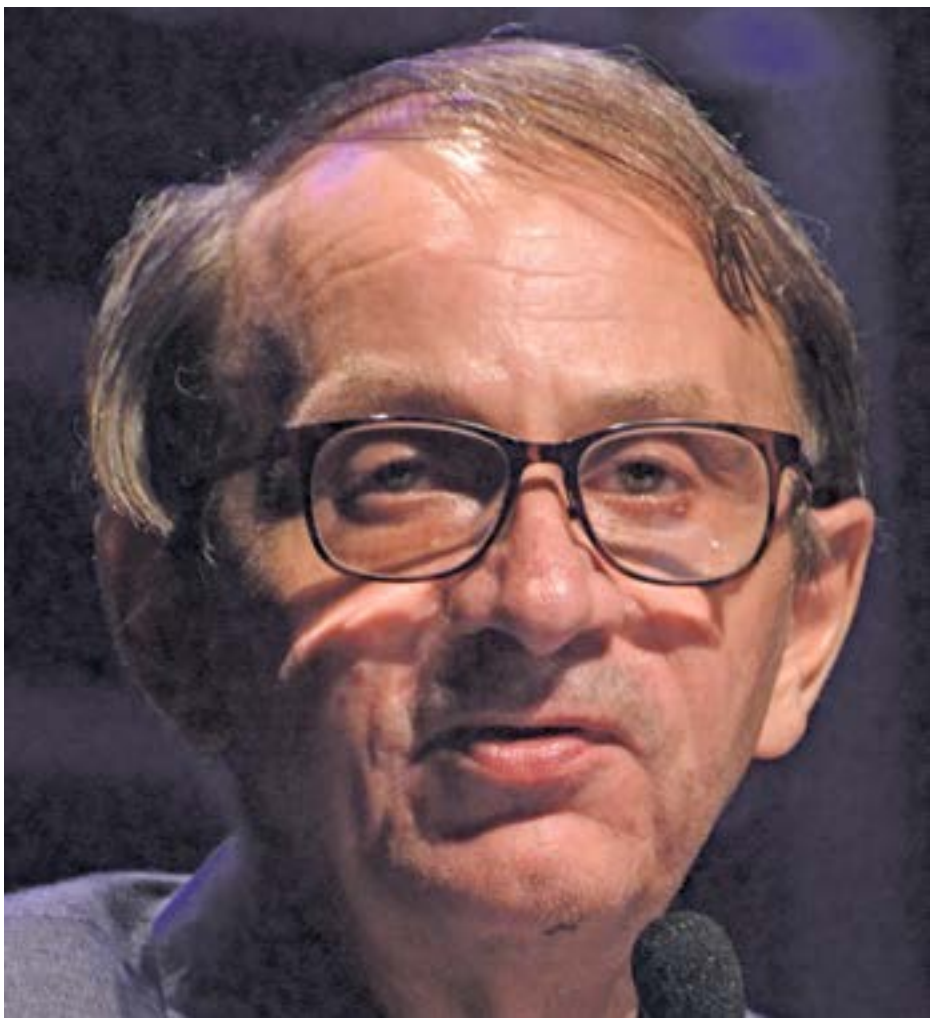
Michel Houellebecq hat wieder zur Feder gegriffen und zeichnet einen melancholischen Abriss Frankreichs vor den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2027. Der Roman ist ein Plädoyer für die Familie und die tradierten Werte. Die gewohnte, provokante Zunge Houellebecqs vermisst man diesmal allerdings, was eine Anpassung an die vermeintliche politische Korrektheit dieser Zeiten sein mag. (JR)

Von Filip Gašpar

Vernunft und Vorsicht müssten doch eigentlich perfekt zueinander passen. Das sind die Namen des Finanzinspektors im Wirtschaftsministerium Paul Raison (frz. Vernunft) und seiner Ehefrau Prudence (frz. Vorsicht), die als Schatzmeisterin ebenfalls im Staatsdienst beschäftigt ist. Doch die beiden Ehepartner haben sich auseinandergelebt. Das eingeschlafene Berufs- und Eheleben von Paul Raison bildet einen von drei Erzählsträngen im neuesten Roman „Vernichten“ von Michel Houellebecq. Der Roman erzählt einige Monate vor und nach der französischen Präsidentschaftswahl im Jahr 2027 und erinnert nicht zufällig an die kommende Wahl in Frankreich. Was erwartet uns? Wird sich nichts ändern oder wird man die Zukunft vernichten? Für Houellebecq ist das Abendland in einer Abwärtsspirale und der Pessimist sieht auch keine geistigen Kräfte, die diesen Untergang noch aufhalten könnten. Wer nach seinem Roman „Unterwerfung“ von 2015 erwartete, in dem er ein Frankeich unter islamischer Herrschaft zeichnete, dass es dieses Mal noch dunkler zugehen würde, wird zumindest in dieser Hinsicht enttäuscht werden. Doch trotzdem ist das Buch lesenswert, weil Houellebecq eben nicht immer der Provokateur ist, sondern die stellenweise Langeweile einkalkuliert hat. Wie erwähnt findet der Leser drei Erzählstränge im Roman vor. Ein hilflos agierender Inlandsgeheimdienst, der keine Antwort auf verschlüsselte Filmbotschaften von Cyberterroristen und Deep Fake Videos findet. Zu sehen bekommt man die Zerstörung eines chinesischen Frachters, die Torpedierung eines mit Flüchtlingen besetzen Bootes und die Scheinhinrichtung des amtierenden französischen Wirtschaftsministers. Doch verläuft die Suche nach den Drahtziehern irgendwann im Sand. Der zweite Erzählstrang zeigt, wie die Wahlkampfauftritte eines französischen Präsidentschaftskandidaten mithilfe einer ausgeklügelten Strategie durchgeführt werden und die Öffentlichkeit manipuliert wird. Der dritte erzählt vom bereits oben erwähnten Paul Raison und dessen Ehe und vom Sterben.

Die Ehe ist kinderlos geblieben, Freunde haben sie auch kaum welche und die letzte Intimität ist auch schon über zehn Jahre her. Die sichtbare Trennlinie in der Ehe sind die getrennten Fächer im Kühlschrank, da Prudence zu einer militanten Veganerin mutiert ist. Doch unter der Last der tödlichen Krankheit von Paul nähert sich das Paar einander wieder an und findet, wenn auch nur für die verbliebende kurze Zeit, wieder zueinander.

Auf den über 600 Seiten bleibt eigentlich nichts unvorhersehbar. Zeitweise weiß man nicht, ob Houellebecq dem Leser einen Polit- oder einen Spionageroman vorsetzen will, oder von beidem etwas und dann wieder nichts, denn unterm Strich bekommt man das Gefühl, dass die von ihm gesponnen Intrigen ihn selbst nicht interessierten. Ein weiteres stärker in den Vordergrund tretende Element ist die Religion als Behüter der eigenen kulturellen Identität. In Frankreich ist damit der Katholizismus gemeint, und die französischen Katholiken entpuppen sich als sie die wahren Patrioten, die um ihre Kultur und ihre Heimat kämpfen. Dazu gehören auch Begriffe wie Ehe und der Respekt den Alten gegenüber. Überhaupt liest sich „Vernichten“ stellenweise wie ein 600 Seiten langes Plädoyer für konservative Familienwerte, wie auch Religion. Tiefgläubige Personen, wie etwa Pauls erzkatholische Schwester Cécile werden nicht als altbacken, sondern im Vergleich zu den Hauptprotagonisten als glücklich und mit sich im Reinen, dargestellt.



Michel Houellebecq

Als am 7. Januar 2015 die Redaktion der Satirezeitschrift Charlie Hebdo über Houellebecqs am damaligen Tag veröffentlichen Roman „Unterwerfung“ diskutierte, und auf dem Cover sich Houellebecq als zahnlose Kassandra fand, stürmten Islamisten die Büroräume und ermordeten zwölf Menschen. Unter den Redakteuren befand sich auch Philippe Lançon, der „Unterwerfung“ rezensiert hatte und von sieben Kugeln getroffen, den Anschlag schwerverletzt überlebte. Danach musste er siebzehn Gesichtsoperationen über sich ergehen lassen und verbrachte mehr als ein Jahr im Krankenhaus. In seinem autobiographischen Buch „Der Fetzen“ zollt er dem Pflegepersonal und den Chirurgen seinen Respekt. In Houellebecqs Büchern wird in Krankenhäusern die Euthanasie mehr oder weniger offen praktiziert. Pauls Vater hat einen Schlaganfall erlitten und ist seitdem gelähmt, kann nicht mehr sprechen und ist auf Intensivpflege angewiesen. Der Autor attackiert offen die aktive Sterbehilfe und positioniert sich auf der Seite der Wehrlosen. Seine Romanfiguren werden zu Lebensschützern und entführen mithilfe eines „Kommandos zur Bekämpfung von Mord in Krankenhäusern“ Pauls Vater. Der Vater war früher ein Bewunderer des Inlandgeheimdienstes, doch ist er nun dazu verdammt, seine Tage damit zu verbringen, die Landschaft zu betrachten oder abwechselnd die Hand der Tochter oder der Lebensgefährtin zu halten. Bei Houellebecq kümmern sich Frauen noch um ihre Partner, Väter oder Brüder. Auch Prostituierte kommen im Figurenkosmos wieder wie selbstverständlich vor, auch wenn es dieses Mal keine Sexszenen gibt.

Wer bei „Vernichten“ aber reine Provokation erwartet, wird eines Besseren belehrt. Man kann sogar sagen, dass es sein vielleicht ruhigster Roman ist.

Der Roman schließt mit der Hoffnung auf ein Fortbestehen der Liebe nach dem Ableben ab und man darf gespannt sein, wohin Houellebecq literarische Reise weiter hinführt.

Michel Houellebecq: „Vernichten“, Roman, aus dem Französischen von Stephan Kleiner und Bernd Wilczek, Dumont Verlag, Köln. 620 Seiten. 28 Euro.